

# Ö-punkte

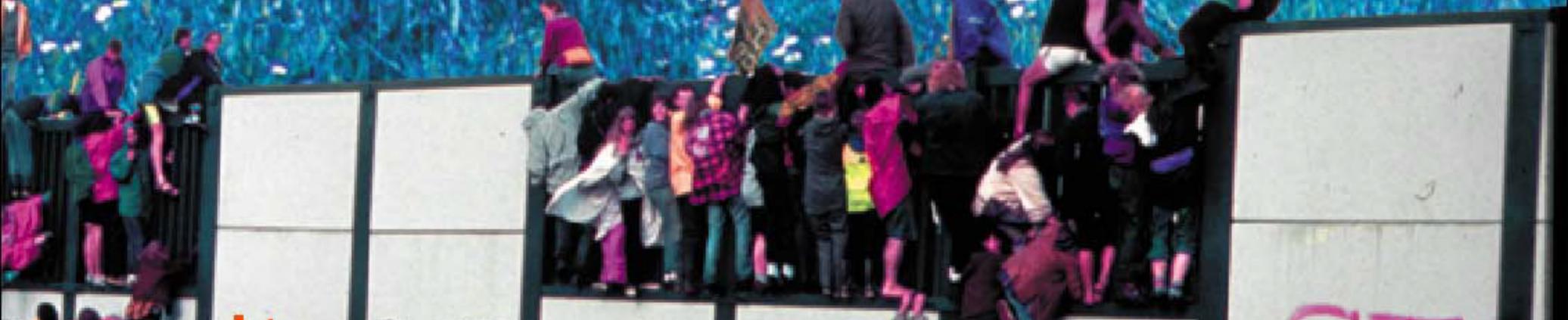


IWF Gipfel in Prag:  
**26.9.2000**  
**Global Aktion Day**

Schwerpunkt:  
**Ökostrom**  
**›von unten‹**



**Termine, Kurzinfos...**  
zu Anti-Atom, Verkehr, Naturschutz,  
local economy, Widerstand, Politik von  
unten, Gentechnik und Umweltbildung





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst 2000

- Start ins Heft



# Bitte veröffentlichen bzw. an die Presse geben!

Presseinformation (Kurzform)

## Ökostrom von unten

Ö-Punkte mit Schwerpunkt Ökostromangeboten und Aktionsmöglichkeiten

Ganz praktisch gestaltet sich die Herbstausgabe der Umweltzeitung "Ö-Punkte". Im Schwerpunkt "Ökostrom von unten" werden Informationen zusammengetragen zu den bestehenden Ökostromangeboten. Vor allem aber geht es um die Handlungsmöglichkeiten in Städten und Regionen. Umweltgruppen, Anti-Atom- und viele andere Initiativen, Umweltzentren und -beraterInnen sowie alle Interessierten erhalten handfeste Informationen, wie sie in ihrem Umfeld Aktivitäten zur einer Energiewende beginnen können. Die "Ö-Punkte" beschränken sich dabei nicht auf das Umstellen von Haushalten und Betrieben, sondern geben Tipps für Öffentlichkeitsarbeit und den Neubau von Wind-, Solar-, Wasser- und Biomasseanlagen. Die Aktion "Ökostrom von unten" startet mit diesem Heft. Wichtiger Grundsatz ist, Ökostrom aus lokalen und regionalen Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften heraus zu organisieren, da der liberalisierte Markt für ökologische Ideen eher schädlich sei.

Neben dem Schwerpunktthema finden sich auch weitere spannende Texte in den Ö-Punkten. Neu ist die Rubrik "Wirtschaft", in der wirtschaftliche Diskussionen, alternative Ökonomieansätze usw. dargestellt werden. Umfangreich wurden diesmal auch die Perspektivenseiten - allerdings eher mit skandalösen Berichten vom Kungel zwischen UmweltfunktionärInnen und Konzernen. Im Widerstandsteil geht es um Berichte vom Expo-Widerstand und die Mobilisierung zu IWF und Weltbank in Prag. Zudem prägen die bewährten Rubriken von Anti-Atom über Politik von unten bis Chemie und Verkehr das Heft. Viele Seiten voller Informationen, Debatten, Termine und Hintergrundtexte.

### PR-Arbeit

Die "Ö-Punkte" erreichen ca. 12.000 Kontaktadressen. Die Informationen werden von ca. 20 Einzelredaktionen gesammelt - ein jetzt schon einzigartiges Vernetzungsprojekt. Aber: Wir sind noch lange nicht am Ende. Weitere Verteiler, z.B. Fachmagazine, Rundbriefe usw. sollen angesprochen sowie weitere Mitwirkende geworben werden.

Die Ö-Punkte-Themen bekannter machen - das ist eine wichtige Sache. Daher bitten wir um Veröffentlichung des nebenstehenden Textes oder Weitergabe an die Presse.



Das aktuelle Heft und alle bisher erschienen Titel (kleine Bilder) mit spannenden Schwerpunkten sind nachzubestellen (5,- DM plus 2 DM Porto in Briefmarken für das erste, je 2 DM für jedes weitere Heft) bei der Redaktion Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.



Startausgabe 1997: Windenergie



Frühjahr 2000: Verkehr



Herbst 1998: Utopien

Der nebenstehende Presstext macht Werbung für diese Ö-Punkte und das Projekt überhaupt. Wer Platz für weitere Texte hat, kann auch sonst alle Texte abdrucken - bitte mit Quellenangabe und Bezugsadresse der Ö-Punkte. Freianzeigen für die Ö-Punkte können bei der Redaktion bestellt werden.

**Internet "Umweltschutz von unten"**  
http://go.to/umwelt

**Eigentumsvorbehalt**  
Gefangenen ist diese Zeitung direkt auszuhändigen. Zurhabenahme ist keine Aushändigung dieser Art. Bei Nichtaushändigung bitten wir um Rücksendung mit Begründung.

Herbst 1999: Tips für Gruppen



**Spende**  
Wir bitten um Spenden für die "Ö-Punkte". Das Projekt ist nachwievor finanziell gefährdet - leider. Denn als Diskussionsblatt ist es sehr wichtig geworden. Und als Infodienst unersetzlich. "Förderverein/Ö-Punkte", Nr. 928820.O4 Volksbank Gießen, BLZ 51390000 Spendenbescheinigung auf Wunsch.

**20x jährlich 1000 DM**  
Um auch eine dauerhafte Grundlage zu schaffen, suchen wir Einzelpersonen oder Gruppen, Institutionen, ASTAs oder andere, die jährlich 1000 DM für die Ö-Punkte geben. Dann wäre die Hälfte der Kosten gedeckt - den Rest schaffen wir dann (hoffentlich)!



Frühjahr 1999: Expo 2000

**Aktive RedakteurInnen gesucht!**  
Die "Ö-Punkte" brauchen kreative und engagierte Leute in der Endredaktion ... für Layouten, Textrecherchen, das Zusammenhalten des ganzen Ladens, die fehlenden Rubriken, Anzeigenakquise und das technische Drumherum. Überall oder auf Zeit/in der WG der Projektwerkstatt ... dort dann auch mit Zeit für eigene Ideen. Ein Bett ist immer frei - und auch die Chance für das Lernen, wie so eine Zeitung entsteht. Infos und Verabredung zum Kennenlernen unter 06401/903283 oder 0171/8348430.

Sommer 1998: Direkte Demokratie



regelmäßig ... die drei Varianten:

1. Mit anderen Rundbriefen, Zeitschriften, über Verbände und Netzwerke (siehe Seite 63 sowie in allen Rubriken rechts oben)
2. Als Perspektiven-Abo (4x Ö-Punkte plus 4-6mal Perspektiven-Rundbrief) für 40 DM/Jahr (bzw. Förder-Abo ab 60 DM).
3. Als Normal- (20 DM/Jahr) oder Förder-Abo (ab 40 DM/Jahr).

Impressum .....59  
 Presstext .....2  
 Inhalt, Vorwort .....3  
 Debatte .....4

**Aus aller umWelt**

Verbände, Rechtshilfefonds .....5  
 Ökonomie&Ökologie .....6  
 Bücherliste .....7

**Widerstand**

Expo-Widerstand .....8  
 Globalisierung, Prag 2000 .....10  
 Widerstand, Direkte Aktion .....12

Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit .....14

**Ökostrom von unten**

Intro .....16  
 Pro&Contra Ökostrom .....17  
 Tarife und Stromquellen .....20  
 Vergleiche, Blickwinkel .....24  
 Schritt für Schritt .....26  
 Regionale Kontakte .....27

Strom selber machen .....28  
 Solarstrom .....30  
 Windanlagen .....31  
 Wasserkraft .....32  
 Biomasse .....33

**Rubriken**

Anti-Atom .....36  
 Chemie & Industrie .....38  
 Energiewende .....40  
 Freiräume .....42  
 Gentechnik .....44  
 Landschaft und Naturschutz .....62  
 Ökologischer Landbau .....46  
 Politik von unten .....48  
 Tierrechte/Tierschutz .....50  
 Über den Tellerand .....52  
 Umwelt&Entwicklung .....54  
 Umweltbildung .....56  
 Verkehr .....58  
 Wasser .....45  
 Wirtschaft .....60

Ö-Punkte-Verteiler, Zeitschriftenliste .....63



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst 2000

Start ins Heft



**Hinweise**

Alle Themenredaktionen sind autonom und für ihre Texte und Abbildungen selbst verantwortlich. Dazu gehört auch der Stil sowie die Wahl der männlichen, weiblichen oder geschlechtsneutralen Sprachform.

Ausnahme sind alle mit (\*) gekennzeichneten Texte, die während der Endredaktion direkt an diese geschickt und von dieser bei ausreichendem Platz in den Rubriken eingefügt wurden.

**Der Sinn der Ö-Punkte**

Alle Vierteljahre 56 bis 64 Seiten Papier. Eine Woche werkeln die Themenredaktion, zwei Wochen dann die Endredaktion. Es folgen noch Versand und einige Aufräumarbeit. Vor allem standen Vorgesprächen, Schwerpunktplanung und das Hecheln nach UnterstützerInnen, glaubwürdigen Anzeigen usw. Lohnt sich das?

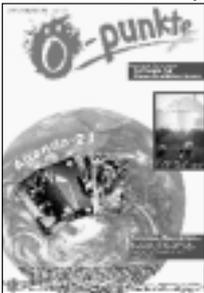
Die Reaktionsquote seitens der LeserInnen ist eher dürrig. Andererseits ist überall auf Seminaren, Camps usw. zu sehen: Die Ö-Punkte sind gestreut und werden auch gelesen. Immerhin schon mal was. Zudem betreten die Ö-Punkte mit dieser Ausgabe wieder Neuland: Mittendrin in (umwelt-)politischer Bewegung versuchen wir, eine neue Aktion mitzuentwickeln: Ökostrom von unten. Wie schon beim Expo-Widerstand (der dann nicht so erfolgreich verlief, wie erhofft) und beim Global Action Day am 30.11. wollen wir etwas unterstützen, was „von unten“ entsteht. Wir sind gespannt und hoffen auf viele Rückmeldungen aus den Regionen. Denn auf die kommt es an!

Eine positive Entwicklung nehmen zur Zeit einige Redaktionen – sie werden zu Diskussionsrunden im jeweiligen Bereich, streben Vernetzung und Erfahrungsaustausch an. Das war ein gewünschtes, bisher aber noch unerreichtes Ziel der Ö-Punkte. Wir würden uns freuen, wenn das Schule macht ... und wenn viele weitere Menschen in die Redaktionen einsteigen, diese kreativ aufmischen, ihre Ideen in die Ö-Punkte bringen, aber auch ansonsten in den Redaktionsgruppen diskutieren, Projekte vorbereiten, vielleicht mal einen Schwerpunkt in den Ö-Punkten planen usw. (apropos: Es gibt noch keine Idee für den nächsten Schwerpunkt!).

Vielleicht schwappt diese Idee auch auf die Endredaktion über.

„Politische Tage“ in der Projektwerkstatt in Ort für politische Diskussionen (Archive, Biomatten und Fetenraum) und konkrete Arbeit. einladen, den nächsten Endredaktionszeit-Treffen zu machen mit gemein-

**Politische Tage (mit Ö-Punkte Endredaktion):**



Frühjahr 1998: Agenda 21



Frühjahr 1999: Weltwirtschaft



Winter 99/2000: Umweltbildung

Unser Plan: Viermal im Jahr Saasen – einem optimalen blibliotheken, Technik, Hänge- So wollen wir alle Interessierten raum zu einem spannenden samer Erstellung der Ö-Punkte bearbeitung und Zeichnungen -sortieren an Projektwerkstatt und wichtig, viel politischer Debatte.

**29.10.-17.11. in Saasen.**

Was bleibt: Darauf hinzuweisen, daß der beit und vor allem die Idee „Umweltschutz von das Perspektiventreffen „Widerstand organisie- 13.-15.10. in Saasen (gleichzeitig 10. Anti-Ex- 22.-26.11. in Clausthal-Zellerfeld. Sehen wir

Herbst auch sonst für politische Ar- unten“ wichtige Treffpunkte bietet – allen voran ren! Bewegung von unten schaffen!“ vom po-Treffen) und das Bundes-Ökologie-Treffen vom uns? Eure Redaktion



Winter 1998: Naturschutz



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst 2000

● Echo und Diskussion

**Briefe**

Debatten sind gern gesehen. Die "Ö-Punkte" wollen nicht nur ein Infodienst sein, sondern auch hinterfragen, als selbstverständlich geltende Positionen überprüfen und neue Ideen vorstellen.

Leider können wir nicht seitenweise Debattenbeiträge darstellen.

Verwiesen sei gerade für die Diskussion um Perspektiven auf das Perspektiven-Abo der "Ö-Punkte" (40 DM/Jahr, mit Perspektiven-Rundbrief zusätzlich zu den Ö-Punkten) und auf unsere Internetseite:

<http://go.to/umwelt>

LeserInnenpost bitte schicken an:  
Ö-Punkte  
Ludwigstr. 11  
35447 Reiskirchen  
Fax 06401/903285  
oe-punkte@gmx.de

Wir behalten uns Kürzungen vor, die jedoch gekennzeichnet sind.

**Zu den Redaktionen**

Alle Redaktionen agieren autonom, d.h. selbstorganisiert und verantwortlich für ihren Bereich. Weitere Mitwirkende sind überall gern gesehen.

**Scheiß-Intro**

Zum Schwerpunkt „Bewegung von unten“ (Ö-Punkte 2/00)

Was für 'ne Scheiß-Intro ist das denn: „Sowohl linksradikal-verstaubte Demoblöcke und Kaderstrukturen als auch abgehobene und sich anbietende NGO-Strukturen erscheinen gegenüber den von unten organisierten Vernetzungen und Aktionsformen ... wie erstarrte Gebilde ohne Ausstrahlung.“??? Habt Ihr McCarthy als Ghostwriter? Überhaupt scheint mir das Schwerpunktthema „Bewegung von unten“ nur intellektuelle Realitätsbegradigung zu sein. Weil besser organisierter Widerstand zur Zeit nicht stattfindet, loben wir das vorhandene Chaos über den grünen Klee. Und wenn von dem allgemeinen Gezappel mal ein Kapital-Gipfel ausfällt, dann haben wir das Gelbe vom Ei gefunden – sooon Quatsch. Bei der EXPO-Eröffnung hat sich die „Bewegung von unten“, die nichts anderes ist als Desorganisation, mangels Beteiligung und geistiger Reife der Teilnehmer erstmal lächerlich gemacht. Natürlich ist auch das, was ich selbst in den letzten Jahren in die Widerstandskultur einbringe, bloß spontaneistisch, partikulär und „horizontal vernetzt“ (bestenfalls), aber es würde mir doch nie einfallen, angesichts unserer Chaos-Demos über die viel effektiveren „linksradikalen Demoblöcke“ und angesichts unserer Sprachlosigkeit über „Kaderstrukturen“ abzulästern. Als es noch Kader gab, gab es auch einen anspruchsvollen politischen Diskurs. Es ist nett, daß die Ö-Punkte einen solchen versuchen – aber geht das nicht auch ohne Antikommunismus?

Ansonsten solidarische Grüße Bodo Gerlach Kiel/Schülldorf



**Debatten-Rubrik:**

**Echo auf Ö-Punkte-Texte**

**Witziges Layout**

Die Ö-Punkte sind für mich eine Ausnahme: So vollgestopft mit Infos und so witziges Layout, daß ich sie einfach in der Hand halten muß und nicht, wie andere Zeitungen im Netz anschauen mag – Dickes Lob ! Viel Spaß und genug Geld zum Weitermachen !!!

achim

**Spannende Diskussion**

Die Diskussion beginnt spannend zu werden, weil sie am Grundverständnis von Umweltschutz kratzt. Im Herbst letzten Jahres gab es eine Veranstaltung der Grünen in der Waldorf-Schule Berlin-Kreuzberg. Ich hatte dazu eine bissige Polemik geschrieben, die in der Zeitschrift „Der Rabe Ralf“ abgedruckt wurde und über [www.grueneliga.de/berlin](http://www.grueneliga.de/berlin) gefunden werden kann. Was ich damals nicht unterbringen konnte, war das Lamentieren grüner Ober-Fuzzis über das Gespaltensein ihrer Klientel. Man wolle Umweltschutz, sei aber nicht bereit dafür zu bezahlen (vgl. Ökosteuer). Leider hat sich der Glaube verfestigt, daß Umweltschutz Geld kosten müsse.

Für bestimmte Kreise haben Ausgaben für „Umweltschutz“ die Funktion eines Ablasses (wie im Mittelalter). Ich weiß, daß ich ein Sünder bin, aber ich tu etwas Geld in die Kasse und es ist ok. Dieser Ablass hat verschiedene Formen: Beiträge an Umweltorganisationen, insbesondere Greenpeace, teure Lebensmittel aus dem Bioladen, kostspielige Naturtextilien oder eben die Ökosteuer. Es geht nicht um Lenkungseffekte, sondern um Buße. Es sollte mal jemand klarmachen, daß Umweltschutz Geld spart, daß Lebensmittel billiger sein können und trotzdem sauber sind. Die Naturkostszene hat daran kein Interesse. Selbst der Bauerverband weist inzwischen darauf hin, daß man als Landwirt mit Bio-Lebensmittel mehr verdienen könnte, als mit Industrieerzeugnissen. Aber nur, weil diese teuer vom Kunden bezahlt werden.

Neben der Botschaft, daß Umweltschutz teuer ist, wird auch verkündet, daß es mit Mühsal und Plage (Unbequemlichkeit, Anstrengung) verbunden sei. Das trifft den Nerv der pietistisch-protestantischen Arbeitsmoral. Warum erzählt man so wenig davon, daß Umweltschutz Spaß machen kann. Bei der erwähnten Veranstaltung hielt Carl Amery eine bemerkenswerte Rede, in der er wohlbegründet die katholische Basis in Bayern als Bündnispartner für ökologische Politik benannte. Das mußte auf taube Ohren stoßen, da der ländliche Katholizismus immer die legale Möglichkeit bot, Lebensfreude auszuleben. Nach der Beichte war das Gewissen wieder rein. Ein paar Rosenkränze gebetet, schlimmstenfalls eine Wallfahrt, und alles war im Lot. Der verkniffene Protestantismus hingegen macht sich durch alles und jedes schuldig. Dementsprechend umfassend und persönlich spürbar muß die Buße sein.

Wenn ich allerdings sehe, welches Gerangel in den Umweltgruppen abläuft, ist klar, daß Umweltschutz keinen Spaß machen darf. Allerdings gibt es Leute, die ihren Spaß an Machtspielchen und am Intrigieren haben. Egal wo, diese Leute tauchen immer auf und dann ist die Luft raus. Entscheidend finde ich auch den Ansatz, daß es nicht darum geht die Effizienz pro Produktionseinheit zu erhöhen

(das famose Faktor 4 Konzept). Das kann sich nicht auf Produktion beschränken. Bei Autos wird der Verbrauch pro km gesenkt, die Kilometerleistung pro Jahr steigt, so daß am Ende eine Erhöhung des Verbrauchs herauskommt. Dem wäre am ehesten durch eine Gesellschaft gegensteuern, bei der dieses Unmaß an Transporten nicht anfällt, d.h. wo Arbeitsplatz, Wohnen, Erholung, Bildung, Kultur usw. räumlich nahe beieinander liegen.

Stattdessen wird die „Umweltfreundliche Mobilität“ propagiert, d.h. man ist schon der Autoindustrie auf den Leim gegangen, die diese erzwungene Mobilität (weil die Funktionen weit auseinander liegen), zum wahren Sein, gar zum Menschenrecht, erklärt. Für eine ausgewogene und (darauf lege ich großen Wert) wohlschmeckende Nahrung, brauche ich keine Äpfel aus Neuseeland. Heimische Sorten haben eine große Variationsbreite, manche ißt man am besten frisch vom Baum, andere entwickeln sich erst, wenn sie einen Winter gelagert wurden. Manche ißt man roh, andere eignen sich besser zum Kochen oder zum Herstellen von Apfelwein. Das läßt sich im Prinzip auf alle Kulturpflanzen übertragen. Wo bekommt man heute noch gute Salatkartoffeln?

Nur McDonalds läßt spezielle Kartoffeln anbauen, die sich für Fritten eignen. Nicht weil sie gut schmecken, sondern weil sie im Fettbad stabil bleiben. Ich plädiere deshalb für eine engere Zusammenarbeit mit der sogenannten „Slow-Food“-Bewegung, die sich in Italien und Frankreich als Gegenpol zu Fast-Food gegründet hat. Nahrungsmittel aus der Region werden lecker verarbeitet und ohne Hektik verspeist. Wenn man 4 bis 5 Stunden an der Tafel sitzt, hat man keine Zeit die Umwelt zu zerstören.

Aber das paßt anscheinend nicht zum deutschen Wesen. Ein körniger Getreidebrei aus dem großen Kessel stillos in den Napf geschaufelt (vegan muß es sein!). Jeder Anflug einer „bürgerlichen“ Eßkultur (wie bei Mama) ist des Teufels. Wo kämen wir denn hin, wenn wir die kostbaren Lebensmittel durch Erhitzen denaturieren würden. Nahrungsaufnahme ist leider eine biologische Notwendigkeit, aber es darf keine Freude machen, man muß sich kasteien. Bei Umweltkonferenzen wird viel debattiert, aber ich habe nie erlebt, daß man eine gemeinsame Tafel, ein Bankett als Mittel- und Höhepunkt betrachtet. Lieber kürzt man die Mittagspause oder läßt sie ganz ausfallen. So sieht man traurige Gestalten in den Ecken hocken, die an einer mitgebrachten Mohrrübe knabbern oder etwas weitschauend Vollkornbrot mit Käse eingepackt haben. Oft geht es beim Pinkeln kommunikativer zu als das Essen.

Umweltschutz von unten ist eine gute Idee, aber wenn es keinen Spaß macht und keinen Spaß machen darf, wird es wieder nichts werden.

Roland Schnell, Berlin

**Debattenbeiträge – kurz und knackig ist uns lieb.**

## WWF tritt aus dem Naturschutzring aus

In der FR vom 8.8. wird vom Streit zwischen dem Umweltschutz-Dachverband DNR und dem World Wide Fund for Nature berichtet. Als Gründe werden unterschiedliche Auffassungen im internationalen Artenschutz sowie die Teilnahme des WWF auf der Expo benannt. Aus der FR: "Der WWF, der seinen Austritt zunächst nicht bekannt geben wollte, begründet seinen Schritt unter anderem mit seiner Rolle als international agierende Organisation: Immer wieder, so WWF-Geschäftsführer Georg Schwede zur FR, habe es erhebliche inhaltliche Differenzen zu den deutschen Organisationen gegeben. Schwede nannte vor allem Positionen im Artenschutz, wo der WWF mitunter Auffassungen deutscher Naturschützer als „Bevormundung der dritten Welt“ ansehe. Da würden deutsche Artenschützer häufig mit der nationalen Brille argumentieren, ohne die soziokulturellen Hintergründe zu beachten. Divergierende Auffassungen gebe es auch in der europäischen Landwirtschaftspolitik sowie in Fragen der Jagd.“

Schon diese Interpretation mutet geradezu abenteuerlich an – ist es doch gerade der WWF, der in seinen internationalen Naturschutzprojekten immer wieder über die Köpfe der betroffenen Länder hinwegagiert, z.B. mit dem Partner Weltbank.

Noch irriger ist jedoch die Überlegung, die Teilnahme des WWF auf der Expo könnte Streitpunkt sein. FR: „Dass der WWF nach FR-Informationen womöglich vor einem Ausschluss aus dem DNR stand und dem durch seinen Austritt nur zuvorkam, hängt mit dem Engagement der Umweltstiftung auf der Expo zusammen. Im Dezember 1996 hatte die DNR-Mitgliederversammlung eine zentrale Beteiligung der Umweltverbände auf der Expo abgelehnt, da die Messe dem „Prinzip der Nachhaltigkeit“ widerspreche. Der WWF ignorierte den Beschluss und beteiligte sich mit einem Millionen Mark teuren, durch Sponsoren finanzierten Auftritt in Hannover. Das droht zum Flop zu werden: Denn von den 137.008 Steinen seines Umwelt-Puzzles „Global 200“, die jeweils zum Preis von 200 Mark verkauft werden sollten, ist der WWF kaum mehr als 16.000 los geworden – das Gros vor und nicht während der Schau.“

Was die FR verschweigt, ist daß der DNR selbst auf der Expo dabei ist – und zwar in Person seines Schatzmeisters Jürgen Resch, dem prominentesten Umweltfunktionär bei der Expo. Er wurde vom DNR-Präsidium zur Expo geschickt und macht inzwischen immer wieder Werbung für die angeschlagene Weltausstellung. Insofern ist nicht nur der Streit zwischen WWF und DNR interessant, der eher wie ein Streit zwischen staats- und konzernnahen Chefetagen um die beste Position zur Selbstdarstellung klingt, sondern auch der Versuch der FR, die DNR-Verbände ins positive Licht zu

rücken. Seit ca. 10 Jahren ist die Zeitung Vorreiterin bei der neoliberalen Wandlung der Umweltbewegung.

## BSÖ sucht Mitwirkende

Die Bundeskoordination studentischer Ökologiearbeit (BSÖ) sucht dringend Menschen, die die Geschäftsstelle

übernehmen. Sollte es nicht gelingen, neue Mitstreiter zu finden, würde eine etablierte, gut arbeitende (und finanziell geförderte) Möglichkeit ökologische Arbeit zu unterstützen, verlorengehen. Arbeitsbereiche bisher waren: Herausgabe des Hochschulumweltinfo (HUI), Veranstaltung von Seminaren, Bundesökologietreffen.

# Bundesweiter Rechtshilfefonds

für allgemeinpolitisch und ökologisch Aktive

Am 29.11.98 hat die BSÖ e. V. einen bundesweiten Rechtshilfefonds eingerichtet. Dieser Rechtshilfefonds soll Studierenden helfen, die im Zuge Ihrer politischen Aktivitäten rechtliche Probleme bekommen. Die Anträge für grundsätzlich zuerst einmal eine Instanz werden zur Entscheidung über die Förderung natürlich anonymisiert und diskret behandelt.

Finanzielle Unterstützung wird auf Antrag nur dann gewährt, wenn folgende Kriterien erfüllt sind:

- die Studierendenschaft nicht zahlt,
- keine eigene Rechtschutzversicherung greift,
- andere Rechtshilfefonds nicht finanziell unterstützen,
- keine staatliche Prozeßkostenhilfe gewährt wird.

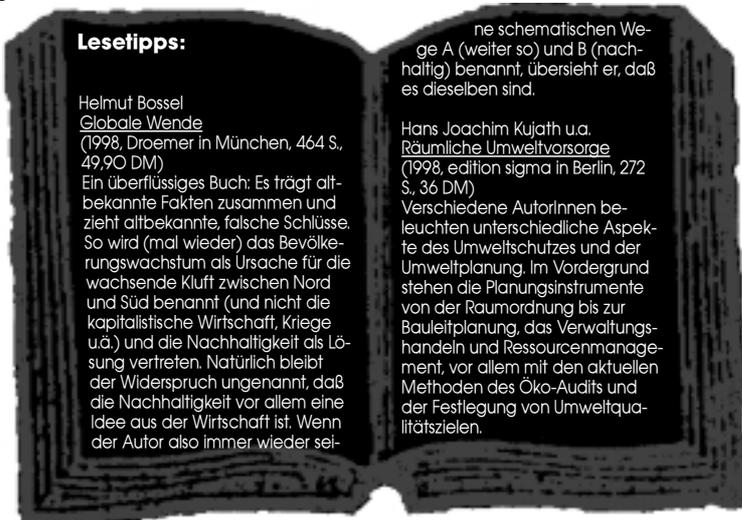
Weitere Einzelheiten können bei den nebenstehenden Kontaktpersonen erfragt werden.

## Spendenaufwurf

Alle Studierenden, (Verfaßten) StudentInnen-schaften, studentische Gruppen und FreundIn-

nen und GönnerInnen der BSÖ e.V. werden gebeten:

- den Start des Rechtshilfefonds zu unterstützen.
- den Rechtshilfefonds und das Rechtshilfekonto bekannt zu machen, z. B. diesen Aufruf an der Hochschule und darüber hinaus zu verbreiten und
- selber zu spenden bzw. zweckgebundene Spenden einzuwerben. Spenden sind steuerlich absetzbar und bei über 100 DM wird eine Spendenquittung ausgestellt.



## Kein Öko-Kugeln mit der Macht!

### Umweltschutz von unten

Demokratisierung von Flächen- und Rohstoffverbrauch  
Direkte Ökonomie ohne Marktwirtschaft  
Entmachtung von Institutionen, Selbstorganisation der Menschen

Für eine herrschaftsfreie Gesellschaft, gegen  
Diskriminierung, Kapitalismus und  
Verwertungslogik!  
Wider den Lügen von ökologischer  
Marktwirtschaft, Bevölkerungswachstum,  
Effizienzrevolution usw.!



Perspektiventreffen "Umweltschutz von unten"  
1.-3.9. in der Projektwerkstatt Saasen (nahe Gießen)

### Bundes-Ökologie-Treffen

22.-26.11. in der TU Clausthal-Zellerfeld

Infotelefon Umweltschutz von unten: 06401/903283  
<http://go.to/umwelt>

**Weg mit den Allesklebern Agenda 21,  
Nachhaltigkeit, Konsens ...**

Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

Herbst 2000

• Aus aller  
umWelt

## Kontakt

BSÖ e.V.  
c/o AstA Uni Münster  
Schloßplatz 01  
48 149 Münster  
Tel.: 0251/8322287  
Fax: 0251/519289  
bsoe@studis.de  
<http://studis.de/bsoe>

Anträge und Infos:  
Oliver Stoll  
c/o Refrat HU  
Unter den Linden 6  
10099 Berlin  
Tel: 030/2093 2603  
Fax: 030/2093 2396  
oeko@refrat.  
hu-berlin.de  
<http://studis.de/PM>

Rechtshilfefonds  
SPENDEN-KONTO:  
Nr. 1011499  
BLZ: 500 901 00  
Ökobank e.G.



• O-Verteiler  
"Umwelt allg."

- BSÖ: Hochschul-Umwelt-Info
- BUND:
  - Niedersachsen
  - Nordrhein-Westf.
  - Thüringen
- BUNDjugend: Delegiertenpost
- Grüne Liga
  - Sachsen
  - Thüringen
- NABU Saarland
- Naturschutzjugend Baden-Württemb.
- Dt. Jugendbund für Naturbeobacht.
- Grün-alternatives Jugendbündnis
- JANUN



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst 2000

• Aus aller umWelt

# Ökologie & Ökonomie sind unvereinbar!

Positionen gegen die Marktverwertung von Umweltschutzideen und -engagement aus Anlaß des Bankrotts der Ökobank und ihrer Idee des Ökokapitalismus

„Bei genauerer Betrachtung zeigt sich aber schnell, daß Verwertung, Profit und das Mittel Marktwirtschaft mit Umweltschutz grundsätzlich nicht vereinbar sind. Profitorientierter Umweltschutz ist nur möglich, wenn die Ökologie reduziert wird auf ihre Funktion als Wirtschaftsfaktor. Rohstoffe sind Produktionsmittel, eine „nachhaltige Nutzung“ verspricht längeren Profit als die Ausbeutung zu einem schnellen Ende. Wenn ein Rohstoff doppelt so lange hält, bietet er die Grundlage für deutlich längere Profit- und Ausbeutungszeiten sowie mehr Sicherheit, daß in der Zeit entweder moderne Verfahren zur Ausbeutung weniger optimaler Quellen oder Ersatzstoffe gefunden werden. Insofern beinhaltet auch das Konzept der Nachhaltigkeit nichts anderes als ein profitorientiertes Ziel. Der Schutz der Umwelt soll zum Zwecke der längeren Ausbeutung erfolgen. Dem stehen sogar schon die geltenden Umweltschutzbestimmungen entgegen. Im Naturschutzgesetz wird der Schutz der Natur als Lebensgrundlage des Menschen oder um ihrer selbst willen eingefordert. Wirtschaftlicher Nutzen dagegen ist nicht als grundlegendes, sondern höchstens als zusätzliches Teilziel formuliert. Dabei ist der freie und gleichberechtigte Zugriff aller Menschen auf die Umwelt die Voraussetzung dafür, daß die Umwelt als Lebensgrundlage der Menschen dienen kann. Eine Demokratisierung des Flächen- und Rohstoffverbrauchs stände ökonomischen Zielen (Profit, Kapitalanhäufung, Marktdominanz usw.) aber grundlegend entgegen. Ökonomische Orientierung und ökologische Ziele sind daher unvereinbar, denn Profitorientierung steht dem Zugriff der Menschen auf „ihre“ Lebensgrundlagen entgegen. Wer mit marktwirtschaftlichen Mitteln die Umwelt schützen will, degradiert die Umwelt zum Produktionsfaktor für den Profit. Das genau aber hat die Zerstörung der Umwelt im wesent-

lichen verursacht. Ökosteuern, Öko-Audit usw., d.h. die Vermarktlichung des Umweltschutzes (Ökoneoliberalismus) ist wie das Lösen eines Feuers mit Öl – zudem verbunden mit dem Vorschlag, die BrandstifterInnen als Chefetage beim Löschen vorzuschlagen.“

(Zitat aus: Gruppe Gegenbilder (2000, erscheint Anfang August): „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“)

## Wir fordern:

- **Demokratie und Selbstorganisation statt Rendite**
- **Ökonomie von unten statt Marktorientierung**
- **Zugriffsrechte aller Menschen auf Häuser, Plätze und Flächen**

Das Scheitern der Ökobank, hervorgerufen durch sogenannte „Wertberichtigungen“ bei teuren Anlageprojekten (Windparks, Öko-Großkaufhaus Rommelmühle), ist ein deutliches Warnsignal zu einer Fehlentwicklung der letzten 10 Jahre. Bis ca. 1990 galten die Verwertungslogik, Profitstreben und Ausbeutung als Gegensätze. Seitdem setzt sich immer stärker durch, den Markt und die Unternehmen zu den wichtigsten Ausführenden des Umweltschutzes zu machen. Gesetze und Steuern werden darauf angepaßt. Verändert hat sich seitdem nur zweierlei:

– Ausbeutung, Wirtschaftswachstum, Flächenverbrauch und Modernisierung schreiten in einem nie zuvor gekannten Ausmaß voran – und zwar nun weltweit.

– Die professionellen Werbeabteilungen der Wirtschaft sowie ihre Erfüllungsgehilfen in Parteien und Umweltorganisationen verkünden diese Tatsache jedoch und schmücken die sich ausweitende Verwertung von Mensch und Natur mit Begriffen wie „Nachhaltigkeit“ oder „qualitativen Wachstum“.

Der Zusammenbruch der Ökobank ist eine Folge dieser Politik. Allerdings nur eine besonders auffällige. Schlimmer noch sind die Ökofirmen, die auf dem Markt überleben, in dem sie sich immer mehr der Verwertungslogik und Profitmaximierung anschließen, und die konventionellen Firmen, die in Ökogeschäften eine zusätzliche Einnahmehöglichkeit sehen. Atom Müll, Giftmüll, normaler Müll, Verkehrslenkung, Staumanagement, Schadstoffmessungen, Energie- und Rohstoffeffizienz sind längst Wirtschaftsfelder geworden, in denen Geld zu machen ist.

Profitmaximierung und Verwertungslogik aber heißt immer:

– Die Menschen werden zu KonsumentInnen, Arbeitskräften und ZuschauerInnen degradiert. Der „nachhaltige“ Teppich wird weiter von Kindern im Trikot geknüpft. Die Rohstoffe werden

sparsamer verwendet – damit sie länger halten und somit mehr Profit zu machen ist.

– Entdemokratisierung, d.h. den Menschen werden die letzten Beteiligungsmöglichkeiten genommen. Denn Beteiligungsrechte stehen wirtschaftlicher Verwertung entgegen.

Die Mitbestimmung von Menschen bis hin zur Selbstbestimmung ist der einzige Faktor, der der Verwertung von Mensch und Natur entgegenstehen kann. Niemand anders als die Menschen selbst können ihre Belange sowie das Verlangen nach Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und einer lebenswerten Umwelt vertreten. Firmen unterliegen im Markt immer der Notwendigkeit, profitabel zu sein. Das steht Mitbestimmung im Weg.

„Dieses amoklaufende totalitäre Wertverwertungssystem kann nur abgeschafft, die „schöne Maschine“ kann nur abgeschaltet werden. Die Alternative zur Steuerung der Menschen durch einen Sachzusammenhang ist die Steuerung aller Sachzusammenhänge durch die Menschen. Die totale Bestimmung der Menschen durch den Wert wird abgelöst durch die Bestimmung aller Angelegenheiten der Menschen durch die Menschen selbst. Nur so – und nicht anders – sind die Verheerungen des monströsen Kapitalismus wieder in lebbarere Verhältnisse umkehrbar – in Natur wie Gesellschaft. Die selbstbestimmte Entfaltung jedes Einzelnen ist kein freundlicher Wunsch, sondern unabdingbare Rettungsvoraussetzung der Menschheit.“

(Zitat aus: so.)

Für alle Firmen im Umweltschutzbereich, insbesondere aber für die Bereiche ökologischer Geldanlage und Banken, bedeutet dieses:

## 1. Meßlatte Akzeptanz statt Profit

Für alle Projekte im Umweltschutz gilt nicht mehr der Profit als Ziel, sondern die Akzeptanz durch die Menschen. Voraussetzung für ein Projekt ist, daß es von den betroffenen Menschen aus ihrem Willen und ihren Bestimmungsmöglichkeiten heraus entwickelt wurde und umgesetzt wird.

## 2. Personelle Beziehungen statt Anonymität

Geld ist Macht. Anonyme Geldanlagen in der Hand anderer, die damit wiederum Geld machen sollen (Rendite), stellt einen Machtfaktor ohne Bindung an die konkreten Entscheidungen von und zwischen Menschen dar. Das unterhöht direkte Verantwortung und die Unmittelbarkeit von Handeln. Zukünftig müssen Firmen GeldgeberInnen bzw. alle, die Kapital in Form von materiellen oder geistigen Werten bereitstellen, in einen direkten Kontakt zu denen bringen, die damit agieren.

## 3. Bedürfnis und Willen statt Markt

Wer für den Markt produziert, schafft Werte ohne ein Wissen von Bedarf. Diese Werte müssen im Markt erworben werden, um wieder zu Geld zu werden. Damit unterwerfen sich Firmen den Gesetzen des Marktes. Diese diktiert ständig höhere Werbeausgaben, Konkurrenzen und Kosteneinsparungen bei den Faktoren Mensch (Arbeit) und Natur (Rohstoffe, Umweltbelastung). Um diese Logik zu durchbrechen, müssen Produkte und Projekte jeweils an konkreten Bedürfnissen konkreter Menschen oder der von ihnen gebildeten Organisationen ausgerichtet sein.

## 4. Kooperation statt Konkurrenz

Im Markt herrscht Konkurrenz. Gefragt aber ist Kooperation, das Sich-Ergänzen und die Orientierung am Zweck, nicht am Profit.

## 5. Autonomie statt Abhängigkeit

Viele Betriebe sind abhängig von Zuschüssen, Krediten, Rückversicherungen usw. Sie haben sich auf die Logiken der herrschenden Wirtschaftssysteme eingelassen. Stattdessen müssen Firmen ihren Rückhalt in den Menschen finden, die ihre Arbeit unterstützen und die Existenz der Firmen wollen. Ohne diesen Willen kann es keine Ökonomie von unten geben.

## 6. Entscheidungen und Firmen dezentalisieren

Nicht nur das einzelne Projekt muß auf dem Willen von Menschen basieren – und nicht auf

Mit dem nebenstehenden Text dokumentieren wir einen Text des Instituts für Ökologie zum Bankrott der Ökobank.

Autor: Jörg Bergstedt



### Lesetipp:

Elmar Römpczyk  
Die Zukunft bewegt sich  
länast  
(1999, Horlemann in Bad Honnef, 222 S., 24 DM)  
Ein übersichtliches und informatives Buch zu den Strategien von NGOs. Es ist gut erkennbar, welche Hoffnungen viele Organisationen in globale und nationale Prozesse der Beteiligung von sogenannter „Zivilgesellschaft“ an der laufenden Politik setzen. Dabei geht es

nicht um direkt-demokratische Konzepte, sondern die Spitzen von Verbänden, oftmals sogar basislose Bürocliquen definieren sich selbst als Vertretung der Menschen und wollen an die Macht. Neben Regierungen und Konzernen soll es eine anerkannte Mitwirkung der NGOs geben. Im Mittelpunkt steht zudem das Vokabular der Nachhaltigkeit. Agenda 21, Effizienz und mehr sollen den Kapitalismus modernisieren – nicht abschaffen.

PraktikantIn gesucht für die Vorbereitung des 8. Jugendumweltkongresses (Silvester in Nürnberg), Ca. 300 DM pro Monat sind drin. Info Sven, 0171/3536538.

# Projekt sucht ...

Die Suche/biete-Börse für politische Projekte, Gruppen und Einzelpersonen – **KOSTENLOS!!!**  
Jede Anzeige erreicht 12.000 Umwelt-AkteurInnen! Für politische Projekte kostenlos bis ca. 10 Zeilen. Private Kleinanzeigen: Grundeintrag (bis 5 Zeilen a ca. 30 Zeichen) für 10 DM, jede weitere Zeile 3 DM.

## Politische Zentren suchen ...

Projektwerkstatt Saasen: Video-beamer, Kneipentresen und -hokker, Diacanner, 4mal 30polige 16 MB-SIMM-Module, 06401/903283, projektwerkstatt@apg.wbnet.de  
Wagenplatz Braunschweig: Für Aktionsmobil Verstärker 2x100 Watt (für Soundsystem), Mikrophone und Mikrostander, E-Gitarre und Keyboard gesucht. 0531/2096-172 oder -220.

## Arbeitsausstattung gesucht!

Achtung: Wir vermitteln ständig Arbeitsgeräte und Aktionsausstattungen für politische Zentren – Com-Punkte“ gesucht. Angesagt ist die puter, Telefone, Faxgeräte, Mega-phone, Gruppentele, Traktoren, dination und Finanzierung. Zudem Bauwägen und vieles mehr. Wer können unbesetzte Themenredaktion etwas übrig hat, sollte sich melden. Bitte melden unter 06401/903283 oder projektwerkstatt@apg.wbnet.de.

## „Jobs“:

Aktive MitstreiterInnen für die „Öko-Mitarbeiter bei Layout, Vertrieb, Koordination und Finanzierung. Zudem können unbesetzte Themenredaktionen übernommen werden. Überall reinschnüffeln, Blicke hinter die Kulissen und vielleicht ja auch dauerhafte Mitwirkung für diese Zeitung. Bei Mitarbeit vor Ort. Für ein paar Tage in der Endredaktionsphase oder auch für längere Zeit ist in der politischen WG der Projektwerkstatt ein Bett frei... auch zum Kennenlernen des Hauses! Info: 06401/903283, oe-punkte@gmx.de

Einladung  
Offene Endredaktion der Ö-Punkte  
Layouts, Diskutieren und mehr ...

29.10.-17.11 in Saasen

der Hoffnung auf Profit. Auch die Firmen selber müssen Experimentierfeld von Mit- und Selbstbestimmung sein. Materielle Werte, Gebäude, Plätze und Flächen gehören in die Hand vieler, die die Idee mittragen und gestalten. Statt Aktiengesellschaften und Genossenschaften, die vor allem dem Zweck dienen, Kapital zu schaffen, müssen echte Demokratisierungen her – zudem eine hohe Transparenz. Dabei darf das Stimmrecht nicht von der Anlagehöhe abhängen, denn das würde Geld wieder stärken.

**7. Ehrlichkeit statt Show**

Echte Bilanzen zu den Zielen, die eben nicht Profit, sondern Demokratisierung, Beteiligung und Umweltschutz heißen, müssen kontinuierlich die Geschäftsberichte ausfüllen. Füll- und Modewörter, PR-Kampagnen bis hin zu ökomodernisierten Marktwirtschaft sind kein Aktionsfelder für Umweltfirmen – stoppt Agenda, Nachhaltigkeit, Öko-Audit, Effizienzrevolution, Expo 2000 und mehr.

Für das Schicksal der umweltorientierten Banken:

– keine Projekte mehr über die Köpfe der Menschen hinweg

– nicht Profitfrazen, sondern die Zustimmung der Menschen muß zur Voraussetzung für ein Projekt werden

– kein Agieren im Markt, sondern Herauslösen aus dem Markt

**Gute Beispiele:**

– BürgerInnen kaufen ihr Stromnetz und steuern Energieerzeugung und -verbrauch selbst (siehe dazu auch den Vorschlag „Ökostrom von unten“ in Ö-Punkte 2/00)

– Windanlagen, Bauernhöfe, Betriebe in Gemeinschaftsbesitz und tatsächlicher Mitbestimmung vieler (KundInnen, Mitwirkende, AnwohnerInnen, Interessierte)

**Neue InfoLinks-CD erschienen**

ak, Junge Welt, Geheim, Antifaschistische Nachrichten und etliche internationalistische Blätter sind auf der CD verzeichnet. Ein leistungsfähiges Recherchesystem führt zu über 53.000 Artikeln. Läuft auf Windows ab 31, mind. 8 MB RAM. Preis 49 DM bzw. 29 DM Update für alle, die schon eine InfoLinks-CD besitzen. Info Pool Network, 030/53602222 (siehe auch Anzeige S. 47).



Umweltbildungshaus Johannishöhe  
01737 Tharandt, 035203/37181  
gljohannishoehoe@link-dd.c1.sub.de

13.-16.10.

**Auf ins Solarjahrtausend**  
10.-12.11.

Du schaffst es!

**Macht und Ohnmacht in der Gesellschaft**

**Lesetipp:**

Ross Gelbspan  
**Der Klima-Gau**  
(1998, Gerling Akademie in München, 248 S., 56 DM)

Ein Buch voller Daten und Geschichten um die Frage der CO<sub>2</sub>-Minderung. Alles dreht sich rund um Erdöl, Macht und Politik, zeigt mangelnden Willen bis poli-

fischer Intrige gegenüber wirksamen Maßnahmen. Das Buch hilft, zu lernen, daß die Mächtigen als Partner für den Umweltschutz wenig taugen. Allerdings analysiert der Autor vieles selbst nicht so, wie nötig – sonst hätte er z.B. nicht nur die mangelnde Umsetzung der Agenda 21 beklagt, sondern diese auch selbst.

**Der Büchertisch, der paßt!**

**Thema „Tips für Basisgruppen“**

- Aktionsmappe Umwelt** **29,80 DM**  
Leitfaden für Bürgerinitiativen, Umweltgruppen usw. Tipps für Aktionen, Finanzbeschaffung, Pressearbeit, kommunalpolitische Forderungen usw. Dicker A4-Ordner.
- Graue Seiten** **5,- DM**  
Ständige aktualisierte A6-Broschüre mit knapp 1000 Adressen. Besonderheiten: Die meisten Adressen sind kommentiert, thematisch sortiert einschl. der thematischen Arbeitskreise von Verbänden, Internet- und eMail-Adressen. A6, 64 S.
- Jugendaktionsmappe Umwelt** **24,80 DM**  
Wie die Aktionsmappe, aber für Jugend- bzw. SchülerInnenengruppen. A4-Ordner
- Mitbestimmen – Mitwelt gestalten** **4,- DM**  
Informationen über Mitbestimmungsmöglichkeiten für Jugendliche, sinnvolle Organisation von Jugendparlamenten und -foren. A5-Broschüre.
- Umweltprogramm einer Gemeinde** **4,- DM**  
A4-Heft zu den verschiedenen Umweltbereichen und dem, was kommunalpolitisch gefordert werden sollte. Etwas veraltet, daher jetzt billiger. A4, 64 S.

**Umweltschutz: Kritik und Perspektiven**

- „Agenda, EXPO, Sponsoring – Recherchen im Naturschutzfilz“** **39,80 DM**  
Informationen über den Filz zwischen Umweltschutz, Staat und Wirtschaft. Parteilute in Vorständen, Abhängigkeiten. Kontakte zu rechten und esoterischen Gruppen. Kommerzialisierungen und Etablierung. Eine grundlegende Kritik. Buch, mit ca. 1000 Quellen (400 S., A5, IKO-Verlag)
- CD zum Buch** **49,80 DM**  
Mit allen Quellen des Band 1 ... und noch viel mehr. Als PDF mit Volltextsuche und als TIFF zur Originalbetrachtung. Mit Programmen für Windows, DOS, Linux und Mac.
- „Agenda, Expo, Sponsoring – Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit“** **39,80 DM**  
Analyse der Situation und neue Strategien für eine Umweltschutzarbeit, die die Menschen zu den Akteurlinnen macht – Umweltschutz von unten. Kapitel zu Umweltbildung, Naturschutz, Ökonomie usw. Buch mit Entwürfen und Statements (280 S., A5, IKO-Verlag)
- ACHTUNG: Angebot eines Gesamtpaketes (2 Bände, CD)** **115,- DM**
- CD Umweltschutz von unten“** **10,- DM**  
Ö-Punkte, Positionspapiere "Umweltschutz von unten" und mehr als PDF – zusammen mit dem Acrobat Reader als Textleseprogramm.
- Nachhaltige Weltbilder** **7,- DM**  
Sammlung von kritischen Texten, Aufsätzen usw. zum Thema. Sie zeigen, daß die Agenda- und Nachhaltigkeits„welle“ aus Unwissenheit oder mit dem Ziel, tatsächliche Veränderungen zu verhindern, entstand. A5, 192 S.
- Infopaket „Umweltschutz von unten“** **6,- DM**  
Über 10 Positionspapiere zu verschiedenen Themen wie Agenda 21, Direkte Demokratie, Militanz, Umweltbildung, Öko-Neoliberalismus usw., zusätzliche Übersichten.
- Reader des Instituts für Ökologie** **je 12,- DM**  
– Agenda 21 – Chance oder Mythos? – Baubiologie  
– Ökonomie von unten – Software für UmweltschützerInnen  
– Politik von unten – Umweltschutz auf Großveranstaltungen  
Die Reader enthalten verschiedene Texte und Aufsätze zum Thema. Je 60-80 Seiten, A4.

**Neu: Freie Menschen in Freien Vereinbarungen** **19,80 DM**  
Visionen für und Wege zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Analyse bestehender Herrschaftsverhältnisse und ihrer Entstehung. Kritik, Visionen, Konzepte und Experimente zu Technik und Ökonomie, Gleichberechtigung und zum Mensch-Natur-Verhältnis. 164 S., A 5.

**Thema „Widerstand“**

- Das System ist schuld ...** **3,- DM**  
Analyse der Ursachen und VerursacherInnen der Umweltzerstörung und Unterdrückung von Menschen. Begründung radikaler Perspektiven und Forderungen. A5-Heft.
- Sonderheft „Chemie und Gentechnik“** **2,- DM**  
Ein Heft voller Hintergrundberichte über die Chemiekonzerne, die IG Farben, Genversuche usw. Mit Adressenliste. Stand: Januar 1997.
- Stören. Blockieren. Sabotieren.** **3,50 DM**  
Tipps fürs Anketten, Blockaden und andere direkte Aktionen. Mit vielen erklärenden Zeichnungen. A5-Broschüre, 24 S.
- Erste Rechtshilfe.** **39,80 DM**  
Detaillierte Informationen zu Repression, Polizeiverhalten, Möglichkeiten des Schutzes, juristischer Hilfen usw. Verlag Die Werkstatt.

**Der Infodienst „Ö-Punkte“**

- „Ö-Punkte“** **5,- DM**  
Viermal jährlich, der Infodienst für Basis-Umweltgruppen. Infos aus allen Themenbereichen: Verkehr, Anti-Atom, Abfall, Politik von unten, Gentechnik und viele weitere Themen. Aktuelle Übersicht über Widerstandspunkte. 1 Heft 5 DM, ab zweitem Heft 2 DM.  
– Startausgabe: Schwerpunkt Windenergie  
– Sommer 1999: Expo 2000  
– Frühjahr 1998: Agenda 21  
– Herbst 1999: Tips für Gruppen  
– Sommer 1998: Direkte Demokratie  
– Winter 1999: Umweltbildung  
– Herbst 1998: Utopien/Perspektiven  
– Frühjahr 2000: Verkehr  
– Winter 1998: Naturschutz im Abseits?  
– Sommer 2000: Bewegung von unten  
– Frühjahr 1999: Weltwirtschaft  
– Herbst 2000: Ökostrom

**Abopreis pro Jahr (4 Hefte mit Versand)** **20,- DM**  
**Förder-Abo** **ab 40,- DM**  
**Abo „Perspektiven“** (zus. Perspektiven-Rundbrief) **40,- DM**

**Infopaket über die Saasener Projektwerkstatt** **3,- DM**  
Info-Faltblätter zum Tagungshaus, zu den Werkstätten ... (kostenlos bei Bestellung)

**Hinweis:**

Wer hat Lust Solche Bücher auch selbst zu vertreiben, z.B. auf Büchertischen??? Wir suchen „Ö-Depots“ als Weiterverkaufsstellen!



Herbst 2000

• Aus aller umWelt

**Gruppe Landfriedensbruch**

**Büchertisch**

c/o Projektwerkstatt,  
Ludwigstr. 11  
35447 Reiskirchen  
Tel. 06401/ 90328-3,  
Fax -5  
landfriedensbruch  
@gmx.de

**„Geschäfts“-bedingungen:**

Bis 20 DM; Bitte selbst berechnen und als Scheck, Schein oder in Briefmarken beilegen oder überweisen auf unser Konto "Förderverein"; Nr. 92881903, bei der Volksbank Gießen, BLZ 51390000. Beleg wird auf Anforderung beigelegt. Pauschale für Versand/Porto: 2,- DM. Ab 20 DM gegen Rechnung. Bezahlung dann innerhalb von 14 Tagen rein netto. Porto nach Aufwand.

**Hinweis:**

Wenn durch diesen kleinen Bücherverstand Gewinne entstehen, werden sie für die Arbeit im Aufbau des Widerstandes insgesamt bzw. der Projektwerkstatt verwendet. Daher möchten wir darum bitten, für das, was wir Euch schicken, auch zu bezahlen. Danke.

Wir ziehen mit dem Büchertisch auch auf Kongresse und Tagungen. Wer uns dabei haben will, sollte einfach mal anrufen oder schreiben.

In der Projektwerkstatt sind die Bücher direkt zu kaufen. Das Haus ist ohnehin eine Reise wert: Wohnhaus, Seminarhaus, Archive und Arbeitsräume.





Der Infodienst für  
UmweltfaktoreInnen



Herbst 2000

•Wider-  
stand

Der Text rechts ist ein erstes Resümee. Inzwischen haben tiefergehende Debatten und ein intensives Nachbereitungstreffen stattgefunden. Die Lage ist danach weniger optimistisch einzuschätzen. Die aus Anlaß der Expo gegründeten Strukturen, z.B. regionale Netzwerke und thematische Diskussionszusammenhänge wie die Biopolitik- und Umweltschutz-von-unten-Runden, sind erheblich abgebremst worden. Es gibt inzwischen sehr umfangreiche Analyse- und Kritikpapiere am Expo-Widerstand.

## Berichte und Analysen zur Expo-Aktionswoche

# Expo 2000 – nichts zum Lahmlegen da!

„London – Seattle – Hannover“ hieß ein Slogan der Anti-Expo-Gruppen. Das war eine hohe Meßlatte. Rund um die Expo-Eröffnung sollte deren Beginn massiv gestört werden, um eine kritische Thematisierung der Expo-Ideologie zu erreichen. Was ist aus diesem Ziel geworden – und wie geht es weiter? Der folgende Bericht ist eine erste Auswertung – entstanden kurz nach der Aktionswoche.

Kurz und gut: „Expo lahmlegen“ ist nicht gelungen. Die Expo konnte unter Störungen eröffnet werden. Die Infrastruktur brach nicht zusammen. Straßen und Kreuzungen, Bahnlinien und Züge wurden zwar blockiert oder gestoppt, doch es hatte alles wenig Wirkung. Inzwischen wird immer klarer, warum das so war: Die Expo fand und findet nicht statt. Die sensationellen Berichterstattungen vom ersten Tag, der so gelungen sein sollte, lassen sich schnell widerlegen. Die Zahl der BesucherInnen von 150.000 ist eine Lüge, die über Anzeigenaufträge gleichgeschalteten Printmedien brachten die Jubelmeldungen von den riesigen Menschenmengen aber groß heraus. Offenbar haben die Redaktionen aus den vergangenen Monaten (z.B. die Kriegsbelüftung im Frühjahr 1999) nichts gelernt. Was von oben kommt, wird übernommen.

Tag. Erst wenige Woche vor Beginn der Expo wurde die Zahl auf 250.000 gesenkt. Das lag schon unter dem notwendigen Durchschnitt von 260.000, der erreicht werden muß, damit die Expo nicht noch mehr Milliarden-Minus einfährt. Wenige Tage vor dem Start wurde dann erneut korrigiert: 150.000 sei das Ziel. Panikartig verteilte die Expo ca. 50.000 Freikarten. Daher wären es selbst dann, wenn die 150.000 stimmen, nur 100.000 zahlende Gäste. Wahrscheinlich sogar weniger, weil etliche tausend geladene Gäste mitzuzählen sind.

Die Expo fand nicht statt. Das am ersten Juniwochenende stattfindende Stadtteilstfest in der Lister Meile von Hannover hatte mehr BesucherInnen als die Expo 2000. Bereits am Sonntag kündigte der Expo-Jobservice Adecco erste Massenentlassungen an. Dabei hatte selbst der DGB deren Arbeitsverträge hochgelobt. Die Realität holte das aber schnell ein Hingucken reicht, um die Lügen zu entlarven.

Der Widerstand am 1.6. mußte bei dieser Situation wirkungslos bleiben in Bezug auf ein Lahmlegen der Infrastruktur. Dabei war es zunächst gar nicht schlecht, was lief ...

### Einblicke

Um 9 Uhr wurde die Expo eröffnet. Da hatten schon die Züge von Norden und Süden Verspätungen: Brennende Reifen auf den Schienen. Als Johannes Rau das rote Band durchschnitt, begannen laute Sprechchöre „Expo No“. Schilder wurden hochgehalten. Die Polizei griff ein. Kurz danach die nächsten Schilder und so fort. Kanzler Schröder schimpfte auf

sonen auf eine Verkehrsschilderbrücke direkt am Expo-Gelände. Zwei Personen seilten sich ab. Der Messeschnellweg, wichtigster Autobahnzubringer zur Expo, mußte gesperrt werden. Aber wieder: Kein Stau, weil es keinen Verkehr gab. Nach einer Stunde war die Blockade geräumt und die AkteurInnen verhaftet. Weitere Blockaden entstanden in anderen Stadtteilen, Aktionen gegen Straßenbahnen, aber das Dilemma blieb: Wenn niemand zur Expo geht, nützen auch Blockaden nicht.

Im Verlauf des Nachmittags kam es zu Aktionen in der Innenstadt. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits ca. 60 Personen aus den Blockadegruppen verhaftet. Die Polizei log mit ihrer Zahl 14. Am Aegidientorplatz lief eine Kissenschlacht mit politischem Motto. Nervöse Polizei. Am Steintor begann wenig später eine Demonstration. Ausrastende Polizei. Kessel, Massenverhaftungen. 400 Leute saßen schließlich in Gefangenschaft, überwiegend in kleinen, dafür in Baracken aufgestellten Käfigen. Der Höhepunkt: In einem Käfig von 6x6 Metern 78 Menschen. Das macht mehr als zwei Personen pro Quadratmeter. Aber diese Bilder hat niemand außen gesehen. Auf der Expo feierte sich Deutschland als offenes Land ab. Die Realität blieb verborgen. Die Käfige mit den eingesperrten Menschen wären ein realistischerer Deutschlandpavillon gewesen ...

Zusammenfassend: Am 1.6. waren viele selbstorganisierte Kleingruppen unterwegs. Das Aktionskonzept war verwirklicht worden. Koordinations- und Unterstützungsgruppen agierten, angefangen vom EA mit RechtsanwältInnen über Handykoordination, Fahrradkuriere zum Infoaustausch bis zum aktuellen Internet-Nachrichtendienst [www.expo-calyapse.de](http://www.expo-calyapse.de). Das Stör- und Blockadekonzept scheiterte an der „Strategie“ der Expo, einfach nicht stattzufinden. Schade.

### Analysen

Die Tage nach dem 1.6. zeigten, welche Wirkung direkte Aktionen und Bewegung von unten entfalten können. Ständig liefen Aktionen, von kreativ-direkten auf der Straße (z.B. die Reclaim-the-Streets-Party am 3.6., die wieder hart von der Polizei angegriffen wurde, aber zweimal abtauchte und in anderen Stadtteilen wieder entstand) bis zur Kommunikationsguerilla, z.B. der Verteilung von gefälschten Eintrittskarten usw. Obwohl einige hundert AkteurInnen in Haft waren oder wegen Platzverweisen die Stadt verlassen mußten, obwohl das eigentliche Ziel des 1.6. nicht erreicht wurde und die gleichgeschaltete Presse einen



Fotos: 60min-Sperrung des Messeschnellweges (oben). Reclaim-the-Streets-Party am 3.6. mit Bullenprügel (kleine Bilder).

Selbst wenn die Zahlen stimmen würde, ist sie kein Erfolg, sondern ein Desaster. Ursprüngliche Erwartungen lagen bei 400.000 BesucherInnen am ersten

die DemonstrantInnen. Ein ICE mußte geräumt werden wegen eines bombenverdächtigen Paketes. Blockaden auf der Hildesheimer Straße – aber kaum ein Auto mußte bremsen, es fuhren keine. Kurz vor zehn Uhr kletterten ca. 12 Per-

Erfolg der Expo konstruierte, gab es viel Druck und Kreativität für Aktionen. Gleichzeitig lief eine Öffentlichkeitsarbeit: Vier Zeitungsausgaben mit Berichten, Ankündigungen und inhaltlichen Texten, ständige Pressearbeit und mehr. Vor allem in Rundfunk und Fernsehen sowie in ausländischen Medien wurden die Proteste auch deutlich gezeigt. Als die Aktionswoche zu Ende war, gingen die Aktionen weiter: Hakenkrallen auf der Bahnlinie Hannover-Hamburg, eine Gleisblockade Richtung Westen usw.

Daher bleibt trotz des Verfehlens von „Expo lahmlegen“ vieles übrig, was als Schritt hin zu neuer politischer Aktionsfähigkeit genutzt werden kann. Es ist gelungen, viele Basisgruppen nicht nur zu einem Mitmachen zu bewegen, sondern dazu, eigene Ideen umzusetzen. Die Aktionswoche gegen die Expo 2000 war nicht nur ein Event. Es gab sehr, sehr viele Gruppen und Menschen, die nicht nur zum Mitmachen gekommen waren, sondern mit eigenen Ideen. Im Aktionscamp gab es Koordinations- und Planungstreffen, an den Computern wurden Freikarten gefälscht oder Aufkleber produziert. Das alles ist sicherlich noch um vieles steigerungsfähig, aber es war das Ende politischer Phantasielosigkeit. Und sichtbar wurde auch: Die Polizei war ziemlich hilflos. Sie hätte die Blockaden gar nicht oder nur mit härtester Gewalt verhindern können. Nun aber wird die Expo nicht in erster Linie am Widerstand scheitern, sondern an sich selbst. Immerhin das aber dürfte sicher sein. Für einen kreativen Widerstand von unten entstehen neue Perspektiven.

**Ausblicke**

Der gegen die Expo gerichtete und dort entstandene Widerstand ist nicht am Ende, sondern steht am Anfang. Die Aktionsform des kreativen, direkten und von unten organisierten Widerstandes ist richtig. In den nächsten Monaten bieten sich viele Möglichkeiten, ihn weiterzuentwickeln und die Punkte zu finden, wo er die Wirkung zeigt, die er haben kann:

Weiterer Widerstand gegen die Expo: Die Weltausstellungen ist zwar am Ende, aber nicht zu Ende. Sie wirbt weiter für ein Deutschland als zentrale Führungsmacht der Welt, für Vertreibung und innere Sicherheit, für Technik als Lösung von Hunger und Umweltzerstörung, für Atom- und Gentechnik, für eine Bevölkerungskontrolle usw. Verschiedene Gruppen bereiten Aktionstage vor, z.B. zum Tag der Weltenwanderung am 19. Juli oder die Chaostage vom 6.-8. August. Die Werbeschau für den Turbokapitalismus kann von allen Menschen und mit allen Aktionsformen angegriffen werden: Streiks, Blockaden, Öffentlichkeitsarbeit usw. Der Expo-Knast wird anschließend zum Abschiebeknast, die Arbeitsverhältnisse auf der Expo sind unabgesichert, weitere Entlassungen sind angekündigt. Gewerkschaften, Kirchen, NGOs, Parteien usw. werden erklären müssen, warum sie bei dieser Weltausstellung mitge-

macht haben. Ansätze gibt es genug, einen heißen Anti-Expo-Sommer zu organisieren. Die aktuellen Termine finden sich weiterhin unter [www.expo-no.de](http://www.expo-no.de).

Widerstand überall: Direkte Aktionen von unten, das Überwinden von Ein-Punkt-Bezügen und den vielen Grenzen in der politischen Bewegung, Kreativität und Visionen sowie radikale Positionen – all das ist überall wichtig. In Städten, Dörfern und Regionen können solche Aktionskonzepte verwirklicht werden, sei es gegen Parlamente, Institutionen, Parteitage, Aufmärsche, Großbaustellen, Abschiebeflughäfen, Firmen oder andere Orte von Herrschaft und Profitmaximierung.



**Fakten zum 1.6.**

Verschiedene Expo-Widerstandsgruppen blockierten Zufahrten bzw. den Messeschneppweg. Dadurch konnte kein Stau hervorgerufen werden. Vergleicht man dies mit dem Anreiseverkehr z.B. einer CeBIT, zeigt sich, daß niemals 150.000 BesucherInnen unterwegs waren. (Augenzeuginnenberichte)

Die Aktionsgruppen auf der Schilderbrücke und an den Expo-Eingängen hatten mehrere Stunden einen guten Ausblick auf Messeschneppweg, Zufahrten und Expo-Gelände. Dort gab es nie große Menschenansammlungen.

Die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) behauptete 2. Juni auf Seite 1, daß die Expo 2000 in Hannover an ihrem Eröffnungstag, dem 1. Juni 150.000 Besucher gehabt habe. Auf Seite 18 der selben Ausgabe erfahren wir auch, wie diese Besucher auf die Expo gekommen sein sollen: 30.000 mit der U-Bahn, 33.000 mit der Deutschen Bahn und die restlichen 87.000 sollen mit den PKWs gekommen sein, die auf den 5.000 belegten Parkplätzen (von 25.000) geparkt hatten. Damit saßen durchschnittlich 17,4 Personen in jedem PKW.

Definitiv waren die Parkplätze fast gar nicht belegt. Auf einem riesigen Busparkplatz standen gerade mal 2 Busse. Ein Sicherheitsbeamte meinte es gäbe nicht mal ein Drittel der Auslastung wie bei der CeBIT. (Augenzeuginnenbericht).

Die starke BesucherInnenabbruch am zweiten Tag ist nicht zu erklären, zumal der erste deutlich teurer war. Es kamen an den folgenden Tagen je max. 70.000 Menschen – obwohl erneut Zehntausende Freikarten erhielten und die Preise teilweise gesenkt wurden.

Selbst wenn die Zahl stimmen würde, ist sie kein Erfolg, sondern ein Desaster. Ursprüngliche Erwartungen lagen bei 400.000 BesucherInnen am ersten Tag. Erst wenige Woche vor Beginn der Expo wurde die Zahl auf 250.000 gesenkt. Das lag schon unter dem notwendigen Durchschnitt von 260.000, der erreicht werden muß, damit die Expo nicht noch mehr Milliarden-Minus einfährt. Und wenige Tage vor dem Start wurde dann erneut korrigiert: 150.000 sei das Ziel. Dann begann die Expo, Freikarten zu verteilen – ca. 50.000 davon kamen in Umlauf. Daher wären es selbst dann, wenn die 150.000 stimmen, nur 100.000 zahlende Gäste. Wahrscheinlich sogar weniger, weil etliche tausend geladene Gäste auch noch zu zählen sind.

Tag der Deutschen Einheit: Dieses Jahr wird Groß-Deutschland 10 Jahre alt. Einigen Ewig-Gestrigen ist das Deutschland zwar noch zu klein, aber an zwei Orten soll groß gefeiert werden: Offiziell in Dresden, der Hauptstadt des Bundesratspräsidenten Biedenkopf, und zudem auf der Expo 2000, denn am 3.10. ist dort auch der Deutschland-Tag. In beiden Fällen kann das, was schon in der Aktionswoche als Strategie des Blockierens, Störens und Sabotierens geplant und nur teilweise umgesetzt wurde, wieder eine Chance haben.

Der weltweite Höhepunkt direkter Aktionen und antikapitalistischen Widerstandes wird Ende September in Prag stattfinden. Dort steht das Treffen des Internationalen Währungsfonds an. Am 26.9. soll aus diesem Anlaß der nächste globale Aktionstag steigen. Für Aktionsgruppen aus Mitteleuropa ergibt sich die Chance, direkt dort mitzukämpfen mit den Widerstandsgruppen aus Prag und Umgebung, aus osteuropäischen und vielen anderen Ländern. Prag ist für viele Städte Deutschlands dichter als Hannover. Der Widerstand wird international sein.

Euphorie ist fehl am Platze. Doch die Unkenrufe aus verschiedenen Richtungen, die wieder mal alles Zerreden wollten und selbst dann oft in der konkreten Praxis gefehlt haben, haben sich nicht bewahrheitet. Die politische Bewegung ist Deutschland war und ist nicht in bester Verfassung. Nirgendwo gibt es sovielen AnhängerInnen des Lobbyismus, gehört es fast immer zur typischen politischen Karriere, mit 25 oder spätestens 30 Jahren die Seite zu wechseln und bei den Herrschenden mitzumachen bzw. diese beraten zu wollen. Filz, finanzielle Abhängigkeiten – all das ist in Deutschland stark ausgeprägt. Die Teilnahme vieler Gruppen und Verbände an der Expo (und nicht am Widerstand) bezeugt das eindrucksvoll. Zudem dominieren oft die verkrusteten Strukturen älterer Zusammenhänge (Gruppen, Einrichtungen, Organisationen, Medien, Verlage) und krasse Ein-Punkt-Bezüge ohne jeglichen Blick über den eigenen Tellerrand.

Aus solchen Runden gab es Desinteresse bis zu Distanzierungen und Boykottaufrufen gegen den Expo-Widerstand. Unter diesen Umständen ist festzustellen: Es war kein Durchbruch, das Hauptziel konnte nicht erreicht werden, aber es ist ein Schritt gemacht worden. Der war so groß und besonders wichtig – denn es war der erste, der herausführte aus der Resignation und der selbstverschuldeten Phantasielosigkeit politischer Bewegung der letzten zehn oder sogar mehr Jahre. Insofern wird sich der Sinn des 1.6. erst in den nächsten Auseinandersetzungen zeigen. Zu einer handlungsfähigen, widerständigen Bewegung führen jetzt viele weitere Schritte. Der große Durchbruch ist nicht geschehen, aber ein Anfang kann es gewesen sein. „Shut down IWF!“ ist auf Plakaten zu lesen ... Visionen können das Konkrete voranbringen!

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst 2000

● Widerstand

**Materialien**

Eine Sondernummer des Anti-Expo-Rundbriefes ist mit Berichten aus der Aktionswoche und einigen Analysen erschienen. Er kann gegen 2,50 DM plus Porto bestellt werden beim Büro für mentale Randal Postfach 100136 45601 Recklinghausen

Außerdem soll ein inhaltlicher Nachbereitungsreader entstehen, der bei der Anti-Expo-AG Hannover zu bestellen sein wird:

c/o ASTA Welfengarten 1c 30167 Hannover

**Spenden**  
werden dringend gebraucht für den Widerstand gegen die Expo 2000.

Konto "Spenden & Aktionen", Nr. 92881806, Volksbank Gießen, BLZ 51390000



**6-punkt**  
Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

Herbst 2000

●Wider-  
stand



**Themenredaktion  
"Expo 2000 &  
Weltwirtschaft"**

Nicht mehr besetzt.  
Wer hat Lust???

# Gegen IWF und Weltbank im September in Prag Aufruf zu den globalen Aktionstagen

Auszüge aus dem europäischen Aufruf: Etwa 20.000 VertreterInnen des Kapitals werden im September nach Prag kommen, um am 55. Jahresspitz von IWF und Weltbank teilzunehmen. Im Rahmen der Strukturanspassungsprogramme (SAP) legen IWF und Weltbank strikte Bedingungen für die Vergabe von Krediten fest. Diese Maßnahmen stärken die Position des Kapitals, aber sie verschlechtern die Lebensbedingungen der Mehrheit der Weltbevölkerung. Der Abbau von sozialen und ökologischen Standards sowie die Kürzungen von öffentlichen Ausgaben verhindern den Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung, führen zu einem starken Anstieg der Lebenshaltungskosten, zu Stellenabbau, Arbeitslosigkeit und dem Abbau gewerkschaftlicher Rechte.

Die Auswirkungen auf die Landwirtschaft sind besonders verheerend, da die auf lokale Subsistenzwirtschaft ausgerichtete landwirtschaftliche Produktion zurückgedrängt wird, und die Länder dazu gezwungen werden, Monokulturen für den Export anzubauen. Das führt zu Engpässen in der Nahrungsmittelversorgung und in manchen Ländern gar zu Hungersnöten.

Ebenso zerstörerisch sind die Aktivitäten von IWF und Weltbank für die Umwelt. Die großwahnsinnigen Projekte der Weltbank führen sowohl zur Zerstörung von lokalen Ökosystemen als auch zur Vertreibung von Millionen von Menschen. Diese Maßnahmen haben Millionen von Menschen zu Flüchtlingen gemacht. In ihren Heimatländern haben sie keinen Lebensraum mehr. Gleichzeitig werden sie von den selben Mächten, die ihre Vertreibung verursacht haben, kriminalisiert und mit Verachtung behandelt.

Wir wenden uns gegen die rassistischen Einschränkungen der Immigration in Europa und fordern das Recht auf freie Bewegung für alle Menschen. Die Realität ist, dass die Politik von IWF und Weltbank das Leben der Menschen zerstört. Deswegen ist das Gipfeltreffen in Prag eine Herausforderung für alle, die sich um das Schicksal der heutigen Welt sorgen. Die Ereignisse in Seattle beim Treffen der Welthandelsorganisation (WTO) im November und in Washington im April haben gezeigt, dass sich eine riesige Welle von globalem Widerstand gegen die sich ausbreitende Macht des globalen Kapitals aufbaut. Der IWF/Weltbank-Gipfel in Prag wird unsere nächste Gelegenheit sein, den Kampf für globale Gerechtigkeit und Gleichheit fortzusetzen.

Wir glauben, dass die Alternative eine Gesellschaft ist, die nicht auf den Profiten einiger weniger basiert, sondern auf den Bedürfnissen und Wünschen aller, den Prinzipien der Solidarität, der gegenseitigen Unterstützung und nachhaltigen Lebens; eine Gesellschaft, die alle Formen

von Herrschaft, Diskriminierung und Unterdrückung zurückweist. Wir setzen auf eine Bewegung, die von unten, vom „grassroot“-level, aufgebaut werden muss, die die vielen und verschiedenen täglichen Kämpfe gegen die Auswirkungen des globalen kapitalistischen Systems fördert – einschließlich Gruppen wie GewerkschafterInnen, Arbeitslose, landlose oder Kleinbäuerinnen und -bauern, Umweltinitiativen, MigrantInnen, radikal-demokratische politische Organisationen etc. Eine solche Bewegung kann nur durch direkte Aktion, zivilen Ungehorsam und das Praktizieren direkter Basisdemokratie geformt werden. Der Widerstand muss so global sein wie das Kapital – und viel kreativer.

**Lasst uns unsere Zukunft in die Hand nehmen und eine neue Welt schaffen! Gegen IWF und Weltbank!**

**Für eine Welt, in der viele Welten Platz haben!**

**Die Kampagne gegen den IWF/Weltbank-Gipfel Prag 2000 wird unterstützt von (Stand Ende Juli 2000):**

Organisationen, Initiativen und sonstige politische Zusammenhänge: Aktion Butterbrot, München; BUKO, Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen; Bürger gegen Atomreaktor Garching; Büro für mentale Randalen, Recklinghausen; Bündnis gegen Rassismus, München; CONTRASTE –

Monatszeitung für Selbstorganisation; Deutsch-Tschechische Nachrichten; DKP Südbayern; Euromarsch München; Frankfurter Sozialbündnis; fzs (freier Zusammenschluss von studentInnenschaften); Gruppe Landfriedensbruch; Gruppe Internationaler Sozialisten; JugendUmwelt Projektwerkstatt, Bad Oldesloe; Kairos Europa; Linksruck; Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte; PDS München; Ö-Punkte-Redaktion, Politik von unten

Einzelpersonen: Agtas, Gülcan, Betriebsrätin, Postfiliale Frankfurter Flughafen, DPG; Brandmeier, Tilmann, Mitglied des Schülervertretungsvorstandes Neu-Isenburg; Bräuner, Werner, IG-Metall-Mitglied; Braun, Hugo, Euromarsch Bundeskoordination; Buchholz, Christine, Betriebsrätin, Hamburger Assistenz Genossenschaft, ÖTV; Bulling-Schröter, Eva, Bundestagsabgeordnete der PDS, Da Silva, Alexandre, Betriebsratsvorsitzender BfG-Card-Service GmbH Ffm; Drossel, Armin, Vertrauensleutesprecher ÖTV Ffm; Götz, Gitti, Euromarsch-Bundes- und Europakoordination; Harmann, Dirk, Naturwissenschaftler-Initiative „Verantwortung für den Frieden“; Haenisch, Stefanie, Dozentin FH Frankfurt; Herrmann, Anita, Sprecherin des PDS-Kreisverbandes Frankfurt; Hübner, Carsten, MaB-PDS, Berlin; Kern, Dr. Bruno, Theologe, PDS, Mainz; Kremling, Gisela, Bundesarbeitsgemeinschaft Internationalismus; Klenke, Olaf, Elternvertreter an der Kita FU Berlin; Klein-Ridder, Ludger, Gütersloh; Kraft, Andreas, Vertrauensmann, Postfiliale Bad Soden, DPG; Linder, Dirk, Mitglied des Ortsverbandes Berlin, Betriebsrat Osram, IG-Metall; Linke, Wolfgang, Betriebsrat VKL, IG-Metall; Manke, Lutz, Mitglied der Plattform Internationalismus, PDS-Landtag Sachsen; Mies, Dr. Maria, Mitglied Netzwerk gegen Konzernherrschaft und neoliberale Politik; Renken, Frank, Betriebsrat, Lebenshilfe Berlin, GEW; Sakar, Sarah, Mitglied Netzwerk gegen Konzernherrschaft und neoliberale Politik; Talukder, Shamin, Mitglied JusokreisprecherInnenrat Berlin Wilmersdorf Charlottenburg



## PRAG SELBST ORGANISIEREN!

Basisbewegung bedeutet, dass jedeR etwas machen kann und soll! Der Prozess fängt nicht in Prag an, sondern vielmehr hier und heute, bei jedem/jeder einzelnen. Also fang einfach an: bestellt euch Infomaterial unter den angegebenen Adressen oder holt es aus dem Internet; macht Infoveranstaltungen, um über Prag, IWF, Weltbank und vor allem WIDERSTAND zu diskutieren; macht die Informationen anderen zugänglich über Internet, Freundeskreis, KollegInnen usw.; kopiert die Flugblätter und verteilt sie; schließt euch lokal zusammen, spricht Gewerkschaftskreise, linke Organisationen und Zusammenschlüsse an; versucht sie als UnterstützerInnen der Kampagne zu gewinnen; sammelt Spenden für Busse, Material und Prag; überzeugt die Leute, mitzufahren; schickt Delegationen nach Prag, wenn nicht alle können; bestellt euch Mobilisierungsmaterial oder macht selbst Plakate, Comics, Zeitungen, Videos usw.; macht Radiobeiträge und schaltet euch in Medien vor Ort ein; verbreitert die Kampagne und macht sie bekannt! Eurer Phantasie sind keine Grenzen gesetzt!

Lokale Zusammenschlüsse gibt es bisher in: Berlin, Bonn, Chemnitz, Frankfurt, Freiburg, Hamburg, Hannover, Kiel, Köln, Konstanz, Leipzig, Marburg, München

*Kontaktadressen für die deutsche Mobilisierung: (ReferentInnenvermittlung und Bestelladresse für Mobilisierungszeitungen Nr. 1 und Nr. 2 (Nr. 2 erst ab September) Plakate, Infopakete für Teach-Ins und Videos): fzs (freier Zusammenschluss von studentInnenschaften), Reuterstr. 44, 53113 Bonn, Tel.: 0228-26 21 19, Fax.: 0228-2420388, fzs@studis.de*

*Virtuelle Vernetzung: Mailingliste: prag2000-de@egroups.com (zum Eintragen leere Mail an prag2000-de-subscribe@egroups.com schicken) Webseite: <http://go.to/prag-2000> (deutschsprachige Vernetzungsseite: hier solltet ihr eure Infos zu Veranstaltungen, Terminen, eure Konzepte und Materialien allen zugänglich machen).*

### Spendenkonten

1) fzs,  
Kontonummer  
7510936,  
Sparkasse Bonn,  
BLZ 38050000

2) Spenden&Aktionen,  
Kontonummer  
92881806,  
Volksbank Gießen,  
BLZ 51390000  
Spendenquittungen  
nur bei Spenden&Aktionen; in beiden Fällen Kennwort PRAG.

## Infos & Links

Deutschsprachige Mailingliste: Jetzt eintragen! Einfach eine leere Mail an [prag-2000-de-subscribe@egroups.com](mailto:prag-2000-de-subscribe@egroups.com) schicken.

➤ Infos aus Prag bei INPEG, Initiative gegen die Ökonomische Globalisierung – Prag 2000: Loses Bündnis von tschechischen Organisationen, die die Mobilisierung und Organisation in Prag koordinieren.

➤ [inpeg.ecn.cz](http://inpeg.ecn.cz) (Infosheet): Alle wichtigen Mailinglisten, Bündnisse, Webseiten auf einen Blick (leider nur auf Englisch, Übersetzung folgt (Stand der Infos ist angegeben))

➤ Visabestimmungen für die Tschechische Republik auf [www.freespeech.org/inter/prag/visas.htm](http://www.freespeech.org/inter/prag/visas.htm)

➤ Kontakt für Mobilisierung in Wien (Österreich): [gegeniwf@gmx.at](mailto:gegeniwf@gmx.at)

➤ Weitere Infos und Texte gibt es auch beim Projekt Interkonti (Berlin): [www.freespeech.org/inter](http://www.freespeech.org/inter)

➤ Die internationale Seite zu S26, globaler Aktionstag gegen Kapitalismus: <http://x21.org/s26>

➤ [www.lobsterparty.org](http://www.lobsterparty.org), ein guter Überblick über die vergangenen weltweiten Aktionstage. World wide grassroots directory.

➤ PGA Peoples Global Action, [www.agp.org](http://www.agp.org), eine weltweite Initiative aus der die globalen Aktionstage entsprungen sind.

➤ [www.ainfos.ca](http://www.ainfos.ca), ein Informationsdienst für Grasswurzelgruppen weltweit. Gebraucht es um Informationen über eure Aktionen und Aktivitäten zu verbreiten. Schickt Nachrichten auf deutsch an: [a-infos-de@tao.ca](mailto:a-infos-de@tao.ca)

➤ Homepage der Karawane nach Prag: <http://prag.squat.net>

➤ Webseiten von S26-Vienna (Wien): [www.lo-res.org](http://www.lo-res.org), [www.betazine.org](http://www.betazine.org)

## ReferentInnenpool & Speakers-Tour:

Es gibt einen ReferentInnenpool für lokale Veranstaltungen zum Thema IWF und Weltbank. Aus diesem wird zur Zeit eine Speakers Tour geplant.

Kontakt: fzs, Reutersstr. 44, 53113 Bonn, Tel. 0228-262119, [fzs@studis.de](mailto:fzs@studis.de)

Fahrradkarawane nach Prag: Die Karawanenleute veranstalten eine Fahrradkarawane nach Prag, Start ist am 10.9. in Hannover, Ankunft ist geplant am 21. 9. Kontakt und weitere Infos: [karawane@mail.nadir.org](mailto:karawane@mail.nadir.org) oder [wagen.list@gmx.net](mailto:wagen.list@gmx.net), <http://prag.squat.net>.



# S26 wird der nächste globale Aktionstag gegen den Kapitalismus

**Schon jetzt bereiten sich viele Gruppen aus aller Welt auf dieses Ereignis, in vollem Bewußtsein über die Tatsache, daß das kapitalistische System, welches auf der Ausbeutung von Menschen, Gesellschaften und der Umwelt zugunsten weniger basiert, der Hauptgrund unserer sozialen und ökologischen Probleme ist.**

Vom 26.-28. September halten der IWF und die Weltbank ihr 55. Jahrestreffen in Prag ab. Eine Massenmobilisierung nach Prag beginnt. Am 26. September werden Menschen aus aller Welt ihre Opposition gegenüber der Weltbank und dem IWF zum Ausdruck bringen. Menschen überall auf der Welt werden gemeinsam ihre Solidarität mit den DemonstrantInnen in Prag bekunden.

Europäische Graswurzelbewegungen haben sich kürzlich getroffen und planen sowohl eine europaweite Mobilisierung nach Prag als auch dezentrale Aktionen. Die Idee wurde von verschiedenen lateinamerikanischen Gruppen, die sich kürzlich in Nicaragua getroffen haben, diskutiert und unterstützt. Die indische „National Alliance of Peoples Struggles“, hat kurz vor den A16 Protesten in Washington ein Statement abgegeben, welches Ihr hier lesen könnt. Weitere Mitteilungen aus aller Welt sind auf der „Calls to Action, Seite zu finden.

Der globale Aktionstag am 26. September folgt den Erfolgen der vorangegangenen global action days am 18. Juni und 30. November letzten Jahres und am 1. Mai diesen Jahres. S26 baut auf diesen Tagen im gleichen Geist auf. Mit diesen Tagen sind unsere Netzwerke gewachsen, wir haben viel voneinander gelernt und wir haben gesehen, wie viele neue Leute sich engagiert haben. Der 26. September wird diesen Prozeß des Aufbaus einer starken, kühnen und kreativen Basisbewegung für eine Gesellschaft in der Menschen nicht länger sich gegenseitig, Gemeinschaften oder die Umwelt ausbeuten, sondern eine, die auf Solidarität, Kooperation, Basisdemokratie und ökologischer Nachhaltigkeit basiert, fortsetzen.

Wie bei früheren Anlässen, werden Menschen aus verschiedenen Bewegungen und Ländern ihre Kräfte an diesem Tag gegen die sozialen, politischen und ökonomischen Institutionen des kapitalistischen Systems- die Weltbank und den IWF- bündeln.

ArbeiterInnen, Arbeitslose, StudentInnen, GewerkschafterInnen, BäuerInnen und Bauern, die Landlosen, FischerInnen, Frauengruppen, ethnische Minderheiten, indigene Volksgruppen, FriedensaktivistInnen, UmweltaktivistInnen, ÖkologInnen und so weiter, werden in Solidarität miteinander arbeiten, in dem Verständnis, daß ihre verschiedenen Kämpfe nicht voneinander isoliert sind. Die simultane Besetzung und Transformation der kapitalistischen Sozialordnung rund um den Globus – in den Straßen, der Nachbarschaft, auf den Feldern, in den Fabriken, Büros, Kommerzcentren, Finanzdistrikten etc. – werden die gemeinsamen Bündnisse auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene stärken.

Wie zuvor wird der Tag in einer nicht – hierarchischen Weise organisiert, als ein dezentrales und informelles Netzwerk von Basisgruppen, die nicht – autoritäre, basisdemokratische Formen der Organisation anwenden, strukturell unabhängig von den sozialen, politischen und ökonomischen Institutionen des kapitalistischen Systems sind, und versuchen, direkt durch ihre Aktionen Veränderungen zu bewirken. Jedes Ereignis und jede Aktion werden autonom von jeder Gruppe organisiert, während Koalitionen und Bündnisse von verschiedenen Gruppen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene gebildet werden können. Eine Strategie, die u.U. in lokalen Zusammenhängen sinnvoll ist, ist die, daß verschiedene Gruppen dabei kooperieren, eine Atmosphäre des Karnivals oder eines Festivals als Umgebung für ihre verschiedenen Aktionen zu schaffen.

Beispiele für mögliche Aktionen sind: Streiks, Demonstrationen, Critical Mass Radfahrten, Karnevals, Straßenparties, Rückeroberung von Straßen, regierungseigenem Land oder Bürogebäuden für nicht-kommerzielle und gute Aktivitäten, Märsche, Musik, Tanz, Reden, Flugis verteilen, Aufhängen von Bannern, verteilen von gemeinschaftlich kontrollierten Zeitungen, Straßen-theater, Anlegen von Gärten, Verteilen

von kostenlosen Lebensmitteln, simulierte Handeldsmärkte, Anbieten von zinsfreien Krediten vor den Gebäuden großer Banken, Solidaritätsaktionen, Streikposten, Besetzungen von Büros, Blockaden und spontane Schließungen, Aneignung und Verteilen von Luxuskonsumgütern, Sabotage, Beschädigung oder Störung kapitalistischer Infrastruktur, Aneignung kapitalistischen Reichtums und Umverteilung an die arbeitende Bevölkerung, sich selbst unabhängig von kapitalistischen oder autoritären Regimes erklären, Aufbau von basisdemokratischen Gemeinschaftsräten und Abhalten von Treffen von den Rathäusern, Aufbau ökonomischer Alternativen, z.B. ArbeiterInnenkooperativen, Werbung für ökonomischen Alternativen zu kapitalistischen Großunternehmen, Promotion von basisdemokratischen Formen der Gemeinschaftsorganisation, etc. ...

Der Prozeß des Aufbaus unserer Bewegung kann und sollte durch weitere Global Action Days gegen den Kapitalismus in der Zukunft fortgesetzt werden.

Alle „Anfragen“ oder Anliegen, die den globalen Aktionstag am 26. September betreffen, sollten an andere AktivistInnen in der Gruppe, der Stadt, dem Land oder eine der verschiedenen Mailinglisten geschickt werden, damit wir uns gegenseitig mit Rat und Tat unterstützen können. Es gibt niemanden, der verantwortlich ist oder im Hintergrund die Fäden zieht. Der Tag wird ein radikal dezentrales und nicht – hierarchisches Ereignis werden, daß wir in gemeinsamer Solidarität und Kooperation geschaffen haben.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst 2000

• Widerstand

Quelle

Internetseiten, u.a. über [www.s21.org](http://www.s21.org)

## Ö-termin

9. September in Hannover  
**Auftakt der Fahrradkarawane**

10. bis 21. September  
von Hannover nach Prag  
**Fahrradkarawane**

21. bis 28. September in Prag  
**Aktionswoche und Camp**

21. bis 28. September in Prag  
**Kulturfestival (Art of Resistance)**

22. bis 24. September in Prag  
**Gegengipfel**

24. September in Prag  
**Abschlußdemo des Gegengipfels**

26. bis 28. September in Prag  
**Offizieller IWF/WB- Gipfel**

26. September in Prag und anderswo  
**GLOBALER AKTIONSTAG!**

Danach:  
3. Oktober in Dresden  
**Anti-Nationalfeiertag**  
(in Hannover: Deutschlandtag auf der Expo)

5. und 6. Oktober in Berlin  
**Konferenz „Gerechtigkeit oder Barbarei“**

6. bis 8. Oktober in Berlin  
**BUKO-Kongreß „WTO und soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus“**

13. bis 15. Oktober in Saasen  
**Widerstand organisieren! Bewegung von unten schaffen!**  
Perspektiven politischer Arbeit nach Expo, Prag usw. – Auswertung, Strategien, Aktionen  
Info: Projektwerkstatt, 06401/903283



Ö-Verteiler  
"Expo, Weltwirtschaft ..."

• Anti-Expo-Rundbrief  
• fzs-Rundbrief



Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

12

Herbst 2000

●Wider-  
stand



Themenredaktion  
"Widerstand,  
Direkte Aktion"

Widerstandsredaktion  
c/o Asta  
Katharinenstr. 1  
38106 Braunschweig

## Einleitung

Seit kurzem gibt es ein neues Redaktionskollektiv für diese Rubrik. Die eingeschränkte Vorbereitungszeit hat ihren Tribut gefordert. Zu unseren Plänen: Wir möchten in Zukunft neben dem Dokumentieren von Direkten Aktionen (und deren BekennerInnenschreiben) auch Vorschläge und Erlebnisberichte für und von Aktionen abdrucken. Wir dürfen natürlich nichts schreiben, was als Aufruf zu Straftaten gewertet werden könnte. Wir verstehen uns als Sammelbecken für alle Informationen über Direkte Aktionen und alles, was als Widerstand bezeichnet werden kann. Deswegen schreibt uns über Eure Erfahrungen oder Ideen.

Mit Eurer Zustimmung werden wir etwas oder alles in den Ö-Punkten veröffentlichen. Um die Informationen allen zugänglich zu machen, ist unser Fernziel, eine eigene Internetseite zu erstellen. Auf dieser kann es dann auch zu einem Austausch z.B. über verschiedene Widerstandsformen, deren potentielle Wirksamkeit und Grenzen kommen. Ein Repräsentant und ein kleiner für Poesie und Musik, der sich mit Widerstand beschäftigt ist auch geplant. Eigene oder fremde Gedichte, Musiktexte u.ä. können an unsere Post- oder E-Mailadresse geschickt werden.

## Aktionsplanung

Ein Erfahrungsbericht über die Planung einer Aktion erreichte uns schon und wird nachfolgend abgedruckt.

Liebe Widerstandsredaktion der Ö-Punkte, am Anfang der gesamten Aktion stand die Überlegung, eine dezentrale Mobilisierungsaktion am Schacht Conrad gegen den Castortransport nach Ahaus zu organisieren. Wir planten, ein großes Transparent von der Spitze des etwa 50m hohen Förderturms mit der Aufschrift „Ausstieg sofort“ zu hängen. Es sollte ein weit sichtbares Zeichen für den Ausstieg gesetzt und gleichzeitig die Förderanlage blockiert werden, da diese dann aus Sicherheitsgründen nicht mehr hätte betrieben werden können. Bei der Vorbereitung gab es verschiedene Aufgabenbereiche zu erledigen:

1. Informationen über das Gelände wurden gesammelt. Wir beobachteten möglichst unauffällig die Schachanlage, einige besuchten sogar eine Führung durch die Anlage, organisiert vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS). Wir sprachen mit anderen Aktiven, die schon einmal vor Jahren die Anlage besetzt hatten.

2. Befreundete Anwälte klärten uns über das Risiko auf, wegen Hausfriedensbruchs angezeigt zu werden. Wir beschlossen, dieses Risiko einzugehen. Da nach der Aktion eine Flucht kaum möglich erschien, gab es am Aktionstag einen telephonischen Kontakt zu einer Anwältin, die sich um Festgenommene kümmern sollte.

3. Das 10 mal 10 Meter große Transparent wurde nächtelang zusammengenäht. Es empfiehlt sich, die Ränder des Transpispis durch eine Einlage zu verstärken, um sie gegen Einreißen zu sichern. Im Abstand von 1m befestigten wir Schlingen aus Seilen. In den Stoff müssen überall Löcher als Winddurchlass geschnitten und umnäht werden, da das Transparent sonst reißen kann.

4. Eine Presseerklärung wurde geschrieben, daß eine Aktion am Schacht Konrad stattfindet und diese an alle größeren Medien etwa 1 Stunde vorher versandt. Wichtig sind Presseagenturen, da diese die Meldung an viele Medien weitergeben und so ein hoher Verbreitungsgrad erreicht wird. Die Redakteure sollten vor Ort direkt auf Namen und Telefonnummer angesprochen werden. Viele von denen wollen gerne vor den nächsten Aktionen direkt informiert werden. Eigenes Filmmaterial von den Vorbereitungen oder den Situationen vor Eintreffen der Presse wird manchmal von den Medien genutzt.

Der Verlauf: Wir teilten uns in zwei Gruppen. Die eine lag mit Leiter, Klettergurten, Transparent und Seilen auf der Rückseite des Geländes auf der Lauer. Die andere Gruppe ging zum Haupteingang, machte mit Rasseln Lärm und tat so, als wollte sie über den Zaun klettern. Das Wachpersonal rannte mit den Hunden dorthin, während die andere Gruppe tatsächlich über den Zaun kletterte und den Schacht bestieg. Oben angelangt brauchten sie nur noch das Transparent zu entrollen und (mit Klettergurten gesichert) zu befestigen. Die gesamte Aktion lief von der Ausführung gesehen recht gut. Von der juristischen Seite wurden alle Verfahren gegen Zahlung von insgesamt 800 DM (angeblich entstandener Schaden) eingestellt.



## Ohnmacht

Seht uns an, wir stehen vor den Trümmern dieser Zivilisation  
ein paar clevere Affen erfanden das Rad, hier kommt die letzte Generation  
die ein bißchen menschenwürdig leben kann, die Gräber stehn bereit  
und keiner sieht, wie alles zusammenbricht, weil nichts unendlich steigt  
Und was mach ich, leb vor mich hin versuch den Hass zu kontrolliern  
und das Gewissen wird beruhigt wenn wir hier artig Müll sortiern  
Gewaltphantasien für eine Sache, die keiner will  
die einen beuten die Erde so aus, der Rest ist artig und bleibt still

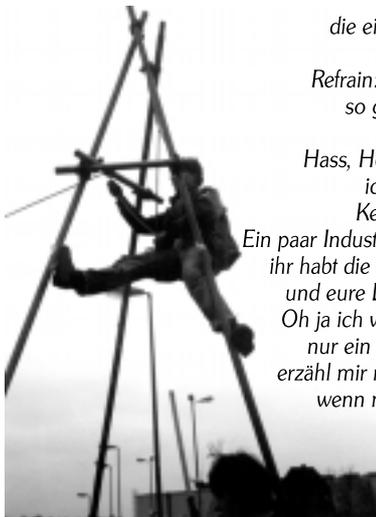
Refrain: Hass ich spreng Bayer weg, das Geilste ist, ich bin im Recht  
so gewalttätig wie ihr es seid kann ich gar nicht sein, oh nein

Hass, Hoehchst wird weggesprengt, wenn Kalichemie dann Feuer fängt  
ich schätze mal Millionen nach uns werden mir verzeihn  
Keine Angst, keiner wird getötet und niemand wird verletzt

Ein paar Industrieanlagen gehn in Flammen auf, ein paar Forschungsetagen zerfetzt  
ihr habt die Macht, die Gier, das Wissen doch die Kontrolle, die habt ihr nicht,  
und eure Lügengeschichten in den Medien sind nichts mehr als lächerlich  
Oh ja ich weiß, ich bin nur ein Träumer, nur einer, über den man leise lacht  
nur ein Chaos und ein Phantast, der sich hier künstlich wichtig macht  
erzähl mir nichts von Recht und Ordnung wenn irgendeiner hier Amok läuft  
wenn morgen Regionen zu Wüsten werden und halb Indien ersäuft

Refrain: ...

(But Alive – Für uns nicht)



## Redaktionstreffen auf dem Bundes-Ökologie-Treffen

Es gibt den Vorschlag eines Treffens zur Öffentlichkeits- und Redaktionsarbeit im Bereich "Widerstand/Direkte Aktion" auf dem Bundes-Ökologie-Treffen in Clausthal-Zellerfeld (22.-26.11.). Themen könnten u.a. sein: Ö-Punkte-Rubrik und eventuell Schwerpunktthema zu direkten Aktionen, Broschüre "Stören. Blockieren. Sabotieren" usw.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst 2000

● Widerstand

13

## Tipps zum Widerstand:

# Soundsystem auf RTS

Dies soll eine kleine Hilfe für Leute sein, die sich zu einer RTS per SoundSystem einbringen wollen. Hier werden schon gemachte Erfahrungen dokumentiert.

### Wagen:

Grundsätzlich empfehlenswert ist, einen auf einen Verein oder eine Organisation angemeldeten Wagen zu benutzen. Er sollte keinerlei Mängel aufweisen (abgefahrene Reifen, ohne AU, kein TÜV etc.) und es sollte glaubwürdig vermittelt werden können, daß der Wagen von jemandem „ausgeliehen“ werden konnte, ohne das jemand „Offizielles“ davon wusste („Der Schlüssel hängt immer neben der Tür – und wer den Wagen braucht nimmt ihn sich...“). So besteht die Möglichkeit, wenn keine Chance zum Entkommen bleibt, den Wagen stehen zu lassen und ihn ohne große Schwierigkeiten zurück zu bekommen. Wird ein Privatwagen benutzt, sollte der/die Fahrer/in auch Fahrzeughalter/in sein und den Wagen nicht unbedingt alleine von den Cops wegbringen lassen. Im Nachhinein könnte dies teuer werden, als den Pigs klar zu machen, das es sich um ein „privates“ Einbringen in diese Aktion handelt. Der/die Halter/in muß sich allerdings im Klaren sein, daß er/sie zumindest eine Ordnungswidrigkeit begeht.

Hat der Wagen keine Mängel und ist der/die Halter/in klar, wissen die „Freunde in Grün“ auch einfach nicht, was sie

tun sollen; haben auch keinen wirklichen Grund, den Wagen festzuhalten. Wird der Wagen mitgenommen, bleibt er mindestens einen Tag auf'm Bullenhof („...aus Gründen der Eigentumssicherung“) (Tagessatz ca. 15 DM + Verwaltungskosten ca. 150 DM). Es ist nicht „zwingend“ nötig mit einem Wagen aufzufahren! Lastenfahräder z.B. haben ja am Sennfelder Platz damals gute Dienste geleistet.

### SoundSystem:

Alles, was zur Anlage gehört, sollte vor der Aktion genau aufgelistet und die Seriennummern notiert werden. Auch hier ist es nötig, eine/n „Besitzer/in“ zu haben, die/der das SoundSystem verliehen hat und „keine Ahnung“ davon hatte, daß das System für eine „illegale“ Aktion benutzt werden sollte. Gibt es eine/n Besitzer/in, gibt's in der Regel auch keine Schwierigkeiten, die Anlage zurück zu bekommen. Es ist nicht unbedingt eine 220V Anlage mit Generator nötig! Eine (entsprechend dimensionierte) Autoendstufe und eine (oder zwei) fette LKW-Batterie(n) tun's auch.

Wird's teuer, gibt's die Möglichkeit Soli-Partys zu veranstalten und/oder Leute zu

connecten, die solches tun.

Wünschenswert...

✔ ist auf jeden Fall, daß das SoundSystem nicht beschlagnahmt wird. Hierfür kann auch im Vorfeld zum Schutz des Systems mobilisiert werden und/oder Flyer mit Verhaltensregeln (Ketten bilden; zwischen Wagen und Bullen tanzen) während der Aktion verteilt werden.

✔ ist auch, daß mehrere SoundSystems am Start sind, damit die Aktion nicht langweilig wird, wenn eines weggehafft wird.

Wer/welche sich mit einem SoundSystem in die Aktion einbringen will, sollte wissen, wo die eigentliche Aktion stattfindet und nicht mit komplettem Equipment am Treffpunkt auffahren (könnte sonst ein sehr kurzes Vergnügen werden!). Mensch sollte sich also vorher mit Menschen in Verbindung setzen, die evtl. Näheres wissen. Ein Handy sollte auch im Cockpit liegen, um Info's zur Bullentaktik etc. erhalten zu können. Natürlich muß die Handy-Nummer „gewissen Leuten“ bekannt sein ...

So – jetzt fang mal an zu checkern, denn die nächste Aktion kommt!

Quelle: [www.rts.squat.net](http://www.rts.squat.net)



Ö-Verteiler "Widerstand"

• Leider keiner.



### Widerstandsarchiv in Entstehung

In der Projektwerkstatt in Saasen soll ein Widerstandsarchiv aufgebaut werden – gefragt sind Information, Strategiepapiere, regionale Aktivitäten und Auswertungspapiere zu Kampagnen und größeren Aktionen, aber auch Berichte bis BekennertInnenbriefe von vielen kleinen Aktionen. Unterlagen zum EU-/Weltwirtschaftsgipfel in Köln, zum Global Action Day am 30.11. und zum Expo-Widerstand bilden die ersten Anfänge des Archivs. Koordiniert

wird das Archiv vom Büro für mentale Randalen, [bfnr@gmx.net](mailto:bfnr@gmx.net).

Materialien bitte an die Projektwerkstatt, Widerstandsarchiv, Ludwigstr. 11, 35447 Reichen schicken.



## Bitte um Hilfe für Prozeßkosten Widerstand von unten organisieren!

„Maulwürfe“ unter der Bundesstraße halten Castor auf. Erst am späten Nachmittag gelingt der Polizei die Räumung eines Tunnels ... titelte die taz.

Wir, zwei „Nötiger“, wurden auf frischer Tat ertappt, als wir uns am 19.3.1998 während eines Atomtransportes von Walheim (Neckerwestheim) nach Ahaus in einem „Maulwurfstunnel“, der 1m unterhalb der Transportstraße sechs Meter tief, entlangging, festketteten und so den Castor-Transport „nötigten“ zu stoppen. Nun müssen wir dem „Rechtsstaat“, den wir nötigten sein Castor für kurze Zeit zu stoppen, auf gerichtlicher Ebene Rechnung tragen. Wir brauchen Geld.

Der Plan klappte, die Aktion war erfolgreich. Sie wurde zu einem weiteren Baustein der „Öffentlichkeitsarbeit“ gegen die Castortransporte und sie stoppte den Transport (wenn auch leider nicht für immer) dann doch für immerhin 1:32 h, was deren Transportpreis in die Höhe trieb. Zwei Jahre kochte der Staat auf kleiner Flamme, um es in der damaligen politischen Situation der Jahre 98/99 (Gedankenstütze: Skandal um verstrahlte Transporte und kurzweilige Einstellung der Castortransporte) nicht zum Skandal

kommen zu lassen. Nun, in Zeiten, in denen sich die politischen Wogen glätten, Rot-Grün sich immer mehr der Wirtschaft verschreibt und der Atomausstieg für das Jahr 2032 besiegelt wurde, soll nochmals die starke Hand des Gesetzes, die STÖRER der letzten Jahre zur Ordnung rufen und sie für die Zukunft abschrecken. Nach dem ersten Strafprozess beliefen sich unsere Kosten auf 7200,- DM. Im Mai diesen Jahres zog das Regierungspräsidium Stuttgart mit einer Zahlungsaufforderung (Schadensersatz) in einer Höhe von 6000,- DM nach, die es noch zu zahlen gilt. Summa summarum 13.200,-DM

Das heißt: Zur Zeit, brauchen wir jede unterstützende Mark, um die staatlichen Grapsch-Hände loszuwerden. Wir hoffen auf eure unterstützenden Spenden!

P.S. Nach dem neuesten Stand, ist die Polizei des damalig leitenden Einsatzes am prüfen, ob nicht auch (Teil-)Kosten des Polizeieinsatzes den „Störern“ in Rechnung gestellt werden kann. Das hieße für uns weitere Verfahren und noch mehr Kosten, denn so Hubschrauber-Rundfahrten sind nicht billig und auch der Stundenlohn der SEKler summiert sich.

### Konto

Kontoinhaber:  
Martensen  
Spendenkonto:  
621156207  
BLZ: 20010020  
Postbank Hamburg

### Bilder

Oben: Eingang zum Tunnel.

Unten: Skizze der Polizei.

# Perspektive

## Immer stärker sichtbar: Öko-Filz mit Staat und Konzernen

Die vergangenen Monate waren wieder besonders krass – überall tauchten neue Projekte und Veröffentlichungen auf, in denen UmweltschützerInnen ihre neue Rolle als „Kumpel von Staat und Wirtschaft“ abfeiern. Sie sind nicht nur finanziell und personell immer immer enger verquickt, sondern übernehmen aktiv einen Part des neoliberalen Gefasels schöner neuer Welt und der Modernisierung von Technik und Gesellschaft.

Neu ist die Annäherung von Umweltschutz und Staat nicht, sie bestand von Beginn an, überlebte problemlos die Nazizeit (auch im neuen Jahresbericht des NABU, in dem die 100jährige Geschichte nachgezeichnet wird, fehlen wieder die Distanzierungen der Rolle von VogelschützerInnen als Partner und Förderer der Nazis) und ist bis heute ungebrochen. Ganz neu ist auch die Nähe zu Konzer-

nen nicht – seit ca. 10 Jahren ist dieser Trend ungebrochen sichtbar. Die Euphorie aber wächst ständig, obwohl die nackten Zahlen das Gegenteil nahelegen: Nie waren Konzerne, nie war die kapitalistische Logik so gesellschaftsprägend wie heute. Ausbeutung von Mensch und Natur, die alleinige Fixierung aller gesellschaftlichen Ziele auf Profit und Verwertung sind unvergleichbar hoch. Dennoch fühlen sich politische Gruppen, wahrlich

nicht nur die Öko-Verbände, nicht als Gegner, sondern als Partner bei dieser Entwicklung. Immer neue Gruppen, die bisher noch kritisch waren, gesellen sich zum Einheitsbrei der ökogetarnten neoliberalen Umgestaltung hinzu.

Die folgenden Beispiele stehen für viele – allein die Expo oder die Jahresberichte vieler Verbände bieten endloses Anschauungsunterricht dafür, wie weit inzwischen die Verschmelzung von Ökogruppen und Konzernen vorangeschritten ist.

### B.A.U.M.-Umweltpreise

B.A.U.M., ein Zusammenschluß von Konzernen (einschl. solcher wie DaimlerChrysler & Co.) hat seine diesjährigen Umweltpreise vergeben. Als Großunternehmen sind drei Vertreter von Konzernen ausgezeichnet worden: Einmal Siemens AG und zweimal DaimlerChrysler. Der Medienpreis geht an natur-Chefredakteur Gerd Pfitzenmaier, seit Jahren Kämpfer für die Anerkennung der Gen-

### Hinweis

Wer Interesse hat, Veranstaltungen, Seminare, Workshops usw. zu diesen Themen zu veranstalten, sollte sich melden bei der

Projektwerkstatt,  
Ludwigstr. 11,  
35447 Reiskirchen  
Tel. 06401/90328-3,  
Fax -5

ReferentInnen- und  
Themenliste gegen  
2,20 DM in Briefmar-  
ken.

Mögliche Themen  
u.a.:  
● Kritik an Agenda  
und Nachhaltigkeit  
● Expo 2000: Kritik  
und Widerstand  
● Emanzipatorischer  
Umweltschutz statt  
Öko-Neoliberalismus  
(Ökosteuern, Nach-  
haltigkeit & Co.)

### Abbildung

Einladung des DNR  
zur 50-Jahr-Feier.

50 Jahre Deutscher Naturschutzring  
7. Oktober 2000

11.00 Uhr

Eröffnung des Festaktes durch den Präsidenten des DNR  
Prof. Dr. Wolfgang Engelhardt

Grußworte des Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern Dr. Edmund Stoiber

Festansprache von Bundeskanzler Gerhard Schröder

Rede von Prof. Dr. Wolfgang Engelhardt

Schlusswort des DNR-Vizepräsidenten Albert Lippert

Es musiziert das Orchester der Klangverwaltung München unter der Leitung von  
Freiherr Enoch zu Guttenberg: Ludwig van Beethoven Sinfonie Nr. 3 „Eroica“

Moderation: Sabine Sauer, Bayerisches Fernsehen

13.30 Uhr

Empfang mit Buffet durch die Bayerische Staatsregierung

### 1.-3.9. in Saasen Perspektiventreffen Umweltschutz von unten

Diskussion um inhaltliche Ziele und Positionen, konkrete Planung für die Weiterarbeit, z.B. Uni von unten, Verkehrspolitik von unten, Umweltbildung von unten usw. Vorbereitung des Bundes-Ökologie-Treffens (siehe 22.-26.11.)  
Info: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11,  
35447 Reiskirchen-Saasen,  
06401/90328-3, Fax -5,  
projektwerkstatt@  
apgwbn.net

### 13.-15.10. in Saasen Widerstand organisieren!

Bewegung von unten schaffen, das 10. bundesweite Anti-Expo-Treffen gleichzeitig auch eine Chance zur Auswertung des Widerstandes in Prag, soll sich von bestimmten Kampagnen lösen und einen Rahmen für emanzipatorische Politik und Aktion schaffen.  
Info: Projektwerkstatt,  
06401/903283,  
projektwerkstatt  
@apgwbn.net

28.10.-17.11.  
in Saasen

### Politische Tage in der Projektwerkstatt

Diskutieren über Positionen und Aktionen, Bauen&Sortieren an Haus und Archiven, Schreiben und Layouten an den nächsten Ö-Punkten – bunte Tage also!  
Info: Projektwerkstatt,  
06401/903283, http://come.  
to/projektwerkstatt

22.-26.11.  
in Clausthal-Zellerfeld

### Bundes-Ökologie-Treffen "Umweltschutz ganz oben – Umweltschutz von unten"

Workshops, Diskussionen, Aktionen, Projekte.  
Das halbjährliche Treffen zum emanzipatorischen Umweltschutz und zu ökologischen Aktivitäten überhaupt. Jenseits von Formalien, Verbandsmeierei, Anpassung und Resignation!  
Infos: BÖT-Orgateam, c/o AstA der TU Clausthal, Silberstr. 1  
38678 Clausthal-Zellerfeld  
asta-oeko@tu-clausthal.de  
www.tu-clausthal.de/  
student/asta/  
boet/

technik als ökologisch verträgliche Technik und seit der neuesten Ausgabe der Zeitschrift auch einer Befürworter des Weiterbetriebs von Atomkraftwerken (siehe Vorwort in „natur“).

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ließ sich bei einer solchen „Ökologie“ nicht lumpen und revanchierte sich eindrucksvoll: Der BDI-Umweltpreis geht dieses Jahr an B.A.U.M. Eine Hand wäscht die andere.

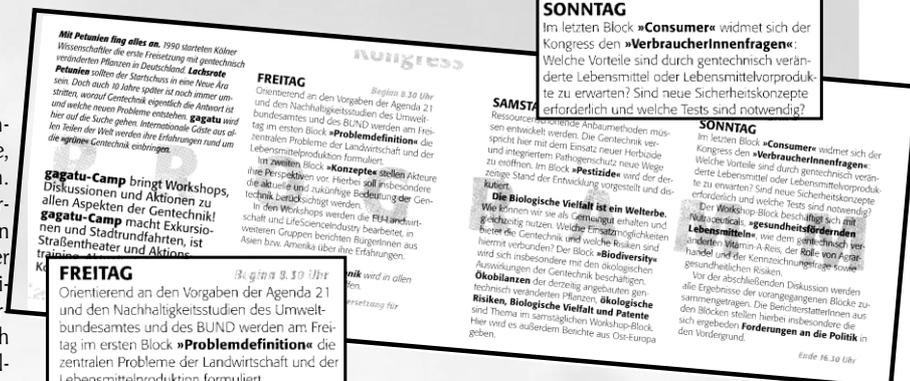
DNR-Filz 50-jährig

Der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Umweltverbände, feiert am 7.10. sein 50jähriges Bestehen. Den Empfang in München, der dafür organisiert wird, wird von der Bayrischen Staatsregierung veranstaltet. Festredner sind Edmund Stoiber (bayrischer Ministerpräsident) und Bundeskanzler Gerhard Schröder. Der DNR schmückt sich also mit den Federn des rechtsintellektuellen Bayernführers und des turboneoliberalen Schröder. Statt sich deren Politik entgegenzustellen, huldigen sie den Schuldigen von Ausbeutung und Aus-

und vom DNR zur Expo delegiert. Warum sollte der DNR den WWF rauschmeißen, was er selbst bei der Expo dick dabei ist? Aber das alles will die FR nicht wissen – deren UmweltredakteurInnen gehörten in den vergangenen Jahren zu den Befürwortern des Ökoliberalismus und der angeököten „Neuen Mitte“.

folgen wollen, jetzt Abschied nehmen vom GeN? Oder kommt es im GeN zu Konsequenzen? Sichtbar ist, daß besonders die Chefetage des Netzwerkes selbiges zu einem imagesammelnden Verband machen will – weg von der kämpferischen Linie.

Abniedernd heißt es im Programm weiter, daß die Vorteile der Gentechnik disku-



EXPO 2000 GmbH - Themenpark. Dr. Martin Roth (Leiter Themenpark), Albrecht Proebst (Administrative Leitung), Fred. M. Dillenberger (Technische Leitung), Markus Diekow (Ausstellungsleiter), Heike Niemeier (Projektmanagerin), Behrus Bohr (Leiter Vermarktung Themenpark). Externe Projektleitung: Stiftung Deutsches Hygiene Museum, Dresden. Szenographie: Stiftung Deutsches Hygiene Museum/ Gruppe 7. Produktion: BIEGE GBR. Forum der Innovation: VENRO Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nicht-Regierungs-Organisationen e.V.

Öko-Flughafen

„Naturschutzblätter“ heißt eine neue bundesweite Ökozeitung, die mit Power an die Kioske drängt. Der Inhalt reicht von wissenschaftlichen Texten zu gekauftem Ökoliberalismus. Der Höhepunkt der neuen Ausgabe: Der Flughafen Berlin-Schöneberg wird ein Ökohit. Überschrift auf S. 42/43: „Neuer Flughafen Schönefeld ist eine Chance für die gesamte Region“. Im Text heißt es unter anderem: „... der Flughafen wurde auch unter Umweltgesichtspunkten optimiert“. Er bringe neue Arbeitsplätze und eine Wertschöpfung von 10 Mill. Euro pro Jahr (siehe Ausschnitt unten).

tiert werden sollen. Grundlegende Kritik fehlt ganz (siehe Programmausschnitt auf dieser Seite).

Halle 7 auf der Expo

Ideologisches Kernstück der „schönen neuen Welt“ der Expo ist die Halle 7, Thema „Der Mensch“. Dort läßt sich ausprobieren, wie es sich mit einer GenCard lebt, wo die Fehler im eigenen Erbgut gespeichert sind – Zeugnisse usw. sind dann nur noch zweite Wahl. Auf einem großen Bildschirm kann im Zeitraffer die Liebesstory eines Pärchens verfolgt werden. Am Ende landen sie dann auf der Couch zwecks Kinderkriegen – aber in der modernen Variante. Er (war ja klar!) mit dem Laptop auf den Knien, sie daneben sich freuend und ab und zu auch etwas einbringend, aber vor allem erstaunt über das technisch Machbare. Auf dem Laptopbildschirm ein Herr, der Fragen stellt, wie das Kind beschaffen sein soll. Am Ende gibt es dann ein langes, gemeinsames „Ja“ zur Zusammenstellung der Eigenschaften, der Computer meldet, jetzt auf die Suche nach den Genen zu gehen – und das Paar küßt sich (ein bißchen Emotion bleibt beim Kinderkriegen ...).

Im Chemodrom der Halle 7, gemacht vom Verband chemischer Industrie, geht es durch einen dunklen Tunnel. Hier ist alles vorgegeben, sogar die Richtung, in die Mensch gucken soll (das Fahrzeug dreht sich entsprechend). Platte Angstmacherei vor Krankheiten und Bevölkerungsdichte, ebenso einfache Lösung „Gentechnik“.

Erschreckend ist, wer an diesem Zukunftsbild alles mitgemacht hat, z.B. der Dachverband der entwicklungspolitischen Gruppen VENRO und amnesty international (siehe Ausschnitt aus dem Halle-7-Prospekt).

Zu amnesty siehe auch in der neuen Rubrik „Wirtschaft“.

Genethisches Netzwerk pro Agenda 21

Der „Alleskleber“ Agenda 21 wirkt mal wieder „nachhaltig“. Selbst das Genethische Netzwerk, wichtigster Zusammenschluß genkritischer Gruppen, hat das neoliberale Kampfpapier Agenda ins Herz geschlossen. Im Programm zum Kongreß GAGATU wird die Agenda als Richtschnur für den Kongreß vorgegeben. Ob die GeN-Leute die Agenda gelesen haben? Dort wird die Gentechnik als wichtigste Zukunftstechnologie vorgestellt. Zitat: „Als innovativer, wissensintensiver Forschungsbereich bietet sie eine Vielzahl nützlicher Verfahrenstechnologien für vom Menschen vorgenommene Veränderungen der DNS (Ergbut) oder des genetischen Materials in Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen, deren Ergebnis überaus nützliche Produkte und Technologien sind“. Müssen UmweltschützerInnen, die dem neoliberalen Ökokurs nicht

icht vermeidbar oder in vollem Umfang ausgleichbar; auch wenn die Planungsvorgaben mit dem Landschaftspflegebegleitplan weitreichende Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vorsehen. Anstatt die Linie einer destruktiven Opposition zu verfolgen, sollten sich die Naturschutzvereine zusammenschließen und für diese Ausgleichsmaßnahmen neue konsensfähige Vorschläge formulieren, z.B. für einen „grünen Gürtel“ aus Naherholungsgebieten und Biotopen. Mit dem Flughafen BBI rückt Berlin wieder ins Herz eines neu entstehenden Europas, und die Region Berlin-Brandenburg positioniert sich als Kulturmetropole zwischen Vergangenheit und Zukunft.

Bilder

Oben: GAGATU-Programm mit Agenda- und Pro-Gentechnik-Bezügen

Links: Auszüge aus dem Infoheft zur Halle 7 der Expo.

Unten: Auszug aus der neuen Zeitung Naturschutzblätter zum Flughafen Berlin-Schönefeld.

Zu allen Terminen gibt es Infos in der Projektwerkstatt in Saasen (Tel. 06401/90328-3, Fax -5) oder von unterwegs (Tel. 0171/8348430) oder per projektwerkstatt@apg.wbnet.de.

Internet

Umweltschutz von unten http://go.to/umwelt

Projektwerkstatt http://come.to/projektwerkstatt

Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

16

Herbst 2000

● Schwer-  
punkt

# Ökostrom

Das Institut für Ökologie hat sich mit dem Konzept für einen "Ökostrom von unten" gegen die neoliberalen Ökostrategien (Markteuphorie und Ökoka-pitalismus) gestellt und eine Alternative aufgezeigt, wie Mitbestimmung und Ökologie sich ergänzen können. Die "Ö-Punkte" haben im letzten Heft die Idee erstmals vorgestellt. Inzwischen, innerhalb von wenigen Monaten, haben Gespräche mit Ökostrom-Anbietern stattgefunden, außerdem rollt die Kam-pagne in mehreren Regionen an. Auf dieser Doppelseite soll genauer vor-gestellt werden, wie Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemein-schaften entstehen können, die statt eines ruinösen Wettbewerbs nach neoli-



Atomausstieg ist mehr als Stromwechsel!

## Konsequent umsteigen, selbst agieren, die Machtfrage stellen

Der Atomkonsens („Konsens“ ist das falsche Wort, denn es gab gar kein Beteiligungsverfahren – alles Sache von Regierenden und Konzernen) hat den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke festgeschrieben. Der Ökostrommarkt entwickelt sich nur recht mühsam – und die großen Energieversorger sind wieder die cleversten: Sie spalten den Ökostromanteil aus dem bisherigen Mischstrom ab und verkaufen ihn nun teurer. HEW, HEAG und andere sind die Vorreiter dieser Strategie. Für die Umwelt kommt dabei gar nichts heraus. Aber für die Unternehmen.

Wer im Markt agiert, muß sich ihm anpassen oder wird darin umkommen. Dieses unumstößliche Gesetz hat in den vergangenen Monaten etliche Ökofirmen hinweggefegt. Diese Gefahr besteht auch beim Ökostrom. Es sei denn ... ja: Die Energiewende muß von den Menschen ausgehen, nicht vom Markt! „Ökostrom von unten“ heißt das Projekt, das mit dieser Ausgabe der Ö-Punkte startet. Gesucht sind AkteurInnen in Städten und Regionen, die die Idee mit umsetzen. „Ökostrom von unten“ geht weit über den platten Appell der Umstellung von Haushalten hinaus. Denn daß damit ein Atomausstieg erreichbar ist, ist genauso ein Märchen wie vor 15 Jahren die Idee, mit dem Abwaschen und Sortieren von Joghurtdeckeln die Rohstoffverschwendung zu besiegen.

Bei „Ökostrom von unten“ geht es um alles: Energieerzeugung, Vermarktung und Umstellung von Häusern, öffentlichen Gebäuden, Betrieben usw. Grundlegendes Prinzip ist der Weg „von unten“. Das ist eine Machtfrage. Lokale Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften (Strom-EVG) sollen die Entscheidungen treffen. Bundesweit tragen die Ökostromanbieter diese Arbeit und organisieren den Stromein- und -verkauf – denn es wäre anstrengend, müßte jede Region eine eigene Firma, Buchhaltung, überregionale Vernetzung usw. organisieren. Die Strom-EVGs und die Ökostromanbieter sind

Partner. Sie schließen einen Vertrag oder eine andere Vereinbarung über die jeweiligen Aktivitäten, Entscheidungsrechte usw. Dadurch werden die Regionen autonom, d.h. sie agieren selbstbestimmt, aber nicht losgelöst. Es geht nicht um sinnvolle Regionalmythisierung, sondern um selbstbestimmtes Handeln. Das Optimum wäre das schließliche Ziel: Überall haben die Menschen die Entscheidungshoheit über ihre Energiegewinnung erobert. Wind-, Wasser-, Solar- und Biomasseanlagen werden gemeinsam betrieben, die Netze gehören den BürgerInnen und die Öffentlichkeitsarbeit für die Ökostromumstellung wird zusammen durchgeführt.

Davon ist alles weit entfernt. Im Sommer 2000 startet das Projekt in einigen Regionen. Sechs Ökostromanbieter sind zur Zeit dabei. Ihre Tarife, die regionalen Kontaktadressen, die möglichen Stufen von der ersten Idee zur Strom-EVG in einer Region und konkrete Tipps für den Aufbau von Neuanlagen füllen diesen Schwerpunkt. Es geht um den Stromwechsel – aber der darf sich nicht auf das Wohnzimmer beschränken. Alles von der Steckdose bis zur Erzeugungsanlage muß erobert werden, weg von denen, die Energie als Profitgrundlage betrachten, ohne Rücksicht auf Verluste.

**Schafft 1,2,3 ... 1000 ... Millionen atomstromfreie Zonen!**

### Redaktion des Schwerpunktes "Bewegung von unten"

Erstellt während der politischen Aktionstage in Saasen im Sommer 2000.

### Einleitung von

Jörg Bergstedt

### Internet

<http://move.to/oekostrom>

In Zukunft die Infoquelle zu Ökostrom von unten:  
**<http://move.to/oekostrom>**



# von unten

beralem Muster die Frage des Verbrauchs und der Erzeugung in regionalen Entscheidungs- und Planungsprozessen umsetzen. Weiterhin sind regionale Energie- und Anti-Atom-Inis, Infozentren, die mit solchem Strom versorgt werden und als "atomstromfreie Zonen" dafür werben wollen, und überhaupt alle Interessierten, Anlagenbetreiber usw. gesucht, um in den Regionen zu starten.

Kontakt: Ökostrom von unten, c/o Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, 06401/90328-3, Fax -5, oekostrom-von-unten@web.de

**o-punkt**  
Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

Herbst 2000

●Schwer-  
punkt



## Pro & Contra

Grünen Strom lieber verbrauchen oder produzieren?

### Ökostromkunden werden getäuscht

Am Anfang war die gute Absicht. Viele Menschen sind bedrückt von der Vorstellung, daß ihr Stromverbrauch zur Belastung der Umwelt, zum Waldsterben und zur Klimakatastrophe beiträgt. Sie möchten deshalb nur Strom verbrauchen, der diese Nebenwirkungen nicht hervorruft. Zu diesem Zweck sind sie bereit, „Grünen Strom“ zu kaufen und dafür einige Pfennige mehr zu bezahlen.

#### Das Gegenteil wird erreicht

Doch diese gutwilligen Menschen geben ihr Geld zumeist vergeblich aus. Schlimmer noch, sie erreichen durch ihr Opfer sogar das Gegenteil von dem, was sie zu erreichen hoffen. Sie werden somit getäuscht. Bedauerlicherweise ist diese Täuschung nicht etwa die Ausnahme, sondern die Regel und sie ist durch die gültigen Gesetze gedeckt. Es gibt überhaupt nur eine kleine Handvoll Ökostromhändler, die an der grandiosen Täuschung nicht beteiligt sind (deren Angebote werden hier nicht beurteilt).

#### Vergleich der Verhältnisse ohne und mit Ökostromhandel

Um den Täuschungsvorwurf verstehen zu können, vergleichen wir am besten die Verhältnisse im Strommarkt miteinander, einmal als Variante 1 ohne Ökostromhandel und einmal als Variante 2 mit Ökostromhandel.

Variante 1: Was würde geschehen, wenn es keinen Ökostromhandel gäbe? Der bundesdeutsche Strom-Mix enthält schon seit einiger Zeit (neben dem Hauptanteil von Braunkohle und Atom) auch etwa 4 % Anteile aus alten Wasserkraftwerken, die im Eigentum der großen Stromversorger stehen, sowie einen zunehmenden Anteil (zur Zeit etwa 2 %) aus privaten Wind-, Biomasse- und Solaranlagen, die ins öffentliche Netz einspeisen. Bis vor kurzem wurde dieser Strom-Mix ohne Rücksicht auf seine Bestandteile verkauft. Dabei wurde ein Mischpreis aus den Gesteigungskosten für Atomstrom, Braunkohlestrom, Wasserkraftstrom und sonstigem Ökostrom gebildet und in Rechnung gestellt.

Variante 2: Was geschieht, wenn es Ökostromhandel gibt? Hier wird den gutwilligen Ökostromkunden versprochen, sie würden zukünftig nur umweltfreundlichen Wasserkraftstrom oder anderen Ökostrom erhalten, wenn sie dafür freiwillig ein paar Pfennige Zuschlag zahlen. Der Stromverkäufer kassiert sodann von den Ökostromkunden einen höheren Strompreis als den bisherigen Mischpreis. Den übrigen Kunden

(denen egal ist, wie ihr Strom erzeugt wurde), kann der Stromverkäufer zum Ausgleich einen niedrigeren Strompreis für ihren „Egalstrom“ berechnen.

#### Hat der gutwillige Ökostromkunde diesen Effekt wirklich gewollt?

Möchte er wirklich, daß seine Mehrzahlung den Strom für die Stromverschwender noch billiger macht? Möchte er anderen die Möglichkeit geben, billiger werdenden Strom noch bedenkenloser zu verschwenden? Dies war mit Sicherheit nicht seine Absicht! Bis hierher also der desillusionierende Vergleich zwischen einem Strommarkt ohne Ökostromhandel und einem Strommarkt mit Ökostromhandel.

Welche theoretische Erwägung steht hinter der Idee des Ökostromhandels, und worin liegt ihr logischer Fehler? Warum aber, wenn die Nachteile des Ökostromhandels doch so offensichtlich sind, vertreten manche Menschen die Idee, durch Ökostromhandel die Energiepreise zu erreichen – zumindest aber unterstützen – zu können? Die theoretische Überlegung der Ökostrombefürworter geht dahin, daß durch eine hohe Nachfrage nach Ökostrom die Produktion von Ökostrom (der Bau neuer Anlagen, die Ökostrom erzeugen) in Gang kommen soll. Dieses Prinzip kann jedoch nur funktionieren, wenn die Nachfrage nach Ökostrom das Angebot übersteigen würde. Erst wenn mehr Wasserkraftstrom (oder Windstrom oder Solarstrom) verlangt würde, als vorhanden ist, wäre der Stromhändler gezwungen, sich um NEUE Wasserkraft-, Windkraft- oder Solaranlagen ernsthaft zu bemühen. Doch in diese „Gefahr“ gerät er nicht, weil nämlich (durch den Anreiz des Erneuer-

bare Energien Gesetzes, EEG) der Anteil des Ökostromes an der Gesamtstromproduktion weit schneller anwächst als die Zahl der Ökostromkunden. Bis zum Jahr 2010 soll der Anteil an Ökostrom bereits auf 12% am Strommix angewachsen sein, fordert z.B. die Europäische Union. Soviel Menschen, die FREIWILLIG mehr Geld für Ökostrom ausgeben, wird es wohl kaum geben. Insbesondere ist zu bedenken, daß die Wirtschaft, die etwa 2/3 des erzeugten Stroms verbraucht, zu freiwilligen Mehrzahlungen wohl kaum bereit sein wird.

Fazit: Ökostrom produzieren – nicht verbrauchen! Wer also dafür sorgen will, daß die Belastung der Umwelt durch Stromerzeugung zurückgeht, der sollte sich nicht als Verbraucher von Ökostrom, sondern als Produzent von Ökostrom engagieren. Eine eigene Solaranlage oder die Beteiligung an einer Gemeinschaftsanlage (Solar, Wind, Biogas) bringt ihm die Gewißheit, daß sein Geld nicht zur Entlastung der Ökostromkunden, sondern tatsächlich zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien eingesetzt wird. Eine Solarstromanlage auf dem eigenen Dach ist nicht mehr unerschwinglich und erzielt – Dank des neuen EEG – eine Einspeisevergütung von 99 Pf/kWh. Info: Solarenergie-Förderverein, kontakt@sfv.de.

Die folgenden drei Seiten dokumentieren Texte für und gegen Ökostrom im allgemeinen bzw. die aktuellen Ökostromkampagnen. Sie hier als Einstieg vorzustellen, soll zeigen: Nichts ist selbstverständlich – die Entscheidung um Ökostrom ist genau so wichtig wie das Ringen um die Form der Ökostromarbeit.

#### Autor

Wolf von Fabeck

#### Quelle

Solar-Rundbrief  
3/00

## Das Tagungshaus

Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, 06401/90328-3, Fax -5  
projektwerkstatt@apg.wvbwet.de, http://come.to/projektwerkstatt

- ... mit spannender Ausstattung  
Das optimale Seminarhaus mit Bibliotheken, Archiven, Medien und Mitbenutzung von technischer Ausstattung. Per Bahn erreichbar, nahe Gießen (also recht zentral fürs Land). Ökig, radikalpolitisch. Preise z.T. nach Selbsteinschätzung.
- ... für politische Gruppen  
Optimal geeignet ist das Haus für politische Gruppen, z.B. zum Vorbereiten von Projekten, Aktionen oder Planungstreffen. Denn hier gibt es Arbeitsmaterialien, die Technik kann genutzt werden und mehr.
- ... mit besonderen Angeboten  
Wir können ReferentInnen zu verschiedenen Politikbereichen stellen – sei es zu Aktionsstrategien, Tips zur Gruppenorganisation, ökologische Themen usw. Oder wir stellen Bio-Lebensmittel bereit. Oder ...



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

18

Herbst 2000

● Schwerpunkt

**Autor**

Jörg Bergstedt, Projekt „Ökostrom von unten“ des Instituts für Ökologie

**Hinweis**

Die Idee „Ökostrom von unten“ startet zur Zeit in verschiedenen Regionen. Ziel ist die Verbindung von Produktion und Verbrauch. Informationen finden sich in der Herbstausgabe der Ö-Punkte mit Schwerpunkt „Ökostrom von unten“ (5 DM pro Heft, jedes weitere Heft 2 DM, plus einmalig 2 DM Porto; zu beziehen über Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, oe-punkte@gmx.de) und im Internet unter <http://move.to/oekostrom>. [oekostrom-von-unten@web.de](mailto:oekostrom-von-unten@web.de)

# Eine Antwort auf Wolf von Fabecks Kritik am Ökostrom

## Ökostrom verbrauchen und produzieren!

Es ist keine Frage: Die aktuellen Kampagnen für Ökostrom bergen kaum einen politischen Anspruch. An vielen Orten wird der liberalisierte Markt hochgejubelt – und die VerbraucherInnen werden wieder einmal zu den Verantwortlichen für die Rettung der Umwelt gemacht, während die Konzerne weiter per Atom- und Kohletechnik selbige ruinieren dürfen.

Ein solcher Blickwinkel erinnert frapierend an die Mülltrenn-Kampagnen („Joghurtdeckel abwaschen und zur Alusammelstelle bringen rettet die Umwelt“) vor zehn oder 20 Jahren. Falsch waren die auch damals. Denn Umweltschutz kann nicht losgelöst von den realen Machtverhältnissen und von der Analyse der Zerstörungsursachen und -verursacher umgesetzt werden. Doch die Hoffnung, daß diese Fehler endlich einmal überwunden werden, scheint durch die aktuelle Ökostromwerbung leider eher enttäuscht zu werden. Die von Ökostromanbietern bis zu Anti-Atom-Gruppen suggerierte Möglichkeiten, durch das Umstellen auf Ökostrom im eigenen Haus könne der Atomausstieg erreicht werden, ist unverständlich, falsch und insofern schädlich, weil sie irreführend vielen Menschen genau dieses als entscheidende Maßnahme gegen Atomstrom und Klimazerstörung nahelegt. Das kann andere Aktivitäten verhindern! Noch schlimmer sind die Ökostromangebote von Stromkonzernen, die ihren ohnehin vorhandenen Ökostromanteil im Mischstrom nur „abspalten“, um ihn dann als Ökostrom teurer zu verkaufen. Das bringt gar nicht, weil der übrigbleibende Strom nur noch dreckiger wird, aber insgesamt keine Kilowattstunde Atomstrom verdrängt wird.

Aber dennoch: Die generelle Kritik am Ökostrom ist falsch. Denn es gibt nicht „den“ Ökostrom, sondern inzwischen viele verschiedene. Zudem sind Veränderungen möglich – und nötig. Meines Erachtens geht es nicht darum, zum Ökostrom „Ja“ oder „Nein“ zu sagen bzw. ihn als entscheidende Anti-Atom-Aktion hochzujubeln, sondern es geht darum, eine Form des Ökostroms zu finden, die den ökologischen und gesellschaftlichen Zielen, die damit verbunden sind, nahekommt – und gleichzeitig die Werbung für den Ökostrom zu verbinden mit den weiterhin nötigen Aktivitäten für den Schutz der Umwelt, die Selbstbestimmung der Menschen und das Ende der Atomenergie. Daran mangelt es bei den bestehenden Ökostromkampagnen – aber das ist kein Beweis dafür, daß es nicht ginge.

Ganz im Gegenteil: 1. Die Umstellung auf Ökostrom kann erhebliche Finanzmittel für neue regenerative Energieanlagen (Wind, Wasser, Sonne, Biomasse) freisetzen. Insofern stimmt das Argument „Entweder Geld für neue Anlagen oder für Ökostrom“ nicht. Nötig dafür ist aber, daß die Einnahmen für den Ökostrom für neue Energieanlagen ausgegeben werden. 2. Ökostrom kann, statt den liberalisierten Markt zu beschwören, ein kleines Stück der notwendigen Veränderung von Machtverhältnissen sein –

nämlich dann, wenn Produktion und Verbrauch von Strom dezentral entschieden werden. 3. Insofern enthält auch der Ruf nach mehr Neuanlagen und der Jubel über das Energieeinspeisegesetz viele Verkürzungen, verläßt er sich doch ausschließlich auf politische Rahmenbedingungen und das Gute in herrschenden PolitikerInnen. Das aber ist, so lehrt die Geschichte, noch nie gut gegangen. Deshalb muß mit dem Neubau von regenerativen Energieanlagen auch die Machtffrage gestellt werden: Nicht nur „Wie wird der Strom erzeugt?“, sondern auch „Wer erzeugt ihn?“. Gefragt sind BürgerInnen-Energieanlagen, Versorgungsnetze, die den Menschen selbst gehören und von ihnen verwaltet werden, sowie VerbraucherInnengemeinschaften, die den Bezug von Ökostrom gemeinsam und selbst organisieren.

Weder die platte Formel „Ökostrom macht den Atomausstieg“ noch die ebenso platte Losung „Mehr regenerative Energieanlagen – egal wo und von wem“ halten einer Analyse der Gründe von Umweltzerstörung und Ausbeutung stand. Atomenergie ist nicht nur die Folge des Wunsches nach billigem Strom, sondern von Machtstrukturen, die die Durchsetzung von Großkraftwerken ebenso erst ermöglichen wie von Gentechnik, Flughäfen, Autobahnen oder weltweiten Ausbeutungsstrukturen. Sie zu knacken, ist schwer genug. Aber so zu tun, als wären diese Gründe nicht vorhanden, ist blauäugig. Für die Durchsetzung der Gentechnik ist z.B. völlig uninteressant, ob die Mehrheit der Menschen das überhaupt will oder ob sich viele für bewußte, gentechnikfreie Ernährung entscheiden.

Mit der Idee „Ökostrom von unten“ soll daher ein Weg gefunden werden, der die Ziele vereinbart:

- Umstellung des Stromverbrauchs auf Ökostrom, um die Atomstromversorger zu schwächen und Atomstrom aus dem Markt zu drängen.
- Keine Umstellung auf solche Ökostromanbieter, die den Ökostrom nur aus dem bisherigen Mischstrom abzweigen und dann für mehr Geld verkaufen.
- Garantie, daß die Einnahmen aus dem Ökostrom in Neuanlagen für regenerative Energie fließen, damit jede Mark doppelt wirkt.
- Demokratisierung von Stromnetzen bzw. Netzbetreibern, z.B. der Stadtwerke (auch hier wird viel Unsinn erzählt: Stadtwerke sind nicht „dezentral“ oder „demokratisch“, sondern meist Hochburgen von Parteienfilz und Bürokratie – als politische Forderung sollte mit der Einführung bzw. Bewerbung von Ökostrom auch die Demokratisierung der Stadtwerke gefordert werden).
- Demokratisierung von Energiegewinnungsanlagen, d.h. Wind-, Solar-, Biomasse- oder Wasserkraftanlagen im Gemeinschaftsbesitz der Menschen aus der Region.
- Demokratisierung aller Planungsverfahren für Energieanlagen.
- Widerstand und direkte Aktionen gegen Atom- und alle entdemokratisierten Großkraft-

### WATT IHR SPART aus Schönau

### Anti-Atomstrom für Haushalt und Gewerbe

*Nehmt den Energie-Muttis Watt weg... Das beschleunigt den Atomausstieg.*



Die "Schönauer Stromrebellin" liefern bundesweit:

Sauberen Anti-Atomstrom aus Wasserkraft, Wind und Kraft-Wärmekopplungs-Anlagen. Preiswert. Zertifiziert vom TÜV.

Von jeder verkauften Kilowattstunde wird mit dem "Schönauer Sonnenpfennig" in die ökologische Stromerzeugung investiert. Für neue Anlagen.



EWS - Elektrizitätswerke Schönau GmbH  
Neustadtstr. 8, 79677 Schönau  
Telefon: 07673-8885-0 Fax: 07673-8885-19  
eMail: [info@ews-schoenau.de](mailto:info@ews-schoenau.de)  
Internet: [www.ews-schoenau.de](http://www.ews-schoenau.de)



# Argumente gegen die Kampagne für „Grünen Strom“ Stromwechsel – nur mit uns?

„Mama, welche Farbe hat eigentlich unser Strrrrrr...“ waren die letzten Worte der aufgeklärten Ökoverbraucherin Natascha (4), als sie an der Steckdose das Umweltbewusstsein ihrer Wohngemeinschaft überprüfte.

Nach NABU, BUND und Greenpeace macht jetzt auch unser Landesverband Werbung für farbigen Strom. Wurden die BerlinerInnen vor zwei Jahren aufgefordert, den Atomausstieg („nur mit uns“) per Stimmzettel einzuleiten, so soll es heute das Antragsformular eines alternativen Stromanbieters sein. Vermutlich aber wird auch dieses Kreuzchen keinen Politikwechsel in der Atompolitik einleiten: Sechs Einwände gegen die Kampagne und ein Alternativvorschlag.

1. Die Aussage, KundInnen von Ökostromanbietern würden keinen Atomstrom verbrauchen, ist falsch und zwischenzeitlich mindestens einem Anbieter auch gerichtlich verboten worden. Durch die Steckdose fließt genau der gleiche Strom wie vorher. Irgendwann innerhalb eines Jahres wird ein Ökostromproduzent in das Stromnetz, das man sich als „Stromsee“ vorstellen kann, lediglich ökologisch erzeugten Strom einspeisen.

2. Dieser in den „Stromsee“ eingespeiste ökologische Strom würde ohnehin eingespeist werden, da aufgrund der Einspeisevergütung Ökostrom bereits rentabel produziert werden kann. Realistischerweise wird der Anteil von bestelltem Ökostrom den Anteil, den die regionalen Produzenten ohnehin kostendeckend vergüten müssen, nicht übersteigen.

3. Wirklich regenerative Elektronen kommen nur durch eine dezentrale selbstorganisierte Stromversorgung in die Steckdose, also zum Beispiel vom eigenen Solardach. Dezentralität ist ein Vorteil regenerativer Energien (kein Transportverlust). Wer in Berlin für den Verbrauch von Nordsee-Windkraft-Strom wirbt, vermindert gleichzeitig das Interesse für die wirklich ökologische Art der Energieversorgung.

4. Allen Stromwechsellkampagnen fehlt eine kritische Distanz zum Konzept der Liberalisierung des Strommarktes. Die nationale Umsetzung der europäischen Binnenmarktrichtlinie Elektrizität ist das deutsche Energiewirtschaftsgesetz aus Kohlezeiten. Ziel der EU-Richtlinie ist unter anderem die „Stärkung der Versorgungssicherheit und der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft“. Wie immer, wenn ein Standort gesichert werden soll, wird ein weiterer Bereich der Gesellschaft dem Markt unterworfen. Durch Konkurrenz soll Strom billiger werden. Wer durch die Ökosteuern Energie verteuern will, wird unglaubwürdig, wenn er sich nicht gegen sinkende Strompreise durch liberalisierte Energiemärkte ausspricht. Die Einspeisevergütung als derzeit wirkungsvollere – aber ordnungspolitische – Maßnahme für grünen Strom wird durch Lobbyarbeit auf den liberalisierten Energiemarkt ebenfalls in Frage gestellt.

5. Stromwechsellkampagnen entpolitisieren die Energiepolitik. Verbraucherinnen und Verbraucher sind die Verantwortung zurückzugeben: „Das Private ist politisch“. Die radioaktive Strahlung nach einem GAU oder aus einem Atomwälder macht aber keine Biegung um Haushalte, die sich mit grünem Strom versorgen. Im Kampf um den Atomausstieg geht es um politische Macht und Billionen DM. Im Zusammenhang mit der unglücklichen rot-grünen Kampagne „Der schnelle Atomausstieg ist juristisch nicht möglich“ wird vermittelt, die Politik habe keine Handhabe gegen die Atomkraft. Das mag im Sinne eines Bremsens der Enttäuschung über die grüne Regierungsbeteiligung angebracht sein – für einen schnellen Atomausstieg ist es schädlich.

6. Der Marktanteil für grünen Strom wird auch bei großen Anstrengungen extrem niedrig bleiben. Mit der Wechselkampagne wollen die InitiatorInnen „die Berliner VerbraucherInnen zu einer VerbraucherInnenabstimmung über den Atomausstieg aufrufen“, diese Abstimmung soll „mit der ganz privaten Stromrechnung“ stattfinden (aus einer Mobilisierungse-Mail des Landesverbandes). Damit wird einmal mehr in unseren Kreisen mit Meinungsumfragen realitätsfern um-

gegangen. Auch wenn sich zwei von drei VerbraucherInnen laut INFAS vorstellen können, für Ökostrom mehr zu zahlen, so sieht es in der Praxis ganz anders aus: Der Anteil der Haushalte, die Ökostrom bestellen, wird sich in dem Rahmen einpendeln, den Bioläden oder Dritte-Welt-Shops haben. Wer eine Abstimmung mit dem Stromzähler ausrufft, muss auch das Ergebnis verkünden: In Berlin haben sich bis Mitte März 0,3 Prozent der PrivatverbraucherInnen für den BEWAG-Ökostrom entschieden, 2 Prozent für den Bewag-Mischatomstrom „Multiconnect“; weitere zwei Prozent haben die Bewag verlassen – der geringste Teil davon zu ÖkostromanbieterInnen. Für die Abstimmung mit dem Stromzähler bedeutet das: Einer schweigenden Mehrheit von 95 Prozent ist der Atomausstieg egal. Unter der verschwindenden Minderheit, der es nicht egal ist, hat die Gruppe der ausdrücklichen AtombeirworterInnen wiederum die Mehrheit. Unsere Kampagne „Mitmachen auf dem Strommarkt“ bindet wertvolle Arbeitskraft, die anderweitig energiepolitisch sinnvoller eingesetzt werden könnte.

Ein konstruktiver Vorschlag: Wie wäre es mit einer Negativ-Imagekampagne gegen Atomkonzerne, gegen deren institutionelle EigentümerInnen und private AktieninhaberInnen? Ihre Profite wurden bereits durch zweistellige Milliardensum-

men vom Staat gefördert, ihre Aktienkurse sind seit Tschernobyl explodiert, ihre Reaktoren sind schlechter versichert als die Autos auf dem Kraftwerksparkplatz, ihre Brennelemente oder Castoren haben gefälschte Papiere, ihre Putzkräfte und die Kinder in der Umgebung sterben ohne großes Aufsehen. Es ist den Atomprofiteuren egal, was in den nächsten hunderttausend Jahren mit ihrem Müll passiert. Für dieses Handeln bekommen sie Millionengehälter und astronomische Aktiengewinne. Trotz dieser Menschenschaften erwarten sie, daß sich eine rot-grüne Regierung mit ihnen an einen Tisch setzt. Nein! Das Handeln der Bosse und der EigentümerInnen der Atomkonzerne ist zutiefst menschenverachtend. Mit solchen Menschen darf es nie einen Konsens geben. Mit einem Ökostromabo befriedigen wir die gesellschaftliche Stimmung gegen Atomkraft, die wir durch eine solche Kampagne noch richtig anheizen müssten.

Zum Beitrag in Heft 2/2000

## Ilka Schröders Argumente

Falsch ist in Ilkas erstem Gegenargument: „Irgendwann innerhalb eines Jahres wird ein Ökostromproduzent in das Stromnetz, das man sich als „Stromsee“ vorstellen kann, lediglich ökologisch erzeugten Strom einspeisen“. Richtig ist, dass die verschiedenen Ökostromanbieter nach verschiedenen Modellen einspeisen. Greenpeace energy und Lichtblick beispielsweise in Annäherung an den täglichen Verbrauch ihrer Kunden. Dazu wird mit einem Regellauftrag gearbeitet. Und wenn man nicht nachts um 1.00 Uhr mit der Kreissäge im Wohnzimmer arbeitet, liegt man da drin. Es gibt andere, die nicht zeitgleich zum Verbrauch einspeisen, das sind aber eben nicht alle. Das zweite Gegenargument ist eine Glaubensfrage.

Ich glaube im Gegensatz zu Ilka, dass Ökostrom eine relativ hohe Akzeptanz in der Bevölkerung hat und steigende Marktanteile erlangen wird. Jeder Stromwechsler entzieht den großen (Atom) Stromproduzenten das Geld. Anfangs wenig, aber immer mehr! Die Naturstrom AG legt besonderen Wert auf den Bau von neuen Anlagen. Der Anteil von umweltverträglich produziertem Strom wird durch die neuen Anbieter ausgebaut!

3. Gegenargument: „Wirklich regenerative Elektronen kommen nur durch eine dezentrale selbstorganisierte Stromversorgung in die Steckdose, also zum Beispiel vom eigenen Solardach“. „Solarstrom“ ist die teuerste regenerative Energie. Zuvor bezweifelte Ilka, dass es überhaupt genug Interessenten für Ökostrom gibt. Wer glaubt ernsthaft, dass es mehr Interessenten für die eigene teure Solaranlage gibt als für den von anderen billiger produzierten Mischökostrom? Projekte wie Volksstrom im Friedrichshain sind für eine selbstorganisierte Stromversorgung wichtig. Für einen möglichst schnellen Versuch eines Ausstiegs aus dem Klimawandel jedoch nicht ausreichend. Es gibt hier kein Entweder oder, sondern nur ein sowohl als auch für lokale Projekte und größere überregionale Ökostromanbieter. Es wurde auch nicht ausdrücklich für Nordsee-Windkraft-Strom geworben, wie unterstellt. Richtig ist, dass die 25 % Windkraft im BEWAG-ÖKO-PUR-Tarif von der Nordsee stammen. Übersehen wird von der Autorin, dass die Wasserkraft und die Biomasseanteile (74 %) aus Ostdeutschland

stammen. Der Solarenergieanteil kommt aus Berlin (1 %).

4. Gegenargument: Gefordert wird eine kritische Distanz zur Strommarktliberalisierung. Wären so viele Atomkraftwerke unter dem Kostendruck ohne staatliche Förderung möglich gewesen? Ilkas Gegenargument 5: „Das Private ist politisch“ wird bezweifelt. Jede gesellschaftliche Veränderung begann mit einzelnen Suchern nach neuen Wegen. Entscheidend ist immer auch der Einzelne. Man kann natürlich super grün sein und den billigsten Atomstrom beziehen, dann hat man etwas Geld gespart und spendet Greenpeace oder sonst wem für den Kampf gegen die Atomkraft. Man kann natürlich mit dem Flugticket in der Hand gegen den Ausbau von Startbahnen demonstrieren. Persönlich finde ich das lächerlich. Grüne Unglaubwürdigkeit wird in diesen Fällen auch von weiten Teilen der Bevölkerung deutlich wahrgenommen und gar nicht geschätzt. Das sechste Argument ist eine Vermutung, die man haben kann, die auch schlecht zu widerlegen ist. „Der Anteil der Haushalte die Ökostrom bestellen, wird sich in dem Rahmen einpendeln, den Bioläden oder Dritte-Welt-Shops haben“. Meine Erfahrung ist: eine andere. Persönlich habe ich noch nie etwas in einem dieser Läden gekauft. Ich greife öfter mal auf Ökoprodukte der Supermärkte zurück. Ein Freund von mir, ein CDU- oder PDS-Wähler, hatte sich lange vor mir für Ökostrom entschieden, was mir persönlich peinlich war. Ziehen wir eine erste Bilanz in 18 Monaten: Der Stromwechsel braucht viel Zeit!

Der konstruktive Vorschlag am Ende des Textes ist so sinnvoll wie eine „Kampagne gegen Bevölkerung über Solaranlagen“. Die Aktionäre von Atomkraftanlagen wissen genau, wofür sie ihr Geld verdienen und sie haben Spaß dabei. Eine Kampagne Sonnabend vormittags gegen AKW-Aktionäre vor dem Bäcker von nebenan wäre sicherlich sehr unterhaltsam, auf jeden Fall für die Aktionäre. Was sie gar nicht lustig finden, sind fallende Kurse und fallende Gewinne. Mit jedem, der wechselt, graben wir ihnen ein Stück des Marktes ab. Darum: Weiter mit der Kampagne für „Grünen Strom“. Wer errechnen möchte, wie viel Ökostrom bei seinem Jahresverbrauch kostet, kann dies unter <http://www.energiekampagne.de/rechner.html> nachsehen.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst 2000

●Schwerpunkt



### Quelle

Stachlige Argumente – 2/2000 – Nr. 122

### Autorin

Ilka Schröder, Mitglied des Europäischen Parlaments

### Quelle

Stachlige Argumente – 3/2000 – Nr. 123

### Autor

Detlef Gebauer, Berlin-Friedrichshain, [dgebauer@101019reenet.de](mailto:dgebauer@101019reenet.de), mit freundlicher Unterstützung von Robert Hufnagel

Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

20

Herbst 2000

Schwerpunkt

Im Detail sehr verschieden:

# Ökostrom – die Tarife

Diese Übersicht bietet, ständig aktualisiert, eine Übersicht über die Stromquellen und -tarife der Ökostrom-von-unten-Kampagne. Damit jedoch beide Ideen, d.h. die der umweltgerechten Stromproduktion und die der regionalen Erzeugung und Mitbestimmung, verwirklicht werden können, geht es um mehr als die Auswahl des richtigen Stromtarifes. Nämlich:

1. Strom nach der folgenden Tabelle auswählen: A.1 Ökostrom pur&neu&direkt (keiner!), A.2 Ökostrom pur&neu&indirekt, B. Ökostrom pur&alt, C.1+2 Ökostrom 50:50\* &neu oder D. selbst zusammengestellt
2. Kontakt aufnehmen mit der regionalen Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaft
3. Stromumstellung über die regionale Anlaufstelle (Kontaktstellen zeigen!) oder das Formular unten!
4. Selbst aktiv werden in dieser regionalen Runde, die sich auch um Neuanlagen kümmert!

\* 50:50 bedeutet, daß mindestens die Hälfte des Stroms aus erneuerbaren Quellen kommt, max. eine Hälfte kommt aus Kraft-Wärme-Kopplung.

## Mehr Infos

Informationen zur Ökostrom-von-unten-Aktion gibt es bei den Ökostrom von unten Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, Tel. 06401/90328-3, Fax -5, oekostrom-von-unten@gmx.de.

In Kürze soll ein Reader "Ökostrom von unten" erscheinen, der die dargestellten Fragen, Tarife und Aktionsformen noch näher beleuchtet.

Ziel der Idee „Ökostrom von unten“ ist es, daß in den Regionen die Menschen selbst aktiv werden, einerseits bei der Umstellung der eigenen Wohnungen, Häuser oder Betriebe sowie bei der Öffentlichkeitsarbeit für Ökostrom gegenüber NachbarInnen, KollegInnen, in öffentlichen Gebäuden, per politischer Aktion, Unterstützung anderer bei der Planung und Umsetzung von neuen Energieanlagen, angefangen von der Solarstromanlage auf dem Hausdach bis zu gemeinsamer Trägerschaft für eine Wind-, Wasseranlage oder Biogaskraftwerke.

Die Stromtarife und verschiedenen Verfahren der Einspeisung und des Stromverkaufs sind sehr kompliziert. Über die Frage, welche Wege die richtigen sind, gibt es sehr unterschiedliche Positionen. Die folgenden Informationen sollen Transparenz schaffen - die Bewertung müssen StromkundInnen und regionale Gruppen selbst treffen.

Eine Vorauswahl allerdings haben wir in der Projektgruppe „Ökostrom-von-unten“ getroffen:

1. Unternehmen, die Atom- oder anderen Großkraftwerksstrom vertreiben oder mit Atomkonzernen verquickt sind, lehnen wir grundsätzlich ab.

2. Unternehmen, die den Ökostrom nur aus dem bisher schon vertriebenen Mischstrom (z.B. wenige Prozent Windstrom, der in ihrem Versorgungsgebiet eingespeist wird) „abspalten“ und dann teuer verkaufen, fördern die regenerative Energie nicht, sondern machen nur bessere Geschäfte. Solche eine Geschäftspolitik, die keine einzige Atom-Kilowattstunde verdrängt, lehnen wir ebenfalls ab.

Das bedeutet, daß wir alle Kooperationsfirmen von „Ökostrom von unten“ empfehlen - Unterschiede aber gibt es, die wir deutlich machen wollen.

Die Reihenfolge in der nachfolgenden Tabelle der Stromtarife ist keine Bewertung. Es mußte aber ein Kriterium ausgewählt werden, nach dem die Hauptgliederung erfolgte - hier wurde die Stromzusammensetzung gewählt. Gleichsam bedeutungsvoll ist aber die Frage nach Neu- und Altanlagen, Aufpreis- und Stromwechselmodell, die Machtfrage sowie verschiedene weitere Unterschiede. Letztlich muß gelten: Plakative Aussagen vereinfachen. Diese Übersicht soll präzisere Informationen bieten.

## Nur regenerativer oder Mischstrom?

### Varianten und Erläuterungen

Regenerativer Strom ist solcher aus Wind-, (kleinen) Wasser-, Biomasse und Solarstromanlagen.

**100% regenerativ:** Einige Ökostromanbieter garantieren 100%igen regenerativen Strom, also nur aus diesen Quellen.

**50% regenerativ, 50% KWK:** Eine weitere Variante ist, eine Zusammensetzung von mindestens der Hälfte aus regenerativem Strom zu garantieren und den Rest aus Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (Blockheizkraftwerke).

**Weitere Unterschiede:** Einige Stromanbieter garantieren einen Mindest-Solarstromanteil. Andere legen sich bei der Kraftwärmekopplung auf Gaskraftwerke fest. Unterschiede gibt es bei der zulässigen Größe von Wasserkraftwerken und bei der Frage, ob auch Deponiegas oder Geothermie als Stromquelle gelten.

### Empfehlungen

Eigentlich scheint die Sache klar: 100% regenerativ ist die richtige Entscheidung. Das ist auch so, allerdings gibt es sie nur in Verbindung mit dem Aufpreismodell – und dann wird es unklarer, denn dort erfolgt die Stromlieferung weiterhin durch ein Versorgungsunternehmen, das auch Atom- oder anderen Großkraftwerksstrom vertreibt (siehe "Aufpreismodell oder Stromwechsel?").

Bei den weiteren Beschränkungen können Einzelpunkte sehr wichtig sein, z.B. die Frage der maximalen Größenordnung neuer Energieanlagen. Riesige Windparks, große Staustufen in Flüssen oder intensive Landwirtschaft zum Zwecke der Biomassegewinnung sind alles andere als umweltgerecht.

**Empfehlung im Rahmen von „Ökostrom von unten“:** Prüfen, ob durch einen Vertrag zwischen regionaler Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaft und dem Ökostromanbieter die Stromqualität für KundInnen in der Region verbessert oder eine direkte Nutzung der Wärme aus Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen in der Stadt oder Region erreicht werden kann. Das würde aus "Ökostrom von unten" eine erweiterte Variante "Energie von unten".

## Alt- oder Neuanlagen?

### Varianten und Erläuterungen

Kommt der Ökostrom (ob nun 100% oder im 50:50-Modell) aus Altanlagen, die ohnehin bestehen, oder aus Neuanlagen, die zusätzlich gebaut werden.

**Nur Neuanlagen:** Das bedeutet, daß von Beginn an aller Strom nur aus Neuanlagen kommt. Allerdings ist die Definition strittig: Als Neuanlagen gelten entweder neu gebaute Anlagen oder welche bis zu einem bestimmten Alter. Neuanlagen können sehr unterschiedlich umweltgerecht sein – vor allem große regenerative Anlagen haben oft viele Nebenwirkungen und stoßen auf geringe Akzeptanz.

**Strom auch aus Altanlagen, Einnahmen (ganz oder z.T.) in Neuanlagen:** Da Neuanlagen nicht so schnell errichtet werden können, beziehen viele Ökostromanbieter ihren Strom aus Altanlagen, errichten aber mit den Gewinnen oder einem Teil derselben neue Wind-, Wasser-, Solar- oder Biomasseanlagen.

**Auch oder nur Altanlagen:** Der Strom kommt aus Altanlagen, es werden keine zusätzlichen regenerativen Energieanlagen gebaut. Bei den Altanlagen können gezielt solche ausgewählt werden, die ohne die Kooperation mit dem Ökostromanbieter stillgelegt würden, da der Strom ansonsten nicht verkaufbar wäre (wegen der Konkurrenz billigeren Atomstroms).

### Empfehlungen

Eine Stromgewinnung nur aus Neuanlagen ist klar das Beste. Betrieblich läßt sich das aber am Beginn kaum umsetzen – höchstens über den Trick, auch schon gebaute Anlagen als „neu“ zu werten, wenn sie noch recht jung sind. Wichtiger ist daher, darauf zu achten, daß möglichst viel der Einnahmen in möglichst umweltgerechte Neuanlagen gesteckt wird. Wieweit auch die Rettung von Altanlagen, die sonst stillgelegt würden, positiv zu bewerten ist, muß im Einzelfall entschieden werden.

**Empfehlung im Rahmen von „Ökostrom von unten“:** Die regionalen Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften schließen dort, wo die Förderung nicht klar geregelt oder zu gering ist, Verträge mit den Ökostromanbietern ab über gesonderte Förderungshöhen in der Region. Im Vertrag geregelt werden könnte für die Region auch ein höherer Anteil an Strom aus Neuanlagen und das Vorgehen bei der Rettung/Sanierung von Altanlagen.

### Auf Ökostrom umstellen???

Über die Ökostromanbieter (siehe nächste Seite), die regionalen Anlaufstellen (im Aufbau, aktuelle Liste im Internet)

oder direkt über <http://move.to/oekostrom>



## Aufpreismodell oder Stromwechsel?

### Varianten und Erläuterungen

Hier gibt es zwei Möglichkeiten, Aufpreis und Stromwechsel.

**Aufpreismodell:** (auch „Spendenmodell“ genannt) In diesem Fall erfolgt kein vollständiger Stromwechsel. Die StromverbraucherInnen melden sich beim Ökostromanbieter an, tatsächlich werden sie aber weiter vom regionalen EVU beliefert. Die StromverbraucherInnen zahlen einen Aufpreis auf den bisherigen Strompreis, der an den Ökostromanbieter geht und den dieser zumindest teilweise für neue regenerative Energieanlagen ausblibt. Zudem garantiert er, daß pro Jahr mengengleich mit dem Verbrauch an Ökostrom Strom aus regenerativen Quellen eingespeist wird. Diese Variante ist auch in den neuen Bundesländern möglich, da Ökostromeinspeisung und Verbrauch entkoppelt sind. Aufpreisregelungen sind meist einfacher, schneller umsetzbar und setzen sofort Fördergelder für neue Anlagen frei.

**Besonderheit:** Bei Kooperationen zwischen Stadtwerken und Ökostromanbietern erfolgt die Anmeldung sogar über das EVU, das wiederum für den Ökostromanbieter handelt und den Ökostrom oft unter eigenem Namen verkauft. Damit bleiben die Stadtwerke in ihrer dominanten Stellung, andererseits können so einfacher UmsteigerInnen gewonnen werden, wenn sie innerhalb "ihrer" Stadtwerke zu einem glaubwürdigen Stromangebot wechseln.

**Stromwechsel:** Es erfolgt eine Anmeldung zu einem Ökostromanbieter. Dieser speist den verbrauchten Strom zeitgleich ein, insofern ist hier die tatsächliche rechnerische Abkoppelung vom Mischstrom mit Atomstromanteil konsequenter. Der Ökostromanbieter zahlt an die Netzbetreiber (Besitzer der Stromleitungen) eine Durchleitungsgebühr. Diese Form ist in den neuen Bundesländern nicht möglich, weil dort der Strom immer einen hohen Braunkohlestromanteil haben muß, also kein Ökostrom wäre.

### Empfehlungen

Keine Frage: Der Stromwechsel ist langfristig der konsequentere Weg, weil er den Stromversorgern, die auch mit Atomstrom handeln, die KundInnen vollständig entzieht. Andererseits ist das Aufpreismodell vielerorts, vor allem in den neuen Bundesländern, einfacher oder billiger. Bei Kooperationen mit Stadtwerken oder glaubwürdigen Ökostromangeboten von diesen sollten Demokratisierungen festgeschrieben werden, z.B. daß die zusätzlichen Einnahmen in einem demokratischen Prozeß in Neuanlagen investiert werden.



## Die Machtfrage

### Varianten und Erläuterungen

Die Machtfrage kann zweierlei gestellt werden. Zum einen bezogen auf den Wechsel weg von solchen Firmen, die auch Atom- bzw. Großkraftwerksstrom anbieten. Zum anderen bezogen auf die Mitbestimmung innerhalb der Ökostromanbieter. „Ökostrom von unten“ will die Verknüpfung: Konsequenter Ökostrom und Mitbestimmung der ErzeugerInnen und VerbraucherInnen bei der Ökostromvermarktung. Dabei sind verschiedene Modelle denkbar.

**Firma im (Mit-)Besitz der regionalen AkteurInnen:** Bei Aktiengesellschaften oder Genossenschaften können die AkteurInnen aus den regionalen Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften MitbesitzerInnen werden.

**Vertragsabschluß Region-Anbieter in einem Vertrag zwischen Strom-EVG und Ökostromanbieter:** In einem Vertrag, der auch andere Dinge regeln kann, räumt der Ökostromanbieter den regionalen AkteurInnen Mitspracherechte bei den Entscheidungen in der jeweiligen Region ein, z.B. bei der Öffentlichkeitsarbeit, Entscheidung über neue Anlagen usw.

### Empfehlungen

Die Ausblendung der Machtfrage ist bislang typisch für den Umweltschutz. So werden gute Aktionen immer wieder zum Scheitern gebracht. Ökostromfirmen können ihre Geschäftspolitik ändern oder aufgekauft werden – in der Marktwirtschaft geradezu alltäglich.

**Empfehlung im Rahmen von „Ökostrom von unten“:** Klare Vorkehrungen treffen, damit nicht alle Arbeit umsonst ist. Am günstigsten dürfte ein Vertrag sein, um die Handlungsvollmacht der regionalen Strom-EVGs zu sichern. Sie entscheiden in ihrer Region in einem transparenten Prozeß unter Beteiligung der BürgerInnen (so sollte es im Vertrag festgeschrieben sein) über:

- neue Anlagen
- die Art von Ökostrom-Werbung
- Beteiligungsmodelle, Finanzierungen.

Der Ökostromanbieter teilt allen KundInnen in der jeweiligen Region die Aktivitäten und Mitgestaltungsmöglichkeiten über die regionale Strom-EVG mit. Außerdem erhalten sie Vetorechte bei Veränderungen der Besitzverhältnisse der Ökostromanbieter und der Zusammensetzung des Ökostroms.

### Hinweise:

Die bisherigen Label und Zertifizierungen für Ökostrom benennen wir im Rahmen von „Ökostrom von unten“ nicht, da sie nicht alle Aspekte berücksichtigen. Da wir maximale Transparenz wollen, gehen wir exakt beschreibend vor, aber nicht pauschalisierend, wie ein Label vom Prinzip her immer sein muß. Korrekturen, Hinweise, neue Informationen usw. bitte sofort an uns schicken! Danke.

### Abkürzungen:

EVU= Energieversorgungsunternehmen  
EEG= Neues Gesetz über die Vergütung von Strom aus regenerativer Energie  
Strom-EVG= Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaft, d.h. die regionalen Ökostrom-von-unten-Runden

Stand: August 2000



## Förderung neuer Anlagen

### Varianten und Erläuterungen

Die Ökostromanbieter unterstützen den Neubau von Energieanlagen sehr unterschiedlich.

**Eigene Energieanlagen:** Einige Ökostromversorger bauen eigene Energieanlagen, deren Strom sie dann verkaufen. Dies ist kombiniert mit dem Stromwechsel-Modell, da ja nur dann wirklich eigener Strom verkauft wird.

**Förderung von Anlagen Dritter:** Aus eigenen Mitteln, z.T. in festgelegten Sätzen pro verkaufter Kilowattstunde, werden Anlagen Dritter gefördert. Diese speisen den Strom dann beim regionalen EVU ein (Aufpreismodell) oder liefern direkt an den Ökostromanbieter (Stromwechsel-Modell).

**Keine oder unklare Verhältnisse:** Einige Ökostromanbieter fördern und bauen keine Neuanlagen. Andere haben Fördersätze festgelegt, die keine verlässliche Basis bieten, d.h. es besteht die Gefahr, daß keine Förderungen erfolgen.

### Empfehlungen

Je besser neue Anlagen gefördert werden, desto besser.

**Empfehlung im Rahmen von „Ökostrom von unten“:** Wenn die bestehenden Fördersätze nicht ausreichend erscheinen, kann ein Vertrag zwischen Ökostromanbieter und regionaler Strom-EVG Verbesserungen für die jeweilige Region festschreiben (z.B. höhere Sätze an den Einnahmen aus dem Stromverbrauch in der Region).



## Stromlieferung in den Osten?

### Varianten und Erläuterungen

Eine Schutzverordnung für die Braunkohle und das störrische Verhalten der Monopolversorger (z.B. VEAG) erschweren im Osten den Stromwechsel zu regenerativen Energien. Nutzbar ist zur Zeit nur das Aufpreismodell. Es gibt jedoch intensive Bemühungen, die Situation zu verändern – entweder über rechtliche Änderungen oder über Druck auf die Versorgungsunternehmen, Ökostrom durchzuleiten.

Aktuelle Entwicklung: Wahrscheinlich wird in den nächsten 1-2 Jahren die Durchleitung von Ökostrom auch im Osten möglich.

### Empfehlungen

Ein kompletter Stromwechsel zu einem Ökostromanbieter ist aktuell nicht möglich. Angeboten werden nur das Aufpreismodell von Naturstrom, ein Umstieg auf Teil-Ökostrom oder Vorverträge. Das macht aber nur Sinn, wenn es mit politischem Engagement verbunden wird: Der Braunkohleschutz muß weg! Peinlich für eine rot-grüne Regierung, auch hier zu schlafen.

**Empfehlung im Rahmen von „Ökostrom von unten“:** Politische Aktionen machen!!!

## Datentransparenz

### Varianten und Erläuterungen

Woher kommt der Strom (Anlagentypen, regional ...)? Wieviele KundInnen gibt es wo? Was verbrauchen sie?

Solche Fragen transparent zu machen, ist wichtig. Schließlich sollen Glaubwürdigkeit und die Identifikation über eine konsequente Ökostromlieferung aus Anlagen, die in der Region stehen und dort möglicherweise vielen Menschen zusammen gehören bzw. von diesen mitdiskutiert wurden, die Idee von „Ökostrom von unten“ verbreiten.

### Empfehlungen

Empfehlung im Rahmen von „Ökostrom von unten“: In einem Vertrag zwischen Ökostromanbieter und regionaler Strom-EVG sollte festgeschrieben werden, daß die Daten über Stromverbrauch und -gewinnung insgesamt sowie in der Region regelmäßig mitgeteilt oder z.B. im Internet einsehbar gemacht werden.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

22

Herbst 2000

● Schwerpunkt

## Hinweis

Die Tabellen zeigen einen aktuellen Stand, der sich ständig verändern kann. Veränderungen bitte mitteilen – aktuelle Informationen unter <http://move.to/oekostrom>.

## Kein Anbieter unter A.1?

Die erste Kategorie ist frei. Soll das heißen, daß es keine glaubwürdigen Ökostrom gibt?

Nein – aber es heißt schon, daß Verbesserungspotentiale da sind und daß keiner der fünf Ökostromanbieter, die "Ökostrom von unten" unterstützen, auffällig viel besser agiert als die anderen. Zwischen den fünf Anbietern gibt es prägnante und weniger prägnante Unterschiede. Je nach Blickwinkel werden die einen jene Firma, die anderen eine andere Firma favorisieren. Das bietet die Chance der Vielfalt – und der Diskussion im Voneinanderlernen, gemeinsamen Verbessern. 100% regenerativ, nur aus Neuanlagen und ein Stromwechsel, d.h. ein vollständiger Wechsel weg von den "normalen" EVUs, das bietet keine Ökostromfirma. Aber gut genug für einen Umstieg auf Ökostrom sind alle!

## Aufkauf der Firmen?

Böses Szenario: "Ökostrom von unten" und auch andere Aktivitäten verlaufen erfolgreich. Viele Menschen steigen um, neue Anlagen werden errichtet und regional (selbst-)verwaltet. Doch da wird es den "Großen" (RWE & Co.) zu bunt – schwupp, kaufen sie die Ökostromfirmen auf.

Es ist wichtig, daß sich die Firmen absichern gegen solche Gefahren. Unser Vorschlag ist, daß die regionalen Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften entscheidendes Mitspracherecht und ein Vetorecht gegen den Verkauf sowie gegen Änderungen des Strommixes erhalten.

## A. Ökostrom pur: 100% regenerativ & neu (Wind, Wasser, Sonne, z.T. Biomasse) 1. Stromwechsel (zeitgleiche Einspeisung)

Keine Anbieter!

## A. Ökostrom pur: 100% regenerativ & neu (Wind, Wasser, Sonne, z.T. Biomasse) 2. Aufpreis (mengengleiche Einspeisung)

Preis/Bedingungen	Titel/Angebot/Stromqualität	Anbieter
<p>Strompreis: 34,5 Pf/kWh (für NABU- und BUND-mitglieder 34 Pf.) Jahresgrundgebühr: 12x9,50 DM DM</p> <p>Adresse: Naturstrom AG Mindener Str. 12 40227 Düsseldorf 0211/77900-0, Fax -599 Email: <a href="mailto:info@naturstrom.de">info@naturstrom.de</a> Internet: <a href="http://www.naturstrom.de">www.naturstrom.de</a></p> <p>Kündigungsfrist: Ein Monat zum Monatsende, erstmals 12 Monate nach Vertragsabschluss.</p>	<p><b>Naturstrom</b> (z.T. über ausgewählte Stadtwerke angeboten, dann unter anderem Produktnamen)</p> <p><u>Stromqualität:</u> Der einzige Strom mit 100% regenerativ aus Neuanlagen. Aktuelle Zahlen (30.6.2000): – 6.459 KundInnen – 6,54 Mio kWh Verbrauch – 6,6 Mio kWh eingespeist 0,029 kWh Solar, 2,14 kWh Wasser, 0,9 kWh Biogas, 3,5 kWh Wind. <u>Aufpreismodell:</u> Die Naturstrom AG liefert über die „normalen“ EVUs, d.h. deren marktbeherrschende Stellung wird nur teilweise aufgehoben. Bei den ausgewählten Kooperationen bleiben die Marktbeherrschung der Stadtwerke unberührt, diese führen aber ein glaubwürdiges Ökostromangebot ein.</p>	<p><b>Naturstrom AG</b> Sitz in Düsseldorf. Diese Firma ist als Pionier in Sachen Ökostrom schon im April 1998 vor allem von aktiven Mitgliedern aus Umwelt- und Fachverbänden gegründet worden. Streubesitz der Aktien über 400 AnbieterInnen. <u>Neue Bundesländer:</u> Ökostromangebot auch im Osten.</p> <p><u>Förderung neuer Anlagen:</u> Die Einnahmen aus dem Aufpreis gehen zu mind. 75 Prozent in die Förderung neuer Anlagen – als zusätzliche Förderung dort, wo die Vergütung nach EEG nicht ausreicht. Das schafft gute Voraussetzungen für Neuanlagen in den Regionen. <u>Datentransparenz:</u> Die Herkunft des Stromes und die Gesamthöhe des Verbrauches sind im Internet abrufbar. Zudem gibt die Naturstrom AG ein regelmäßiges Info „naturstrom news“ heraus.</p>



## B. Ökostrom pur: 100% regenerativ, auch alt (Wind, Wasser, Sonne, z.T. Biomasse) 1. Stromwechsel (zeitgleiche Einspeisung)

Preis/Bedingungen	Angebot/Stromqualität	Anbieter
<p>Strompreis: 29,58 Pf/kWh Jahresgrundgebühr: 67 DM</p> <p>Adresse: EWS GmbH Neustadtstr. 8 79677 Schönau 07673/8885-0, Fax -19 Mail: <a href="mailto:info@ews-schoenau.de">info@ews-schoenau.de</a> Internet: <a href="http://www.ews-schoenau.de">www.ews-schoenau.de</a></p> <p>Kündigungsfrist: 14 Tage</p>	<p><b>„Watt Ihr Spart“</b> Der Strom kommt kommt zwar aus regenerativer Energie, aber auch oder nur aus Altanlagen. <u>Förderung von Neuanlagen:</u> Mindestens 1 Pf/kWh wird in Neubau-Anlagen investiert. <u>Stromwechsel:</u> EWS wird zum Stromanbieter.</p>	<p><b>Energiewerke Schönau (EWS)</b> Die „StromrebellInnen“ aus dem Schwarzwaldort, die dort gemeinsam ihr Leitungsnetz gekauft haben und nun eine ökologische Strompolitik im Ort machen. <u>Die Machfrage:</u> In Schönau gehört sogar das Leitungsnetz einem von BürgerInnen gegründeten Stromversorger, ebenso die Energieanlagen im Ort. Paradebeispiel für „Umweltschutz von unten“! Überregional gibt es keine Beteiligungsmodelle an der Firma. <u>Neue Bundesländer:</u> Kein Ökostromangebot im Osten.</p>
<p>Strompreise: – Family: 29,90 Pf/kWh plus 18 DM/Monat – Single: 35 Pf/kWh plus 5 DM/Monat</p> <p>Adresse: unit energy Hessenring 113 61348 Bad Homburg 01801/222999 Email: <a href="mailto:strom@unit-energy.com">strom@unit-energy.com</a> Internet: <a href="http://www.unit-energy.com/german/fasttrack/Default.htm">www.unit-energy.com/german/fasttrack/Default.htm</a></p> <p>Kündigungsfrist: 1 Monat.</p>	<p><b>„WINDline“</b> Strom aus Windenergieanlagen. <b>„WATERline“ (Ost: LICHTline)</b> Strom stammt aus großen Wasserkraftanlagen in Österreich, die wegen des billigeren Atom- und Kohlestromes nicht mehr allen Strom im Lande verkaufen können (laut Aussage der Lichtmann AG). Im Osten: Mindestens 30% regenerativ. Demnächst soll 100% möglich sein. <u>Stromwechsel:</u> Die Lichtmann AG wird zum Stromanbieter. <u>Förderung von Neuanlagen:</u> Eigenanlagen erst später geplant, suchen Betriebe und andere AnlegerInnen für gemeinsame Anlagen. <u>Datentransparenz:</u> Informationen über Herkunftsanlagen im Internet, genaue Liste auf Anfrage.</p>	<p><b>Unit energy europe und Unit energy stromvertrieb GmbH</b> Zusammen mit weiteren „Tochterfirmen“ in vielen Ländern Europas aktiv. Für den Stromvertrieb ist nur die Stromvertriebs GmbH zuständig. <u>Die Machfrage:</u> Streubesitz vieler KleinaktionärInnen. <u>Neue Bundesländer:</u> Kein Ökostromangebot im Osten.</p>



<p>Strompreis WINDline: 32,39 Pf/kWh (Ost) bzw. 27,86 Pf/kWh (West) plus 13,61 DM/Monat</p> <p>WATERline (West): 75,31 DM/Monat (für 3000 kWh jährlich), darüber 24,2 Pf/kWh LICHTline (Ost): s.o., darüber 28,76 Pf/kWh Adresse: Lichtmann AG Postfach 70 O3 65 60553 Frankfurt/Main Mail: <a href="mailto:info@lichtmann.de">info@lichtmann.de</a> Internet: <a href="http://www.lichtmann.de">www.lichtmann.de</a></p> <p>Kündigung: 1 Monat zum Monatsende, frühestens 9 Monate nach Vertragsabschluss.</p>	<p><b>„WINDline“</b> Strom aus Windenergieanlagen. <b>„WATERline“ (Ost: LICHTline)</b> Strom stammt aus großen Wasserkraftanlagen in Österreich, die wegen des billigeren Atom- und Kohlestromes nicht mehr allen Strom im Lande verkaufen können (laut Aussage der Lichtmann AG). Im Osten: Mindestens 30% regenerativ. Demnächst soll 100% möglich sein. <u>Stromwechsel:</u> Die Lichtmann AG wird zum Stromanbieter. <u>Förderung von Neuanlagen:</u> Eigenanlagen erst später geplant, suchen Betriebe und andere AnlegerInnen für gemeinsame Anlagen. <u>Datentransparenz:</u> Informationen über Herkunftsanlagen im Internet, genaue Liste auf Anfrage.</p>	<p><b>Lichtmann AG</b> Eine kleine Firma im Besitz der MitarbeiterInnen. Bietet auch „normalen“ Strom an. Kooperiert auch mit Firmen außerhalb ökologischer Ausrichtung. <u>Die Machfrage:</u> Nur wenige BesitzerInnen, daher gegen Aufkauf wenig geschützt. Langfristig geplant ist eine Aktienstreuung über MitarbeiterInnen, Energieerzeugern und -abnehmern. <u>Neue Bundesländer:</u> Für Stromangebot im Osten gelten besondere Bedingungen und Preise (siehe links).</p>
---	---	--



## B. Ökostrom pur: 100% regenerativ, auch alt (Wind, Wasser, Sonne, z.T. Biomasse) 2. Aufpreismodell (mengengleiche Einspeisung)

Kein Anbieter!

## C. Ökostrom 50:50: mind. 50% regenerativ & neu (Wind, Wasser, Sonne, z.T. Biomasse), höchstens 50% aus Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)

### 1. Stromwechsel (zeitgleiche Einspeisung)

Preis/Bedingungen

Angebot/Stromqualität

Anbieter

Strompreis: 26,9 Pf/kWh  
Jahresgrundgebühr: 12x9,50 DM  
Sonderkonditionen für GroßkundInnen

#### Lichtblick

**Stromqualität:** Der Strom kommt zu höchstens 50% aus Kraft-Wärme-Kopplung. Nach Firmenangaben waren es 1999 35% KWK, zudem 25% Windenergie und 40% Wasserkraft.

**Stromwechsel:** Lichtblick wird zum Stromanbieter.

**Förderung von Neuanlagen:** Lichtblick garantiert mindestens 25% des Gewinnes für den Bau von Neuanlagen. Das ist eine unsichere Basis, da die verfügbaren Mittel von der Höhe des Gewinns abhängen – also auch ganz oder gering ausfallen können.

**Datentransparenz:** ?

#### Lichtblick – die Zukunft der Energie GmbH

Eigenständige GmbH, Gesellschaftsanteile: Sal. Oppenheimer (Bank): 65%

Familie Saalfeld (Firmengründer): 25% MitarbeiterInnen: 10%

**Die Machfrage:** In der Entstehungsgeschichte gab es einige Wirrungen und Gerüchte, da der Firmengründer bei einem anderen Firmenprojekt (Vasa Energy) mit dem Atomkonzern Vattenfall kooperierte. Inzwischen ist diese Verbindung beendet. Fragwürdig erscheint die Kooperation mit B.A.U.M., einem Zusammenschluß von Firmen wie Daimler, Sandoz, Mobil Oil usw., der Öko-Managementberatung für Unternehmen macht und politisch für ökokapitalistische Ideen eintritt.

**Neue Bundesländer:** Kein Stromangebot im Osten.

Adresse: Lichtblick  
Postfach 10015  
31813 Springe  
01802-660660 (12 Pf/min, Mo-Sa 8-22 Uhr)  
Mail: info@lichtblick.de  
Internet: www.lichtblick.de

Kündigungsfrist: 4 Wochen zum Monatsende, erstmals nach 3 Monaten.  
Pauschaler Preis.



Strompreis: 34,95 Pf/kWh  
Jahresgrundgebühr: 12x9,- DM  
plus 65 DM Meßpauschale

#### Greenpeace energy

Von Greenpeace gegründete Genossenschaft, verbunden mit der „Aktion Stromwechsel“.

**Stromqualität:** Mindestens 50% regenerative Energie, davon mindestens 1% Solarstrom. Rest aus gasbetriebener Kraft-Wärme-Kopplung.

**Stromwechsel:** Greenpeace energy wird zum Stromanbieter.

**Förderung von Neuanlagen:** Verzögerte Einspeisung aus Neuanlagen – Greenpeace garantiert, daß 2-3 Jahre (Stichtag je 30.6.) alle NeukundInnen mit Strom aus Neuanlagen entsprechend dem 50:50-Mix versorgt werden. Als Neuanlage gilt, was nach dem Stichtag in Betrieb gegangen ist.

**Datentransparenz:** Im Internet einsehbar einschließlich eines aktuellen „Strombarometers“ (halbstündlich aktualisierte Anzeige des Strommixes).

#### Greenpeace energy eG

Genossenschaft, initiiert von Greenpeace, dort auch angesiedelt.

**Die Machfrage:** Die Genossenschaft nimmt weitere GenossInnen auf mit einem bis zehn Anteilen je 100 DM.

Kooperation mit den Stadtwerken Schwäbisch Hall bei der Strombeschaffung und -abrechnung.

**Neue Bundesländer:** Kein Stromangebot im Osten, Rechtsstreit darum in Vorbereitung.

Adresse: Greenpeace energy eG  
Große Elbstr. 39  
22767 Hamburg  
Tel.: 040/386 992 84  
Fax.: 040/386 992 89  
Mail: info@greenpeace-energy.de  
Internet: www.greenpeace-energy.de

Kündigungsfrist: 1 Monat, frühestens nach 6 Monaten.



## C. Ökostrom light: mind. 50% regenerativ & neu (Wind, Wasser, Sonne, z.T. Biomasse), höchstens 50% aus Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)

### 2. Aufpreismodell (mengengleiche Einspeisung)

Preis/Bedingungen

Angebot/Stromqualität

Anbieter

Strompreis: Preis des örtlichen Versorgers plus 9,28 Pf/kWh, in Berlin insgesamt 33,6 Pf/kWh.

#### „Watt Ihr Volt“

Dieser Strom kommt zu mindestens 50% aus regenerativer Energie – und zwar aus Neuanlagen.

**Aufpreismodell:** Die EWS kooperieren mit den „normalen“ EVUs, d.h. deren marktbeherrschende Stellung bleibt erhalten.

**Förderung von Neuanlagen:** Aus 80% der Einnahmen durch den Aufpreis werden Neuanlagen gefördert – zusätzlich zur Einspeisevergütung nach EEG.

**Datentransparenz:** Eine Liste der Anlagen ist im Internet einsehbar.

Neue BKHWs: 302,7 kW Leistung.

Neue Solaranlagen: 148,64 kW Leistung.

#### Energiewerke Schönau (EWS)

Die „StromrebellInnen“ aus dem Schwarzwaldort, die dort gemeinsam ihr Leitungsnetz gekauft haben und nun eine ökologische Strompolitik im Ort machen.

**Die Machfrage:** In Schönau gehört sogar das Leitungsnetz einem von BürgerInnen gegründeten Stromversorger, ebenso die Energieanlagen im Ort. Paradebeispiel für „Umweltschutz von unten!“ Überregional gibt es keine

Beteiligungsmodelle an der Firma.

**Neue Bundesländer:** Kein Ökostromangebot im Osten.

Adresse: EWS GmbH  
Neustadtstr. 8  
79677 Schönau  
07673/8885-0, Fax -19  
Mail: info@ews-schoenau.de  
Internet: www.ews-schoenau.de

Kündigungsfrist: 14 Tage



Energieversorger SCHÖNAU

#### Zusammen- gestellt von

Projekt "Ökostrom  
von unten"  
c/o Institut  
für Ökologie  
Ludwigstr. 11  
35447 Reiskirchen  
06401/90382-3,  
Fax -5  
oekostrom-von-unten  
@web.de

Bearbeiter:  
Jörg Bergstedt



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

24

Herbst 2000

● Schwerpunkt

**Geplante Veröffentlichungen**

Contraste, Ausgabe November 2000: Schwerpunkt "Ökostrom von unten"

Regionale Zeitungen mit Schwerpunkt oder umfangreichen Texten zu "Ökostrom von unten", z.B. Kollateralschaden (Mittelhessen), Printzip (Osthessen).

Kontinuierliche Berichte zum Stand der Dinge in den "Ö-Punkten", Sondersseiten "Ökostrom von unten" in der Energie-wende-Rubrik.

Ca. am Ende des Jahres: Reader "Ökostrom von unten" mit Hintergrundinformationen über Stromqualität, Firmen, Zertifikate usw.

**"Sauberer Strom"**

Diese Möglichkeit besteht nur rechnerisch. Im Netz mischt sich der Strom immer. Wenn allerdings durch die Ökostromumstellung die Menge an verbrauchtem Strom an anderer Stelle aus Wind, Wasser, Sonne oder Biomasse statt auf Großkraftwerken u.ä. eingespeist wird, so ist der Sinn des Ganzen trotzdem erfüllt: Dreckiger Strom wird verdrängt durch regenerative Energie – auch wenn das an der Steckdose nicht meßbar ist.

## Welcher Ökostrom? Welche Firma?

# Es kommt auf den Blickwinkel an ...

Sechs Ökostromfirmen beteiligen sich an der Idee „Ökostrom von unten“ – manche bieten sogar mehrere Tarife an. Welcher ist sinnvoll? Nach welchen Kriterien kann entschieden werden? Die Frage ist nicht einfach, denn es kommt sehr auf den Blickwinkel an. Im folgenden Text sollen einige benannt werden. Sie stehen stellvertretend für viele andere und sollen zeigen: Ökostrom ist nicht gleich Ökostrom. Wer richtig schlau ist, nutzt überall die Vorzüge. Denn alle Ökostromanbieter haben bestimmte Schwerpunkte.

Das Wichtigste vorweg: „Ökostrom von unten“ bedeutet auch hinsichtlich der Qualität des Ökostroms eine Vorauswahl. Soweit wir das beurteilen können (Irren ist menschlich, vielleicht werden wir uns korrigieren müssen ...), bieten alle sechs Anbieter glaubwürdige Stromtarife und schaffen bezüglich ihrer Stromquellen Transparenz. Sie sind keine „Abspalter“, d.h. ihr Ökostrom ist nicht einfach Strom, der ohnehin verkauft wird – bisher nur gemischt mit Atom- und Kohlestrom. Auf die eine oder andere Weise gelangen Teile der Einnahmen aus den Ökostrom-Verkaufseinnahmen in die Neuanlage von regenerativen Energieanlagen. Niemand also muß ent-

scheiden, ob das Geld in Ökostrom oder die Förderung von Neuanlagen gehen soll – mit der richtigen Wahl beim Ökostrom geschieht beides.

Wichtig für die regionalen AkteurInnen ist aber auch noch, daß alle Ökostromanbieter überall agieren können. Es muß also nicht der relativ beste als einziger Partner gewählt werden, sondern die regionalen Gruppen können mit allen kooperieren – und auch für alle Werbung machen. Dann haben Haushalte, Betriebe, öffentliche Gebäude usw. auch die Chance, jeweils das für sie passende auszuwählen.

**Maximal viele Neuanlagen**

Alle Ökostromanbieter bei "Ökostrom von unten" wollen mit ihren Gewinnen oder zumindest einem Teil derselben Neuanlagen bauen. Wie hoch die Ausgabe dafür ist, ist sehr unterschiedlich. Und auch der Ehrgeiz ist unterschiedlich. So hat z.B. Greenpeace Energy das hochgesteckte Ziel, jeweils zwei Jahre nach einem 30.6. (Stichtag) die in den 12 Monaten davor neu gewonnenen KundInnen voll aus Neuanlagen zu versorgen. Der 30.6.2000 war der erste Stichtag, d.h. in zwei Jahren muß die Genossenschaft die bisherigen KundInnen aus neuen regenerativen Anlagen versorgen. Mal sehn ...

Hohe Beträge will auch die Naturstrom AG für die Förderung von Neuanlagen ausgeben – ihr Aufpreismodell ist vor allem darauf ausgelegt. Andere Anbieter haben andere Regelungen. Und für manche paßt das Modell gar nicht, denn sie haben ohnehin den Neubau als Hauptinhalt und betreiben den Stromhandel als Nebenerzweig, um einen Teil der Energie direkt loszuwerden, z.B. Unit[e].

Für die regionalen Strom-EVGs, die den "Ökostrom von unten" in ihren Städten oder Regionen organisieren, bedeuten diese Unterschiede zum einen, jeweils den passenden Partner auswählen zu können – aber auch, eventuell durch gesonderte Verträge zur Kooperation Ökostromanbieter/regionale Strom-EVG verbesserte Förderbedingungen für Neuanlagen festzuschreiben, z.B. dann, wenn auch sehr viele NeukundInnen gewonnen werden.

**Der sauberste Strom**

Auf den ersten Blick klingt diese Frage einfach: 100% regenerativ ist am besten. Bei näherem Hinsehen wird es etwas komplizierter. Zum einen bleibt die Frage nach den Neuanlagen. Es geht nicht nur darum, selbst "sauberen" Strom zu bekommen, sondern auch darum, damit anderen Strom zu verdrängen. Leider ist hier die Transparenz nicht so üppig. Was sind Neuanlagen? Wirklich neu gebaute oder auch solche, die ohnehin schon im Bau sind, oder sogar solche, die seit ein oder zwei Jahren stehen?

Zudem gibt es noch eine weitere Frage: Wenn ich Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung hinzunehme (z.B. bei den 50:50-Stromtarifen), ist der Strom bis zur Hälfte aus vergänglichen Rohstoffen. Gleichzeitig aber gewinne ich Energie zum Heizen. Wer 100% regenerativen Strom zieht, braucht in den meisten Fällen noch eine Heizung – womit ist die dann betrieben?

Spannend könnte hier sein, wenn im Zuge von "Ökostrom von unten" aus der regionalen Organisation heraus die Verknüpfung möglich wird: Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung und die Fernwärme werden zusammen bezogen. Das ist zur Zeit noch Zukunftsmusik ...

**Der passende Partner**

Die verschiedenen Ökostromanbieter haben besondere Spezialitäten, z.B. Schwerpunkte auf die Versorgung von Betrieben (wie die Firma Lichtmann AG, die auch noch kreative Iden der Beteiligung strombeziehender Firmen an den Windanlagen hat) oder auf Haushalte, öffentliche Gebäude wie Schulen und Gemeindehäuser, bis hin zu Einkaufsgenossenschaften. Einige Ökostromanbieter, z.B. die Naturstrom AG, kooperieren mit Stadtwerken, was zusätzliche Chancen bietet, wenn diese für die Aktion „Ökostrom von unten“ gewonnen werden können. Vor allem die Naturstrom AG hat Kooperationsverträge mit den großen Umweltverbänden und bietet für deren Mitglieder Sonderkonditionen an.

**Wasserräder**

Die umweltfreundliche Stromerzeugung  
Planung, Montage,  
Komponenten

**Bega**

Wasserkraftanlagen GmbH  
Herderallee 30, 44791 Bochum  
<http://www.bega-wasserkraft.de>  
Telefon 0234/584270  
Fax 0234/584370

## Die Rosinen rauspicken

Die Ökostromanbieter sind unterschiedlich. Regionale AkteurInnen können sich die Rosinen rauspicken. Das ist legitim, wenn es zum Zwecke der Sache geschieht. Die Vielfalt der Ökostromanbieter ist deshalb auch ein Vorteil – und es wäre das Ziel, auch weiterhin alle als Partner bei "Ökostrom von unten" zu halten. Diese Auswahl sollten auch die KundInnen und EnergieerzeugerInnen haben. Deshalb empfehlen wir, überall für alle Werbung zu machen. Entscheiden aber wird regional.

Zudem gibt es noch die Ansprechenebene von "Ökostrom von unten" in der Projektwerkstatt. Dort wird nicht nur bundesweite Öffentlichkeitsarbeit gemacht, die Internetseite <http://move.to/oekostrom> betrieben und regelmäßig in den "Ö-Punkten" zum Stand der Dinge berichtet, sondern dort gibt es auch Tipps, ReferentInnen, Texte und Bilder für die eigene Öffentlichkeitsarbeit usw.

Das alles ist eine ganze Menge an Unterstützungsarbeit für die Regionen. Es lohnt sich also, als Bündnis von Energie- und Anti-Atom-Initiativen, Einzelinteressierten, StromverbraucherInnen und -erzeugerInnen zusammenzukommen und loszulegen.



## Direkte Unterstützung

Ob bei der Förderung von Neuanlagen, als ReferentInnen bei Veranstaltungen, direkte Mithilfe bis finanzielle Förderungen für Öffentlichkeitsaktionen, Infoblätter oder Ausstellungen ... die regionalen Strom-EVGs werden schauen müssen, von wo Unterstützung kommen kann. Bei fast allen Ökostromanbietern arbeiten Menschen mit, die früher selbst in Ökogruppen aktiv waren. Daher ist die Hoffnung berechtigt, daß zwischen regionalen AkteurInnen und Ökostromanbietern ein gutes Verhältnis entstehen kann, wo auch außerhalb festgelegter Regeln Lösungen für jeden Einzelfall erreicht werden können.



## Der billigste Strom

Der läßt sich errechnen. Allerdings gibt es nicht den billigsten Anbieter, sondern je nach Jahresverbrauch können verschiedene Anbieter die günstigsten sein, da Kilowattstunden- und, falls vorhanden, monatlicher Festpreis, zusammengerechnet werden müssen. Außerdem ist "billig" nicht das einzige im Leben ...



**LICHTmann|AG**  
Neuer Strom.

Wir versorgen nicht nur Haushalte, sondern auch Betriebe mit Energie aus Wind und Wasserkraftwerken.

Gewerbebetrieben bieten wir dabei auch unsere Dienstleistungen rund um die regenerative Energie an.



Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

26

Herbst 2000

•Schwer-  
punkt

## Schritt für Schritt

# Ökostrom von unten umsetzen

Mit diesen „Ö-Punkten“ beginnt die umfassende Umsetzung der Idee „Ökostrom von unten“. Wie der Name schon sagt, stehen Städte und Regionen im Mittelpunkt des Geschehens. Hier können und sollten die Runden (interessierte Einzelpersonen, Energieinitiativen, Anti-Atom-Gruppen, AnlagenbetreiberInnen usw.) entstehen, von denen die Impulse ausgehen – für die Umstellung von Wohnungen, Häusern, öffentlichen Gebäuden, Betrieben usw. sowie für die Gewinnung der Energie aus neuen Wind-, Wasser-, Solar- und Biomasseanlagen.

Es gibt vielfältige Möglichkeiten für Aktivitäten in Städten und Regionen. Jede Region kann anders aussehen, die AkteurInnen in den Regionen entscheiden über alle Schritte, über Umfang, Namen und Details ihrer Kampagne. Mögliche Ideen und Schritte sind:

**Regionale Runden aufbauen:** „Ökostrom von unten“ ist ein Prozeß von unten, der möglichst viele Menschen, auf jeden Fall aber alle Beteiligten und Interessierten zu den Mitbestimmenden machen will. ErzeugerInnen von Ökostrom, von der Windanlage bis zum Solarstrommodul auf dem Hausdach, gehören genauso dazu wie alle StromkundInnen und letztlich alle Interessierten von der Anti-Atom-Kämpferin über die Solarbastlerin bis zum biomasseproduzierenden Landwirt.

**„Atomstromfreie Zone(n)“ finden:** Ein oder auch einige Orte werden ausgewählt, die als öffentliche Anlaufstellen dienen und so auch Werbung machen. Umwelt- oder Kulturzentren, Kinos, ausgewählte Cafes oder Kneipen, Gemeindehäuser oder andere können passend sein. Diese Orte werden gekennzeichnet und in der Öffentlichkeitsarbeit benannt. Ziel ist, daß viele Menschen die „atomstromfreie Zone“ bei einem Besuch dort wahrnehmen oder auch gezielt dort hingehen – und das es dort dann Informationen gibt zur Umstellung von Haushalten und Betrieben, zur Beteiligung an regenerativen Energieanlagen in der Region usw.

**Veranstaltungen durchführen:** In der „atomstromfreien Zone“ oder andersorts kann bei Veranstaltungen über Ökostrom informiert werden. Dabei sollte das Thema nicht zu eingengt betrachtet werden. Informationen zu Ökostromtarifen und -quellen sind ebenso wichtig wie Infoveranstaltungen zu Atomfilz, Machtstrukturen im Energiebereich usw.

**Regionale Seminare und Austauschtreffen:** Keine Stadt oder Region muß allein bleiben. Zwischen benachbarten Regionen und Städten kann ein Kontakt entstehen, gegenseitige Hilfe und Erfahrungsaustausch, Selbstorganisationsprozesse und gemeinsame Aktivitäten wie Vortragsreihen, Ausstellungen, Veröffentlichungen usw. sind denkbar.

**Infozeitungen, Ausstellungen usw.:** Sinnvoll wäre, zu Beginn des Projektes in einer Region und auch später immer wieder mal Informationsmaterialien breit zu streuen. Dazu können eigene Infozeitungen erstellt oder eine Kooperation mit bestehenden Medien begonnen werden, z.B. einer Umwelt- oder Kulturzeitung, Unizeitung usw.

Auch Ausstellungen, die zu verschiedenen Orten wandern, sind eine gute Chance der Öffentlichkeitsarbeit. Auch hier gilt: Ökostrom ist mehr als bloße Werbung für Umstellung. Es geht um Atomenergie, Großkraftwerke, die Machtstrukturen, ohne die das alles gar nicht möglich wäre, Energiepolitik und mehr, aber auch um neue Energieanlagen. So könnte jedes neue Energieprojekt, für das Mitgestaltende und Geldanlege-

rInnen gesucht werden, Anlaß für eine solche Öffentlichkeitsarbeit, z.B. in Form einer Infozeitung, sein.

**Direkte Aktionen:** Ohne die jahrzehntelange Arbeit der Anti-Atom-Initiativen wäre regenerative Energie nie zu einem Thema geworden. Das bleibt auch weiter so. Wer behauptet, jetzt komme es nur noch auf den Bau neuer Anlagen oder die Umstellung auf Ökostrom an, hat wenig politischen Weitblick. Direkte Aktionen gegen Atomenergie, vom Castor bis zur Urananreicherungsanlage, gegen die machtausübenden Stromkonzerne, neue und alte Großkraftwerke mit ihrer verschwenderischen Energieumwandlung sowie viele Bezugspunkte mehr brauchen die konkrete Aktion. Diese Aktionen schaffen die gesellschaftliche Diskussion, den Willen zur Veränderung. Ohne direkte Aktion findet verändernde Politik nicht statt!

### Hilfe zur Selbsthilfe: Das bundesweite Projekt „Ökostrom von unten“

Die regionalen Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften (Strom-EVGs, d.h. Runden von StromkundInnen, -erzeugerInnen und alle anderen Interessierten aus einer Region/Stadt, die gemeinsam über Öffentlichkeitsarbeit, neue Anlagen usw. entscheiden) sind der Kern der Idee „Ökostrom von unten“. Sie können und sollten sich überall bilden – parallel zu den ersten Schritten. Es sind offene Runden ohne Hierarchien. Alle Beteiligten sind gleichberechtigt. Ziel ist es, immer mehr Menschen in die Entscheidungsprozesse einzubinden. Vor allem bei neuen Energieanlagen gilt der Grundsatz: Möglichst hohe Beteiligung, möglichst hohe Akzeptanz und möglichst weitgehende Umsetzung als Gemeinschaftsprojekt z.B. vieler Menschen, die ihr Wissen, ihr Engagement und ihr Geld einbringen.

Doch die regionalen Runden sind nicht auf sich allein gestellt. Eine wichtige Hilfe sind die Ökostromanbieter. Ihre Beteiligung an „Ökostrom von unten“ bedeutet, daß die Regionen sich viel Arbeit sparen. Statt eigene Firmen gründen zu müssen, suchen sie neue KundInnen für die an „Ökostrom von unten“ beteiligten Ökostromanbieter. Diese wiederum helfen den regionalen AkteurInnen bei der Öffentlichkeitsarbeit, bei Veranstaltungen und bei der Planung, Finanzierung und Umsetzung neuer Energieanlagen. Darüber hinaus gibt es eine Vernetzung und direkte Hilfen für alle, die in den Regionen wirken, aus der Projektgruppe „Ökostrom von unten“ heraus. Folgende Hilfestellungen sind konkret geplant (neue Vorschläge willkommen!):

**Internetseite mit aktuellen Infos:** Unter <http://move.to/oekostrom> sind ständig aktuelle Infos einzusehen zu den Ökostromangeboten, den Firmen, den verschiedenen Modellen von Ökostrom sowie den beteiligten Regionen mit ihren Projekten. Diese Internetseite kann auch Interessierten empfohlen werden oder sollte in den „atomstromfreien Zonen“ für Außenstehende einsehbar sein.

### Autor

Jörg Bergstedt



Ökostrom ganz oben:

Solarsegel der  
Raumstation "Mir"

**Texte und Bilder für Öffentlichkeitsarbeit:** Wer in der eigenen Stadt oder Region Öffentlichkeitsarbeit machen will, kann dafür Texte und Bilder bekommen. So ist es einfach, eigene Materialien zu erstellen. Besonders empfohlen seien die Tabellen zu den Ökostromtarifen. Aus ihnen läßt sich schnell ein A3-Faltblatt (oder zwei A4-Seiten) zusammenstellen mit der zweiseitigen Übersicht über die Tarife (wie hier in den „Ö-Punkten“, nur ständig aktualisiert) und weiteren Informationen aus der Region, zu Energieanlagen usw.

**Ö-Punkte und Reader:** Diese „Ö-Punkte“ können, solange der Vorrat reicht, für die konkrete Arbeit nachbestellt werden. Für alle, die bei „Ökostrom von unten“ mitwirken wollen, gibt es die Ö-Punkte für 1 DM/Heft (ab 10 Hefte) plus Porto. Außerdem soll ein Reader entstehen, wo die verschiedenen Fragen und Möglichkeiten umfangreicher erläutert werden. Wir hoffen, ihn noch dieses Jahr herausbringen zu können. Er wird 12 DM kosten und bei der MAUS (MaterialAuswahl Umweltschutz), Postfach 1818, 36228 Bad Hersfeld zu bestellen sein.

**Vorträge und Seminare:** Die Projektwerkstatt und auch einige Ökostromanbieter bieten ReferentInnen an für Veranstaltungen. Zudem stehen wir für Seminare zur Verfügung. Unsere besondere Empfehlung lautet, in den Städten die Aktion vorzubereiten, Kontakt zu benachbarten Regionen und Städten in der Sache zu suchen und dann in einer Großregion bzw. Bundesland ein solches

Seminar zu veranstalten. Wir könnten dann dazukommen und dort intensiv die ganzen Hintergründe und Möglichkeiten von Ökostrom darlegen. Teil des Seminars könnte die Erarbeitung gemeinsamer Strategien benachbarter Regionen sein (Veranstaltungsreihe, Ausstellung usw.).

**Direkte Beratung und Hilfen:** Wer Fragen hat, kann bei den Ökostromanbietern oder bei uns in der Projektwerkstatt anrufen. Oder mailen. Adresse siehe am Rand.

**Hilfe bei Neuanlagenbau:** Wer Wind-, Wasser-, Solar- oder Biomasseanlagen neu bauen will, kann von den Ökostromanbietern Hilfe erhalten – fachliche Tipps, Planungshilfe bis zu finanziellen Förderungen.

  
Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

Herbst 2000

●Schwerpunkt

27



Lichtmann  
Antragsformular WIND LINE

Wir beraten und informieren

069 / 69597912

0180 5 424862

Lichtmann AG, Postfach 70 03 65  
60594 Frankfurt am Main

## Adressen zur „Ökostrom von unten“ – Kampagne Regionale Kontaktstellen

**Bisherige Regionen:** Saarland/Rheinland-Pfalz, Ruhrgebiet, Mittelhessen, Berlin, Uckermark und Umgebung, Lübeck, Wendland, Osthessen und Thüringen. In Vorbereitung sind das Münster, Hamburg, Bad Oldesloe und einige weitere Städte – gesucht sind AkteurInnen, die in weiteren Regionen die Idee „Ökostrom von unten“ umsetzen!

### ● Saarland/Rheinland-Pfalz

**Atomstromfreie Zone und Kontakt:** AKTION 3. WELT Saar, Weiskirchener Str. 24, 66679 Losheim, 06872/9930-56, Fax -57

**Ausstattung:** Bibliothek, Bildarchiv, Anti-Rassismus-Büro, Zeitschriftenarchiv, Wellladen, Flüchtlingsberatungsstelle. Besondere Schwerpunkte u.a.: Energie, Anti-Atom

### ● Ruhrgebiet

**Atomstromfreie Zone:** Druckluft-Kulturzentrum

**Kontakt:** Projekt-Archiv, c/o Druckluft, Am Förderturm 27, 46069 Oberhausen, Tel. 0208/23037

**Stadtgebiet:** Bochum: Das Anti-Atom-Plenum und andere Gruppen führen die Kampagne „35+x“ durch. Ziel ist, daß der Anteil regenerativer Energie jedes Jahr um 3,5% steigen soll. Infos: [www.energiewende.org](http://www.energiewende.org)

### ● Mittelhessen (Gießen, Marburg,)

**Atomstromfreie Zone:** Projektwerkstatt

**Kontakt Stadt und Kreis Gießen:** Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, 06401/90328-3, Fax -5, [projektwerkstatt@apg.wbnet.de](mailto:projektwerkstatt@apg.wbnet.de)

**Kontakt Marburg:** BUND Marburg, Krummbogen 2, 35037 Marburg, 06421/67363 (Mo-Fr 9-12, Mi 9-18 Uhr)

**Projekt "Kollateralschaden"** (Mittelhessische Zeitung mit Thema Ökostrom): Im November soll der „Kollateralschaden“, die neue politische Zeitung für Mittelhessen, erstmals erscheinen. Eines der Schwerpunktthemen der Startausgabe wird „Ökostrom von unten“ sein. Bestellungen gegen 3 DM in Briefmarken bei der Projektwerkstatt, siehe oben.

**Umwelthaus** mit Bibliothek, Archiven und Tagungshaus: In der Projektwerkstatt finden sich umfangreiche Informationen, Bücher usw. zu alternativer Energie, Atomkraft, Baubiologie usw. Das Haus selbst ist als Umwelthaus ausgebaut und kann besichtigt werden (Termine nach Vorabsprache).

**Solaranlagen-Neubau:** Ausgehend von einigen UmweltschützerInnen in Marburg soll eine Photovoltaikanlage errichtet werden.

### ● Osthessen (Fulda, Bad Hersfeld)

**Atomstromfreie Zone:** Projektwerkstatt Ökologie, Hersfelder Str. 3, 36272 Niederaula, Tel. 06625/7244

**Zeitung „Printzip“:** In dieser Zeitung soll über das Ökostrom-Projekt berichtet werden.

### ● Berlin

**Atomstromfreie Zone I und Kontakt:** BAÖBAB-Infoladen, Christburger Str. 38, 10405 Berlin, 030/4426174, [baobab@ipn.de](mailto:baobab@ipn.de)

**Atomstromfreie Zone II:** Haus am Wannensee, Badeweg 7, 14129 Berlin, 030/8035503

**Beteiligte Gruppen:** Anti-Atom-Plenum, RGW u.a.

**In Planung:** Veranstaltung und Seminar.

### ● Uckermark

**Atomstromfreie Zone und Kontakt:** Ökostadt Lychen, Vogelsangstr. 4, 17279 Lychen, 039888-3076, [oekestadtly@t-online.de](mailto:oekestadtly@t-online.de)

**Solarstromanlage** auf dem Dach geplant: Auf dem Haus der Ökostadt Lychen soll eine stromerzeugende Solaranlage errichtet werden.

### ● Lübeck

**Atomstromfreie Zone:** Umweltwerkstatt & Alternative (Kulturzentrum)

**Kontakt:** Umweltwerkstatt, Willy-Brandt-Allee 9, 0451/7070646 (auch Fax), [jupluebeck@t-online.de](mailto:jupluebeck@t-online.de)

### ● Wendland

**Atomstromfreie Zone:** Tagungshaus Meuchefitz, 29482 Meuchefitz Nr. 19, 05841/5977, Fax 6976, [meuchefitz@t-online.de](mailto:meuchefitz@t-online.de)

**Anti-Atom-Kontakt:** Bl Lüchow-Dannenberg, Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow, 05841/4684, Fax 3197, (Mo/Mi/Fr/Sa, 9-12 Uhr, Di+Do 15-18.30 Uhr)

**Wendland-Wind:** Dieter Schaarschmidt, 05843/444, 05843619-0001@t-online.de

**Windanlagen-Bau:** Die Wendland-Wind baut eigene Anlagen im Wendland. Zudem werden Biomasseanlagen errichtet.

Plan für ein atomstromfreies Wendland: Zusammen mit Greenpeace wird ein Plan entwickelt, wie das Wendland insgesamt aus regenerativen Quellen versorgt werden kann.

### ● Thüringen

**Atomstromfreie Zone:** Bildungsstätte Hütten

**Kontakt:** Solarzentrum, c/o Blitz e.V., Ortsstr. 11, 07381 Hütten, 03647/420443, [Blitz\\_Jubi\\_huetten@t-online.de](mailto:Blitz_Jubi_huetten@t-online.de)

**Seminare:** Geplant ist ein Seminar für alle InteressentInnen der Idee Ökostrom im Herbst).

**Photovoltaikanlage:** Auf dem Dach der Bildungsstätte Hütten soll eine Solarstromanlage errichtet werden. Ein Solarzentrum mit Werkstätten ist im Aufbau.

### Adresse

Ökostrom von unten  
c/o Projektwerkstatt  
Ludwigstr. 11  
35447 Reiskirchen-  
Saasen  
06401/90328-3  
Fax -5  
[oekestrom-von-unten@web.de](mailto:oekestrom-von-unten@web.de)

Und – ständig aktuell  
und umfangreich:

<http://move.to/oekestrom>



Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

28

Herbst 2000

• Schwer-  
punkt

## Ohne Energiekonzerne, ohne Atom und Umweltverschmutzung Strom selber machen

Diese Utopie spukt noch immer durch die Köpfe in der Alternativszene. Nimmt man Broschüren zur Hand, die um die Zeit der Energiekrise entstanden sind, sieht man kräftige Burschen in Latzhosen Landwirtschaft betreiben. Im Hintergrund nudelt das Windrad auf dem selbstgeschweißten Mast. Bauanleitungen kursorieren, wie man sich mit einer alten Lichtmaschine und Kugellagern vom Autofriedhof vom Netz unabhängig machen könnte.



Ein Vierteljahrhundert später sind die Windkraftanlagen turmhoch, stehen auf dem freien Feld oder zu „Windparks“ gruppiert. Sie könnten zwar locker das Dorf hinter dem Hügel versorgen, aber dem gehören sie nicht. Anonyme Investoren aus der fernen Großstadt haben ihr sauer erspartes Geld einem Fonds anvertraut, der eine Rendite verspricht, die über dem liegt, was man auf sein Sparbuch bekommt. Der Strom geht natürlich ins Stromnetz.

Darin mischt er sich mit dem Atomstrom, mit Strom aus Braunkohlekraftwerken und was die Energiekonzerne sonst gerade am Netz haben. Der Anteil regenerativer Energie ist nur eine statistische Größe. Was als „Grüner Strom“ teuer bezahlt aus der Steckdose kommt, ist eine virtuelle Größe. Der Typ mit der Latzhose hat längst seinen Bart geschoren und sein mittlerweile schütteres Haupthaar auf wenige Millimeter gekürzt. In feines Tuch gewandelt sitzt er im Aufsichtsrat und entwickelt Projekte. Da auf dem Festland der Wind viel zu schwach und unregelmäßig weht, hat man „offshore“ seine Claims abgesteckt. Dort kommen einem auch nicht dauernd irgendwelche Vogelschützer in die Quere. Einfach nur lästig diese bärtigen und langhaarigen Typen. Aber man hat ja beim „Bürgerdialog Kernenergie“ abgeschaut, wie man die Öffentlichkeitsbeteiligung zu seinen Gunsten manipuliert und die Platzhirsche in der Lokalpolitik mit gezielten Zuwendungen auf seine Seite bringt. Schließlich opfert man sich auf für die Umwelt. Erneuerbare Energien sind zu einem Millionengeschäft geworden. Schon lange geht es nicht mehr um eine lokale, dezentrale Energieversorgung durch eine schonende Nutzung der lokal verfügbaren Ressourcen. Es wird alles immer größer, weil der Ingenieur anfasen kann was er will – je größer die Einheit wird, umso niedriger sind die spezifischen Kosten. Windkraftanlagen, deren Flügel bereits ein Fußballfeld überspannen, immer höhere Staudämme. Die Freunde des Solarstroms haben immer noch die Vision nicht abgeschrieben, daß sie eines Tages die Sahara bepflanzen können. Die nie versiegende, mit jedem Wachstum des Verbrauchs mithaltende Energiequelle wäre Realität. Und sie schiene, im Gegensatz zur Kernenergie, die genau unter diesen Prämissen vor gut 50 Jahren propagiert wurde, relativ sauber.

Die Solaranlage, die man sich auf das Eigenheim schrauben soll, ist nur das Vorgeplänkel für das ganz große Ziel. Hunderttausend Dächer sollen eine Nachfrage nach Solarzellen schaffen, die dazu führt, daß es sich für die großen Chemie- und Halbleiterfirmen endlich lohnt, massiv in das Solargeschäft einzusteigen. Die bisher eher manufakturartige Herstellung von Solarzellen soll automatisiert werden.

Die Preise würden sinken, riesige Produktionskapazitäten würden aufgebaut, so daß man endlich mit den Sonnenzellen dorthin gehen könnte, wo die Sonne länger und kräftiger scheint. Wasserstoff in riesigen Pipelines wird die Energie nach Europa bringen. Dann fahren die

Autos mit Wasserstoff, was Umweltminister Trittin schon jetzt ganz toll findet. Weil der Wasserstoff so schön sauber verbrennt (es entsteht tatsächlich nur Wasser) ist der 300 PS BMW ein Ökoauto. Wer wollte es da noch wagen, den Individualverkehr zurückzudrängen, der ja außer Abgasen auch noch durch Lärm und einen immensen Flächenverbrauch die Umwelt belastet. Natürlich wäre es auch denkbar, die Busse mit Wasserstoff fahren zu lassen. Aber welches kommunale Verkehrsunternehmen, das in den liberalisierten Markt gestoßen wird, wagt sich noch an solche Experimente? Millionen Kraftfahrzeuge auf Wasserstoff umzustellen ist ein Geschäft, gegenüber dem der Einbau von Katalysatoren seinerzeit nur Peanuts waren.

### Sinnvolles wird sabotiert!

Dabei ist es durchaus nicht so, daß es nicht technisch ausreichend entwickelte und ökonomisch tragbare Alternativen gäbe. Nur sie werden gezielt sabotiert. Es ist unter Fachleuten kein Thema, daß Verbrennungsmotoren mit gereinigtem Pflanzenöl betrieben werden könnten. Jeder landwirtschaftliche Betrieb könnte auf einem Teil seiner Fläche Ölpflanzen anbauen, so wie früher auf einem Teil der Felder Hafer angebaut wurde, der Treibstoff für die Zugpferde. Eine kleine Ölpresse liefert den Sprit für Traktor und Mähdröschler, deren Motoren etwas modifiziert werden müßten.

Doch stattdessen wird mit einem Millionenetat der Biodiesel propagiert. Nicht das reine Rapsöl wird in den Tank gefüllt, sondern ein chemisch verändertes Produkt, der Rapsölmethylester, der so vielversprechend „Biodiesel“ genannt wird. Den kann nicht jeder herstellen, sondern da sind wieder zentrale Strukturen im Spiel, die das Öl sammeln, verarbeiten und wieder verkaufen. Es sind die Saatgutkonzerne, die den Raps gentechnisch manipulieren, der Landhandel, die Mineralölindustrie. Der Bauer hat sowieso kein Interesse am Biodiesel, denn er bekommt den Diesel aus Erdöl deutlich billiger (Gasölbeihilfe) als der normale Kraftfahrer an der Tankstelle.

Daß das so bleibt, dafür hat der Deutsche Bauernverband seinen ganzen Einfluß in die Waagschale geworfen. So bleibt das alte Abhängigkeitsverhältnis. Die Landwirtschaft liefert den billigen Rohstoff und wie mit Nestlé oder Müllermilch ist es auch beim Pflanzenöl wieder die „Veredelungsindustrie“, wo die größte Wertschöpfung stattfindet.

In ähnlicher Weise wurden die Landwirte in das getrieben, was die Grünen heute euphorisch als „Biomasse“ bezeichnen. Wer den Wald hat, soll billiges Holz heranschaffen. Das Biomassekraftwerk haben ganz andere gebaut, oft kamen sie aus der Windbranche und witterten neue profitträchtige Anlagemöglichkeiten. Damit es aber richtig rund läuft, nimmt man gernde etwas Altholz hinzu. Für Holz aus dem Wald muß man bezahlen, für Altholz, eigentlich Abfall, bekommt man etwas bezahlt.

Altholz kann sauber sein, es kann aber auch Holzschutzmittel, Lacke und anders Giftzeug aus der chemischen Hexenküche enthalten. Immer rein ins Biomasse-

### Autor:

Roland Schnell

Das Beispiel des Elephantengrases ist nur ein Beispiel für gezielte Sabotage durch Forschung und Förderung. Ganz ähnlich ist es bei Solar- und Windenergieanlagen. TechnikerInnen behaupten, daß es längst effiziente Hauswindanlagen (klein, zur Montage auf jedem Dach) gäbe, in jedem Fall aber hochleistungsfähige Windanlagen, die als kleine und weniger landschaftsüberprägende BürgerInnenwindanlagen jedes Dorf versorgen könnten, wenn nicht Forschung und Anlageförderung nur die großen Anlagen bevorzugen hätten. Große Anlagen aber sind Sache großer Firmen, von Profit und Kapitalvermehrung. Insofern dient die Förderung im Energiebereich weder der Umwelt noch einer Stärkung der Mitbestimmung, sondern dem Kapital. Sicher nicht zufällig!

Kraftwerk. Und am besten ist es, wenn man dann auch noch die erhöhte Vergütung für Strom aus erneuerbaren Energien einstreichen kann. Mit einer Biomasse-Verordnung wollte die rot-grüne Bundesregierung hier Klarheit schaffen, aber die wirtschaftlichen Interessen haben über die ökologische Vernunft gesiegt. Es ist eine Verordnung zusammengeschnitten worden, die nur einer Gruppe nutzt: den Betreibern von Kraftwerken, die Holz, einschließlich Altholz, verbrennen, Dampf erzeugen und über eine Turbine Strom erzeugen. Alles andere, selbst wenn es objektiv ökologische Vorteile bieten würde, wird erschwert oder verhindert. Aber offensichtlich ist in dieser Regierung auch niemand fähig die größeren Zusammenhänge zu erkennen und die Weichen in Richtung einer „sanften Technologie“ zu stellen.

Es war klar, daß die Kohl-Regierung jeden zarten Keim in diese Richtung ausgerupft hat, aber es ist schwer zu glauben, daß Grüne das fortsetzen. Bei Leuten, die sich schon länger mit regenerativen Energien, hört man immer wieder, daß gezielt Fördermittel in gewaltigem Umfang in völlig sinnlose Projekte geleitet wurden.

Ein Bereich, der in den letzten Jahren wahrlich fürstlich bedient wurde, war alles was mit dem sogenannten Elefantengras, wissenschaftlich *Miscanthus sinensis*, zusammenhing. Vor 10 Jahren verbreitete der Fernsehjournalist Franz Alt die Botschaft, mit *Miscanthus* seien alle Energieprobleme zu lösen. In seinem Buch „Schilfgras statt Atom“ breitete er die Wunder aus, die diese einzelne, in Mitteleuropa nicht heimische Pflanze ermöglichen sollte. Seltsamerweise stiegen gerade die Atomfans von der CDU massiv auf das ein, was ihnen das Wasser abgraben sollte. Der Forschungsminister und Atomfreund Riesenhuber teilte seinem Parteifreund Alt mit, daß er unverzüglich einige Millionen für die *Miscanthus*-Forschung bereitstellen werden. Jahrelang wurde geforscht um das herauszufinden, was Fachleute vorher gewußt hatten: *Miscanthus* wächst bei weitem nicht so üppig, wie versprochen, er braucht Wasser, Sonne, Dünger, neu zu entwickelnde Erntemaschinen, angepasste Kessel zur Verbrennung usw. Inzwischen ist die Euphorie abgeklungen, die letzten *Miscanthus*-Projekte werden lustlos abgewickelt. Erreicht wurde in der Sache nicht viel. Aber das wichtigste Ziel wurde erreicht. Es gab keine Fördermittel für wirklich vernünftige Projekte, weil alles vom Elefantengras aufgesogen wurde. Dabei gab es sogar schon Pflanzen, die vom Ertrag her mit *Miscanthus* locker mithalten können, die aber sehr viel genügsamer sind.

# Schalten Sie jetzt.



Wer heute Strom bezieht, sollte wissen, woher er kommt. Mit uns treiben Sie den Ausbau der erneuerbaren Energien voran.

Anruf genügt.

Tel.: (0211) 7 79 00-444

**Naturstrom AG**

Mindener Straße 12

40227 Düsseldorf

Tel.: 02 11-7 79 00-0

Fax: 02 11-7 79 00-599

Email: [info@naturstrom.de](mailto:info@naturstrom.de)

Internet: [www.naturstrom.de](http://www.naturstrom.de)



## Materialien zu den Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit



### Agenda, Expo Sponsoring:

- **Band 1:** Recherchen im Naturschutzfilz  
Infos zum Filz zwischen Umweltschutz, Wirtschaft und Staat. Beschreibung der Umweltverbände und -einrichtungen, Rechte Ökologie, Esoterik, Agenda/ Nachhaltigkeit, Anbieterung, Umweltparteien und vieles mehr. 400 S., IKO 39,80 DM.
- **Band 2:** Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutz  
Kapitel zu Strukturen, Naturschutz, Ökonomie, Umweltbildung und mehr. 280 Seiten, IKO-Verlag, 39,80 DM.
- **CD "Agenda, Expo, Sponsoring"**  
Gescannte Dokumente, Internetauszüge und mehr zum Filz. Mit Acrobat-Reader. Für DOS, Windows, Apple, Linux und OS/2. IKO-Verlag, 49,80 DM.
- **Gesamtpaket** (2 Bände+CD): 115 DM pro Paket.
- **Kritische Reader** zu Ökonomie von unten, Agenda 21, Politik von unten. A4, je ca. 70 S.&12 DM.
- **Gegenbilder zur Expo** (ab Juli): Selbstorganisation, Ökonomie, Mensch-Natur. 192 S., A5, 19,80 DM
- **Aktionsmappe Umwelt**, Tipps für die konkrete politische Arbeit vor Ort. A4-Ordner, 29,80 DM

**Institut für Ökologie**  
Türmstr. 14A, 23843 Bad Oldesloe  
Tel. 04531/4512, Fax 7116

**Umweltschutz von unten ... <http://go.to/umwelt>  
Bestellen per Internet: <http://come.to/projektwerkstatt>**

Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

30

Herbst 2000

●Schwer-  
punkt**Autor**Hartmut Groh,  
umschalten e.V. und  
Energiewende-Re-  
daktion der "Ö-Punk-  
te"

# Solarstrom: An der langen Leitung – oder Autarkie?

Bei der Nutzung der Solarenergie unterscheidet man grundsätzlich zwischen den Anlagen im Netzparallelbetrieb und den autarken Anlagen im sogenannten Inselbetrieb.

Die einfachste Variante der letztgenannten Möglichkeit ist das Transistorradio, das mit Akkus ausgerüstet wird und denen dann ein kleines Solarpanel mit etwas größerer Ausgangsspannung parallel geschaltet wird. Im größerem Maßstab ist dies bei Caravans möglich, für die es Module oder auch selbstklebende Solarfolien (200-800 DM) zur Befestigung auf dem Dach gibt. Hier sollte jedoch ein Laderegler (30 DM) vor die Batterie geschaltet werden, damit diese nicht anfängt zu „kochen“. Die Dimensionierung spielt hier noch keine so wichtige Rolle, da im Notfall immer noch die Lichtmaschine einspringen kann.

Eine größere Sorgfalt verlangt die Planung für ein Ferienhaus u.ä., wobei eine 100%ige Eigenversorgung auch für entlegene Wohnhäuser ohne Netzanschluß wirtschaftlich interessant sein kann. Hier werden zusätzliche Akkumulatoren nötig, deren Kapazität (als ein sehr grober Richtwert) in Amperestunden in etwa der installierten Wattleistung der Module entsprechen sollte. Spezielle Solarakkus sollen die vielen Lade-/Entladezyklen besser vertragen können – herkömmliche KFZ-Akkus tun es aber auch. Nur eine Parallelschaltung mehrerer Akkus ist kritisch, da sich diese leicht gegenseitig entladen!

Bei Anlagen ab 100 Watt Generatorleistung sollte der Betrieb von 1-2 Energiesparlampen (im Spezialhandel auch für 12 Volt – keine Halogenlampen!), des Kofferradios und gelegentlich des Fernsehers mit 12 Volt-Anschluß gesichert sein. Für Geräte mit 230 Volt gibt es Umformer für ca. 300 DM im Handel. Sollte jedoch auch noch ein Kühlschrank und eine Wasserpumpe betrieben werden, setzt dies eine genauere Planung voraus. Der voraussichtliche Verbrauch in Kilowattstunden muß abgeschätzt werden, indem die Nutzungsdauer mit dem Verbrauch des Gerätes multipliziert wird. Dann gilt es, Erzeugung und Verbrauch miteinander in Einklang zu bringen: Größe des Solargenerators multipliziert mit der mittleren Anzahl der Sonnenstunden gibt den einen, die vorhergehende Berechnung den anderen Wert. Durch die Vergrößerung der Modulfläche bzw. die Verringerung des Bedarfes kann eine Übereinstimmung erzielt werden.

**Netzeinspeisung**

Diese autarken Systeme haben den großen Nachteil, das sehr oft entweder zuviel oder zuwenig Solarstrom vorhanden ist. Nicht nur in dieser Beziehung, sondern auch bei der Planung haben netzgekoppelte Anlagen einen erheblichen Vorteil. Hier ist meistens nur die zur Verfügung stehende Dachfläche bzw. das zur Verfügung stehende Kapital ausschlaggebend für die Dimensionierung

einer Anlage. Als Richtwert wäre für ein 4-Personen-Haushalt eine 5 kW-Anlage mit etwa 40 qm ausreichend. Aber auch kleinere Anlagen ab 1 kW haben ihren Sinn. Voraussetzung ist allerdings eine von Frühjahr bis Herbst unverschattete Dachfläche mit Südost- bis Südwest-Ausrichtung. Der Winkel des Daches sollte nicht flacher als 15° sein, damit das Regenwasser den sich darauf sammelnden Schmutz abspülen kann. Bei Neigungen ab 60° wird der Einfallswinkel allerdings so ungünstig, daß mit erheblichen Ertragseinbußen zu rechnen ist. Auf Flachdächern werden spezielle Gestelle verwendet, die entweder aufgrund ihres Eigengewichtes standfest sind oder andernfalls im Dach verankert werden können.

Der dazugehörige Umformer – mit den Maßen eines größeren Schuhkartons – kann entweder im Dach oder – wegen der günstigeren Temperaturverhältnisse – im Keller installiert werden. Er hat eine Nennleistung von etwa 0,7 der Generatorleistung, da im Sommer diese Werte aufgrund der Wirkungsgradverschlechterung bei Hitze sowieso nicht erreichbar sind. Auf jedem Fall muß ein Kabel zum Hausanschluß gelegt werden, wenn die gesetzliche Vergütung gezahlt werden soll. Zur Erfassung des Solarstroms wird ein zusätzlicher Stromzähler installiert. Insgesamt kostet eine derartige Anlage zwischen 14.000 und 18.000 DM pro Kilowatt und erreicht einen Ertrag zwischen 800 bis 1.000 Kilowattstunden im Jahr.

Tipp 1:

**Solarstrom****Literatur**Heinz Ladener  
Solare Stromversor-  
gung  
(Ökobuch, ISBN 3-922  
964-57-5, 48 DM)**Foto**Hamburger Solaran-  
lage mit Netz- und In-  
selbetrieb in luftigen  
Höhen**Institut für  
Ökologie**

i

**Suchen Sie  
ReferentInnen?****in Themen wie  
Naturschutz  
Ökostrom von unten  
Ökonomie&Ökologie  
Agenda-21-Kritik  
Emanzip. Ökologie  
Umweltpädagogik?**Gegen 2,20 DM in Briefmarken  
schicken wir Ihnen unsere  
ReferentInnenlisten zu.Institut für Ökologie  
Turmstr. 14A, 23843 Bad Oldesloe  
institut@inihaus.de  
Infotelefon: 04533/792259

# Windkraft aus Selbstorganisation

Der Atomkonsens, den die sogenannten Verantwortlichen ausgehandelt haben, führt zunächst einmal weder zum beherzten Einstieg in ein solares Zeitalter noch zum Ausstieg aus der Nutzung der Atomkraft. Wer das will, muß es noch mindestens 32 Jahre lang privat regeln. Das heißt: „Du mußt den Strom, den Du verbrauchst, selbst erzeugen, entweder indem Du selbst ein solares Kraftwerk baust oder indem Du Dich an der Errichtung eines solchen beteiligst.“

Wind ist eine Erscheinungsform der Sonnenenergie. Windkraftwerke sind die technisch am weitesten entwickelten solaren Kraftwerke. Wer Windkraft nutzen will, braucht zunächst einmal einen windhöffigen Standort. Das ist ein Plätzchen, wo der Wind in 10m Höhe über dem Erdboden mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von mindestens 4,5m/sec weht. Die Windhöffigkeit wird durch ein Windgutachten festgestellt.

Der Wind allein bringt's aber nicht. Der Standort muß eine realistische Anschlußmöglichkeit ans öffentliche Netz (20kV-Leitung) haben. Er muß mindestens 500m vom nächsten Wohnhaus entfernt sein, wegen möglicher Schattenschwurf oder Lärmbelästigung.

Er darf öffentlichen Belangen nicht widersprechen. Die öffentlichen Belange werden zumeist von den Kommunen, den Naturschutzbehörden und Umweltschutzverbänden formuliert. Es ist trotzdem möglich, eine Baugenehmigung zu erhalten.

Am einfachsten ist es, wenn ein Mensch ein eigenes, geeignetes Grundstück hat und entschlossen ist den Wind, der ihm dort um die Nase weht, zur Erzeugung von sauberem Strom zu nutzen.

Dann muß sich dieser Mensch nur noch um:

- ✓ das nötige Geld,
- ✓ einen Gesellschaftsvertrag,
- ✓ die Auswahl eines standortgemäßen Kraftwerkes,
- ✓ die Baugenehmigung,
- ✓ den Landschaftseingriffs und Ausgleichsplan,
- ✓ den Anschluß ans öffentliche Netz
- ✓ und den Aufbau der Windkraftanlage kümmern.

Dazu braucht frau 2 bis 3 Jahre Zeit und ein dickes Fell. Steht das Kraftwerk endlich, so ist sein Betrieb relativ einfach. Es muß täglich per Modem überprüft werden. Einmal im Monat wird eine Rechnung an das abnehmende EVU geschrieben und der Eingang der gesetzlich vorgeschriebenen Vergütung überprüft.

Einmal im Jahr kommt der Wartungsdienst und eine Steuererklärung fürs Finanzamt muß erstellt werden. Die Versicherungen müssen

bezahlt und die Banken bedient werden. Eine

GesellschafterInnenversammlung muß vorbereitet und durchge-

## Windanlagen

führt werden.

Die Einspeisung ins öffentliche Netz erleichtert den Betrieb

des eigenen Kraftwerkes sehr, weil damit Automaten und Fachleute die Garantie dafür übernehmen, daß der mit Wind selbst erzeugte Strom allezeit mit der richtigen Spannung ins Netz geht. Andererseits bedeutet das auch, daß die

Windkraftwerksbesitzer ihren im Haushalt verbrauchten Strom weiterhin vom EVU kaufen und bezahlen müssen.



## Einladung

zum Seminar  
„Ökostrom von unten“

Beteiligungs-Wege zur  
Energiewende

Themen u.a.:

- ▶ Ökostrom – Hintergründe, Quelle, Tarife, Besonderheiten
- ▶ Neuanlagen aufbauen (Solar, Wasser, Wind, Biomasse)
- ▶ Ökostrom von unten – die Details zur Umsetzung

**8.-12.12.**

in Hütten (bei Jena)

Anmeldung:

Bildungsstätte, c/o Blitz e.V.  
Ortsstr. 11, 07381 Hütten  
03647/420442

Blitz\_jubi\_huetten@t-online.de  
(ca. 30-40 DM Beitrag)

**Hinweis:** Wer weitere Seminare in anderen Regionen planen will, sollte sich beim Projekt "Ökostrom von unten" melden.



### Die Junior Regenbogenkämpfer Mappe

Viele Kinder möchten der Umwelt helfen, häufig fehlt allerdings die rechte Idee, wie sie es anstellen können. Das muss aber nicht sein, denn es gibt jetzt die "Regenbogenkämpfer Mappe" mit spannenden Ideen und Anleitungen, wie Kinder für die Umwelt aktiv werden können. Da Ihr manche Ideen viel besser als Gruppe umsetzen könnt, gibt es ein besonderes Kapitel zum Thema Gruppenarbeit.

Mit der Mappe könnt Ihr auf Entdeckungsreise gehen, der Natur helfen und interessante Ideen und Aktionen rund um die Themen Wasser, Energie oder Eine Welt nachlesen. Außerdem wird erläutert, wie Kinder den erwachsenen PolitikerInnen auf die Füße treten können. Die Mappe ist für Kinder, die eigenständig Natur erforschen und schützen wollen, doch manchmal sind auch Erwachsene nötig - wozu und warum wird erläutert. Zudem gibt es Tipps, wie an Geld ranzukommen ist, wie mit Öffentlichkeitsarbeit am besten informiert werden kann und vieles mehr.  
Preis 24,80 DM, Seiten 150, ISBN 3-934953-00-X

**Unterwegs für die Umwelt**  
1000 Jobs für alle, die sich engagieren wollen!

Dieses Buch bietet Tipps für alle, die nach dem Schulabschluss oder Ausbildung sich im Umweltschutz engagieren wollen. Wer gerne ins Ausland möchte, um Sprachkenntnisse zu vertiefen wird in diesem Buch fündig. Auch wer sich erstmal orientieren möchte hat hier die geeignete Grundlage. Sollten dennoch mehr Informationen zu den Einsatzstellen benötigt werden, wird ein umfangreiches Internet-Adressverzeichnis mitgeliefert, so daß hier die Möglichkeit besteht, selber auf die Suche nach dem geeigneten Job zu gehen. Also dann auf zum: "Unterwegs-Sein für die Umwelt!"

Das Buch gibt es für 19,80 (+6,- DM Porto und Verpackung) wie die anderen Materialien in der JUP, Turmstr. 14a, 23643 Bad Oldesloe, 04531/4512, Fax: 04531/7336, eMail: jup@wkuw.de



Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

Herbst 2000

•Schwerpunkt

31

### Infos

Weitere Informationen finden sich in:

•Energiegemeinschaften  
Serie Piper Nr. 2170

•Windkraft nutzen  
Rotarius Verlag, ISBN  
3921933080

•Bundesverband  
Windenergie e.V.  
„Windenergie 1998“  
Marktübersicht, ISBN  
3980566110

•Sturmgeschichten  
Ein Lese- und Bilderbuch zur Windenergie  
ISBN 3928011367

Wer sich lieber mündlich informieren will, erhält Auskunft beim Verein Projekt Windblume e.V. in Laubach, Tel. 06405/4627

### Autorin

Uschi Roos,  
Windblume e.V.

Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

32

Herbst 2000

●Schwer-  
punkt**Autor**Harmut Groh,  
umschalten e.V.

und

Redaktion  
"Energiewende"  
der Ö-Punkte**Literatur**T. Rotarius:  
Wasserkraft nutzen  
(Rotarius Verlag  
ISBN 3-921 933-  
07-2) 19,80 DM

Tipp 3:

**Wasserkraft****Adresse**BV Deutscher  
Wasserkraftwerke,  
Theresienstr. 29,  
80333 München,  
089/2866 2666

# Wasserkraft reaktivieren!

Sich heute für neue Wasserkraftprojekte einzusetzen, ist eine zweiseitige Sache: Einerseits haben ökologisch katastrophale Großprojekte in Kanada, der Türkei und China den Ruf dieser sauberen Energiequelle ruiniert. Andererseits tragen Mühlengraben und -teiche kleinerer Anlagen zur ökologischen Vielfalt bei und ihre Beseitigung hätte ökologisch negative Folgen.

Dem Atomstromwahn der sechziger Jahre fielen die letzten intakten Betriebe in Deutschland zum Opfer, nachdem die meisten Anlagen wegen der niedrigeren Energiepreise schon früher stillgelegt wurden. Die ostdeutsche Variante war, intakte Anlagen wegen Materialmangels zu zerlegen! So gibt es noch heute insbesondere in den Mittelgebirgen eine Vielzahl ungenutzter Standorte zur Nutzung der Wasserkraft.

Um eine derartige Anlage zu reaktivieren, müssen sowohl die rechtliche als auch die physikalische Ebene beachtet werden. Für beide Belange ist die örtliche Wasserbehörde zuständig, nämlich die Vergabe der Wasserrechte und die Erfassung der zur Verfügung stehenden Wassermenge. Es gilt nämlich herauszufinden, wer Inhaber der Wasserrechte ist. Besteht ein Altrecht, sollte versucht werden, mit dem Inhaber dieses Rechtstitels zu kooperieren. Ungleich schwerer wird die Neubeantragung eines derartigen Rechtes sein. Ein zweiter wichtiger Punkt ist jedoch die Frage, ob an dieser Stelle überhaupt ein rentabler Be-

trieb noch möglich ist. Hierzu sind die Kosten der Reaktivierung zu ermitteln. Die erste Frage ist, welcher Aufwand notwendig ist, um wasserbautechnisch alles auf den neuesten Stand zu brin-

gen: Muß der Mühlengraben neu ausgehoben werden, ist das Wehr noch standischer etc.

Bei der Rekonstruktion einer alten Anlage die Kosten hauptsächlich aus Arbeitszeit bestehen, aber so mancher Liebhaber hat dadurch, daß er eine alte Anlage Stück für Stück auseinandergeschraubt, entrostet und wieder zusammengebaut hat, wieder eine leistungsfähige Anlage erhalten. Denn tatsächlich ist es nicht so, daß es in der Turbinentechnik in den letzten 100 Jahren so erhebliche Fortschritte gegeben hätte, daß man alte Anlagen gleich verschrotten müßte. Hier zeigt sich der Vorteil einer schon lange ausgereiften Technik.

**Neubau**

Anders verhält es sich bei dem Neubau einer Wasserturbine. Da jeder Standort unterschiedlich ist, muß auch die Turbine den Gegebenheiten angepaßt werden. Sinnvoll nutzbar sind Gefälle ab 2 Metern und Abflußmengen von 500 Litern pro Sekunde. Aber stehen die an dieser Stelle auch tatsächlich zur Verfügung? Hier kommt die Wasserbehörde ins Spiel, die üblicherweise für jedes größere Gewässer ein Wasserbuch führt, in dem die täglichen Pegelstände vermerkt sind. Nachdem geklärt wurde, von welcher Meßstation die Werte genutzt werden sollen und ob sich zwischendurch noch größere Zufüsse oder Entnah-

men feststellen lassen, fängt nun die Fleißarbeit an: Alle Tageswerte werden in ein Rechenprogramm eingegeben, mindestens für die letzten 5, wenn nicht gar 10 Jahre. Fehlende oder unplausible Daten sollten hier anhand der Meßwerte anderer Stationen ergänzt oder – eher mit negativer Tendenz – berichtigt werden. Die fertige Liste für jedes Erfassungsjahr wird nun nach Abflußmengen sortiert. Die Listen aller Jahre werden übereinandergelegt und ergeben so ein Bild von den durchschnittlichen Abflußmengen, vielleicht aber auch Hinweise auf eine eindeutige Tendenz bei der Zu- oder Abnahme der nutzbaren Wassermengen.

Nun gilt es, aus dieser Kurve die mögliche Größe des Generators abzulesen: Denn jeder Wassermenge entspricht eine ihr zu entziehenden Leistung, wenn man diese mit der Gefällehöhe und die Erdbeschleunigung zueinander in Beziehung setzt. Aus der daraus resultierenden Kurve ist erkenntlich, daß es für jeden Generator nur eine einzigen Tag im Jahr gibt, an dem er optimal ausgelastet ist: Entweder ist zuviel Wasser vorhanden, daß das Wehr ungenutzt hinunterfließt, oder es ist zuwenig Wasser da, und der Generator arbeitet mit einem schlechteren Wirkungsgrad. Hier setzt nun die kaufmännische Abwägung ein: Nehme ich einen größeren Generator, der auch größere Wassermengen verarbeiten kann und entsprechend teurer ist, oder ein kleineres Aggregat, das übers Jahr gesehen besser ausgelastet ist, aber weniger Spitzenleistung bringt. Jede Generatorvariante wird einen bestimmten Ertrag an Kilowattstunden haben. Die Option mit dem günstigsten Preis/Ertragsverhältnis sollte realisiert werden. Üblicherweise liegt dieser Arbeitspunkt bei einer Wassermenge, die zwischen 150 und 200 Tagen im Jahr erreicht wird.



## Biogas dezentral nutzen!

Jeder Bauer verfügt über eine Energiequelle, die seinen Eigenbedarf weit übersteigt. Er kann vom „Landwirt zum Energiewirt“ werden. Dazu muß er weder tief bohren noch hohe Gerüste zum Einfangen des Windes errichten. Das Material, mit dem er täglich zu tun hat, ist der Energieträger. In den landwirtschaftlichen Produkten, in den Feldfrüchten und den Neben- und Abfallprodukten der Landwirtschaft steckt die Energie.

Bioenergie, die von der Sonne stammt und von den Pflanzen eingefangen wurde. Von einem Hektar kann man in Mitteleuropa locker 5 bis 10 t pflanzliche Biomasse ernten. Das entspricht einem Energieäquivalent von 20 bis 40 MWh, wenn man einen Heizwert von 4 kWh/kg zugrundelegt. Anschaulicher wird es, wenn man sich vorstellt, daß Wiesen und Äcker durchgängig mit einem 0,2 mm hohen Ölschicht bedeckt sind. Das scheint wenig zu sein, aber da ein Hektar 10.000 m<sup>2</sup> hat, läppert es sich zum Gegenwert von 2000 l Heizöl zusammen, also etwa das, was ein Einfamilienhaus im Jahr verbraucht. Landwirtschaftliche Familienbetriebe in Bayern oder Baden-Württemberg mögen 20 ha und mehr haben, aber in den neuen Bundesländern sind Betriebe von einigen 1.000 ha keine Seltenheit. Diese Energie steckt in den Nahrungs- und in den Futtermitteln. Da nur ein Teil der Pflanze essbar ist, bei der Kartoffel die Knolle, beim Getreide das Korn, steht oft mehr als die Hälfte der pflanzlichen Biomasse für andere Zwecke zur Verfügung. Auch wenn das Stroh als Einstreu im Stall verwendet wird, ändert sich nur wenig an seinem Energieinhalt. Wenn Pflanzen oder Teile davon als Viehfutter genutzt werden, ist immer noch die Hälfte der ursprünglichen Energie im Mist oder in der Gülle. Das bedeutet, das parallel zur Erzeugung von Lebensmitteln der Gegen-

wert von 1000 l Heizöl pro Hektar vom Acker geholt werden kann.

Der Schlüssel dafür heißt Biogas. Es ist eigentlich eine uralte Geschichte, die der Natur abgeschaut wurde. In Sümpfen und Mooren entsteht durch bestimmte Mikroorganismen ein brennbares Gas. Schon vor mehr als 50 Jahren hat man in Deutschland darin die Lösung für eine autonome Energieversorgung der Landwirtschaft gesehen. Als 1955 nach langjähriger Entwicklungsarbeit die Technik halbwegs ausgereift war, kam das billige Erdöl und das Interesse an regenerativen Energiequellen erlosch schlagartig. Erst die Ölkrise brachte ein Umdenken, und dann dauerte es nochmal mehr als 20 Jahre bis Biogas in der Landwirtschaft wieder zum Thema werden konnte.

### 1000 Biogasanlagen gibt es in Deutschland

Nun gibt es in Deutschland etwa 1000 Biogasanlagen in der Landwirtschaft, die sich in Bayern und Baden-Württemberg häufen. In manchen Gegenden, etwa in Mittelfranken, sind es nur ein paar Kilometer von einer Biogasanlage zur anderen. Die Mundpropaganda und die Möglichkeit beim Nachbarn zuschauen zu können, wie es funktioniert, hat viel zur Verbreitung beigetragen.

Die landwirtschaftlichen Berater haben bei Biogas eher abgewunken. Es sei unwirtschaftlich, warnten sie die Bauern. Tatsächlich war Biogas eine wenig lohnende Angelegenheit, solange es nur im Heizkessel verbrannt wurde.

Aber mit einigen Ausnahmen, die man einer Hand abzählen kann, haben Biogasanlagen heute ein Blockheizkraftwerk und speisen elektrischen Strom ins Netze ein. Die Abwärme kann in Haus und Hof für Heizzwecke und als Prozeßwärme zum Trocknen, Sterilisieren, Einkochen genutzt werden. Wer eine Biogasanlage hat zahlt keinen Pfennig mehr für Heizöl und andere Brennstoffe. Er bekommt auch keine Rechnung für den Strom mehr, sondern der Energieversorger überweist eine Vergütung, die etwa dem 10- bis 20-fachen des früheren Verbrauchs entspricht. Mit den ersten Biogasanlagen, die Ende der 80er Jahre entstanden, war viel Enthusiasmus und persönliches Engagement verbunden. Für das Kernstück, den eigentlichen Biogasreaktor, wurden alte Öltanks

Tipp 4:

**Biomasse**



Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

34

Herbst 2000

● Schwer-  
punkt

#### Autor

Roland Schnell  
Mitarbeiter der  
GRÜNEN LIGA Berlin  
e.V.

Im Bereich der Erneuerbaren Energien hat die GRÜNE LIGA Berlin über ihre Bezirksgruppe Pankow das Projekt „Energiepark Barnim“ initiiert, durch das an der Schnittstelle zwischen Berlin und seinem Umland modellhaft die Erschließung aller energetischen Potentiale einer im Konsens mit dem Natur- und Landschaftsschutz verfolgt wird.

Kontakt:  
GRÜNE LIGA – Um-  
weltladen Pankow  
Gundolf Pilschke  
Harzburger Straße 3  
13187 Berlin  
Tel. 030/47472931  
Fax 030/47472933  
pankow@grueneliga.de  
http://www.gruene-  
liga.de/berlin

genommen, die zum Schrottpreis zu bekommen waren. Der Betreiber griff selbst zum Schweißgerät oder ließ sich von Studenten helfen, die mit dem Schlafsack im Heu untergebracht wurden. Blockheizkraftwerke in passender Größe gab es nicht zu kaufen. Alte Notstromaggregate wurden umgebaut und Motoren aus Unfallautos geholt.

Es entstanden die beiden grundlegenden Bauweisen, nach denen bis heute 9/10 der Biogasanlagen gebaut werden. Die eine, der liegende Rohrreaktor aus Stahl, wurde aus handelsüblichen Tanks für Öl oder Gas entwickelt. Die zweite Bauart nutzt ebenfalls bewährte Komponenten. In diesem Fall sind es Güllelager aus Beton, die mit einer gasdichten Folie abgedeckt werden. Tauchmotorrührwerke mit elektrischem Antrieb, die vollständig in der Flüssigkeit versenkt werden, vermeiden die empfindliche gasdichte Durchführung der Achse durch die Behälterwand. Was man sonst noch braucht an Pumpen, Schiebern und Rohrleitungen bietet der Landhandel für Gülle an. Den Rest gibt es beim Sanitär-Fachhandel. Das Know-How besteht darin, die Produkte zu nehmen, die unter den besonderen Bedingungen einer Biogasanlage sicher funktionieren. Die gasdichten Folien zum Abdecken der Behälter haben auch ein anderes Problem entschärft, das Biogasanlagen früher unnötig teuer gemacht hat. Speicher für das Gas, wie man sie in der älteren Literatur abgebildet findet, waren kompliziert und empfindlich. Heute kann man vergleichsweise preiswert einen Gassack bekommen, den man diskret in der Scheune oder einem alten Silo verstaut. Damit kann man das Biogas für einige Tage zwischenspeichern und die Gasproduktion und den Verbrauch besser aufeinander abstimmen.

Seitdem Blockheizkraftwerke zur Regel geworden sind, stellt auch die Beheizung des Biogasreaktors nicht mehr das Problem dar, als das es in der älteren Literatur dargestellt wird. Weniger als ein Drittel der Abwärme des Blockheizkraftwerks genügt, um die Biogasanlage auf der Temperatur zu halten, bei der sich die Mikroorganismen wohlfühlen. Bei 35°C langten sie schon kräftig zu und je höher man mit der Temperatur geht, umso schneller arbeiten sie. Aber bei land-

wirtschaftlichen  
Biogasanlagen  
ist Tempo nicht  
alles. Man kann  
es gemächlicher  
angehen lassen,  
denn die  
ausgegorene  
Flüssigkeit muß ohne-

hin einige Monate aufbewahrt werden. Sie sollte nur dann als Dünger aufs Feld gebracht werden, wenn die Pflanzen sie auch tatsächlich brauchen und aufnehmen können. Jeder Biogas-Bauer schwärmt davon, wie glatt die Flüssigkeit in den Boden einzieht und wie kräftig die Pflanzen danach wachsen. Die meisten haben den direkten Vergleich, da sie ja selbst jahrelang unverarbeitete Gülle

ausgefahren haben. Über die Gerüchte, daß die anaerobe behandelte Gülle für den Boden schädlich sei, weil anaerob „ohne den lebensspendenden Sauerstoff“ bedeutete, können Praktiker nur schmunzeln. Auch das dumme Rindvieh, das seine Weide ohne theoretischen Überbau wählt, geht schon nach kurzer Zeit freiwillig auf das Grasland, das mit Biogas-Gülle gedüngt wurde.

Es sind im Moment eher die knallhart ökonomisch denkenden Landwirte, die sehen, daß sich Biogasanlagen sehr schnell amortisieren. Es rechnet sich umso besser, je mehr Gülle man hat. Das hat die fatale Konsequenz, daß Biogasanlagen eher in Verbindung mit einer wenig tiergerechten Massenhaltung gebaut werden. Vor allem dann, wenn diese wegen der Geruchsbelästigung Streß mit den Nachbarn bekommt. Die Biobauern sind bisher zurückhaltender, obwohl Biogas ideal zum Konzept einer ökologischen betriebenen Landwirtschaft paßt und ursprünglich aus so propagiert wurde. Die Verbände des Biologischen Landbaus beginnen sich langsam dem Thema „Energie“ zu nähern und haben einige Vorurteile oder Fehlinformationen bezüglich Biogas überwunden. So ist eine Biogasanlage überhaupt nicht an Güllewirtschaft und Massentierhaltung gebunden. Man kann auch mit Einstreu arbeiten und Festmist vergären. Gerade hier gibt es interessante Neuentwicklungen. Man muß überhaupt keine Tiere halten, da man die frischen, grünen Pflanzen selbst in Biogas umwandeln kann. Das geht mit Gras, Mais, Rüben und vielen anderen Pflanzen, die in Mitteleuropa heimisch sind. Allerdings haben die übersteigerten Versprechungen, die im Hinblick auf Miscanthus (Schilfgras) gemacht wurden, die Bauern vorsichtig gemacht. Doch die Praxis zeigt, daß es geht. In einem geschlossenen System wird die Sonnenenergie vom Acker geholt. Zusätzlicher Dünger ist, im Gegensatz zu Biodiesel, nicht notwendig. Graskraft heißt ein Projekt, das den Menschen in den Metropolen die Bioenergie vom Feld in die Wohnstube bringen wird. Vor 100 Jahren zündete man abends die Lampe mit dem Rüböl an, jetzt kommt der grasgrüne Strom aus der Steckdose.

### Beherrschbare und bezahlbare Technologie

Die alte Vision der „angepassten Technologie“ ist im Biogas erfüllt. Für den Betreiber, der einzelne Bauer oder ein größerer landwirtschaftlicher Betrieb, gilt, daß er die Sache im Wortsinn „beherrscht“. Er kann schon beim Bau bei vielem selbst Hand anlegen und den Betrieb macht er selber. Die Investitionen bleiben in einer überschaubaren Größenordnung, so daß er keine Investoren braucht, die nun im Bereich „Biomasse“ das große Geld machen wollen. Das ist bei den vielgepriesenen „Biomassekraftwerken“, die Holz oder Stroh verbrennen, ganz anders. Dafür müssen einige Millionen auf den Tisch gepackt werden und

die Landwirtschaft wird wieder zum reinen Zulieferer von unverarbeitetem Rohmaterial gedrängt. Ganz gleich, ob er Raps, Hanf oder Pappel anbaut, die Wertschöpfung findet im Kraftwerk statt, das den Brennstoff billig beziehen will. Bei einer Biogasanlage hat der landwirtschaftliche Betrieb das Heft in der Hand und erst beim Hausanschluß muß er sich mit dem Energieversorger abstimmen. Doch hier hat er durch das Erneuerbare Energiengesetz gute Karten. Strom aus Biogas muß bei kleineren Anlagen, und nur die sind sinnvoll, mit 20 Pf/kWh vergütet werden. Wem das nicht reicht, oder wer die Energiemonopole ausschalten will, kann seinen Strom anderweitig verkaufen. Die Ökostromhändler sind ganz scharf auf Strom aus Biogasanlagen. Auch nachts oder wenn kein Wind weht, wird Biogas erzeugt. Es kann sogar gespeichert und bedarfsgerecht abgerufen werden. Im regenerativen Energiemix sind die Biogasanlagen der Joker. Jeder Landwirt kann sie bauen und betreiben. In wenigen Monaten könnten Zehntausende Biogasanlagen entstehen, wenn man es den Bauern nur richtig erklären würde.

Aber es gibt überhaupt kein Interesse, die Unabhängigkeit der Landwirtschaft zu vergrößern. Im Gegenteil, die deutschen Landwirte wurden gezielt zu Subventionsempfängern herabgestuft, die man eigentlich nur wegen der Folklore am Leben läßt. Wenn man sie nicht auf den Acker schicken würde, wäre die deutsche Kulturlandschaft in wenigen Jahren wieder ein dichter Mischwald. Die ganz radikalen unter den Naturschützen können sich mit diesem Gedanken vermutlich anfreunden, aber damit müßte die Bevölkerung auch auf die Zahl der germanischen Urväter reduziert werden.

Die Kulturlandschaft ist, wenn man es nur auf Biomasse reduziert, produktiver als die unbearbeitete Natur. Sie kann bei vernünftiger Bewirtschaftung ökologisch stabil sein und liefert ausreichend Nahrungsmittel und leister über Biogas auch wieder einen Beitrag zur Energieversorgung. Das klappt natürlich besser, wenn man auf der Seite der Energie etwas sparsamer mit den Ressourcen umgeht und auch den Teil der Biomasse, der zur Ernährung dient, rationeller verwendet. Beispielsweise durch einen höheren Anteil pflanzlicher Kost bis hin zur vegetarischen Ernährung. Biogasanlagen haben damit, wie hoffentlich klar wurde, damit keine Probleme.

Noch im Jahr 2000 soll  
erscheinen:

### Reader "Ökonomie von unten"

A4, ca. 60-80 Seiten, Hintergrundtexte zu  
Stromqualität, strittigen Fragen usw.

12 DM

Bestellungen an:  
MaterialAuswahl UmweltSchutz  
Postfach 1818, 36228 Bad Hersfeld





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

36

Herbst 2000

● Kurz notiert

## Mit uns nicht! Demo am 23. September

Viele Menschen fühlen sich schlicht verarscht von der Atompolitik der Bundesregierung. Und selbst diejenigen, die sagen, mehr war in den Verhandlungen nicht drin, wissen genau, dass die jetzt beschlossene langjährige Aufrechterhaltung der Atomkraft-Risiken nicht verantwortlich ist.

Vielleicht sind wir viel zu lange leise gewesen. Längst ist es Zeit, uns wieder hörbar zu machen: es gibt uns noch. Auch wenn es gerade nicht danach aussieht: der Widerstand lässt sich nicht unterkriegen. Unsere Sache müssen wir in die eigenen Hände nehmen!

Einmal mehr hat uns das der „Konsens“ vor Augen geführt. Wir rufen auf zu einem Aktionstag „Ausstieg? – alles Lüge!“ am 23. September in Gorleben. Demonstrieren wir gemeinsam gegen die weitere Bedrohung durch die Atomkraft: für eine sofortige Stilllegung aller Atomanlagen! Wir wollen ein deutliches Zeichen setzen, dass „das Spiel“ noch lange nicht aus ist. Und das soll nur ein Anfang sein!

So, wie die Atommafia ihre Interessen zementiert hat, werden auch wir deutlich machen, dass unser Widerstand fest und dauerhaft ist. Für dumm verkaufen lassen wir uns nicht.

anti atom aktuell (Redaktion)

## Den Castor verhindern, bevor er losfährt

Ort des Geschehens: An der Seerauer Brücke im Wendland

Nach dem rot-grünen Atomprogramm müssen wir recht bald mit neuen Castortransporten rechnen. Bevor ein Transport nach Gorleben rollen kann, muss die Eisenbahnbrücke über die Jeetz zwischen Hitzacker und Dannenberg abgerissen und neu gebaut werden. Die Vorbereitungen dafür sind schon im Gange. Im letzten Jahr, nachdem bereits 2 Castortransporte über diese Brücke gefahren waren, wurde festgestellt, dass sie den Anforderungen solcher Transporte

„Der Weiterbetrieb der Reaktoren ist auf Jahre gesichert. Unser erklärtes Ziel, die deutschen Kernkraftwerke zu wirtschaftlich akzeptablen Bedingungen weiterhin nutzen zu können, haben wir erreicht. Die rot-grüne Bundesregierung wäre durchaus in der Lage gewesen, den Bestand und den Betrieb der Kraftwerke nachhaltig zu beeinträchtigen.“

Otto Majewski, Chef der Bayernwerke, Präsident des Deutschen Atomforums, 15.6.'00



### Themenredaktion "Atom"

Bernd Hanewald  
Hermann-Levi-Str. 9  
35392 Gießen  
Tel.&Fax 0641/29125  
bernd.hanewald@  
med.uni-giessen.de

### Zeitschriften- schau / Lese- tipps

anti atom aktuell  
(Bestellung / Abo:  
aaa, Helgenstockstr.  
15, 35394 Giessen)  
Tel 0641 9483174,  
Fax 0641 9483175  
aaa-Vertrieb@  
amazonas.comlink.  
apc.org  
www.anti-atom-  
aktuell.de

aaa Nr. 112  
● Castor-Lager all  
überall

aaa Nr. 113  
● Sonderheft: Was  
spricht eigentlich ge-  
gen Atom

graswurzelrevolution  
für eine gewaltfreie,  
herrschaftslose Ge-  
sellschaft  
Jahresabo 35 DM  
GWR, Kaiserstr. 24,  
26122 Oldenburg  
Fax: 0441 – 2489661  
Internet:  
http://www.comlink.  
de/graswurzel/

# Der Widerstand lebt

„Nach zähen Verhandlungen wurde am Donnerstag ein Konsens über den Atomausstieg erreicht“, so lauteten vor Pfingsten die Nachrichten. Zwei faustdicke Lügen stecken in diesem kurzen Satz: Statt einen Ausstieg einzuleiten, hat die rotgrüne Bundesregierung der Atomwirtschaft einen umfassenden Bestandsschutz für ihre Anlagen garantiert. Und mit Konsens hat das Ganze nicht die Bohne zu tun.

## „Konsens ist Nonsens“ ...

... hat die Anti-AKW-Bewegung seit Beginn der Gespräche gesagt: Entgegengesetzte Interessen lassen sich nicht vereinbaren; das Kalb und der Schlächter haben zwar im Beil einen Berührungspunkt, das bringt sie aber nicht zusammen. Wer davon überzeugt ist, dass eine Technologie Risiken birgt, die nicht zu verantworten sind, kann nicht einen Kuhhandel über Restlaufzeiten beginnen.

Vorgegaukelt wurde, die Regierung würde im Ringen mit der Atomwirtschaft das Interesse der Bevölkerung vertreten. Menschen, die sich gegen die Gefahren der Atomkraft wehren, waren in diesem „Spiel“ nur als ZuschauerInnen vorgesehen. Als ginge es um ein Sportereignis, sollen wir nun akzeptieren, was im „gegenseitigen Kräfteressen“ rausgekommen ist. Dabei tut die Regierung so, als sei sie Europameisterin im Stilllegen, ohne auch nur das Viertelfinale erreicht zu haben.

Das Schlimme an dieser Lüge ist nicht, dass ein mieses Ergebnis schönegeredet wird. Obwohl nur die Interessen der Atomwirtschaft an ungestörtem Geldverdienen durchgesetzt wurden, verkaufen Grüne und Sozialdemokraten die Vereinbarung als „Konsens“, als gemeinschaftliche Übereinkunft. Unser Interesse an einem Ende der Atomkraft, an einer Gesellschaft, die den Menschen und nicht den Profit in den Mittelpunkt stellt, kommt darin aber gar nicht vor.

## Der Weiterbetrieb wird in Beton gegossen

Mit den ausgehandelten „Rest“-Strommengen muss kein Atomkraftwerk vorzeitig abgeschaltet werden. Die Atomstromer haben sich eine Gesamtlaufzeit von realistisch gerechnet über 35 Jahren epokert. Damit wird ihnen ein Zeitraum zugestanden, der um einiges länger ist als die technische „Lebenserwartung“ von AKWs. Ein definitives Ende der Anlagennutzung wird nicht festgeschrieben. Außerdem kann jede andere Regierung die Befristung der Laufzeiten zum Altpapier legen.

Obendrein sichert die Regierung zu, den ungestörten Betrieb der Anlagen zu gewährleisten. Verzichtet wird auf die intensive Weiterentwicklung neuer Sicherheitsmaßnahmen. Jeder Spielraum für die Atomaufsicht, wenigstens das höchste Maß an Betriebssicherheit zu erreichen, das möglich wäre, ist damit weg.

Dass Atommüll nicht zu „entsorgen“ ist, wird auch in Zukunft den Betrieb der AKWs nicht beeinträchtigen. Im Gegenteil: Was sich keine CDU-Regierung getraut hat, das hat die „Reform-Koalition“ in zwei Jahren erledigt. Mit ihrem Müll waren die Betreiber in der Bredouille. Rot-Grün hat ihnen in dieser Hinsicht alle Sorgen genommen.

Der Berg an Atommüll wird sich in den nächsten Jahren mehr als verdoppeln, ohne dass in irgendeiner Form geklärt ist, wohin damit. Verschleiert wird dieses wachsende Problem durch den Neubau von Atomanlagen. An jedem AKW entstehen „Zwischenlager“ genannte Endlos-Lagerstätten. Hochbrisanter Stoff kommt in Wellblech, und zwar dezentral: das ist das neue an „Entsorgung“ auf rotgrüne Art.

Bei der Plutoniumwirtschaft hingegen bleibt alles beim alten. Noch weitere fünf Jahre werden Brennelemente in die WAAs verschoben. Und auch danach wird aus dem gelieferten Atommüll Plutonium abgetrennt. Die vielen Tausend Tonnen Spaltmaterial, die bis dahin in La Hague und Sellafield lagern, werden dann noch etliche Jahre lang für volle Auslastung der WAA und die Verseuchung der Meere sorgen.

Um Atomtransporte aus den Plutoniumfabriken in England und Frankreich möglichst ungestört nach Gorleben durchzubringen, wird die Bevölkerung bei der „nationalen Verantwortung“ gepackt. Quatsch! Uns geht es darum, globale Verantwortung wahrzunehmen und weltweit das Anwachsen der Atommüll-Gebirge aus Uranabbau und -verarbeitung zu stoppen. Erst gar nicht erwähnt werden in der Vereinbarung mögliche Kapazitätsausweiterungen bei der Urananreicherung Gronau und der mit waffenfähigem Uran bestückte Reaktor in Garching; Betriebsgenehmigungen für die Pilotkonditionierungsanlage Gorleben und das Endlager Schacht Konrad bei Salzgitter stehen ins Haus.

Obwohl längst klar ist, dass der Salzstock in Gorleben als Endlager nicht geeignet ist, wird ausdrücklich eine Eignungs-„Höflichkeit“ festgestellt und der Weiterbau nur unterbrochen. Das vereinbarte Moratorium ist so kurz, dass über Alternativen gar nicht aussichtsreich nachgedacht werden kann. Die Zeit soll aber lang genug sein, die Salzrechte von Salinas, der Kirchengemeinden und des Grafen von Bernstorff aus dem Weg zu räumen. Unser Fazit: es handelt sich beim „Konsens“ nicht um einen Ausstieg aus der Atomkraft. Der weitere AKW-Betrieb wird vielmehr in Beton gegossen.

gar nicht genügt. Allein für diesen Zweck soll sie in den kommenden Monaten mit einem immensen Aufwand erneuert werden. Aber wir werden nicht tatenlos zusehen, wie eine für den normalen Zugverkehr benutzbare Brücke in eine Castortaugliche Brücke umgebaut wird. Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen. Solange die Stilllegung aller Atomanlagen nicht beschlossene Sache ist, solange mit rot-grünem Konsens weiter Atom-müllberge produziert werden, werden wir den Weiterbetrieb stören. Wir stellen uns quer, auf Schiene und Straße – und auch auf und an der Seerauer Brücke!

Los gehts mit einem Spaziergang am 12. August: Danach richten wir uns mit einem Camp in der Nähe der Brücke



## Internationales Camp gegen Atomklo in Lothringen

Mit einem Widerstandscamp auf dem Baugelände des geplanten Atommüll-lagers im lothringischen Bure haben französische AtomkraftgegnerInnen diesen Sommer zwei Monate lang gegen das Projekt protestiert. Unterstützung kam nicht nur aus dem grenznahen Saarland und Baden-Württemberg, auch aus der Bretagne, aus Italien und aus dem Wendland gesellten sich Menschen unter die zwischen zwanzig und zweihundert schwankende TeilnehmerInnenzahl. Mit Zustimmung der grünen Umweltministerin hat die französische Regierung dort ein sogenanntes Versuchslabor für die Endlagerung hochradioaktiver Stoffe genehmigt. Sollte sich nach 2006, nach Abschluss der sogenannten „Forschungsarbeiten“, der Standort als geeignet erweisen, könnte mit der Einlagerung von hochradioaktivem Atommüll in 450 m Tiefe in einer Lehm-Ton-Schicht begonnen werden.

In Bure, 150 km von der deutschen Grenze entfernt, gehen die Bauarbeiten für ein erstes europäisches Atommüllend-lager nun mit Hochdruck weiter. Nachdem die Bauarbeiten an den beiden anderen möglichen Standorten bei Avignon (oberirdisches Lager) und bei Poitiers (unterirdisches Lager in Granit) abgebrochen wurden, nicht zuletzt wegen des massiven Widerstandes dort, gehen die AtomkraftgegnerInnen davon aus, dass die Regierung das Endlager bei Bure durchsetzen will, unabhängig von dem Ergebnis der Probebohrungen. Ähnlich wie bei dem Standort des AKW's in Cattenom an der deutsch/französisch/luxemburgischen Grenze, rechnet die rot-grüne Regierung in der ländlichen, dünn besiedelten und strukturschwachen Region um Bure nur mit wenig Widerstand. 60 Millionen Franc zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Region, freundlich zur Verfügung gestellt von ANDRA, der staatlichen Betreiberin des Endlagers, tun ihr übriges.

ein. Bringt Zelte, Schlafsäcke, viele Ideen und Menschen mit. Auch Flöße, Kanus, Schlauchboote, Luftmatratzen und Schnorchel und alles, was dem Spaß unter einer Jeetzel-Brücke dient, sind willkommen. (Naja, was Spaß halt so heißt: Mackersprüche, Hucke zusaufen und dumm Rumkiffen ist nicht! Aber das wissen wir ja, ne?) Sollten die Bauarbeiten zu diesem Zeitpunkt schon begonnen haben, lassen wir uns dort auch über das Wochenende hinaus nieder. Ansonsten kommen wir wieder am Wochenende nach Baubeginn.

*ViSdP: P.A. Schieter, Seerauer Straße 123, 29456 Hitzacker. Weitere Nachfragen beim BI-Büro unter Tel. 05841/46 84.*



### Atommüll-Tourismus

Die geplanten Kapazitäten des Endlagers sind gigantisch. Nicht auszu-schließen ist, dass dort auch deutscher Atommüll gelagert werden könnte. So stellte der Europa-Rat im März 1998 bereits fest, dass den Überlegungen für ein gemeinsames internationales Atommüllend-lager technisch, ökonomisch und juristisch nichts im Wege stehen würde, allerdings wäre dies zur Zeit politisch noch nicht durchsetzbar. Machen wir uns nichts vor: Die deutsch-französische Atomzusammenarbeit, im zivilen wie im militärischen Sektor, war und ist sehr gut: Cattenom wurde z.B. auch mit finanzieller Beteiligung der Badenwerke gebaut. Die deutsche Siemens AG und der französische Atomkonzern Framatome arbeiten zur Zeit an der Entwicklung des „Europäischen Druckwasser-Reaktors EPR“, vornehmlich als Exportprodukt für Osteuropa vorgesehen. Als die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf aufgrund des Widerstandes gegen das Projekt nicht gebaut werden konnte, schlossen die deutschen AKW-Betreiber Verträge mit den Anlagen in LaHague (Frankreich) und Sellafield (Grossbritannien). Hinzu kommt, dass ein Atommüll-Endlager in Deutschland ebenso wie die Atommülltransporte im Moment nur mit massiver Polizeigewalt durchsetzbar sind. Als Übergangsregelung, bis der Atommüll in Bure endgelagert werden könnte, kämen z.B. Zwischenlager an den AKW-Standorten in Frage. Zur Zeit werden in fast allen deutschen AKW's die Kapazitäten für die Zwischenlagerung von Atommüll ausgebaut, um die leidigen bis vor kurzem noch verbotenen Castor-transporte auf ein Minimum zu beschränken. Bislang ist von Plänen, Atommüll nach Frankreich zu exportieren, nichts bekannt. Doch zeigte die rot-grüne Bundesregierung mit dem Ergebnis der Atomkonsensgespräche ihren politischen Willen zum Weiterbetrieb der Atomanlagen.

## Ö-termine

23.9.2000 Gorleben  
**Atomausstieg? Alles Lüge!**  
Aktionstag mit bundesweiter Beteiligung ab 12 Uhr in Gedelitz  
Bl Lüchow – Dannenberg  
Tel 05841 4684, Fax 05841 3197  
Bl-Luechow@t-online.de

23.9.2000 Berlin  
**Halbzeit für rot / grün**  
Bilanzaktionen vor den Ministerien

10.10. bis 12.10.2000 Düsseldorf  
**VGB-Kongress „Kraftwerke 2000“**  
VGB Technische Vereinigung der  
Grosskraftwerksbetreiber  
Postfach 103932, 45039 Essen  
Tel 0201 8128210, Fax 0201 8128350

### Regelmäßige Termine:

**jeden Sonntag:**  
Gorlebener Gebet  
14 Uhr an den Gorleben-Kreuzen, zwischen  
Erkundungsweg und Salinas-Claims

**am 6. jeden Monats:**  
Mahnwache am AKW Brokdorf zwischen 14  
und 17 Uhr  
Kontakt: A. Dreckmann, Lange Reihe 20,  
25541 Brunsbüttel, Tel 04852 54193

### jeden 1. Sonntag im Monat:

Spaziergang Rossendorf  
13 Uhr am Tor zum Forschungszentrum  
Tel 034 25 817765

### Spaziergang UAA Gronau

14 Uhr, am Zufahrtstor Röntgenstraße  
Kontakt: AKU, Siedlerweg 7,  
48599 Gronau, Tel 02562 23125

### jeden 3. Sonntag im Monat:

Spaziergang Ahaus  
14 Uhr, Brennelemente-Zwischenlager  
Kontakt: BI Ahaus, Tel 02561 961791  
oder: WlGA Münster, Tel 0251 521112  
jeweils nach dem Sonntagsspaziergang  
Delegiertentreffen in Ahaus

Spaziergang Rheinsberg  
13:30 Uhr, Bahnhof Rheinsberg  
Kontakt: Atomplenum Greifswald, Tel 03834  
89 75 14

Spaziergang Biblis  
14 Uhr am Bahnhof  
www.crosswinds.net/aktionen

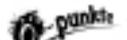
Spaziergang Garching  
Termin auf Anfrage  
Tel 089 31772813

Weitere Informationen: AKTION 3.  
WELT Saar, Weiskirchener Str. 24,  
66679 Losheim, Tel. 06872/9930-56,  
Fax 9930-57, a3wsaar@t-online.de

oder Coordination National contre l'en-  
fouissement des déchets radioactifs (frz.  
Koordination gegen Endlager), 33 rue  
du port, F-55000 Bar-le-Duc, Tel und  
Fax 0033-329-454555 oder Handy:  
0033-689-436240, www.altern.org/  
bure

oder M. Pflüger, Initiative für Atomaus-  
stieg Trier, c/o AGF, im neuen Friedens-  
und Umweltzentrum, Pfützenstraße 1,  
54290 Trier, Tel. 0651 / 994101-7, Fax  
-8 oder Handy 0172/7379388, Email:  
atomausstieg@yahoo.de, http://mit-  
glied.tripod.de/atomausstieg

Zum Abschluss des Camps ist am 27.  
/ 28.8.2000 die Einweihung des Wider-  
standsdenkmal „NON“, aus Steinen auf-  
getürmt und täglich vergrößert, geplant.



Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

Herbst 2000

● Kurz  
notiert

37

### .Hoch die In- ternet-ionale Solidarität

Norberts Bookmarks  
für engagierte Leute  
mit über 15000  
gutsortierten Links u.a.  
zu den Themen: Anti-  
Atom, Atomwaffen,  
Umwelt, Menschen-  
rechte, 3. Welt, Sozia-  
les und Politik ...  
www.dfg-vk.de/  
links/bookmark.htm

Aktuelle Anti-Atom-  
Informationen  
der letzten 30 Tage  
www.oneworldweb.  
de/castor/aktuell.  
html

Gorleben – TICKER  
der CASTOR-NIX DA-  
Kampagne mit den  
aktuellsten Informa-  
tionen!  
www.oneworldweb.  
de/castor/  
bi\_ticker.html



### Ö-Verteiler "Atom"

• anti atom aktuell

Anti-Atom-Kontakt  
(sortiert nach Alpha-  
bet)  
http://mem-  
bers.aol.com/JueSie-  
bert/adressal.htm

Anti-Atom-Kontakt  
(sortiert nach Postleitz-  
zahlen)  
http://members.aol.  
com/JueSiebert/  
adressen.htm

Aktualisierte Nach-  
richten zum  
Atomausstieg  
www.yahoo.de/  
schlagzeilen/politik/  
atomausstieg.html

Siemens-Boycott  
www.siemens-  
boycott.de

Virtuelle Postkarte  
Atomausstieg  
www.bund.net  
/atomausstieg/

Anti-Atom, Soziale  
Verantwortung  
www.ipnw.de

Unterschriftenaktion  
Haftpflichtversiche-  
rung für AKW  
www.atomhaftpflicht.  
de



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

38

Herbst 2000

● Kurz notiert



Themenredaktion "Chemie/Industrie"

Nicht mehr besetzt!

Wer hat Lust?

Kontakt bis dahin:  
Coordination gegen BAYER-Gefahren  
Postfach 150418,  
40081 Düsseldorf  
0211/3339-11, Fax -40  
co\_gegen\_bayer@  
nadeshda.gun.de

## Lesetipps:

Monika Knoche, Germanus Hungeling  
*Soziale und ökologische Gesundheitspolitik*  
(1998, Mabuse-Verlag in Frankfurt, 368 S., 39,80 DM)  
Eine Sammlung „grüner“ Ideen zur Gesundheitspolitik, gezeichnet vom Bogen der Realpolitik bis zu den Visionen, die am Beginn des Buches stehen. Verschiedene AutorInnen bearbeiten ihre Themenfelder und stellen Ziele, Beispiele oder Problemlagen vor – immer schon im Rahmen des bestehenden Systems.

Wolfgang Maes u.a.  
*Elektrosmog – Wohngifte – Pilze*  
(1999, F. Haug in Heidelberg, 289 S., 49,80 DM)  
Ganz klar: Der Elektrosmog, Strahlen verschiedenster Form, ist der Schwerpunkt des Buches. Schon in der Einleitung, wo es um die Grundlagen und viele Beispiele geht, nehmen die Schwingungen und Felder 6 von 10 Punkten ein. Hinzu kommen Gifte, Allergene, Pilze und Lärm. Im zweiten Teil geht es um konkrete Erfahrungen, erste der dritte und kürzeste Teil bietet Lösungsvorschläge. Folglich ist das Buch eher als Hintergrundlektüre nützlich.

## Quelle

Nachrichtenticker der Coordination gegen BAYER-Gefahren. Die CBG wurde für ihre konzernkritische Arbeit bereits mehrfach ausgezeichnet, darunter der Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen (KED) 1998 und von Business Crime Control (BCC) 1990. Adresse: Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf. Fon: 0211/33 39 11, Fax: 33 39 40, e-mail: CB-Gnetwork@aol.com

Abonnement: Es gelten die Abo-Konditionen von STICHWORT BAYER (SWB). Der TIKKER kann als SWB-Beilage nur zusammen mit SWB abonniert werden.

## Klage gegen BAYER

DER VEREIN ZUM SCHUTZE DES RHEINS UND SEINER NEBENFLÜSSE (VSR) beantragte bereits am 18.12.1998 die Einsichtnahme in die Abwasserdaten von BAYER/Dormagen. Am 15.9.1999 entschied das Staatliche Umweltamt in Köln, dass ein Anspruch auf die Einsichtnahme existiert. Am 15.10.1999 kündigte BAYER Widerspruch an. Obwohl der Konzern seinen Widerspruch bis zum 15.11.1999 nicht begründete, wird die Einsichtnahme nicht gewährt. Im Hinblick auf das BAYER-Werk in Leverkusen wurde eine entsprechende Anfrage bereits zum zweiten Mal gestellt. Der VSR bereitet nun eine Klage vor.

## Demo bei BAYER

Es wird unruhig in Leverkusen. Nachdem es im Vorjahr bereits einmal anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels in Köln eine Demonstration vor der BAYER-Zentrale gab, demonstrierten am 20. Mai erneut Menschen vor der Zentrale des BAYER-Konzerns. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte wurden in Lever-

kosten für die Umstellung hat sich BAYER allerdings deutlich verschätzt. Sie werden mit ca. 2,7 Mrd. Mark etwa doppelt so hoch ausfallen wie ursprünglich vorgesehen und belasten damit sogar das Konzern-Ergebnis für das Geschäftsjahr 1999. Der Aufbruch in den „digitalen Kapitalismus“ scheint auch bei anderen Firmen nicht reibungslos zu verlaufen. In letzter Zeit häuften sich Schadensersatzklagen wegen Produktions- und Lieferausfällen, die durch Schwierigkeiten bei Software-Einführungen bedingt waren.

## ErfinderInnen werden abgespeist

Da hat BAYER wieder einen guten Schnitt gemacht. Durch Verbesserungsvorschläge von Belegschaftsangehörigen sparte das Unternehmen allein im ersten Jahr der Umsetzung über 35 Mio. Mark ein. An Prämien zahlte der Konzern jedoch pauschal nur insgesamt 11 Mio. Mark aus. Für diese Summe mussten die ErfinderInnen alle Rechte an ihren Entwicklungen dem Chemie-Multi überlassen.

## Bundeskanzler bei BAYER

Bundeskanzler Schröder legt sich mächtig ins Zeug, um seinem Ruf als „Genosse der Bosse“ gerecht zu werden. In der Leverkusener BAYER-Zentrale trafen er und NRW-Ministerpräsident Wolfgang Clement mit der Führungsrunde des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) zusammen. Unter den Anwesenden: Der Geschäftsführer Wilfried Sahn, VCI-Präsident. Dass BAYER-Chef Manfred Schneider, BASF-Vorsitzender Jürgen Strube sowie DEGUSSA-HÜLS-Vorsitzender Ernst-Uwe Bufe sich „die Zeit nahmen“, an dem Treffen persönlich teilzunehmen, zeigt, wer die Fäden an den Polit-Marionetten Schröder und Clement bewegt. Auf der Tagesordnung standen die Themen „Gentechnik“, „Europa“ und – wen wundert es?! – „Steuerpolitik“. Über den Verlauf der Gespräche wurde selbstredend „Vertraulichkeit“ vereinbart.

## Behörde tanzt nach BAYERs Pfeife

Obwohl die europäischen Vorschriften des Umweltinformationsrechtes klar und eindeutig sind, verwehrt das Kölner Umweltamt des Landes Nordrhein-West-

informieren und einkaufen:  
**www.baustoffladen.de**

## Biotech im Museum

Bei seinen Anstrengungen, Akzeptanz für die Gentechnologie zu schaffen, setzt der Leverkusener Chemie-Multi einen Schwerpunkt im Ausbildungsbereich. Im letzten Jahr versuchte er beispielsweise gemeinsam mit anderen Unternehmen, industrie-freundliche Lehrpläne in den naturwissenschaftlichen Fächern durchzusetzen (siehe SWB 2/99). Neuester Coup: BAYER spendete dem naturhistorischen Fuhlrott-Museum in Wuppertal 50.000 Mark für die Einrichtung eines Biotech-Labors. Dort sollen die SchülerInnen dann spielend an die „Zukunftstechnologie“ herangeführt werden, etwa DNA aus einer Zwiebel isolieren

oder sich per genetischem Fingerabdruck dem Täter auf die Spur machen. Eine kritische Bewertung der Gentechnologie ist dagegen im Museumsprogramm nicht vorgesehen. Fuhlrott-Leiter Prof. Dr. Hans Hermann Schleich nennt das BAYER-Labor „die logische Weiterentwicklung eines Naturkunde-Museums“. Das können nur solche Menschen finden, die das Klontier Dolly als logische Weiterentwicklung eines Schafes betrachten. Für alle anderen ist es ein Skandal, dass ein Konzern ein Museum als Plattform für seine Propaganda-Strategien missbrauchen darf.

## Holzgifte und kein Ende

Noch 19 Jahre nach der letzten Anwendung wiesen UmwelttechnikerInnen in einem bei Würzburg gelegenen Holz verarbeitenden Betrieb hohe Konzentrationen des von BAYER hergestellten Holzgiftes XYLAMON nach. Die Messung wurde von dem Ex-Angestellten Peter Röder veranlasst. Der tägliche Umgang mit dem Gift am Arbeitsplatz hat ihn krank gemacht; er leidet an der Multiplen Chemikalien-Unverträglichkeit (MCS). Durch die Ergebnisse der Messung bestätigt, will Röder jetzt gegen den Gift-Produzenten DESOWAG klagen. Als Gutachter steht ihm der Toxikologe und

SWB-Autor Dr. Tino Merz zur Seite. Die DESOWAG gehörte bis Mitte der 80er Jahre zum BAYER-Konzern. Der Chemie-Multi trennte sich von seiner Tochter-Firma, als die Gefahr immer größer wurde, dass er selbst in den „Holzschutzmittel“-Prozess hineingezogen werden könnte. Im größten Umwelt-Strafverfahren der Bundesrepublik standen damals zwei DESOWAG-Manager vor Gericht. Ihnen wurde vorgeworfen, wissentlich 200.000 Menschen durch Holzgifte krank gemacht zu haben

(SWB berichtete zuletzt in Heft 1/99).

Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

Herbst 2000

● Kurz  
notiert

39

falen dem VEREIN ZUM SCHUTZ DES RHEINS UND SEINER NEBENFLÜSSE (VSR) die Einsicht in die Abwasserdaten des Chemie-Konzerns. Die Erklärung liefert BAYER: „Nach Auffassung des Unternehmens sind an die Veröffentlichung der verschiedenen Umweltdaten und deren Details bestimmte Voraussetzungen im Rahmen des Umweltinformationsgesetzes geknüpft, deren Klärung zusammen mit den Behörden noch nicht abgeschlossen ist.“ Und wohl auch nie abgeschlossen wird.

## Ständchen für Ex-Nazi Kurt Hansen

In vielen bundesdeutschen Zeitungen fanden sich Gratulationsartikel zum 90. Geburtstag von Kurt Hansen, der von 1961 bis 1974 Vorstandsvorsitzender von BAYER war. Dass Hansen schon frühzeitig, nämlich 1931, in die NSDAP eintrat und bei der IG FARBEN für die kriegswichtige Aufgabe der Rohstoff-Beschaffung und Verteilung zuständig war, fanden die JournalistInnen dabei allerdings ebenso wenig erwähnenswert wie seine von den Alliierten wegen seiner Verantwortung für Kriegsverbrechen veranlasste Verhaftung und Internierung im Jahr 1945. Der Alt-Nazi Kurt Hansen ist heute noch Ehrenvorsitzender des BAYER-Aufsichtsrats.

## Biopirat BAYER

Nachdem die Bio-PiratInnen aus den Reihen der großen Konzerne den Pflanzen-Reichtum der Erde auf der Suche nach verwertbaren Stoffen weitgehend abgegrast haben, gerät zunehmend die Artenvielfalt der Weltmeere in ihr Visier. Dort vermuten ForscherInnen ein reichhaltiges Reservoir von Substanzen, die pharmazeutische Wirkungen haben. Über 200 Patente sind in den letzten Jahren auf Stoffe, wie sie etwa Korallen, Moostierchen oder Seescheide zur Feindabwehr produzieren, erteilt worden. Bei diesem Wettlauf um die private Aneignung des Reichtums der Natur mischt BAYER kräftig mit. Der Konzern arbeitet mit verschiedenen Instituten zusammen, die sich mittels hochmoderner Tauch-Roboter bei ihren Raubzügen durch die Ozeane bis auf den Meeresgrund hinab begeben können.

### Lesetipps:

G. Granados/E. Gurdies  
**Ökonomie**  
(1999, J.H.W. Dietz in Bonn, 544 S., 29,80 DM)  
Ein Lern- und Arbeitsbuch, in dem die Prinzipien des Marktes, von Arbeit und Arbeitslosigkeit, Profit und Steuerung

dargestellt werden. Dabei sind die Kapitel in Lerneinheiten aufgeteilt, zu Beginn ist jeweils das Lernziel formuliert. Eine gute Grundlage für das Selbststudium, in der neuen Auflage erweitert um die internationalen Finanzmärkte und den Euro.

# Aufruf zur Stimmrechts-Übertragung

„Sehr geehrte Aktionärin, sehr geehrter Aktionär,

jedes Jahr vertreten wir in deutschen Hauptversammlungen mehr als tausend Aktionärinnen und Aktionäre mit Forderungen nach mehr Umweltschutz und besseren Bedingungen für die Beschäftigten. Auch Sie können unser Engagement stärken, indem Sie uns die Stimmrechte Ihrer Aktien übertragen.

Bei den neuen NAMENSAKTIE (mehr dazu unten) verwenden Sie dazu bitte das Formular, das Sie von der Firma für die Stimmrechts-Übertragung an Banken oder Aktionärsvereinigungen erhalten haben. Bitte stellen Sie die Vollmacht auf unseren Verband aus und schicken sie im Original (nicht per Fax!) an uns.

Bei den traditionellen INHABERAKTIE (auch dazu unten mehr) ist es am einfachsten, wenn Sie uns Ihre Postanschrift mitteilen. Wir schicken Ihnen dann unverbindlich unsere Formulare, mit denen Sie uns für 15 Monate bevollmächtigen können.

Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V.

## Was sind Inhaberaktien?

Inhaberaktien sind die bisher übliche Form deutscher Aktien, die Sie wahrscheinlich seit Jahrzehnten kennen. Der Begriff weist schon darauf hin: Diese Aktien gehen nur die Inhaberin oder den Inhaber etwas an. Außer Ihnen und Ihrer Depotbank weiß niemand, wieviele Anteile einer Firma Sie besitzen.

Die Aktiengesellschaft schickt die Einladungen zu ihren Hauptversammlungen stapelweise an die Depotbank. Erst die schreibt Ihre Adresse auf den Umschlag und schickt die Unterlagen an Sie weiter. Falls Sie einem Vertreter (z.B. uns) eine Vollmacht erteilen, erfährt davon ebenfalls nur Ihre Depotbank.

Wenn Sie uns Stimmrechte von Inhaberaktien übertragen möchten, teilen Sie uns bitte Ihre Postanschrift mit. Wir schicken Ihnen dann gerne unverbindlich unsere Formulare, mit denen Sie uns für 15 Monate bevollmächtigen können.

## Was sind Namensaktien?

Seit der Änderung des deutschen Aktiengesetzes zum 01. Januar 1998 können Aktiengesellschaften statt der gewohnten Inhaberaktien auch Namensaktien ausgeben. (Umgestellt haben z.B.: DaimlerChrysler, Siemens, Deutsche Telekom, Deutsche Lufthansa sowie Deutsche und Dresdner Bank.) Die drei wesentlichsten Unterschiede zur Inhaberaktie sind:

Um alle Aktionärsrechte wahrnehmen zu können, müssen Sie sich im Aktienre-

gister der Firma eintragen lassen. Damit kennt das Unternehmen Ihren Namen, Ihre Anschrift, Ihren Beruf und die Zahl Ihrer Aktien.

Die Einladung zur Hauptversammlung erhalten Sie nicht mehr von Ihrer Depotbank, sondern direkt von der jeweiligen Aktiengesellschaft. Bei Ihr müssen Sie auch die Eintrittskarte bestellen, um eine Hauptversammlung zu besuchen.

Wenn Sie Ihre Stimmrechte an eine Bank oder Aktionärsvereinigung übertragen möchten, müssen Sie die speziellen Formulare verwenden, die Ihnen die Aktiengesellschaft dafür zuschickt. Auf diesen Formularen steht Ihr Name. Die Firma erfährt also, an wen Sie Ihre Stimmen weitergeben!

Die Einführung der Namensaktie hat einige Probleme mit sich gebracht, die unter Stichworten wie „gläserner Aktionär“, auch in den Medien diskutiert wurden. Wir haben zusätzlich darauf hingewiesen, dass Namensaktien vor allem für Belegschaftsaktionärinnen und -aktionäre erhebliche Nachteile verursachen. Unsere diesbezügliche Stellungnahme zur nächsten geplanten Änderung des Aktiengesetzes schicken wir Ihnen gerne zu.

Wenn Sie uns Stimmrechte von Namensaktien übertragen möchten, verwenden Sie bitte das Formular, das Sie dafür von der jeweiligen Aktiengesellschaft erhalten haben. Bitte stellen Sie die Vollmacht auf unseren Verband aus und schicken sie im Original – nicht per Fax! – an uns.

### Lesetipps:

BAG der Lebensmittelkooperativen  
**Das Food-Coop Handbuch**  
(2000, MAUS in Bad Hersfeld, 110 S.)  
Lang, lang hat's gedauert, aber jetzt ist es da: Der Leitfaden zum Gründen von Gruppen, die ihre Nahrungsmittel gemeinsam bestellen, z.B. bei Landwirtinnen oder im Naturkost-großhandel. Das Buch er-

scheint, wo in der Realität die Luft eng geworden ist – mehr und mehr Food-Coops verschwinden in einer Gesellschaft, in der selbstorganisiertes Leben „out“ ist. Wenn das Buch mit seinen zahlreichen Tipps, Praxisbeispielen und Insideransichten dem etwas entgegensehen kann, hätte es einen wichtigen Dienst getan. Die Kapitel reichen von Checklisten zur Food-Coop-Gründung bis zu politischen Zielaussagen.

## Ö-termine

4./5. November 2000 in Düsseldorf

### CBG-Jahrestagung: Die Welt als Beute

Die diesjährige Jahrestagung der CBG beschäftigt sich mit der globalen Entwicklung des BAYER-Konzerns: Die Welt als Beute Global Player BAYER

### Hauptversammlungen

23.08.00 I.G. Farben i.A., Frankfurt/M.  
23.11.00 RWE, Essen, Grugahalle  
29.11.00 BEWAG, Berlin

2001

26.04.01 Schering, Berlin, ICC  
17.05.01 Deutsche Bank, Frankfurt/M., Festhalle

Ö-Verteiler  
"Chemie/  
Industrie"

• Stichwort Bayer



Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

40

Herbst 2000

● Kurz  
notiert



Themenredaktion  
"Energiewende"

umschalten e.V.  
Nernstweg 32,  
22765 Hamburg  
Tel.&Fax 040/394078  
umschalten@freenet.de

## Zeitschriften- schau

### Photon 4/00

- Vertragserwurf zur Stromeinspeisung
- Unternehmen bauen Solarstromanlagen
- Studiengänge im Bereich Solartechnik

### Solarzeitalter 2/2000

- Beihilfeprüfung der EU zum EEG
- Kosten einer Photovoltaik-Anlage
- Primärer Wirtschaftssektor Biomasse

### Neue Energie 8/00

- Neue Wasserkraftanlage in Hamburg
- Rekord-Halbjahr in Windkraftbranche
- Paris plant Ökostrom-Einspeisegesetz

### Erneuerbare Energie 8/00

- Lithium-Ionen-Akkus auf dem Prüfstand
- Marktanteile der Windenergie-Hersteller
- Größter Windpark Thüringens am Netz

## Kühlschranktausch in Behörden

Ein erfolgreiches Energiesparprojekt kann die Hamburger Umweltbehörde vermelden: 1,8 Millionen Kilowattstunden spart die Hansestadt an elektrischer Energie ein, weil die Dienststellen nur noch besonders sparsame Kühlschränke verwenden. 5.706 Geräte, die älter als 10 Jahre waren, wurden entsorgt und 3.381 neue Geräte auf Kosten der Stadt angeschafft. Das Projekt rechnet sich durch die um 200.000 DM jährlich sinkende Stromrechnung. Für die einzelne Dienststelle entfiel damit die notwendige Ersatzinvestition, was die Akzeptanz des – ansonsten freiwilligen Projektes – erheblich verbesserte.

Ein Faltblatt mit Informationen gibt es unter Tel. 040 / 428 45-23 97

## Neues Wasserkraftwerk in Hamburg

Mit einem Schlag hat sich die Leistung der in Hamburg installierten Wasserkraftwerke verdreifacht! Obwohl in der Norddeutschen Tiefebene sowieso niemand damit gerechnet hätte, daß diese Energieform vertreten wäre, gab es doch drei genutzte Standorte mit zusammen 50 kW Leistung, ausreichend für etwa 70 Haushalte. Nun kommt ein weiterer Generator mit 100 kW dazu. An der Fuhsbütteler Schleuse hat die Betreibergemeinschaft „Umschalten Windstrom Wedel GmbH & Co.“ (UWW) eine neue Anlage gebaut, die am 3. September vom Hamburger Umweltsenator feierlich in Betrieb genommen werden soll. Aus dem Gefälle der Alster sollen an dieser Stelle jährlich 500.000 kWh elektrische Energie gewonnen werden. Geplant wurde die Anlage von Firma TWA GmbH aus Thüringen, die eine Kaplan-Turbine aus Frankreich einsetzte. Die Investitionskosten von 1,6 Mio. DM wurden bis auf einen Zuschuß der Umweltbehörde von 300.000 DM von den 380 Beteiligten der Gesellschaft aufgebracht. Bedauerlich ist nur, daß die Anlage unter dem Erdboden verschwindet und nicht auf diese umweltfreundliche Form der Energiegewinnung hindeutet. Es sei denn, die Werbetrommel wird kräftig gerührt – nicht zuletzt auch, damit der Strom von

umweltbewußten Menschen gekauft wird, den die Naturstrom AG jetzt aus dieser Anlage anzubieten hat. Die Betreibergemeinschaft UWW betreibt bisher 4 Windkraftanlagen mit zusammen 450 kW sowie vier Blockheizkraftwerke im Ottenser Werkhof. Für die Finanzierung der letzten Anlage werden noch Interessenten gesucht.

Infos: UWW GmbH, Gaußstr. 17,  
22765 Hamburg, Tel. 040 / 390 66 13

## Solar versorgt und autofrei wohnen

Eine neue Gemeinschafts-Solarstromanlage ist gerade in Hamburg installiert worden. Sie hat eine Leistung von 4,76 kW und steht auf dem Dach der ökologischen Wohngebäude von „Au-



tofreies Wohnen e.V.“ in Hamburg-Barmbek. 56 BP-Module sollen dort jährlich 3.800 kWh zu maximal 1,50 DM/kWh erzeugen bei einem Investitionskostenzuschuß von 5.000 DM/kWp. Damit dürfte dies die Errichtung der letzten Anlage zu den relativ guten Konditionen des „Hamburger Solar-Konzeptes“ sein. Be-

# 100.000-Dächer- Programm schleicht weiter

„Doppelt genäht hält besser“, sagt der Volksmund, und erwartet, daß zwei Programme zur Förderung der Solarenergie ein besonders gutes Ergebnis bringen. Weit gefehlt! Das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) erfüllt zwar die Erwartungen, obwohl die Vergütung von 0,99 DM pro Kilowattstunde weit hinter den Vorstellungen selbst der Industrie (excl. Siemens) von 1,29 DM zurückblieb. Zum echten Hindernis hat sich jedoch das sogenannte „100.000-Dächer-Programm“ entwickelt, mit dem sich SPD-Energiepolitiker Scheer auf die Fahnen geschrieben hatte, innerhalb von 6 Jahren die genannte Anzahl Dächer mit Solaranlagen auszustatten. Sein Kollege, Atomminister Müller, scheint das Gegenteil erreichen zu wollen: Nachdem die höhere Vergütung politisch beschlossene Sache war, stoppte Müller das Kreditprogramm, mit dem die Solaranlagen vorfinanziert werden sollten. 14.000 Anträge schmorten auf Anweisung von Müller in der zuständigen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Der Minister schob nach angemessener Zeit die Begründung hinterher, das Förderprogramm müsse erst einmal vom Bundesrechnungshof auf seine Zulässigkeit geprüft werden. Allerdings kam vom BRH postwendend die Aussage zurück, dies würde ein halbes Jahr dauern und wäre noch bei keiner einzigen anderen Maßnahme so gehandhabt worden. Es wird deshalb gerätselt, ob das BWI hiermit Rache übe für die Niederlage beim EEG oder ob in Absprache mit der Firma Shell die Förderung erst weitergehen soll, wenn die zweite Fertigungslinie in der Solarfabrik des Ölmultis läuft.

Tatsächlich wurden nun die neuen Förderkonditionen herausgegeben – zu entsprechend schlechteren Bedingungen, versteht sich! Der Erlaß der letzten beiden Jahresraten entfällt. Das Darlehen wird auch nicht mehr zinslos gewährt, sondern zu derzeit 1,9% p.a. Die Anlagengröße ist

begrenzt auf 5 kW, danach werden nur noch 50% der Anlagekosten finanziert. Privateleute sollen auch den Vorsteuerabzug (der die Anlage 16% billiger macht) nicht mehr nutzen können. Wer nun glaubt, es würde jetzt zumindest zügig weitergehen, der irrt: Herr Müller hat der KfW verordnet, die Anträge nicht etwa schnellstmöglich, sondern „stetig“ abzuarbeiten. Das heißt, die letzten Anträge des Stapels werden frühestens im nächsten Jahr abgearbeitet sein – wenn nicht noch sehr viele Antragsteller wieder abspringen! Das könnte passieren, wenn diese erfahren, in welche wirtschaftlichen Probleme sie durch dieses „Förderprogramm“ verwickelt werden. Schließlich hatte die ganze Solarszene erwartet, daß die Änderung der Förderbedingungen zu einer Verbesserung für die Betreiber führt, daß insbesondere die Divergenz zwischen der 20jährigen Vergütung und der 10jährigen Finanzierung aufgehoben wird. Die jetzigen Bedingungen führen dazu, daß die Betreiber in den ersten 10 Jahren Schulden machen müssen in der Höhe von 50% des Anlagenwertes. Kaum ein Antragsteller wird sich Gedanken darüber gemacht haben, woher das Geld kommen soll, weil kaum ein Installateur auf dieses Problem hingewiesen haben dürfte. Es ist zu befürchten, daß dieses Programm mit einem Riesenfiasco in der Öffentlichkeit endet. Dieses Problem wird weder von der „Szene“ noch den verantwortlichen Politikern wahrgenommen. Ein anderes Fiasco könnte sich aber noch schneller realisieren: Laut Bestimmungen der KfW darf nach Antragsabgabe mit dem Bau der Anlage begonnen werden. Ob der Antrag aber wirklich positiv beschieden wird, steht in den Sternen. Nach den bisherigen Eskapaden des Atomministers darf mit allem gerechnet werden! Ein Rechtsanspruch besteht jedenfalls nicht. Wer jetzt im Glauben an die KfW eine Solaranlage baut, braucht viel Gottvertrauen ...





antrag war dieses Projekt von den Hamburger Jungsozialisten für den Verwaltungssitz der SPD in Hamburg, das Kurt-Schumacher-Haus. Das Dach stellte sich jedoch als nicht nutzbar heraus. Wäre die Förderzusage des Stromversorgers HEW verfallen, wäre gegenüber der 99-Pfennig-Vergütung ein Schaden von über 50.000 DM entstanden. Deshalb hat die Röbbek Energieanlagen KG die Aufgabe übernommen, ein neues Dach zu finden

und die Anlage im Namen der Antragsteller zu errichten. Insgesamt hat die Betreibergemeinschaft damit 21 kW am Netz. Weitere Dachflächen sind bereits akquiriert, die Realisierung neuer Projekte hängt aber ganz von der Beteiligung umweltbewußter Bürger ab.

Weitere Informationen gibt es unter [www.roebbek.de](http://www.roebbek.de) oder Tel. 040/8001633.

**Ö-termine**

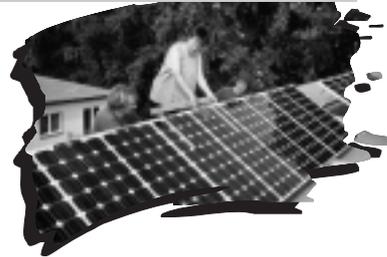
Bildungsstätte Papenburg e.V.,  
Tel. 049 61 / 97 880  
27.09.00 19.30 Uhr  
**Mit der Sonne punkten**  
11.10.00 15.00 Uhr  
**Rund um die Energie**  
01.-02.12. 10.30 Uhr  
**Energiesparen in Schulen**



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst 2000

• Kurznotiert



Tagung vom 12.-15.9. in Bonn

## Die Stadt als Sonnenkraftwerk

Gebäude und Stadtverkehr verbrauchen mehr als 50% der fossilen Energie. Die ökologische Energiewende kann nur gelingen, wenn solares Bauen in Architektur und Stadtplanung zu einem durchgehenden und allumfassenden Thema wird. Die von der EU-Kommission initiierte Konferenzreihe „Solar-energie in Architektur und Stadtplanung“ hat seit 1987 zahlreiche gedankliche und praktische Impulse gegeben und maßgeblich dazu beigetragen, daß es immer mehr praktische Beispiele für diese Technologien gibt. In diesem Jahr findet die Konferenz vom 12. bis 15. September in Bonn statt. Die Teilnahmegebühr beträgt 680 DM. Bei Anmeldeunterlagen mit mehr als drei TeilnehmerInnen ist auf Anfrage ein einmündiger Teilnahmebeitrag möglich.

Anmeldung und Teilnahmebedingungen bei: Eurosolar e.V., Kaiser-Friedrich-Str. 11, 53113 Bonn, Tel. 0228/362373, Fax 361279, [inter@office@eurosolar.org](mailto:inter@office@eurosolar.org), [www.eurosolar.org](http://www.eurosolar.org)



# Solar na klar!

Wagner & Co  
SOLARTECHNIK  
REGENWASSERNUTZUNG

Moderne Solarsysteme sind technisch ausgereift und preisgünstig. Jeder kann einen persönlichen Beitrag zum Umweltschutz leisten.

Schnell Infos anfordern.

20 Jahre Selbstverwaltung  
Wagner & Co - Zimmermannstr.12 - 35091 Cölbe - ☎ 06421/8007-0  
Internet: [www.wagner-solartechnik.de](http://www.wagner-solartechnik.de)



Ö-Verteiler "Energiewende"

• Leider keiner.



Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

42 Herbst 2000  
● Kurz  
notiert



Themenredaktion  
"FreiRäume"

Ö-Punkte  
Brunnenstraße 183  
10119 Berlin  
republikballast@  
gmx.de

### Giessener Infoladen geräumt

Nach der Räumung und Zerstörung des Infoladens in der Gießener Südanlage konnte eine neue Bleibe für das Projekt im Vorderhaus der gleichen Adresse gefunden werden.

### Kommune-Café in Berlin entsteht!

Mit viel Elan geht es seit Anfang Juli in der Berliner Brunnenstraße 183 voran. Zahlreiche interessierte Gruppen und Einzelpersonen schlossen sich zusammen, um das Projekt „Kommune-Café“, zu verwirklichen. Der stark verwüstete alte Ladenraum wird gegenwärtig mit viel Liebe und Elan renoviert, so daß wir hoffen, das Café nach der Urlaubszeit eröffnen zu können. Neben dem gemütlichen Café soll auch eine kleine Handbibliothek, eine Food Coop und ein Schreibtischarbeitsplatz eingerichtet werden. Ziel ist es, daß Menschen, die an mehr oder minder radikalen Gemeinschaftsentwürfen stricken, bzw. solche suchen sich an diesem Ort treffen und kennenlernen können. Das hier ein Ort für Veranstaltungen, Lesungen und Filmvorführungen etc. sein soll.

Das Nutzungskonzept sieht bisher vor, daß Gruppen und Einzelpersonen eigenverantwortlich einen Tag oder Abend im Café übernehmen und 'füllen'. Dabei wollen wir mit so wenig Geldwirtschaft wie möglich auskommen, was auch schon jetzt während der Renovierungszeit eine Grundidee ist. Somit entsteht wenig Finanzdruck. Für die Einrichtung des Cafés sind wir deshalb auch darauf angewiesen, Materialien und Einrichtungsgegenstände zu finden bzw. geschenkt zu bekommen. Wenn ihr also was übrig habt, das wir brauchen könnten, dann bringt es uns einfach vorbei.

*Wir sind per e-mail erreichbar unter: [kommunecafe@egroups.de](mailto:kommunecafe@egroups.de)*



Foto

Besetztes Haus in  
Göttingen.

### Bericht vom Los gehts in Niederkaufungen

Zum zweiten Mal fand an Pfingsten auf dem Bauernhof der Kommune Niederkaufungen das Kommune-Gründungstreffen „Los gehts“ statt. 280 Gemeinschaftssuchende und Gemeinschaftshabende trafen sich über vier Tage, um Ideen, Erfahrungen, Utopien und Träume von einem Leben in der Gruppe auszutauschen. Neben dem Kennenlernen der aus der ganzen BRD angereisten Gäste,

gab es auch ein umfangreiches thematisches Rahmenprogramm. Diskutiert und referiert wurde unter anderem zu den Themen Konflikte, Entscheidungsstrukturen in Kommunen, Geld und Ökonomie, Radikale Politik und Kommunen und Ökologie bis hin zum Thema Liebesbeziehungen in Kommunen. Und auch esoterisch-spirituellen Gruppen wurde Raum zur Vorstellung ihrer Ideen gegeben.

Im bunten Gemeinschaftssortiment des Camps überwogen jedoch die sich als ökologisch und/oder politisch verstehen-



## Göttinger HausbesetzerInnen diskutieren sich selbst vor die Türe

„Die Zeit der Hausbesetzungen“ sei nicht vorbei, so titelte das Info-Flugblatt einer Göttinger HausbesetzerInnengruppe Anfang August. Am Sonntag, dem 6. August hatten sie in der Groner Landstraße in Göttingen ein kleines leerstehendes Haus unmittelbar neben dem Neubau der Göttinger Polizei besetzt. Das kleine Haus an der Leine stand seit über 2 Jahren leer und war Objekt mannigfacher Immobilienspekulationen. Verhandlungen zum Anmieten des Hauses waren zuvor gescheitert, obwohl sich das Haus in einem bewohnbaren Zustand befand und keine unmittelbaren Planungen zum Abriß des Hauses bestanden. So wurde das Haus am Sonntag morgen kurzerhand besetzt – durch die offene Türe. Bis zum Abend befanden sich im Haus ca. 30 BesetzerInnen. Die Presse stattete freundliche Besuche ab, von Polizei und Vermieter war – trotz, daß dieser informiert wurde – nichts zu sehen. Doch die positive Prognose der BesetzerInnen über das Aufleben der Bewegung in Göttingen nahm plötzlich eine tragische Wende, als während eines Abend-Plenums deutlich wurde, daß nur eine Person eigentlich in dem Haus wohnen wollte. Die große Mehrheit der Anwesenden stellt in der darauf folgenden Diskussion fest, daß sie eine Besetzung unter diesen Umständen nicht für sinnvoll hielte und es wurde beschlossen

das Haus zur „Ehrenrettung“ besser sofort wieder zu verlassen, statt später eingestehen zu müssen, daß der Raum gar nicht benötigt werde. Gesagt, getan, alle packten ihre Sachen und verließen den Ort des Geschehens zügig, nicht ohne die örtliche Presse auf den Erfolg der nunmehr „symbolischen“ Aktion aufmerksam zu machen. Schließlich sei somit für die Öffentlichkeit deutlich geworden, auf welche „bescheuerte“ Art und Weise das „kapitalistische System“ mit Wohnraum umgehe. Die Sache war wohl für die theorieverwöhnten Göttinger Linken doch etwas zu heiß ...

Unterdessen hatte die Göttinger Lokalpresse herausgefunden, daß der Besitzer gar nicht gedachte die Polizei zu rufen, diese sich nicht zuständig fühlte, ohne Kläger, die Besetzung also offenbar zunächst einmal geduldet worden wäre... Bleibt nur den Kommentar eines Besetzers während der abendlichen Diskussion nochmal wiederzugeben: „Diese Argumentation ist doch haarscharf am Selbstbetrug.“ ... und zu hoffen, daß solche Ereignisse einigermaßen vernünftige Teile der Göttinger Linken nicht völlig kalt lassen. Eine Diskussion über die eigene „bescheuerte“ Art und Weise des Umgangs mit Freiräumen, wie besetzten Häusern, dürfte wohl nicht schaden.

Jens



## FreiRäume suchen ...

Siehe auch S. 6.

Die Politische WG der Projektwerkstatt besteht wieder – aber erst mit drei Leuten. Viel mehr Platz ist noch frei für solche Menschen, die keinen Bock auf Esoterik, Anbiederung oder Abhängerei haben, sondern auf autonomes Leben und Agilitäten, direkte Aktionen, politische Debatte und viel mehr. Nähe Gießen mit Tagungshaus. Archiven, politischen Arbeitsräumen. Telefon: 06401/903283.

Wer leiht uns Geld? Kommune-Projekt sucht Privatdarlehen zur Finanzierung des Hausbaus: Beträge ab 1000 Mark, Laufzeit ab 3 Monaten. Zinsen bis 3%. Alles weitere unter: Stadtkommune Alla Hopp, Hardenbergstr. 52-54, 28201 Bremen, Tel. 0421/5577382

Kommune-Café in Gründung sucht Café-Möbel (Tische/Stühle etc.). Bitte melden unter republikballast@gmx.de.

Neue Stiftung Freiräume will Werke sichern für politische Projekte – wer verschenkt/vererbt Häuser, Werkzeug, Arbeitsausstattungen ... Kontakt: [freiraume@inihaus.de](mailto:freiraume@inihaus.de)

Anders-Leben-Projekt Soest: Im Rahmen des Anders-Leben-Netzwerks Soest (Westfalen) soll ein stadtnaher Hof gekauft werden. Es werden noch Menschen gesucht, die sich mit ihren Ideen einbringen wollen. Bisherige Ideen: Wohnen, Schreinerei, Gartenbau, Tagungshaus ...

Das Anders-Leben-Projekt Soest gibt es seit drei Jahren. Dazu gehören mehrere was in der Stadt, ein Bioladen und politische Initiativen. Der Hof eröffnet viele neue Möglichkeiten. Termine für Kennenlernetage bei: Oliver Marxen, Pollhofstraße 5, 59494 Soest, Tel. 02921-341001.

Gemeinschaft (6 Erw. + 7 Kinder) sucht neue MitbewohnerInnen. Tel. 05843/986900.

den Gemeinschaften vor den esoterischen NebelwerferInnen der Kommuneszene.

Mit einem abwechslungsreichen Kulturprogramm und einer hervorragenden Camp-Organisation zeigten sich die NiederkaufingerInnen dabei als ausgezeichnete GastgeberInnen.

Einige neue Großprojekte in Gründung stellten sich vor und warben um TeilnehmerInnen. Unter anderem das Projekt „Komm-Frei“, welches eine Kommune in Südwestdeutschland verwirklichen will, die NRW-Koordination und zwei Berliner Projekte in Gründung.

Die KaufingerInnen haben angekündigt, das „Los gehts“ in diesem Jahr zunächst letztmalig organisiert zu haben und sie suchen nun nach Gruppen, die das Treffen im nächsten Jahr organisieren. Bleibt zu hoffen, daß sich aus den mehr als 25 anwesenden Gruppen eine Orga-Gruppe dazu finden wird.

### Los geht's NRW: Selbstbestimmtes Leben und Arbeiten organisieren

Zu Pfingsten 1999 fand auf dem Gelände der Großkommune in Niederkaufungen das „Los gehts“ statt. Gleichgesinnte kamen zusammen um gemeinsam die Verwirklichung ihrer Ziele in Angriff zu nehmen. Auf diesem bundesweiten Treffen entstand die Idee, ein regionales Netzwerk für NRW zu gründen. Daraus resultiert das „Los gehts Treffen NRW“, das vom 25.-27. August 2000 in Oer-Erkenschwick stattfindet. Es hat sich ein wachsendes Potential an Menschen entwickelt, die sich nicht mehr den Machtstrukturen in Beruf, Familie und Freizeit aussetzen wollen, die auf der Suche nach gemeinschaftsorientierten Lebensformen sind. Mit ihren Träumen und Wünschen stehen diese Menschen oft allein in ihrem Bekanntenkreis.

Es fehlt ein solidarisches Umfeld und Anerkennung durch Politik und Gesellschaft. Zur Realisierung ihrer Utopien bedarf es oft nur vorhandener Kräfte sowie der Förderung von Eigeninitiative.

Damit die Ziele umgesetzt werden können, ist es notwendig regionale Strukturen zu schaffen.

*Infoblätter gibts bei: Gemeinschaftsnetzwerk NRW, c/o Oliver Baiocco, Hüttenstraße 125, 40227 Düsseldorf, Tel. 0211 727771 E-Mail: Oliver Baiocco@web.de*

*Bei Rückfragen bitte wenden an: Michael Meyer, Lessingstr. 7, 58507 Lüdenscheid, Tel. 02351 570435, Immer erreichbar: 0177/7278547, homime@arcormail.de*

Der Infodienst für UmweltaktivistInnen

Herbst 2000

● Kurznotiert

43

## Nachrichten aus Potsdam

### Meldung I:

Der Hausbesetzer-Verein „Viva Boumann“ geht davon aus, dass er von der Mittelbrandenburgischen Sparkasse einen 400 000-Mark-Kredit für den Kauf des ehemals besetzten Hauses in der Kurfürstenstraße 5 in Potsdam erhält.

Das wollte der Sprecher des Kreditinstitutes, Kai Wulfes, nicht bestätigen. Auch der Besitzer des Hauses, Frank Schuster, sagte, die Bank habe ihm gegenüber die Gewährung des Kredites demontiert. Die Besetzer wollen zu Hausbesitzern werden, weil Schuster das Haus verkaufen will.

Nach einem Hausbrand Anfang Juni war das Haus geräumt worden. Daraufhin kam es in Potsdam zu Straßenschlachten der Besetzer mit der Polizei. Hauseigentümer Schuster hatte die Besetzung des Hauses seit Jahren geduldet. (bla.)

19. Juli 2000 Berliner Zeitung Brandenburg

### Meldung II:

Die ehemaligen Besetzer des Boumann-Hauses im Holländischen Viertel haben gute Chancen, das Objekt in der Kurfürstenstraße 5 doch noch für 400 000 Mark zu kaufen. Unerwartete Unterstützung erhielt der jüngst gegründete Hausbesetzer-Verein „Viva Boumann“ – Straße der Jugend e.V., nämlich jetzt von der Potsdamer Arbeiterwohlfahrt (Awo). Die Awo und ein weiterer noch unbekannter Verein erklärten sich bereit, für einen Bankkredit in sechsstelliger Summe zu bürgen. Damit könnten die Hausbesetzer doch noch den vom jetzigen Eigentümer Frank Schuster geforderten Bonitätsnachweis einreichen, das Haus erwerben und nach ihren Vorstellungen einrichten.

Schuster, hauptberuflich Gastronom im Potsdamer Filmuseum, will die Verhandlungen mit den Hausbesetzern noch in dieser Woche zum Abschluss bringen. „Die jungen Leute haben das Haus in einem guten Zustand hinterlassen“, sagt er, „wenn das Haus leer gestanden hätte, wäre es in einem erheblich schlechteren Zustand.“ Das denkmalgeschützte Backsteinhaus direkt am Nauener Tor war 1992 besetzt und nach einem Brand im Flügel in der Nacht zum 1. Juni von der Polizei geräumt worden. Im Anschluss war es in der Potsdamer Innenstadt zu tagelangen Auseinandersetzungen zwischen Autonomen und der Polizei gekommen. Das Boumann-Haus wird seitdem rund um die Uhr von der Polizei bewacht. Eine erneute Besetzung soll verhindert werden.

Vor einer Woche hatte sich dann der Hausbesetzer-Verein gegründet, mit dem Ziel, die Gelder für den Kauf des Boumann-Hauses aufzubringen. „Eine Bankenfinanzierung ist inzwischen so gut wie klar“, sagt der ehemalige Besetzer Sebastian Weise, heute Vorstandsmitglied des Hausbesetzer-Vereins. Die Gemeinnützigkeit dieses Vereins muss noch vom Amtsgericht bestätigt werden. Hausbesetzer Weise wünscht sich für die Kurfürstenstraße 5 eine gemischte Nutzung: „Ein Hausflügel zum Wohnen und ein Flügel für das Arbeiten an Projekten.“

Die Potsdamer Awo-Chefin Angela Basekow rechtfertigt die Unterstützung der zumeist jungen Vereinsmitglieder. „Die Jugendlichen haben sich ein Ziel gesetzt“, sagt sie, „das finde ich gut, und deshalb wollen wir einen möglichen Hauskauf durch den Verein.“ Den Potsdamer CDU-Landtagsabgeordneten Wieland Niekisch empört die hausbesetzerfreundliche Haltung der Awo. „Die Arbeiterwohlfahrt hat der gesamten Breite der Gesellschaft zu dienen“, sagt er, „jetzt unterstützt die Awo einen Verein, der sich extra zu dem Ziel des Hauskaufs gegründet hat. Das hat doch nichts mit Gemeinnützigkeit zu tun.“ Der CDU-Landtagsabgeordnete bereitet nun eine Anfrage an Landesregierung und Potsdamer Stadtverwaltung vor. „Die sollen mal erklären, wieso sie die Awo mit öffentlichen Geldern unterstützen.“

Befürworter des Hauskaufes verweisen indes auf das Waschhaus in der Schiffbauergasse. Das ehemals besetzte Haus ist jetzt ein legalisiertes Jugendzentrum und als Veranstaltungszentrum recht populär. Niekisch hält dagegen: „Ich kenne das aus Berlin-Kreuzberg. Hausbesetzer haben damals die Häuser gekauft und machten dann auf privaten Biedermeier.“

Martin Klesmann 7. Juli 2000

Quelle: Berliner Zeitung Brandenburg

### Freiräume erhalten: Besetzer wollen Besitzer werden

In der Nacht zum 1. Juni 2000 räumte die Polizei unter dem Vorwand eines Brandes das besetzte Haus „Boumanns“ in der Potsdamer Kurfürstenstraße 5. Daraufhin kam es zu mehreren Versuchen der Wiederbesetzung und zahlreichen Auseinandersetzungen und zwischen Hausbesetzern, Sympathisanten und den staatlichen 'Ordnungs'hütern. Durch Demos und Soli-Aktionen erhielten die BesetzerInnen des Boumanns dabei viel Unterstützung.

Unter Brandenburgs Innenminister und Ex-General Schönbohm (CDU) soll Potsdam für das „Preussenjahr“ 2001 BesetzerInnen-frei werden. In konzertierter Aktion mit seinen Parteigenossen hat der aus Berlin für zahlreiche Häuserräumungen bekannte Ex-General dazu mit der Räumung des Boumanns den medial öffentlich inszenierten Startschuß gegeben. Damit kommen auf Potsdamer HausbesetzerInnen und WagenburgerInnen schwere Zeiten zu.

Das Haus Boumanns wurde 1992 besetzt und die Besetzung durch den Potsdamer Gastronomen und Hausbesitzer Frank Schuster seitdem toleriert. Doch nun will Schuster das Haus verkaufen. Die HausbesetzerInnen nahmen dieses Angebot an und gründeten daraufhin den Verein „Viva Boumann“ der nun das alte Backsteinhaus kaufen und als ein Wohn- und Projekthaus betreiben will. Dazu gab es überraschenden Zuspruch durch die örtliche Chefin der Arbeiterwohlfahrt (awo), die die BesetzerInnen mit einer Bank-Bürgschaft in sechsstelliger Höhe unterstützen will. Bisher ist unklar ob das Boumanns als alternativer Freiraum damit erhalten werden kann, denn immerhin will Schuster 400000 Mark für das Haus. Der örtliche CDU-Chef Wieland Niekisch hat unterdessen einen populistischen Mediensturm gegen die Pläne der HausbesetzerInnen entfacht.



Ö-Verteiler  
"FreiRäume"

• Leider keiner.

### Ö-termine

#### SelbstversorgerInnen-Seminar in Soest

Vom 1. Bis 3. September findet im Umwelt- und Initiativenhaus Soest ein Seminar der Soester Projektwerkstatt und der BSÖ zum Thema Selbstversorgung statt. Fragen nach der Motivation zur Selbstversorgung, der Rolle von Gen-Technologie in der Lebensmittelproduktion sowie den Möglichkeiten von Tauschringen und Leihgemeinschaften sollen auf dem Seminar unter anderem bearbeitet werden. Auch ganz praktische Einblicke in die Selbstversorgung am Beispiel des Samenbaus stehen auf dem Programm. In einem praktischen Teil soll vom Einmachen bis zum Stricken und Kochen etc. auch vieles selbst gemacht werden. Und wo liegen die Grenzen der Selbstversorgung: Brot selbst backen – das Getreide anbauen, den Ofen selbst bauen – wie weit geht Selbstversorgung? Wie schnell überfordert uns der Idealismus? Der TeilnehmerInnenbeitrag beträgt 50 DM. Ermäßigung ist möglich. Anmeldung und Infos bei: Oliver Marxen, Tel. 02921/341001 oder Anke Radtke, Tel. 02334/441244



**Infodienst für UmweltfaktoreInnen**

44 Herbst 2000  
● Kurz notiert



**Themenredaktion "Gentechnik"**

Thomas Schmidt  
c/o Umweltwerkstatt  
Willy-Brandt-Allee 9,  
23554 Lübeck  
Tel.&Fax 0451/7070646  
jupluebeck@t-online.de

**Zeitschriften-schau**

**BioSkop Juni 2000**  
● Schwerpunkt Gentechnische Diagnostik: DNA-Chips für Massen-Genests S. 8  
● Schwerpunkt Gentechnische Diagnostik: Kosten-Nutzen-Kalkulation S. 9  
● Vorgeburtliche Diagnostik: Ultraschall: im Prinzip freiwillig, aber ... S. 11  
● Biopolitik und Bioethik: Ethik – Passetout S. 14

**GiD Juni/Juli 2000**  
● Schwerpunkt Geld und Genome: „Ein kleines, hochgradig unprofitables Segment“ S. 9  
● Schwerpunkt Geld und Genome: Island – ein Laboratorium von Hoffmann La Roche? S. 13  
● Schwerpunkt Geld und Genome: Das ganze Genom, die volle Kontrolle S. 19  
● Landwirtschaft und Lebensmittel: Europaweiter Skandal um verunreinigten Raps S. 24  
● Mensch und Medizin: Chromosom 21 sequenziert S. 33  
● Politik und Wirtschaft: Freisetzen – EUparlament knickt ein S. 47

**Gen-Reissorte zu verschenken**

Das Unternehmen Astra-Zeneca will Bauern in Entwicklungsländern kostenlos eine genmanipulierte Reissorte zur Verfügung stellen. In einem Vertrag mit den an der Entwicklung der Sorte beteiligten Wissenschaftlern erklärte es sich bereit, nur in den Industrieländern Gebühren zu erheben. Der nach seiner gelblichen Farbe benannte „Goldene Reis“ wurde geschaffen, indem man der herkömmlichen Grundsorte 4 Gene hinzufügte. Dadurch bleibt das Vitamin A im Reiskorn und wandert nicht in die Schale, die nicht verzehrt wird. Zum Einsatz dürfte der Reis vor allem in Asien kommen, wo jährlich ca. 500000 Menschen wegen Mangel an Vitamin A erblinden.

Quelle: @grar.de Aktuell vom 19.5.2000

**Gentechpflanzen zur Altlastensanierung?**

Ackerschmalwand (arabidopsis thaliana) kann gentechnisch manipuliert werden, um das Gift Quecksilbermethyl aus kontaminierten Böden zu entfernen. Es wurde eine Pflanzenvariante entwickelt, die den Stoff zunächst in ionisches Quecksilber und danach in elementares Quecksilber umwandelt, welches dann in die Atmosphäre entweicht. Allerdings ist auch elementares Quecksilber ein Giftstoff, der nicht in die Luft entweichen sollte. Zudem enthalten kontaminierte Böden zumeist eine ganze Reihe an Giftstoffen, die die Entwicklung einer auf den Abbau nur eines Stoffes spezialisierten Pflanze gar nicht zulassen würden.

Quelle: Nature Biotechnology 18, S. 213 ff.

**Änderungen am Gentechnikgesetz**

Geht es nach der Industrie, so soll das Gesetz gelockert werden. Anlaß: eine EU-Richtlinie über Gentech-Arbeiten in geschlossenen Anlagen (Labore und Industrieanlagen) wird demnächst hierzulande umgesetzt. Laut dieser Richtlinie können zukünftig einzelne, als sicher eingeschätzte Gentech-Organismen gänzlich aus dem Geltungsbereich des Gesetzes herausfallen. Schätzungsweise würde damit ca. 50% der Laborarbeiten nicht mehr unter die bisherigen Sicherheitsbestimmungen fallen. Jedes EU-Land darf aber strengere Maßnahmen vorschreiben. So sieht ein Entwurf des Gesundheitsministeriums stattdessen (noch) strengere Regelungen als bisher vor: einzelne Genehmigungsverfahren für alle als gefährlich eingestuftes Arbeiten (keine Sammelgenehmigungen pro Risikogruppe mehr) und Abfallentsorgungspläne für sämtliche Arbeiten.

Quelle: Taz 30. Mai und 9. Juni 2000

**Neues Gesetz zur Fortpflanzungsmedizin in Vorbereitung**

Das Bundesgesundheitsministerium arbeitet an einem neuen Gesetz zur „Fortpflanzungsmedizin“. Ziel ist es, „im Interesse der Patienten und des Forschungsstandortes Deutschland“ künftig folgendes zu erlauben: Präimplantationsdiagnostik (d.h. Gentests an Embryonen nach künstlicher Befruchtung), „Eizellspenden“ u.a. an Forschungseinrichtungen, verbrauchende Forschung mit „embryonalen Stammzellen“ sowie nichteheliche und gleichgeschlechtliche Paare als KonsumentInnen von Befruchtungsangeboten. Seit einem Kongreß über die zukünftige gesetzliche Regelung Ende Mai

am Robert Koch Institut in Berlin ist die politische Debatte eröffnet. Bleibt Raum für mehr als profitorientierte Wirtschafts- und Forschungsinteressen?

Ob bei Klonierungsversuchen, in der Stammzellenforschung oder im Alltag der Pränataldiagnostiker – stets spielt der Embryo die Hauptperson im Fortpflanzungswesen. Völlig aus dem Blick gerät, daß es Frauen sind, die „behandelt, Qualitätskontrolliert, gestaltet“, gefährdet und manipuliert werden. Nach den Ursachen hierfür wird selten bis gar nicht gefragt.

Wer sich einmischen will, sollte nicht länger abwarten (siehe auch: Frauen mischen sich ein). Das Ministerium hat angekündigt, das Gesetzesvorhaben rasch voranbringen zu wollen.

Quelle: BioSkop Juni 2000

**Massentests am Menschen: wirtschaftlich attraktiv**

Ein Mikrochip soll der Cambridger Firma Genostic Pharma das große Geld bringen: Sie hat ein Patent für einen DNA-Chip beantragt, mit dem Menschen gleichzeitig auf Veranlagungen für 16 verschiedene Krankheiten und Verhaltensweisen getestet werden können. Noch in diesem Jahr sollen Prototypen des Chips hergestellt werden. Die Technik soll Diagnosen erheblich schneller und preiswerter als herkömmliche Gentests liefern. Dies eröffnet die Möglichkeit systematischer Gen-Screenings (Reihenuntersuchungen). Die wirtschaftliche Attraktivität – ablesbar auch an der Beteiligung von Großfirmen an der Entwicklung – läßt keinen Zweifel daran, daß binnen kurzer Zeit die breite Einführung der DNA-Chip-Technologie mit oder ohne

begleitende ethische Diskussion erfolgen wird. Ziel der Entwickler ist es, die vollautomatische Analyse des kompletten Genbestandes des Menschen per Chip anzubieten. So sollen Veranlagungen für Krankheiten wie Krebs, Demenz, Herz-Kreislauf-Leiden, Verdauungsstörungen, Kopfschmerz, Atemwegserkrankungen ebenso ermittelt werden wie solche für psychische Störungen, Impotenz und diverse Verhaltensweisen. Zudem wurde bereits laut über ein vorgeburtliches Gen-Screening per Chip nachgedacht, womit sich ein in dieser Breite bislang unbekanntes Spektrum genetischer Analysen überprüfen ließe. Auch Versicherungen und Arbeitgeber könnten die neue Technik kräftig nutzen, um Kunden oder Bewerber zu durchleuchten.

Quelle: BioSkop Juni 2000

**Gen-Verunreinigungen sind an der Tagesordnung**

Wie im Mai bekannt wurde, haben Landwirte in mehreren europäischen Ländern – darunter in Deutschland, Frankreich, Schweden und Großbritannien – teilweise schon im zweiten Jahr unwissentlich Raps gepflanzt, der mit genmanipuliertem Saatgut verunreinigt war. Die Firma gab an, es seien Saatgut-Säcke vertauscht worden. Weitaus wahrscheinlicher aber ist, daß es bereits bei der Saatgutherstellung zu den Verunreinigungen kam. Gerade Raps kreuzt sich u.a. durch weiten Pollenflug sehr schnell aus. Verunreinigungen sind laut einer amerikanischen Firma Alltag und die Aufregung in Europa betreffe nur „die Spitze des Eisberges“. Bereits 1999 waren 12 von 20 Saatgutproben verunreinigt, z.T. sogar über ein Prozent. „Das Problem ist schon lange bekannt“, so ei-

ne Vertreterin des Ökoinstituts Freiburg, „nur war ja bei Einführung der Gentechpflanzen keiner willens, sich darüber Gedanken zu machen“. Diese Strategie des Wegsehens scheint fortgeführt zu werden: Während u.a. in Schweden und Frankreich die Vernichtung der ausgesäten Pflanzen angeordnet wurde, will man davon hierzulande nichts wissen. Die betroffene Raps-Sorte werde ohnehin vor allem für Bio-Diesel verwendet. Eine Beseitigung wäre völlig unverhältnismäßig, so das Umweltministerium des in erster Linie betroffenen Baden-Württemberg. Davon daß damit weitere Ausbreitungsquellen der Genmanipulationen geschaffen und unbelastete Lebensmittel immer weniger garantiert werden können, ist nicht die Rede.

Quelle: GiD Nr. 140, Juni/Juli 2000

## Frauen mischen sich ein

Immer lauter fordern Fortpflanzungsmediziner und Gentechniker dazu auf, den bisherigen gesetzlichen Schutz von Embryonen sowie das Verbot von der Präimplantationsdiagnostik aufzuheben. Vorgeblich im Interesse des Patientenwohls und im Interesse von Frauen sollen endlich die neuen gentechnologischen Errungenschaften und Möglichkeiten voll zur Anwendung kommen. Um bei der Debatte um das neue Fortpflanzungsmedizinengesetz kräftig mitzureden, hat sich nun ReproKult gegründet: das FrauenForum Fortpflanzungsmedizin. Es handelt sich um einen Zusammenschluß gentechnikkritischer Organisationen und Einzelpersonen.

**Kontakt:** ReproKult – FrauenForum-Fortpflanzungsmedizin, c/o PND, Große Johannisstr. 110, 28199 Bremen, Tel. 0421-5978480, frauen@reprokult.de, Internet: www.reprokult.de

## Die einen spielen mit Genen – die anderen vernichten sie

Die Welt verliert jährlich so viele Pflanzen- und Tierarten wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit. Schuld sei vor allem die Abholzung der Tropenwälder und der Anbau von Cash-Crops wie Soja-Bohnen, sagt ein neuer Report des WWF. Ein besonders krasses Beispiel für den – durch eine falsche Landwirtschaftspolitik ausgelöst – Verlust an Biodiversität sei die Soja-Produktion in Zentralbrasilien, wo das vielfältige Trockenwald-Ökosystem namens Cerrado großflächig den Monokulturen weichen muß, um die jahrelang aufgehäuften Schulden Brasiliens zu bezahlen. Übrigens: Soja-Produkte aus Brasilien sind derzeit in Europa besonders heiß begehrt, da sie offiziell (noch) nicht genmanipuliert sind. \*uns

## Chicken Mc-Gen-Nuggets

Bei McDonalds Deutschland schmeckts wie bei Monsanto. Denn laut Greenpeace-Deutschland läßt McDonalds seit einiger Zeit seine Hühner – Rohstoff für die beliebten Chicken Mc-Nuggets – mit Gen-Food füttern. \*uns

## Gen-Cash-Crops oder Hungerbekämpfung?

Die „Grünen“ Gentech-Liebhaber lassen kaum eine Pressekonferenz aus, um zu betonen, daß die sogenannte Grüne Gentechnik – also die genetische Manipulation von Nahrungsmitteln – zur Hungerbekämpfung in der Dritten Welt notwendig sei. „Alles Lüge“, meint hingegen Saliem Fakir, Programm-Koordinator der Internationalen Naturschutzunion (IUCN) in Südafrika. Denn die Gen-Chemie-Pharma-Saatgut-Konzerne wie Monsanto manipulieren vor allem an sogenannten Cash-Crops herum, die in den südlichen Entwicklungsländern lediglich für den Export in die Industrieländer angebaut werden. Außerdem gibt es bereits weltweit genügend Nahrungsmittel, die Verteilung sei das Problem. Statt daß auf den meisten Ackerflächen in der Dritten Welt Cash-Crops wie Soja, Tee, Kaffee, Baumwolle, Palmöl, Kakao für den Export in die Industriestaaten wachsen, sollten die Einheimischen dort besser Nahrungsmittel für den Eigenverbrauch anbauen. Doch, mögen die reichen Länder denken, mit was sollen die „armen“ Länder dann die Schulden bezahlen?

## Ist privatisiertes Wasser besser?

In vielen Ländern der Welt ist sauberes Wasser fast schon mehr Wert als Gold. Bei uns sind wir noch nicht soweit, aber bald. Deshalb gibt es einige Unternehmen, die nur darauf warten, daß Gemeinde, Städte und Länder – unter dem Deckmantel der sogenannten Liberalisierungspolitik – ihre Wasserressourcen privatisieren, sprich verscherbeln. Zum Glück wehren sich die Städte noch dagegen. Der Bayerischer Städtetag 2000 verabschiedete deshalb im Juli eine Resolution gegen die Liberalisierungspolitik. Zitat: „Die Liberalisierungspolitik will die Versorgung der Bevölkerung auch mit Gas und Wasser, die Entsorgung von Abfall und Abwasser und den öffentlichen Nahverkehr dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen. Auf den bereits liberalisierten Märkten für Strom und Telekommunikation zeichnen sich schon jetzt private, europaweite Oligopole ab. Wenn wenige Großunternehmen die Märkte der wirtschaftlichen Grundversorgung beherrschen, sind die hohen Versorgungs- und Umweltstandards gefährdet, die die Kommunalwirtschaft in Deutschland bisher gewährleistet. Gewinner einer solchen Liberalisierungspolitik sind private Versorgungskonzerne und Großabnehmer aus Industrie und Handel; Verlierer sind private Haushalte, Handwerker, mittelständische Unternehmen und die Umwelt“. \*uns

  
Der Infodienst für  
Umweltakteurinnen

Herbst 2000

● Kurz  
notiert

45



Ö-Verteiler  
"Gentechnik"

• Leider keiner.



Themenredaktion  
"Wasser"

Nicht besetzt.

Infos auch aus  
dem AK Wasser  
Michael Bender,  
GRÜNE LIGA Berlin  
Prenzlauer Allee  
230, 10405 Berlin  
Tel: d. (030) 44 33  
91-44 Fax: -33  
gl.wasser@ipn-b.  
comlink.apc.org

Ö-Verteiler  
"Wasser"

• Leider keiner.

## Ö-termine

27.8. – 3.9.2000 Köln

**Gentechnik ist die Antwort. Was aber  
war die Frage?**

Kongreß und Camp der  
Anti-Gentechnik-Bewegung. Infos beim Gen  
unter (030)6858030 oder Fax  
(030)6841183; Internet: www.gagatu.de

16. – 17.10.2000 Karlsruhe

**Praxiskurs: Nachweisverfahren**

für gentechnisch veränderte Lebensmittel  
und Mikroorganismen. Informationen bei  
Forschungszentrum Karlsruhe, FTU, Frau Witt  
unter (07247)824044 oder Fax  
(07247)824857

Zum GAGATU findet  
sich eine kritische  
Auseinandersetzung  
in der Perspektivenru-  
brik auf Seite 15.



Der Infodienst für UmweltafteurInnen

# 62

Herbst 2000

● Kurz notiert



**Themenredaktion  
"Landschaft/  
Naturschutz"**

Jörn Hartje,  
Institut für Ökologie  
Turmstr. 14A,  
23843 Bad Oldesloe  
Tel. 04533/792259  
Fax 04531/792286  
Institut@inihaus.de

## Zeitschriften- schau

Natur und Landschaft  
(7/2000)

● Einführung des digitalen Eingriffsregisters

(6/2000)

● Anforderungen des Naturschutzes an die Landschaftsplanung  
● Sozialwissenschaftliche Dimension des Naturschutzes

(5/2000)

● Naturschutzarbeit in Deutschland

Informationsdienst  
Naturschutz Nieder-  
sachsen (1/2000)

● Erfassung und Bewertung des Landschaftsbildes

Naturschutz im Land  
Sachsen-Anhalt  
(1/2000)

● Effizienz von Fischaufstiegsanlagen an Saale und Mulde für den Fischartenschutz

Naturschutz heute  
(3/2000)

● Zehn Jahre Großschutzgebieten in Ostdeutschland

Naturmagazin  
(5+6/2000)

● Wasser in der Landschaft  
● Die Stunde der Lachse

LÖBF Mitteilungen  
(1/2000)

● Zusammenarbeit statt Konfrontation: Kooperative Landschaftsplanung  
● Strategien zur Auflösung von Konflikten zwischen Landwirtschaft, Wasserwirtschaft und Naturschutz

## Massensterben der Nachtfalter

Nachwievor sterben Nacht für Nacht unzählige Nachtfalter und andere Insekten an Beleuchtungen, die überall die Nacht zum Tag machen wollen. Dabei ist schon seit über 10 Jahren bekannt, wie diesem Massensterben beizukommen ist:

✓ Nicht alles muss nachts beleuchtet werden

✓ Wenn auf eine Beleuchtung nicht verzichtet werden kann, sollte sie möglichst so angebracht werden, dass sie nicht weit sichtbar ist

✓ Zusätzlich sollten die Leuchten eine Zusatzverglasung im sicheren Abstand zur Lichtquelle, die Insekten vor dem sicheren Verbrennungstod retten

✓ Auch bei der Auswahl der Lichtquelle lässt sich schon einigen toten Insekten vorbeugen: Insekten mögen warmes Licht, während sie kaltes eher meiden

Eigentlich ganz banale Dinge, die aber bisher bei den Herstellerfirmen aber auch bei für die Straßenbeleuchtung verantwortlichen Behörden kaum beachtet werden.

aus naturmagazin 7+8/2000

## Freie Bahn für Raser?

Nun soll es also auch den Allein in den neuen Bundesländern an den Kragen gehen. Nachdem dies Problem im Westen der Republik größtenteils schon in den 70iger Jahren erledigt wurde, will nun Verkehrsminister Klimmt eine neue Richtlinie einführen, die es verbietet, an Straßen neue Bäume zu pflanzen und an Unfallschwerpunkten auch die Fällung zulassen soll.

Das Bundesverkehrsministerium hat zwar auf einige Protesten reagiert und ist wieder etwas zurückgerudert, so soll es kein Verbot von Neupflanzungen geben, sondern „nur“ ein Sicherheitsabstand vorgeschrieben werden. Umweltschützer befürchten aber, dies käme einem Verbot gleich, da der zusätzlich nötige Flächenankauf meist nicht finanzierbar sei.

Robin Wood hat eine Aktion dazu gestartet und dafür Postkarten drucken lassen, die mensch an den Verkehrsminister (Bundesverkehrsminister Reinhard Klimmt, Krausenstr. 17-20, 10117 Berlin) schicken soll.

Die Postkarten gibt es beim: Robin Wood, Pf 102122, 28021 Bremen, Tel.: 0421/598288, Fax: 0421/5982872, robin\_wood\_hb@umwelt.ecolink.org, www.robinwood.de

## „Schattenliste“ zu FFH-Gebieten

Der WWF hat eine Schattenliste mit weiteren 2300 Flächen veröffentlicht, die Teil des natura 2000 Netzes nach der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-

Richtlinie) sein sollten. Nach Ansicht des WWF hat bisher keiner der Mitgliedsstaaten der EU ausreichend Flächen gemeldet, um den Schutz von Lebewesen und Arten gewährleisten zu können.

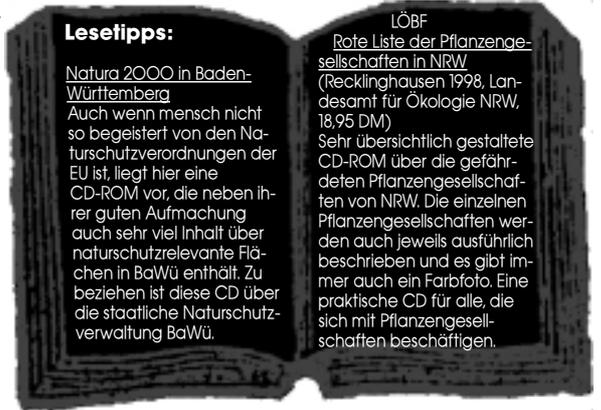
WWF European Office, 0032/2/743-8800, Liste Internet: www.ends.co.uk/subscribers/envdaily/docs/wwflists.dot

## Unberührte Wildnis 5%

Anlässlich des Tages der Parke, der

am 24.5.00 im Müritz Nationalpark stattfand, forderte der BUND, dass mindestens 5 % der Fläche Deutschlands unberührte Natur werden sollen.

Natur und Landschaft 7/2000



## NABU begrüßt Eckpunkte des BNatschG „Schon viel Zeit verloren“

Der Naturschutzbund NABU hat die Ankündigung von Bundesumweltminister Jürgen Trittin begrüßt, die grundlegende Novellierung des 24 Jahre alten Bundesnaturschutzgesetzes (BNatschG) endlich in Angriff zu nehmen. „Damit kann Jürgen Trittin beweisen, dass Umweltpolitik für ihn tatsächlich mehr ist als der hoffentlich bald realisierte Atomausstieg“, sagte NABU-Präsident Jochen Flasbarth. Trittins Vorgänger Töpfer und Merkel hätten die längst überfällige Novelle zwar immer wieder angekündigt, seien aber beide an dem Anspruch gescheitert, die wichtigste gesetzliche Grundlage für den Erhalt der biologischen Vielfalt in Deutschland weiterzuentwickeln.

Die heute vorgestellten Eckpunkte der Novelle belegten, dass Trittin die größten Schwachstellen der alten Regelung erkannt habe. Lobenswert sei insbesondere die Einführung von Regeln für die gute fachliche Praxis in der immer intensiver werdenden Landwirtschaft, nach wie vor Hauptverursacherin des Artensterbens. Flasbarth begrüßte weiterhin, dass Trittin den unter Angela Merkel eingeführten Anspruch auf Ausgleichszahlungen für fast alle Auflagen in der Landwirtschaft auf ein vernünftiges Maß zurückfahren wolle: „Dieses Geschenk der alten Bundesregierung an die Agrarlobby hat dazu geführt, dass einige Bundesländer ihre Naturschutzaktivitäten nahezu eingestellt haben.“

Mit der angekündigten Einführung der Verbandsklage würde die Bundesregierung eine weit klaffende Lücke im Rechtsschutz für die Natur schließen. Enttäuschend sei allerdings, dass Trittin die Verbandsklage weitgehend auf Planfeststellungsverfahren beschränken wolle und vor einer Ermöglichung der Normenkontrolle z.B. gegen Bauleitpläne zurückschrecke. Damit würden gerade solche Rechtsakte, auf Grund derer die

häufigsten Eingriffe in die Natur erfolgen, von der gesellschaftlichen Kontrolle ausgenommen. Flasbarth erinnerte Trittin an dessen Versprechen, noch in diesem Frühjahr einen Referentenentwurf zum BNatschG vorzulegen: „Wir haben schon zuviel Zeit verloren.“

Naturschutzbund NABU, Pressestelle, Telefon +49-0228-97561-41, Fax +40-0228-97561-94, E-Mail: presse@nabu.de

### Ö-termine

11.-15. September in Kiel  
**Jahrestagung der Gesellschaft für Ökologie**  
Infos: www.pz-oeosys.uni-kiel.de/gfoe/ oder dem Tagungsbüro: Ökologie-Zentrum, Schauenburgerstr. 112, 24118 Kiel, Tel.: 0431/880-4030, Fax: 880-4083, email: gfoe@oeosys.uni-kiel.de

14. Oktober in Rendsburg  
**Naturschutztag Schleswig-Holstein 2000**  
Naturschutz durch Engagement für Arten

23. November in Neumünster  
**Verantwortung für das Leben**  
Ethische Grundlagen des Naturschutzes  
Infos: Akademie für Natur- und Umweltschutz  
Schlaswig-Holstein, Carlstr. 169, 24437 Neumünster, Tel.: 04321/9071-0, Fax: -32, eMail: info@umweltakademie.netzservice.de

29.-30.09. in Bad Liebenzell (Landkreis Calw)  
Burg Liebenzell  
Reihe: Naturschutzmanagement  
**Pflege, Entwicklung und Monitoring in Naturschutzgebieten des Nordschwarzwaldes**  
Teil VII: Erfolgskontrolle im Naturschutz – Ergebnisse und Konsequenzen  
Infos unter: Tel.: 0711-126-2812

12. – 13. Oktober in Rosenheim  
**5. Franz-Ruitner-Symposium: Biodiversität und Artenschutz**  
Ihre Bedeutung und Umsetzung in Naturschutzgebieten und im Biotopverbund

17. – 18. Oktober in Eching  
**Genetik und Naturschutz**  
Infos: Bayerische Akademie für Naturschutz, Seethaler Straße 6, 83410 Laufen, Tel. 08682/8963-0, Fax: 08682/8963-17, Naturschutzakademie@t-online.de



Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

Herbst 2000

• Kurz  
notiert

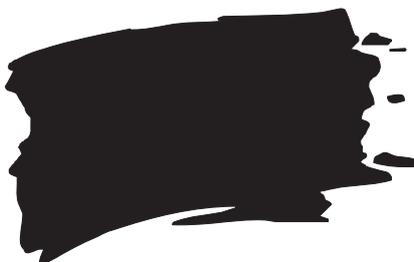
63

Stefan Heiland

„Voraussetzungen erfolgreichen  
Naturschutzes“

(Landsberg 1999, ecomed, 203 S.)

Dieses Buch beinhaltet eine  
schonungslose Aufarbeitung der  
vorhandenen Naturschutzstrategien,  
dabei durchleuchtet der Autor auch als  
modern geltende kooperative Strategien.  
Der Autor kommt zu dem Schluss, dass  
immer verschiedene Strategien den  
Verhältnissen angepasst  
zusammenspielen müssen. Der Autor hat  
dann auch einen umfangreichen  
Fragenkatalog für die erfolgreiche  
Naturschutzarbeit angefügt. Das Buch  
bietet viele Ansätze für eine  
Naturschutzarbeit mit den Menschen vor  
Ort, leider fehlen visionäre Ideen.



**Ö-Verteiler  
"Landschaft/  
Naturschutz"**

- NABU Saarland
- BUND Thüringen,  
Nordrhein-Westf.,  
Niedersachsen
- Grüne Liga  
Thüringen, Sachsen  
Brandenburg



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

# 46

Herbst 2000

● Kurz notiert



## Themenredaktion "Ökologischer Landbau"

Johannes Richter  
c/o Umweltwerkstatt  
Willy-Brandt-Allee 9,  
23554 Lübeck  
Tel&Fax  
0451/7070646  
jupluebeck  
@t-online.de

## Zeitschriften-schau

### Bio-land 3/OO

- Beratung im Ökologischen Landbau
- Gesunde Schweine im Freiland
- Kaffee aus Deutschen Ländern
- Ziegen für die Landschaftspflege
- Nützlinge im Internet

### Ökologie & Landbau 3/OO

- Ökolandbau weltweit
- Weltweite Ernährungssicherung durch Ökolandbau
- Landwirtschaft und Arbeit

### Unabhängige Bauernstimme 7+8/OO

- Biogas als Einkommensquelle
- Nachbaugesetze
- Direktvermarkter im Osten
- Atomkonsens: Wendeländer halten nicht still
- Naturschutz wird schärfer

## Größere Artenvielfalt durch Ökolandbau

Seit einiger Zeit erfährt die Landwirtschaft in Großbritannien eine drastische Verringerung ihrer biologischen Vielfalt. Die britische Soil Association hat nun einen Bericht herausgegeben, in dem erstmals die Ergebnisse von neun Studien zur Biodiversität im ökologischen und konventionellen Landbau ausgewertet wurden. Dem Bericht der Soil Association zufolge gewährleistet die ökologische Landwirtschaft eine wesentlich größere Artenvielfalt. Es werden erhebliche Unterschiede zwischen dem ökologischen und dem konventionellen Landbau hinsichtlich der Abundanz und der Vielfalt verschiedener Arten aufgewiesen.

Dem Bericht zufolge gewährleistet die ökologische Landwirtschaft eine wesentlich größere Artenvielfalt. Es werden erhebliche Unterschiede zwischen dem ökologischen und dem konventionellen Landbau hinsichtlich der Abundanz und der Vielfalt verschiedener Arten aufgewiesen. Der Bericht gibt an, dass auf ökologisch bewirtschafteten Äckern fünf Mal so viele Wildpflanzen anzutreffen seien wie auf konventionellen. Darüber hinaus habe es dort rund 57 Prozent mehr Pflanzenspezies gegeben. Einige seltene Pflanzenarten wurden ausschließlich auf Bio-Äckern gefunden. Auch Tierarten seien im Ökolandbau reichhaltiger und vielfältiger vertreten als im konventionellen Landbau. An den Rändern der Ökoäcker hielten sich laut Studie 25 Prozent mehr Vögel auf, mitten in den Feldern im Herbst und Winter sogar 44 Prozent. Die Zahl der Feldlerchen sei im Biolandbau mehr als doppelt so groß wie im konventionellen Landbau. Die Forscher kommen zum Schluß, daß der Ökologische Landbau sich eher eignet, gegen den Trend der schwindenden Biodiversität und der genetischen Erosion im Agrarbereich zu kämpfen.

*The Soil Association, Bristol House, 40 – 56 Victoria Street, Bristol, BS1 6BY, UK, +44-0-117-9290661, Fax -925 2504, info@soilassociation.org*

## Ökolandbau in Zahlen

Nach Angaben der ZMP wurden Ende 1999 in der Bundesrepublik 2,64 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche von 10.400 Betrieben (2,42 % aller Betriebe) nach den Kriterien des Ökologischen Landbaus bewirtschaftet. Gegenüber dem Vorjahr hat damit die ökologisch bewirtschaftete Fläche um 8,59 % zugenommen.

[www.soel.de](http://www.soel.de)

## Beratung und Ausbildung von Biobauern

Die Beratung im ökologischen Landbau war zunächst Umstellungsberatung. Inzwischen gibt es aber Betriebe, die schon 10 oder 15 Jahre ökologisch wirt-

schaften. Die sich auf die Milchviehhaltung, den Feldgemüsebau oder die Geflügelmast spezialisiert haben. Die sehr spezifische Antworten auf sehr spezifische Fragen brauchen.

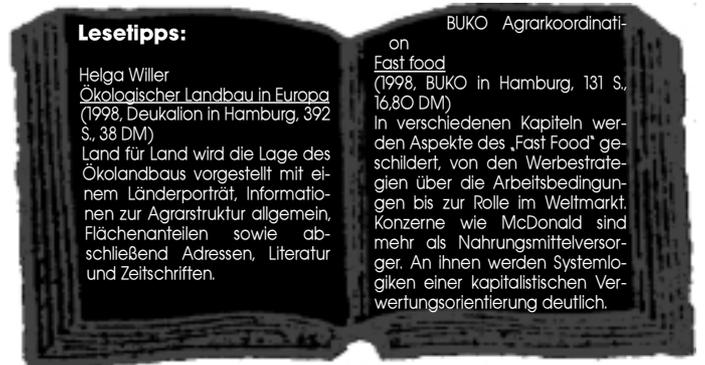
Der Erzeugerring in Bayern hat zunächst die eigene Arbeit auf den Prüfstand gestellt. Zusammen mit den Verbänden ANOG, Bioland, Demeter und Naturland und den beiden Landwirtschaftskammern geht die Officialberatung in Nordrhein-Westfalen, die gemeinsam ein neues Beratungskonzept entwickelt haben, mit dem Ziel die Aufgaben besser zu verteilen und zu koordinieren. In Niedersachsen ist Teamarbeit angesagt, wo beim Ökoring sechs Spezialisten im Dienste der ökologischen Landwirtschaft tätig sind. Zukunftsweisend könnte das Beispiel aus Dänemark sein. Dort ist die ökologische Beratung in die konventionelle integriert. Damit haben alle Landwirte Zugang zur Beratung ihrer Wahl.

[bio-land 3/00](http://bio-land 3/00)

## Leitbild für Pflanzenzüchtung

Vertreter des Öko-Landbaus aus 14 Nationen einigten auf einen Entwurf für ein Leitbild für die ökologische Pflanzenzüchtung. Dieser erste Schritt in Richtung eines Leitbildes für die ökologische Pflanzenzüchtung müsse auf nationaler und internationaler Ebene weiter ausgearbeitet werden. Hauptziele für ökologisches Saatgut sind: 1. Hohe Diversität auf Kultur- und Feldebene; 2. Hohe Nahrungsqualität; 3. Hohe Anpassungsfähigkeit an lokale Bedingungen; 4. Pflanzengesundheit; 5. Natürliches Reproduktionsvermögen von Sorten und Arten; 6. Respekt vor der Authentizität der Arten. Der Bericht zum von AGÖL und FiBL organisierten Workshop „Methodik und Techniken der Pflanzenzüchtung“ ist im Internet bei der Europäischen Initiative für Biologisches Saatgut [www.biogene.org/themen/saatgut/saatgut.html](http://www.biogene.org/themen/saatgut/saatgut.html) abrufbar.

[www.soel.de](http://www.soel.de)



### Lesetipps:

Helga Willer  
*Ökologischer Landbau in Europa*  
(1998, Deukalion in Hamburg, 392 S., 38 DM)  
Land für Land wird die Lage des Ökolandbaus vorgestellt mit einem Länderporträt, Informationen zur Agrarstruktur allgemein, Flächenanteilen sowie abschließend Adressen, Literatur und Zeitschriften.

BUKO Agrarkoordinati- on  
*Fast food*  
(1998, BUKO in Hamburg, 131 S., 16,80 DM)  
In verschiedenen Kapiteln werden Aspekte des „Fast Food“ geschildert, von den Werbestrategien über die Arbeitsbedingungen bis zur Rolle im Weltmarkt. Konzerne wie McDonald sind mehr als Nahrungsmittelversorger. An ihnen werden Systemlogiken einer kapitalistischen Verwertungsorientierung deutlich.

# Ökolandbau und die schöne neue Technik-Welt

Auch der Ökologische Landbau will auf der Expo nicht fehlen. Allen voran ist Demeter der Verband für den biologisch-dynamischen Landbau, der sich auf der Expo gemeinsam mit Firmen der Grünen Gentechnik, Pestizidherstellern und anderen Global Playern wie Siemens unreflektiert präsentiert. Demeter läßt auf ihrer Internetseite und in einer Presseerklärung die Expo hochjubeln. „Virtuell, gigantisch und technisch präsentieren sich viele Länder und Organisationen auf der Expo in Hannover. Wer näher an den Elementen Natur und Mensch des Expo-Mottos dranbleiben möchte, findet bei den Aktivitäten der biologisch-dynamischen Bewegung, bekannt durch das leuchtend-orangefarbene Demeter-Zeichen, reichlich interessante Ansatzpunkte. [...] Auf der Weltausstellung in Hannover selbst präsentiert sich Demeter mit der ägyptischen Sekem-Farm. Im Themenpark „Zukunft der Arbeit“ ist dieses Projekt das Beispiel dafür, wie die Wüste fruchtbar gemacht wird. Gleich neben dem Expo-Gelände lädt der Kronsberg-hof zum Besuch. Auf dem biologisch-dynamisch bewirtschaftetem Betrieb mit 100 Hektar können auch Metzgerei, Brauerei, Bäckerei und das dazugehöri-

ge Bildungswerk besichtigt werden[...]. Wer jetzt seine Expo-Tour plant, hat mit den Demeter-Angeboten die Chance, zukunfts-fähige Konzepte der alternativen Landwirtschaft hautnah kennenzulernen und mit interessanten Menschen ins Gespräch zu kommen, die sich vor Jahren entschieden haben, unkonventionelle Wege zu gehen und zum Erfolg zu führen. So wird das anonyme Expo-Geschehen buchstäblich mit Leben gefüllt.“

Demeter galt bisher von allen Ökolandbauverbänden als besonders konsequenter Verfechter der Idee des Ökologischen Landbaus, sei es im praktischen Landbau, oder für eine regionale bäuerliche Landwirtschaft oder einer Landwirtschaft die ohne Gentechnik und Ausbeutung der sogenannten „Dritten Welt“, auskommt. Was verspricht sich Demeter von der Kungelei mit den Mächtigen, die nach immer mehr Profit streben – den eigenen Idealen ein Stück weit näher kommen – oder selbst am Tisch der Macht zu sitzen? Wer hat denn eigentlich die BiobauerInnen gefragt, ob sich diese gemeinsam mit den mächtigen der Agrarindustrie präsentieren möchten?

Quelle: demeter-Presseinformation; [www.demeter.de](http://www.demeter.de)



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst 2000

● Kurz notiert

47

## Der Biolandbau braucht biologisches Saatgut!

In den meisten Ländern Europas hängen die biologisch produzierenden Bauern mehrheitlich von konventionell vermehrtem und gezüchtetem Saatgut ab. Es existieren nur wenige Initiativen um konventionell gezüchtetes Saatgut biologisch zu vermehren und noch weniger Initiativen, die Sorten für den biologischen Landbau züchten. Aus zwei Gründen ist die Förderung der biologischen Pflanzenzucht sehr dringend:

➤ die Gentechnologie und auch andere für den Biolandbau untaugliche Zuchtmethoden werden in der Pflanzenzucht immer häufiger verwendet, so daß der Biolandbau eigene Wege gehen muß.

➤ die Biorichtlinien der EU verlangen in wenigen Jahren die konsequente Anwendung von biologischem Saatgut. Bis anhin wurde die biologische Pflanzenzüchtung auf freier, individueller Basis und in sehr kleinem Rahmen gemacht. Um aber das Angebot schnell und professionell aufzubauen und den Biobauern in den verschiedenen Ländern Europas bald möglichst und verlässlich biologisches Saatgut liefern zu können, braucht es dringend eine internationale Kooperation und Koordination. Aus dieser Motivation heraus hat sich die „Europäische Initiative für biologisches Saatgut“ gebildet.

[www.soel.de](http://www.soel.de)

### Lesetipp:

Bernd Keller  
Landwirtschaft,  
Umwelt und die  
Mythen der Wis-  
senschaft  
(1998, Abl. in Rhea-  
da-Wiedenbrück,  
93 S., 18 DM)  
Eine kritische  
Auseinanderset-  
zung mit dem Ef-  
fizienzdenken in  
der Wissen-

schafft.  
Der Autor stellt  
die aktuell domi-  
nierende Wissen-  
schaft alten Erfah-  
rungen gegen-  
über und kommt  
zu dem Ergebnis,  
daß etliche Aussa-  
gen der Wissen-  
schaft nur erklär-  
bar sind unter der  
Zielvorgabe von  
Wachstum und Ef-  
fizienz.

# Nachwachsende Rohstoffe in der Landwirtschaft

Vom Landwirt zum Energiewirt; Brennstoff aus dem Holzenergiezentrum; neue Aspekte für Biogas – so lauten zur Zeit Überschriften in der Fachpresse, die dokumentieren dass die landwirtschaftliche Erzeugung zu Beginn des 21. Jahrhunderts, das auch als das Jahrhundert der Sonne bezeichnet wird, mit anderen Augen gesehen wird. Nachwachsende Rohstoffe für die energetische Nutzung gewinnen angesichts verschiedener Rahmenbedingungen zur Zeit an Bedeutung:

➤ Die steigenden Ölpreise. Bei aller Diskussion um diese anziehenden Preise bleibt festzuhalten, dass diese Situation die Wirtschaftlichkeit der Nutzung nachwachsender Rohstoffe für energetische Zwecke erhöht.

➤ Der beschlossene Ausstieg aus der Atomenergie erfordert Überlegungen und Technologieentwicklung im Hinblick auf einen regenerativen Energiemix der Zukunft. Damit gibt es eine historische Chance, anstelle des Atomenergiekonzeptes, welches zentrale Kraftwerke erfordert hat, ein dezentrales Energiekonzept auf der Basis regenerativer Energien (Wind, Wasser, Sonne und Biomasse) im breiten Maßstab umzusetzen.

➤ Schließlich ist das Gesetz zur Förderung der erneuerbaren Energien als Meilenstein auf dem Weg in das Jahrhundert der regenerativen Energien zu bewerten. Strom aus Biomasse (Biogas, feste Biomasse, Pflanzenöle) wird – je nach Größe der Anlage mit Sätzen von 20, 18 bzw. 17 Pf/kWh vergütet. Dieses Gesetz ermöglicht aufgrund deutlich erhöhter Vergütungssätze den Ausbau der marktnahen Energie aus Biomasse.

Angesichts dieser Rahmenbedingungen hat die Pflanze anderen regenerativen Energieformen etwas voraus: Sie ist gespeicherte Sonnenenergie. Speziell die Speicherung von Energie stellt ein großes Problem im Energiemix dar. Sonne scheint überwiegend im Sommer,

Wasser steht nicht überall zur Verfügung, Wind weht nicht immer. Daher wächst das Interesse an der landwirtschaftlichen Erzeugung im Hinblick auf einen Energiemix für die Zukunft.

Bei all diesen positiven Aspekten für die verstärkte Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen für die energetische Nutzung steht aber auch die landwirtschaftliche Erzeugung vor Fragen: Wie energieintensiv wird erzeugt? Wie ist ein ressourcenschonendes Wirtschaften mit Energieeinsparung auch in der Landwirtschaft zu realisieren? In welchen Zeiträumen gelingt es, biotechnologische Verfahren wie die Biogasgewinnung bzw. Pflanzenöl-Blockheizkraftwerks-Technik zu optimieren? Angesichts des Zieles, eine Kreislaufwirtschaft zu erreichen, die ein stabiles Ökosystem zur Grundlage hat, ist die grüne Gentechnik mit ihren nicht vorhersehbaren Auswirkungen auf die Umwelt zum jetzigen Zeitpunkt eine Gefahr, da sie die positive, risikofreie, CO<sub>2</sub>-neutrale Betrachtung der Nutzung von Biomasse in Verruf bringt.

Fazit: Es ist fossiles Denken, an den fossilen Energieträgern festzuhalten. In der Energiewende stecken neue Chancen für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum. Das anbrechende Zeitalter der regenerativen Energien hat als ein zentrales Element die Nutzung von Biomasse. Bäuerinnen und Bauern sollten angesichts dieser Entwicklung die betrieblichen bzw. die regionalen Möglichkeiten prüfen, ob sich mit der Erzeugung von Energie aus Biomasse für den Betrieb ein zusätzliches Standbein entwickeln läßt.

### Weitere Infos im Internet

Viele Links, Termine und Hintergrundinfos: [www.soel.de](http://www.soel.de)

Informationsdrehscheibe für gentechnikfreie Produkte: [www.biogene.org](http://www.biogene.org)

Datenbank InfoXgen für eine Lebensmittelherstellung ohne Gentechnik: [www.infoxgen.com](http://www.infoxgen.com)

Nachrichtendienst Landwirtschaft & Naturschutz: [www.agrar.de](http://www.agrar.de)

Ökolandbau über viele Länder Europas: [www.organic-europe.net](http://www.organic-europe.net)

### Zum Text

Leicht gekürzter Artikel von Hans-Bernd Hartmann, Mitglied im Abl-Bundesvorstand; erschienen in der Unabhängigen Bauernstimme 7/8

## Ö-termine

22.– 24.09. in Ammersbek  
**Rein pflanzlich wirtschaften? Die Tiere und der ökologische Landbau**  
Projekt Ökologisches Lernen und Handeln,  
Haus am Schüberg, Wulfsdorfer Weg 33,  
22949 Ammersbek, 040-605-1014

4.– 6.10. in Halle  
**Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Interessenkonflikt von Landwirten, Kommunen und Naturschützern**  
Rolf Diemann, Martin-Luther-Universität, Inst. f. Agrarökonomie und Agrarraumgestaltung,  
Adam-Kuckhoff-Str. 15, 06108 Halle,  
0345-5522453

11.-13.10. in Loccum  
**Ökologische Auswirkungen des liberalisierten Welthandels.**  
Internationale Experten-Konultation  
Evangelische Akademie Loccum, Pt.2158,  
31545 Rehburg-Loccum, 05766-810,  
[ea@evlka.de](mailto:ea@evlka.de)

16.– 21.10. in Schwäbisch Hall  
**Bäuerliche Erzeugergemeinschaften als Modell und Projektträger für eine ländliche Regionalentwicklung in Mittel- und Osteuropa**  
Ute Dannenmann, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Pt. 5180, 65726 Eschborn, 06196-79-1409,  
[ute.dannenmann@gtz.de](mailto:ute.dannenmann@gtz.de)



Ö-Verteiler "Ökologischer Landbau"

• Leider keiner.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

# 48

Herbst 2000

● Kurznotiert



## Themenredaktion "Politik von unten"

Jörg Bergstedt,  
c/o Ö-Punkte  
Ludwigstr. 11,  
35447 Reiskirchen  
Tel. 06401/90328-3,  
Fax -5  
oe-punkte@gmx.de

Achtung!!!  
Wer hat Lust (allein oder im Team), diese Rubrik weiterzuführen? Ich würde gern hier aussteigen und neue Schwerpunkte bilden bei den "Ö-Punkten" ... Jörg

## Zeitschriften-schau

KGV-Rundbrief 2/00

- Immissionschutz
- Kurznachrichten aus der Genehmigungspraxis

## Sonstige Quellen:

www.mehr-demokratie.de

## Bündnis für „Mehr Demokratie in Deutschland“

53 Organisationen unterstützten bis Ende Juli unsere Initiative „Mehr Demokratie in Deutschland“. Prominentester Neuzugang ist der Deutsche Tierschutzbund mit 700.000 Mitgliedern. Der Tierschutzbund ist ein Dachverband zahlreicher Organisationen im Bereich des Tierschutzes. Neu im Bündnis sind auch die Katholische Landjugendbewegung (70.000 Mitglieder) und die Naturfreunde Deutschlands (100.000 Mitglieder).

### Liste der 53 Bündnispartner:

- Aktion mündige Schule e.V.
- ASU – Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer
- Arbeitslosenverband Deutschland
- Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler e.V.
- Bundesarbeitsgemeinschaft Kritische PolizistInnen
- BBU – Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz
- Business Crime Controll e.V.
- Bundesverband der freien Alternativschulen
- BUND – Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland
- BUND-Jugend
- Bundesverband der Tierversuchsgegner – Menschen für Tierrechte e.V.
- Bundesverband Junge Ökologen
- Bundesverband Graue Panther e.V.
- CGW – Christen für gerechte Wirtschaftsordnung
- Die Naturfreunde – Bundesgruppe Deutschland e.V.
- Demokratischer Frauenbund
- Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner
- Deutscher Naturschutzring
- Deutsche Polizeigewerkschaft – Landesverband Hamburg
- Deutscher Tierschutzbund
- Europäisches Forum für Freiheits- und Bildungsfragen
- Eurosolar
- Forum Bürgerinnen- und Bürgerbewegung
- Fuss e.V. – Fußgänger Schutzverein
- Gen-Ethisches Netzwerk
- GermanWatch
- Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.
- Grüne Jugend
- Grüne Liga
- Gustav-Heinemann-Initiative
- HBV-Jugend, Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
- Humanistische Union
- INWO – Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung
- IPPNW – Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.
- Junge Liberale
- Katholische Landjugendbewegung Homepage
- Naturheilbund
- Naturschutzjugend
- Neue Richtervereinigung
- Omnibus – Gemeinnützige GmbH für Direkte Demokratie
- Pax Christi
- Pfadfinderinnenschaft St. Georg e.V.
- Robin Wood
- STATT-Partei
- Transparency International – Deutsche Sektion
- Umkehr e.V.
- UnternehmensGrün
- VCD – Verkehrsclub Deutschland
- Vegetarier-Bund Deutschland
- VDJ – Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen e.V.
- Volkssolidarität, Landesverband Berlin
- WEED – Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung
- WFM – World Federalist Movement Deutschland

## BDI-Chef Henkel für bundesweite Volksentscheide

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel, hat die starke Stellung der Parteien im politischen System Deutschlands beklagt. Besonders nach der CDU-Parteispendenaffäre brauche Deutschland „mehr plebiszitäre Elemente im politischen Entscheidungsprozess“, forderte er in einem Gespräch mit der „Berliner Zeitung“. „Im Grundgesetz steht zwar, dass die Parteien an der Willensbildung mitwirken sollen“, sagte Henkel. „Tatsache ist aber, dass sie sich die Willensbildung fast schon unter den Nagel gerissen haben“. Es gebe kein Land auf der Welt, wo die Parteien so viel Macht übernommen hätten „wie bei uns“. Mehr Demokratie begrüßte den Vorstoß Henkels und wies auf in wissenschaftlichen Studien belegten positiven Auswirkungen der direkten Demokratie für die Wirtschaft hin.

Quelle: Mehr Demokratie

Es zeigt sich: Hans-Olaf Henkel, brutaler Neoliberalisierer und ranghöchster Entdemokratisierer der Republik, wird von allen umjubelt ... dabei sein bei der Macht???

## Aarhus-Konvention im Internet

Die Konvention der UN-Wirtschaftskommission für Europa (UN-ECE) „Über den Zugang



### Passend zum Thema:

Reader "Politik von unten", A4 12,- DM  
Ö-Punkte 2/1998 5,- DM  
Schwerpunkt "Direkte Demokratie"

plus Porto, zubeziehen bei der Redaktion.

## Denkstück:

# Technik von oben

Über Technik wird viel diskutiert – ökologische oder gesundheitliche Risiken, Kosten usw. Was meist ausgeblendet wird, ist die Machfrage. Dabei ist Technik längst zum dominierenden Herrschaftsmittel geworden – und wird es noch mehr.

Kontrolltechniken wie Überwachungstechnik, Genanalysen usw. engen jeglichen Freiraum und Rückzug für die Menschen ein. High-Tech prägt fast alle wirtschaftlichen Bereiche, von der Energie- und Nahrungsmittelproduktion bis zur Kommunikation. Nur wenige haben Zugriff auf das, was alle beeinflusst. Das schafft Ungleichheiten und Herrschaftsverhältnisse. Diese müssen oft nicht mit direkter Gewalt durchgesetzt werden und können sich verdeckt verbreiten. Ein typisches Beispiel dafür ist die Nachhaltigkeitsdebatte. Neben vielen anderen Punkten, die darin ausgeblendet werden, schafft sie den optimalen Nährboden für die Durchsetzung moderner Herrschaftsverhältnisse. Nachhaltige Technik ist solche, die ressourcenschonend produziert. Gefragt wird dabei weder nach der Verteilung des Reichtums noch nach der Umweltbelastung insgesamt. Es kommt allein auf die effiziente Produktion an,

zu Gerichten in Umweltangelegenheiten“, die sogenannte Aarhus-Konvention, kann jetzt in einer zwischen Deutschland, der Schweiz und Österreich abgestimmten offiziellen Fassung in deutscher Sprache aus dem Internet geladen werden:

www.unece.org/env/pp.

## Rechtsschreibreform-Begehren beendet

Trotz Erfolgen in Abstimmungen und auch vor Gericht ziehen die InitiatorInnen von Bürgerbegehren zur Rechtsschreibreform einen Schlußstrich. Zermüht von den vielen Steinen, die ihnen in den Weg gelegt wurden, geben sie auf. In Schleswig-Holstein war ihr Anliegen zunächst erfolgreich – eine Mehrheit der Wählenden lehnte die Rechtsschreibreform ab. Doch die Landesregierung, sonst immer mit dem Ruf nach mehr Demokratie auf den Lippen, mißachtete das Votum. Gerichte gaben ihr Recht. In zehn Ländern waren Initiativen eingeleitet worden. In Bremen strich jetzt ein Gericht die wichtigste Forderung – danach hätte die Landesregierung in der Kultusministerkonferenz gegen die Reform handeln müssen.

Ironie des Schicksals: Die VolksinitiatorInnen geben auf, als offiziell der Glaube an die Reform nachläßt ...

z.B. von Autos, Computern, Energiegewinnungsanlagen usw. Dieser Standard hoher Effizienz wird weltweit durchgesetzt. Damit sichern sich die High-Tech-Nationen Absatzmärkte. Wenn weltweit nur noch 3-Liter-Autos fahren dürfen, müssen alle Menschen in den Ländern kaufen, wo diese Autos hergestellt werden können. Wenn weltweit nur noch Gentech-Saatgut eingesetzt wird, so werden alle Menschen bei den Konzernen einkaufen müssen, die die Patente haben.

High-Tech verschärft Herrschaftsstrukturen. Technik muß viel stärker unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden. Welche Technik wird „von unten“ entwickelt, unterstützt Selbstbestimmung?

Technik „von unten“ würde viele Ideen für ein besseres Leben hervorbringen. Die aktuelle Technik „von oben“ schafft dagegen nur Ideen für bessere Profite.

## Neue RedakteurInnen gesucht!!!

Ich möchte gerne diese Rubrik an eine andere Person oder, viel besser, ein Team abgeben. Die bisherige Idee der Rubrik, aus direkter Demokratie zu berichten (einschl. der Grenzen dieser Verfahren), Entdemokratisierungsprozesse in der Gesellschaft und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen sowie positive Beispiele zu benennen, kann auch erweitert werden. Anfragen bitte an mich: Jörg, Redaktion „Politik von unten“



# BürgerInnenentscheide

## Brandenburg: Volksbegehren für Musikschulgesetz gescheitert

Das Volksbegehren für ein Musikschulgesetz ist deutlich gescheitert. Statt der erforderlichen 80.000 Unterschriften erreichte die Initiative bis zum 19. Juli lediglich 20.722 gültige Stimmen. Bisher sind alle brandenburgischen Volksbegehren an dieser Hürde gescheitert. Trotzdem zeigten sich die Initiatoren zufrieden, weil der Landtag derzeit einen Gesetzentwurf behandelt, der wesentliche Forderungen des Volksbegehrens übernimmt.

## Sachsen-Anhalt: Erstes Volksbegehren im Land

In Sachsen-Anhalt kommt es erstmals zu einem Volksbegehren. Die Landesregierung ließ das Volksbegehren „Für die Zukunft unserer Kinder“ zu. Ziel des Antrags ist die Aufhebung der geltenden Regelungen zur Kinderbetreuung. Der Eintragungszeitraum für das Volksbegehren wurde für die Zeit vom 11. September dieses Jahres bis zum 10. März 2001 festgelegt. In den 10 Monaten müssen mindestens 250.000 Wahlberechtigte das Volksbegehren mit ihren Unterschriften unterstützen.

## Hamburg: 60.000 für Sonntagsöffnung v. Videotheken

Eine Volksinitiative, die die Sonntagsöffnung für Videotheken erreichen will, legte jetzt in Hamburg 60.000 Unterschriften vor. 20.000 wären erforderlich gewesen. Lehnt die Bürgerschaft das Anliegen der Videothekenbesitzer ab, können diese ein Volksbegehren einleiten.

## Thüringen: Heute Auftakt für Volksbegehren „Mehr Demokratie“

Am heutigen Freitag (28.7.) startet um 11h in Eisenach das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringen“ in seine heiße Phase. Bis zum 27. November muß das Aktionsbündnis 280.000 Unterschriften sammeln. Ziel des Gesetzentwurfes sind vereinfachte Volksbegehren und Volksentscheide in der Landesverfassung. Dem Bündnis gehören 20 Verbände an. „Diese hohe Hürde ist nur mit einem enormen Kraftakt zu schaffen. Ab heute sind die Thüringer Bürger gefragt“, erklärte Claudine Nieth, Vorstandssprecherin von Mehr Demokratie. „280.000 Unterschriften, das heißt auch: 280.000 Gespräche über die Zukunft der Demokratie. Das Volksbegehren ermutigt die Menschen, sich in die Politik einzumischen und Verantwortung zu übernehmen.“

**Ö-punkte**  
Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst 2000

● Kurz notiert

49

## Beratung von Bürger- und Volksbegehren

Wenn Sie in Ihrem Bundesland oder in ihrer Gemeinde ein Bürger- oder Volksbegehren durchführen, helfen wir Ihnen gerne weiter bei Rechts- und Verfahrensfragen. Mitgliedern von Mehr Demokratie e.V. steht der Beratungsservice kostenlos zur Verfügung. Wir bieten außerdem Seminare „Bürgerentscheide erfolgreich organisieren und durchführen“ an (rechtliche Grundlagen, Öffentlichkeitsarbeit, Pressearbeit, etc.). Am besten, Sie wenden sich per Telefon, Fax oder Email direkt an uns: Mehr Demokratie e.V., Bundesbüro, Fritz-Berne-Str. 1, 81241 München, tel. 089-821 17 74, fax 089-821 11 76, bundesbuero@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner für Volksentscheide: Thomas Mayer, Ansprechpartnerin für Bürgerentscheide in Bayern: Eva Knieler

## Mehr Demokratie-Büros

### Bundesbüro und Landesverband Bayern

Fritz-Berne-Str. 1, 81241 München  
tel: 089-8211-774, fax: -1 76  
bundesbuero@mehr-demokratie.de  
bayernbuero@mehr-demokratie.de  
www.mehr-demokratie.de

### Büro Kempten

Thomas Mayer  
Öschstr. 24, 87437 Kempten  
tel: 0831-570 76 89, fax 58 59 202  
omnibus@allgaeu.org

### Landesverband Baden-Württemberg

Rotebühlstr. 86/1, 70178 Stuttgart  
tel: 0711-509101-0, fax -1  
demokratie@aol.com

### Landesverband Berlin

Haus der Demokratie  
Greifswalder-Str. 4, 10405 Berlin  
tel: 030-2045585-5, fax -7  
berlin@mehr-demokratie.de

### Landesverband Bremen

Am Dobben 43a, 28203 Bremen  
tel: 0421-24217-8, fax -2  
zfdd@pf.de

### Landesverband Hamburg

Präsident-Krahn-Str. 8, 22765 Hamburg  
tel: 040-3176910-0, fax -28,  
100407.26@compuserve.com

### Landesverband Hessen

Humboldtstr. 76, 60318 Frankfurt  
tel/fax: 069-59 44 46  
tom.rupp@t-online.de

### Ansprechpartner Mecklenburg-Vorpommern

Hauptstadtbüro Berlin, Kurt Wilhelmi (s.o.)

### Landesverband Niedersachsen

Im Dorfe 6, 29490 Neu-Darchau  
tel/fax: 05858-97 89 50

### Landesverband Nordrhein-Westfalen

Mühlenstr. 18, 51143 Köln-Porz  
tel: 02203-5928-59, fax -62  
nrw@mehr-demokratie.de

### Regionalbüro Münster

Kampstr. 1, 48147 Münster  
tel: 0251-20079179, fax 7624372  
md@muenster.org/mehr-demokratie  
www.muenster.org/mehr-demokratie

### Ansprechpartner Rheinland-Pfalz

Carsten Scholvin  
Friedhofstr. 12, 67693 Fischbach  
tel: 06305-993108, fax 5256  
mdirip@cybernetica.de

### Landesverband Saarland

Michael Schillo  
Rosenstr. 1, 66111 Saarbrücken  
tel/fax: 0681-665638

### Landesverband Sachsen

Carsten Speck  
Platanenstr. 6, 04457 Mölkau  
tel: 0341-685362  
schillo@dfki.de

### Landesverband Schleswig-Holstein

Andreas Paust  
Baustr. 4, 24103 Kiel  
tel: 0179-600 82 84  
md-sh@gmx.de

### Landesverband Thüringen

Rennbahn 5, 99817 Eisenach  
tel: 03691-746896, fax 690254  
ralf-uwe.beck@bund.net



UMWELT  
SECUR

### Der Spezialist für Umweltfonds

bietet Ihnen die größte Auswahl an:

- ethisch-ökologischen Fonds
- Umwelttechnikfonds
- Ökoeffizienzfonds

#### Kontakt:

Umweltsecur GmbH  
Berliner Straße 36  
10715 Berlin  
Telefon 030 / 86 30 72-3  
Telefax 030 / 86 30 72-50  
info@umweltsecur.de  
www.umweltsecur.de

Für eine Wirtschaft mit ethischen und ökologischen Werten.

Ö-termin

22.+23.9. in Kirchheim  
**Bürgerbeteiligung im Kommunalen Bereich**  
Infos: Volker Mittendorf, 06421/84974 oder 2824748

3.-5.11. in München  
**Konsolidierung des Netzwerks Direkte Demokratie Initiativen in Europa**  
Infos: Thomas Rupp, Humboldtstr. 76, 60318 Frankfurt, Tel.&Fax 069/594446



Ö-Verteiler "Politik von unten"

• Mehr Demokratie (interner Verteiler)



Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

# 50

Herbst 2000

● Kurz  
notiert



**Themenredaktion  
Tierschutz – Tier-  
rechte – Tierbe-  
freiung (TTTT):**  
Im Internet »»  
[http://www.geoci-  
ties.com/tatoruhr-  
pott/tttt](http://www.geoci-<br/>ties.com/tatoruhr-<br/>pott/tttt)

c/o RAGE, August-  
Bebel-Str. 16-18,  
33602 Bielefeld,  
[r.a.g.e.@gmx.net](mailto:r.a.g.e.@gmx.net)

(Beratung bezüglich  
rechtschreibung und  
grammatick: operati-  
on idexif c/o buchla-  
den attatroll, herner-  
str. 16, 45657 reckling-  
hausen, antifa-rei@  
koma.free.de)

## Stoppt Hundetötungen!

Eine „Frau Dr. Jahn“ fordert im Namen der Bezirksregierung Köln alle BürgermeisterInnen und LandrätInnen des Bezirks und das Veterinäramt bzgl. von „Hunde[n], die selbst kein aggressives Verhalten zeigen, aber als Mischling oder reinrassiger Hund den in Anlage 1 aufgeführten aggressiven Rassen angehören“, zu folgendem Verfahren auf: a) Tötung der Anl.1-Hunde in den Tierheimen. b) Ausgesetzte und abgegebene Hunde der Anl.1 sollen getötet werden. c) Wegen nicht artgerechter Haltung weggenommene Hunde der Anlage 1 sollen getötet werden [...] Die MitarbeiterInnen des Tierheim Olpe (<http://home.t-online.de/home/tierheim-olpe>) wollen sich nicht zu HenkerInnen machen lassen und bitten um Proteste bei der Bezirksregierung Köln: „Bitte helfen Sie mit, diese Hunde zu retten und Frau Dr. Jahn zu stoppen!“

Weitere Infos zum Thema „Kampfhunde“: *Verordnungen der einzelnen Bundesländer, Kritik und mögliche Rechtsmittel auf folgender Netzseite:* <http://tierrechte.de/themen/hunde/>

## Präzedenzfall: Stadt verweigert Tierzirkus Platz

Die Stadt Neustadt an der Weinstraße will ihre Festwiese in Zukunft nicht mehr an Zirkusse mit Tieren vermieten. Als Grund wurde genannt, dass die Wiese dann auch als Parkplatz genutzt werden müsste. Der Leiter des Ordnungsamtes gab allerdings bekannt, durch diese Massnahme – der möglichst viele Städte folgen sollten – Zirkussen mit Tieren ihre Existenzgrundlage entziehen zu wollen, da die Tiere in diesen Unternehmen grundsätzlich nicht artgerecht gehalten würden. Nun erwägen unter anderem der Bundesverband der Tierlehrer und verschiedenen Zirkusse – darunter „Fliegenpilz“ – eine Klage gegen die Stadt.

Weitere Infos: Arbeitsgruppe Zoo und Zirkus, e-mail: [weber@tierrechte.de](mailto:weber@tierrechte.de), netzseite: <http://www.tierrechte.de>

## „Schwarze Liste“ gegen TierschutzprofiteurInnen

Einige Menschen haben sich vorgenommen Natur-, Tierschutzvereine und ähnliches, die unter diesem „Deckmantel“ hauptsächlich abkassieren (mit ätzenden DrückerInnen an Plastikinfoständen mit Bürofölien-Infomappen) oder sogar für die Gegenseite arbeiten (wie z.B. züchtende und sporttreibende „Tierfreunde“, ...) zu erforschen und zu outen. Sie sehen dies als schwierige Aufgabe an und freuen sich vermutlich über Unterstützung.

Genauere Informationen gibt es bei der Privatinitiative Tierschutz (PIT) c/o Lothar Schwarz, Rosenweg 5, D-79336 Herbolzheim, Tel.: 07643/6877, Mobil: 0177/7282733, Fax: 07643/8537, [lothar.schwarz@t-online.de](mailto:lothar.schwarz@t-online.de)

## veganissimo.de

<http://www.veganissimo.de> ist eine überarbeitete Internet-Version der bekannten veganissimo-Reihe, Neben veganissimo eins, der Referenz zu „tierlichen Inhaltsstoffen und ihren Alternativen“, und veganissimo zwei, dem „Handbuch der Tierrechte“ mit Fragen und Antworten zu rund 180 praktischen und theoretischen Aspekten der Tierrechte, ist veganissimo drei ein besonderes Highlight: Das „Literaturverzeichnis der Tierrechte“ wurde für den Relaunch grundlegend überarbeitet. Es enthält nun mehr als 520 deutsche, englische und italienische Buchtitel, die mit Hilfe einer neuen Datenbank durchsucht oder nach Themenbereichen durchstöbert werden können. Zu jedem Buch gibt es Informationen zum Inhalt, bibliographische Angaben und lieferbare Bücher können sofort bestellt werden.

## Jagender Tierschutzvereins-Vorsitzender

Der langjährige Vorsitzende des Tierschutzvereins Hoyerswerda, Eberhard Kneschke aus Lauta wurde kürzlich vom sächsischen Minister für Umwelt und Landwirtschaft, Steffen Flath, in den Beirat der Obersten Jagdbehörde des Staatsministeriums berufen. Damit ist er „in diesem Gremium für alle Fragen und Probleme des Tierschutzes im Land Sachsen zuständig“.

Protest dagegen: *Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft, Tel: 0351/ 564 6801 Fax: 0351/ 564 6883, Albert Strasse 10, 01097 Dresden. Postanschrift: 01075*



## AktivistInnen helfen einander ...

Bitte wendet euch an die TTTT-Redaktion, wenn ihr helfen könnt...

+++ JagdgegnerInnen suchen Studien zum Verhalten von Wildtieren in jagdfreien Gebieten, um gängige Vorurteile wie „Explosionsartige Vermehrung der Tiere“ ... auch mit „wissenschaftlicher Untermauerung“ zu widerlegen. Auch ExpertInnen, die diese Studien vor Gericht darlegen, sind begehrt.

+++ Von ehrenamtlichen HelferInnen in Tierheimen werden Informationen über die Auswilderung von (2 handaufgezogenen, männlichen) heimischen Füchsen und evt. geeigneter Platz zur Unterbringung eines Fuchses (von Auto angefahren und zur Zeit in Behandlung) dringend gesucht. Naturschutzverbände antworteten auf persönliche Anfragen u.a. mit Argumentationen wie: „Es gibt zu viele Füchse“, und lehnten Mithilfe ab!

## A.L.F./„Fahrrad-Guerilla“ Prozess in Belgien in Sicht

Am 23.11.1998 wurden in Antwerpen, Belgien zwei Frauen festgenommen und in Untersuchungshaft gesteckt. Ihnen wurden Verbindungen zu Brandanschlägen auf McDonalds-Filialen und fleischverarbeitende Betriebe unterstellt. Die Festnahmen erfolgten nach einer Fernsehsendung in der die beiden maskiert als Animal Liberation Front (A.L.F.) SprecherInnen auftraten und Infos zum Thema aus dem Internet äußerten. Beide sind aktiv in der „Fahrrad-Guerilla“, von „Spaak en Tandrad“, die durch Blockaden von Kreuzungen gegen Autoverkehr in den Städten protestieren und kostenlose Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen wollen. Das Gericht will nun zusammen mit dem ersten (nahezu in sich zusammengefallenen Vorwurf) gegen die beiden und 3 andere wegen

vorsätzlicher Eingriffe in den Strassenverkehr vorgehen, mit Strafandrohung von 5 bis 10 Jahren Gefängnis, obwohl dieser Paragraph auf friedliche Blockaden eigentlich nicht angewendet werden darf! Das Gericht hat bisher mehrere Hausdurchsuchungen veranlaßt, eine Versammlung der UnterstützerInnengruppe abgehört, DNA Tests durchführen lassen, Leute willkürlich verhaftet, alles ohne Erfolg. Der einzige „Beweis“, nach 2 Jahren Verfahren gegen die A.L.F. und regelmäßig abbrennenden Tierqualbetrieben, ist ein halbverbranntes Streichholz. Zu dem Verfahren wird eine Netzseite erstellt.

An folgende eMail kann Mensch seine eMail-Adresse schicken, um neue Infos zu bekommen: [memo@ecoline.org](mailto:memo@ecoline.org)



Dresden, e-mail: [info@smul.sachsen.de](mailto:info@smul.sachsen.de). Der Hoyerswerdaer Tierschutzverein ist im „Deutschen Tierschutzbund“ organisiert, welcher sich eigentlich gegen die Jagd (Infoheft: „Jagd ist Out“) ausspricht. Inhalte des Vereins glaubwürdig?

Bitte protestiert daher auch beim Tierschutzbund, Deutscher Tierschutzbund, Baumschulallee 15, 53115 Bonn, Tel. 0228/604960, Fax 0228/6049640



### Internationale Aktionswoche gegen „Primatenzentrum“

Im niederländischen Rijswijk findet vom 23.–30. Oktober 2000 eine Internationale Aktionswoche gegen das „B.P.R.C.“ – Europas größtes Primaten-Forschungszentrum statt. Dort werden 1600 Primaten „für wissenschaftliche Zwecke“ gefoltert. In England wurde nach massiven Protesten die Schließung eines vergleichbaren Zentrums, der Shamrock Farm, erreicht. Das nächste Ziel ist das „B.P.R.C.“-Rijswijk. Close down the biomedical Primate Research TORTURE Center!

Info: [runtah@hotmail.com](mailto:runtah@hotmail.com) oder: koen, postbus 10233, NL-2501 HE Den Haag.

### Ö-termine

2. September 2000, Samstag, in ganz Deutschland  
**Kampagne gegen Pelz bei C&A**  
 ruft auf zu gleichzeitigen Aktionen aller Art bei C&A Filialen in eurer Stadt (auch dann, wenn dort derzeit keine Pelze verkauft werden). Info: für – cruel & anti – animal, fonfax: 02 34 – 2 97 08 57 oder eMail: [CundA\\_\\_boy-coff@yahoo.de](mailto:CundA__boy-coff@yahoo.de)

11.-14. September 2000 am Universitätsklinikum Essen (Proteste gegen die)  
**Tagung der „Gesellschaft für Versuchstierkunde“**  
 (<http://www.gv-solas.de>), evt. Info: [tierrechtsini@koma.free.de](mailto:tierrechtsini@koma.free.de), Tel.(AB) 0208-498870

17. September 2000, Sonntag in Herzogenrath bei Aachen (NRW)  
 Es gibt viel veganes Essen, Live-Musik, Kinderunterhaltung, Infostände und nette Leute im Soziokulturellen Zentrum Klösterchen, Dahlemer Str. 28 (wird wieder ausgeschildert sein)  
 Infos: Tel. 02406-929279, Fax: 02406-79229, e-mail: [jeannine@vegan-welt.de](mailto:jeannine@vegan-welt.de)

22. – 24. September 2000 (Freitag bis Sonntag) in Ammersbek  
**Rein pflanzlich wirtschaften? Die Tiere und der ökologische Landbau**  
 Wochenend-Seminar im Haus Schüberg, Wulfsdorfer Weg 33, 22949 Ammersbek/Holsbüttel. Kosten: 140,- DM für Verdienende, 90,- DM für Nichtverdienende, incl. Unterkunft und Verpflegung. Info: Projekt ökologisches lernen und Handeln, fon: 040 – 6 05 10 14, fax: 040 – 6 05 25 38

30. September 2000, Samstag, in Frankfurt/Main  
**Demo gegen Schlachttiertransporte**  
 in Frankfurt/Main, Treff: 11.00 Uhr, Platz vor der alten Oper, ab 12.00 Uhr: Marsch durch die Innenstadt, Abschlusskundgebung: Platz vor der Paulskirche. Info: die Tierschutzpartei – <http://www.tierschutzpartei-mut.de>

14. Oktober 2000, Samstag, in Marburg  
**Über die Wirklichkeit von Tierversuchen**  
 Vortragsveranstaltung der Tierschutzpartei im Marburger Congress-Center, Frankfurter Str.  
 Einlass: 18.30 Uhr, Ende: ca. 21.30 Uhr, Eintritt frei, Referate von Dr. Walter Schmidt, Vorstand der Ärzte gegen Tierversuche. Info: die Tierschutzpartei – <http://www.tierschutzpartei-mut.de>

21. Oktober 2000, Samstag, in Orsbach (NRW)  
**Demo gegen Pelzfarm**  
 Aachen-Orsbach (52xxx), Beginn: 14.00 Uhr – Treffpunkt Kirche Orsbach, Ende gegen 16.30 Uhr. Infos unter: 0 24 06 – 7 92 29 oder [tv\\_g\\_aachen@tierrechte.de](mailto:tv_g_aachen@tierrechte.de)

23. – 30 Oktober 2000 in Rijswijk, Niederlande  
**Internationale Aktionswoche gegen das „B.P.R.C.“**, Europas größtes Primaten-Forschungszentrum. Close down the biomedical Primate Research TORTURE Center! Info: [runtah@hotmail.com](mailto:runtah@hotmail.com) oder: koen, postbus 10233, NL-2501 HE Den Haag.

**Aktuelle Demo- und Veranstaltungen-Termine gibt es ...**  
 ... im Internet:  
<http://www.die-tierbefreier.de/termine>

...auf dem Tierrechts-Infotelefon:  
 Termine abrufen: 02 08 – 59 34 02  
 bekanntgeben: 02 08 – 59 34 00  
 zufaxen: 02 08 – 59 34 01  
 TierquälerInnen hören mit!

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst 2000 **51**  
 ● Kurznotiert

## TierquälerInnen feiern sich

Tagung der „Gesellschaft für Versuchstierkunde“ (<http://www.gv-solas.de>) vom 11.-14. September 2000 am Universitätsklinikum Essen: „Das wissenschaftliche Programm enthält die Themenschwerpunkte Gentherapie, transgene Tiere, Ischämie [Blutmangelversorgung einzelner Organe] und Reperfusion [?] sowie Labortierernährung. Darüber hinaus erwarten Sie weitere, thematisch nicht näher festgelegte versuchstierkundliche Vorträge. Schon vor dem eigentlichen Kongress starten am Montag, 11.09.2000, die Seminarveranstaltungen „Isoliert-perfundierte Organe“, eine Internet-Fortbildung und eine Veranstaltung zu Fragen der Leistungserfassung und Kostenberechnung in Tierhaltungen. Auch das umfangreiche Programm, das von der Interessengemeinschaft der Tierpfleger/innen und technischen Mitarbeiter/innen (IGTp) parallel zu den wissenschaftlichen Sitzungen veranstaltet wird, lohnt die Fahrt nach Essen. [Anm. d. Red.: Unter anderem wird „Argumentationstraining“ angeboten]. Am Tagungsende empfiehlt sich die Fachexkursion zur Firma BAYER AG nach Monheim, bei der die Nutztierhal-

tung und der Pflanzenschutz-Bereich unter fachkundiger Leitung besucht werden können. Besonders herzlich laden wir zum Willkommensempfang ein, der in der Mensa, nahe der Anmeldungstische (Institutsgruppe I), stattfinden wird. Auch vom Gesellschaftsabend hoffen wir sehr, dass Sie bei guter Unterhaltung und kollegialen Kontakten in den Räumen einer alten Brauerei auf Ihre Kosten kommen. Mit herzlichen Grüßen, Prof. Dr. K. Militzer (für das Organisationskomitee)“.

**PROTESTE PLANEN:** Gegen diese Ansammlungen von VivisektorInnen aus der ganzen BRD und evtl. dem Ausland sind Demonstrationen geplant. Dazu werden von der [tierrechtsini@koma.free.de](mailto:tierrechtsini@koma.free.de) (oder (AB) 0208-498870) noch MitplanerInnen gesucht. Ansonsten macht euch selbst Gedanken, um den ForscherInnen eine unvergessliche Tagung zu bereiten!

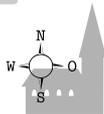


Ö-Verteiler  
**„Tierschutz - Tierrechte - Tierbefreiung“**  
 • Tierbefreiung aktuell



Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

52 Herbst 2000  
● Kurz  
notiert



Themenredaktion  
"Über den  
Tellerrand"

Redaktion:  
Florian Busch  
Jan Schenck

Post: Tellerrand  
c/o Jump  
Postfach 306137  
20327 Hamburg  
tellerrand@gmx.de  
(... mit eingeben!)

## Buchtipps

Oliver Tolmein  
Weit Macht Recht  
Konflikte im interna-  
tionalen System nach  
dem Kosovo-Krieg  
(2000, Konkret Lite-  
ratur Verlag, Ham-  
burg, 176 S.)  
Der Angriff der Nato  
auf Jugoslawien  
könnte zu einem Prä-  
zedenfall werden. Die  
NATO-Staaten führen  
Krieg und ignorieren  
hierbei die UN-Char-  
ta. Die einzelnen Tex-  
te dokumentieren, In-  
terviews, die Oliver  
Tolmein mit verschie-  
denen JuristInnen, Po-  
litologInnen und So-  
ziologInnen führte. Zur  
Regulierung interna-  
tionaler Konflikte, die  
Oberthema des Buches  
ist, werden neben  
militärpolitischer  
Bereiche auch die  
Rolle der WTO und  
der NGO's beleuch-  
tet.

# Die nächsten Kriege

Die nächsten Kriege kommen bestimmt – und Deutschland mischt wieder kräftig mit. Der Jugoslawien-Krieg war für den Umbau von Nato und Bundeswehr ein Exempel. Er steht für ein für eine neue Politik, in der das Völkerrecht bei Kriegseinsätzen auch mal außen vor bleiben kann. Die Bundeswehr wird umgebaut – hin zu einer Interventionsarmee, um in Zukunft effektiv Krieg führen zu können.

Veränderungen bei der Bundeswehr Zentral beim Umbau der Bundeswehr ist die Veränderung ihrer Qualität, wie Kriegsminister Scharping offen sagt: „Die Bundeswehr muß in der Lage sein, sich gleichzeitig an zwei Operationen mittlerer Größe zu beteiligen. [...] Die Ausrüstung der Bundeswehr wird umfassend modernisiert.“

Zum einen soll die Anzahl der real zur Verfügung stehenden Einsatzkräfte vergrößert werden. Zwar wird häufig in den Medien eine Verkleinerung der Bundeswehr auf 255.000 SoldatInnen diskutiert, doch diese Pläne, die u.a. durch eine Verkürzung des Grundwehrdienstes bis 2002 erreicht werden sollen, nichts mit einer Verringerung der realen Stärke der Bundeswehr gemein. Stattdessen wird die Kriegsführungsfähigkeit durch eine Vergrößerung des Kontingents real einsetzbarer SoldatInnen vergrößert werden. Es wird dann 150.000 einsatzbereite deutsche Einsatzkräfte geben, was fast einer verdreifachung der Anzahl von vor dem Jugoslawienkrieg (53.600) entspricht.

Begleitet wird dieser Umbau durch einen personellen Führungswechsel. Hans-Peter von Kirchbach, der „Held des Oderbruchs“ hat als Generalinspekteur der Bundeswehr ausgedient. Die Kampagne zum Imagegewinn hat gezogen und die Notwendigkeit, die Bundeswehr als Hilfsverein darzustellen, geht zurück. Kirchbachs Nachfolger als Generalinspekteur ist Harald Kujat, ein typischer Repräsentant der „Bundeswehr im Einsatz“. Kujat war als Nato-Vertreter in Sarajevo und steht als SPD-naher Mensch für den neuen Kurs der Bundesregierung. Auch der Gesamtjahrestat der Bundeswehr, der heute bei knapp 60 Mrd. DM liegt, wird jährlich um 2 Mrd. DM wachsen, wie Scharping in einem Interview der Welt gegenüber sagte. An gleicher Stelle bringt er den Umbau der Bundeswehr noch einmal auf den Punkt: „Viel wahrscheinlicher ist, daß auf dem Territorium anderer Länder deutsche Sicherheit verteidigt werden muß. Dazu braucht man Truppen, die beweglicher, leichter verlegbar, länger und über längere Distanzen versorgbar sein müssen.“ Eine teilweise als Friedensmaßnahme diskutierte Abschaffung der Wehrpflicht hat wenig mit einer Schwächung der Bundeswehr zu tun. Brächte ihre Abschaffung zwar für die individuell betroffenen Männer Vorteile, würde auch sie nicht mit einer neuen Strategie der Bundeswehr einhergehen, solange diese weiterhin aufgerüstet wird.

## Die Neue Nato-Strategie

Auch die Arbeitsweise der NATO verändert sich. So scheint die im Jugoslawienkrieg erfolgte „Selbstmandatierung“ keine Ausnahme gewesen zu sein, sondern

die neue Regel: „In diesem Zusammenhang erinnert das Bündnis an seine späteren Beschlüsse in Bezug auf Krisenreaktionseinsätze auf dem Balkan“, beschreibt die NATO ihre neue Strategie. Der einmal erfolgte Bruch der UN-Charta wird nicht etwa als illegaler und zu verurteilender Regelbruch behandelt, sondern als Veränderung der Arbeitsweise, an die die Regeln nun anzupassen seien. Ferner wurde sich darauf geeinigt, das Angriffsaktionen künftig innerhalb der NATO als völlig legitim betrachtet werden. Es soll zukünftig auch Einsätze geben, die sich nicht auf Artikel 5 des NATO-Statuts (NATO-Einsatz, weil ein NATO-Mitgliedsstaat angegriffen wurde) berufen. Vorangetrieben werden soll die Umstrukturierung der NATO durch noch mehr kleinere, kampforientierte Einheiten (also neue „Einsatzkräfte“) in den NATO-Armeen.

Die neue NATO-Strategie enthält also offensive und völkerrechtswidrige Elemente. Die Kriegsführungsmöglichkeiten der NATO sollen gestärkt und die UNO entmachtet werden. Die NATO ist zu einem Unsicherheitsbündnis geworden.

Sie bedroht mit ihrem Verständnis von „Sicherheit“ inzwischen andere Länder. Frieden wird zukünftig an vielen Stellen nur noch gegen die Interessen der NATO-Staaten möglich sein.

## Militarisierung der Europäischen Union

Auch die Europäische Union will sich noch stärker als bisher militarisieren. So wurde ein „sicherheitspolitisches Komitee“, ein EU-Militärausschuß und ein EU-Militärstab eingerichtet. Beschlossen wurde die Einrichtung einer aus 60.000 SoldatInnen bestehende EU-Interventionsgruppe, von der Deutschland 20.000 Menschen stellen soll.

Die neue NATO-Strategie wird derzeit auf die Bundeswehr durchdekliniert. Die NATO ist ein Interventionsbündnis geworden, die EU ist auf dem Weg zu einer Militärmacht und die Bundeswehr wird in eine Profi-Interventionsarmee verändert.

Quelle: dieser Text entstand auf der Basis eines Textes von Tobias Pflüger, nachzulesen im Internet auf den Seiten der Informationsstelle Militarisierung, [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

# Rassismus in Mitte der Gesellschaft Für ein Verbot des Nazi- Liedes ‚Rot scheint die Sonne‘ bei der Bundeswehr

Rassismus kommt nach Auffassung der AKTION 3.WELT Saar aus der Mitte der Gesellschaft und nicht von einigen wenigen Jugendlichen. Es existiert ein breit verankerter nationalistischer Bodensatz, der in den letzten Jahren von vielen Parteipolitiker/innen verharmlost und zum Teil verbal unterstützt worden ist.

Beispielhaft sei auf das Nazilied „Rot scheint die Sonne“ verwiesen, das offizielles Liedgut der Saarlandbrigade ist und dort regelmäßig gesungen wird. Diese Eliteeinheit der Bundeswehr gehört zu den Fallschirmjägern und war bisher an allen Auslandseinsätzen beteiligt. Die Saarlandbrigade umfaßt vier Kasernen in Rheinland-Pfalz und dem Saarland: Zweibrücken, Saarlouis, Merzig und Lebach. „Rot scheint die Sonne“, wurde 1940 zur Hochzeit der nationalsozialistischen Eroberungsfeldzüge als Auftragsarbeit komponiert. In diesem Lied heißt es beispielsweise:

„Werft an die Motoren, schiebt Vollgas hinein.  
Startet los; fliegt an; heute geht es zum Feind.  
... Klein unser Häuflein, wild unser Blut,  
wir fürchten den Feind nicht und auch nicht  
den Tod;

wir wissen nur eins, wenn Deutschland in Not;  
zu kämpfen, zu siegen, zu sterben den Tod“

Wer dies in der Mitte der Gesellschaft zuläßt, braucht nachher keine Krokodilstränen zu vergießen, wenn die Saat aufgeht. Bevor über runde Tische gegen Rechts nachgedacht wird, muß erkannt werden, dass Rassismus kein kulturelles Mißverständnis ist, sondern auf einer Gemengelage von Interessen beruht. Im Kern ist Rassismus ein Mittel in einem immer aggressiveren Verteilungskampf um materielle Güter. Mit diesem offen bekundeten und nationalistisch begründeten Recht des Stärkeren wird im Inneren der BRD nur das nachvollzogen, was die geltenden verteidigungspolitischen Richtlinien für die Außenpolitik vorgeben: Die weltweite Einsatzbereitschaft der Bundeswehr im Kampf um den Zugang zu den strategischen Rohstoffen.

Ein guter Anfang für antirassistische Arbeit wäre das seit Jahren geforderte Verbot des Naziliedes „Rot scheint die Sonne“ bei der Bundeswehr.

Hans Wolf

### Law and Order in München

Viele bayerische Polizeibeamte sind offensichtlich keine „Engel“. Allein zwischen 1997 bis 1999 wurden 2400 Strafermittlungsverfahren und 545 Disziplinarverfahren gegen Polizisten des Freistaats eingeleitet. „Die alarmierenden Zahlen zeigen deutlich, dass die Skandale von der Wies'n Wache über diverse Mobbing-Fälle bis hin zur Ottobrunner Rotlichtaffäre alles andere als Einzelfälle darstellen“, empörte sich nun Susanna Tausendfreund von der Grünen Landtagsfraktion.

### Peltier immer noch in Haft

Leonard Peltier ist einer der bekanntesten Menschen aus dem American Indian Movement.

Seit über 24 Jahren sitzt er jetzt im Gefängnis wegen, eines angeblichen Mordes an zwei FBI-Agenten. In dieser Zeit hat sich sein Gesundheitszustand sehr verschlechtert und ihm drohen Ge-

hirnschlag und Herz- und Nierenprobleme. Trotz seines Gesundheitszustands hat er nie aufgehört zu kämpfen. Aus dem Gefängnis unterstützt er weiter das AIM und viele Kampagnen zur Verbesserung der Lebenssituation der Indianer in den USA. Außerdem ist sein Fall zum internationalen Symbol für die Ungerechtigkeit gegen die Indianer geworden.

Nach einer Interimsanhörung am 12 Juni im Bundesgefängnis Leavenworth, Kansas, lehnte der Prüfer der Strafaussetzungskommission eine Vorzeitige Haftentlassung Leonard Peltiers ab. Auch in diesem Prozess geht es nur darum Minderheiten zu Unterdrücken, denn obwohl der Staatsanwalt mehrmals zugegeben hat, das er nicht weiß, wer die beiden Agenten umgebracht hat sitzt Leonard Peltier in Haft.

Das AIM kämpft seit Jahrzehnten gegen die Unterdrückung Indigener Völker in den USA und hat auch schon viel erreicht, genau dies passt den USA nicht und so wollten sie einen der wichtigsten Führer aus dem Verkehr ziehen dies ist ihnen aber nicht gelungen.

### 58 Tote Flüchtling in Dover

„Das ist ein fürchterliches Ereignis. Ich bin zutiefst erschüttert über den Verlust an Menschenleben“, sagte Großbritanniens Innenminister Jack Straw erschüttert. Doch es sind Straw, seine New Labour-Regierung und deren Abschiebepolitik, die die 58 chinesischen Flüchtlinge gezwungen hat sich unter lebensgefährlichen Umständen in einem Container zu verstecken um nach Großbritannien zu kommen. In diesem Container wurden sie dann in Dover tot aufgefunden und es folgte eine Welle der Betroffenheit bei den Verantwortlichen.

Vor zwei Jahren noch kamen Flüchtlinge aus asiatischen Staaten noch mit der Economy Class im Flugzeug nach London-Heathrow und stellten dort einen Asylantrag. Doch dann verfügte die New-Labour Regierung eine Strafe, welche die Airlines zu bezahlen hatten, wenn sie Menschen ohne gültige Papiere befördern. Dies hatte zur Folge, dass die Flüchtlinge nur noch die Möglichkeit hatten zu versuchen eines der raren Touristenvisa zu ergattern.



Herbst 2000

● Kurz notiert

53

## Aufruf für Politik- und Meinungsfreiheit

Dem politischen Bewusstsein an den deutschen Hochschulen droht die systematische Trockenlegung. Klagen gegen Studierendenvertretungen aufgrund sogenannter „allgemeinpolitischer“ Betätigung führen in verstärktem Maße dazu, die Auseinandersetzung über gesellschaftliche Probleme unter Studierenden einzuschränken. Seit Beginn der 90er Jahre hat eine restriktive Rechtsprechung die Beschäftigung mit Themen wie Sozialabbau, Asylpolitik, Wohnungspolitik, Geschlechterverhältnisse, Energiepolitik etc. untersagt und unter Strafe gestellt. Unterbunden wird damit die Auseinandersetzung über gesellschaftliche Grundlagen, die sowohl das Leben der Studierenden als auch die Ausrichtung von Forschung, Studium und Lehre bestimmen.

Die Verfasste Studierendenschaft stellt eine Institution dar, die es den Studierenden ermöglicht, sich an der Auseinandersetzung über Hochschule und ihre gesellschaftlichen Grundlagen zu beteiligen. Mit der Abschaffung der Verfassten Studierendenschaften in Bayern und Baden-Württemberg in den Siebziger Jahren aufgrund unerwünschter gesellschaftskritischer Betätigung wurden die – an sich nur unzureichenden – studentischen Einflussmöglichkeiten bisher am radikalsten eingeschränkt. Gleichzeitig werden mit dem Verbot „allgemeinpolitischer Betätigung“ durch die Verwaltungsgerichte die verbliebenen Verfassten Studierendenschaften in ihren Handlungsmöglichkeiten weiter beschnitten. Im Endeffekt entscheiden nicht mehr die Studierenden, was ihre VertreterInnen tun dürfen und was nicht, sondern einzelne KlägerInnen und Verwaltungsgerichte: Die juristische Auseinandersetzung ersetzt in diesen Fällen die demokratisch-politische Entscheidung über das, womit sich die Studierendenvertretungen und damit indirekt auch Hochschule und Wissenschaft beschäftigen können.

Die dabei vorgenommene Trennung von „Hochschulpolitik“ und „Allgemeinpolitik“ erzeugt die Illusion, Hochschule, Studium und Wissenschaft könnten wertneutral und unpolitisch sein. Dies ist jedoch faktisch unmöglich: Entweder reproduzieren die Hochschulen unkritisch

das Bestehende – oder sie thematisieren auch gesellschaftliche Zusammenhänge und greifen in aktuelle gesellschaftliche Debatten ein. Selbst das erzwungene Schweigen der Studierendenschaften hat „allgemeinpolitische“ Konsequenzen in dem Sinne, dass es zur unreflektierten Reproduktion gesellschaftlicher Probleme führt: denn wer beispielsweise ein offenkundiges Problem wie Rassismus ignoriert – oder ignorieren muss – trägt mit dazu bei, dass dieses bestehen bleibt.

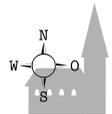
Dass die Verfasste Studierendenschaft auch öffentlich zu gesellschaftlich relevanten Themen wie Umwelt von unten, Arbeitslosigkeit oder Wohnungsnot Stellung nehmen muss, trägt nur der banalen Tatsache Rechnung, dass Studierende nicht bloß in Hochschulstrukturen leben, sondern darüber hinaus gravierend von gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen betroffen sind. So haben grundlegende wirtschafts- oder arbeitsmarktpolitische Entscheidungen zweifelsohne stärkere Auswirkungen auf das Leben und Lernen der Studierenden als die Erhöhung oder Senkung des BaFöG um ein paar Mark. Darf dieser Zusammenhang zwischen allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnissen und individueller Lebenssituation nicht thematisiert werden, so führt dies dazu, dass Studierende gesellschaftliche Beschränkungen als ihre individuelle Beschränktheit wahrnehmen.

Verfasste Studierendenschaften bieten Studierenden eine institutionelle Grundlage, um deutlich wahrnehmbar in die Auseinandersetzungen um die Zukunft von Hochschule, Wissenschaft und Gesellschaft einzugreifen. Dazu ist es in einer demokratischen Gesellschaft jedoch auch notwendig, diese Diskussion ohne Zensur und Repression (z.B. gegen sogenannte „allgemeinpolitische“ Betätigung) führen zu können.

Wir fordern daher:

- Das Recht auf freie Meinungsäußerung auch für die Studierendenschaften!
- Die Verankerung selbstverwalteter Verfasster Studierendenschaften mit Politischem Mandat im Hochschulrahmengesetz!
- Die sofortige Einstellung der Kriminalisierung von StudierendenvertreterInnen aufgrund ihrer politischen Arbeit!

Weitere Informationen: ReferentInnen-Rat der HU Berlin Referat für das Politische Mandat Oliver Stoll Unter den Linden 06, 10099 Berlin Tel: 030-2093 2603, Fax: 030-2093 2396 [refrat@refrat.hu-berlin.de](mailto:refrat@refrat.hu-berlin.de) <http://www.refrat.hu-berlin.de/pm> + Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit „PM-Bündnis“ c/o FH Giessen Wiesenstr. 10, 35390 Giessen Tel: 0641-3010815, Fax: 0641-9303122 [pm@asta.fh-giessen.de](mailto:pm@asta.fh-giessen.de) <http://studis.de/pm>



Ö-Verteiler „über den Tellerrand“

- FZS-Rundbrief (ASTAs)
- Gegenwind (Schleswig-Holstein)



Bundesweites Verzeichnis der Tagungshäuser 2000/2001... umfangreiche Vorstellung der Häuser.  
8 DM plus 2 DM Porto bei der Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen



Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

54

Herbst 2000

● Kurz  
notiert



## Themenredaktion "Umweltbildung"

Julia Berndt  
Falkenried 40c  
20251 Hamburg  
berndt@erzwiss.  
uni-hamburg.de

Birthe Hesebeck  
Hauptstr.66  
37083 Göttingen  
Hesebeck5@aol.com

Daniel Rumpold  
Tel: 0345/5603329  
daniel.rumpold@  
student.uni-halle.de

Claudia Fermor  
Emil-Janssen-Str.17  
22307 Hamburg  
fermor@erzwiss.  
uni-hamburg.de

## Redaktionswechsel

Nach zwei Jahren Redaktionsarbeit für das Ressort „Umweltbildung“ höre ich nun mit dieser Tätigkeit auf. Julia, Claudia, Daniel und Birthe werden jetzt diese Aufgabe übernehmen. Ich habe Lust, in einem anderen Bereich für die Ö-Punkte zu arbeiten. Ich werde aber sicher auch noch den einen oder anderen Artikel für die Umweltbildungsrubrik schreiben. Viel Spaß mit dem neuen Redaktionssteam.

Peter

## Weiterbildendes Fernstudium: Umwelt und Bildung

Die UNI Rostock bietet das weiterbildende Fernstudium „Umwelt & Bildung“ zum Wintersemester 2000/2001 an. Für Menschen, die im Umweltbereich arbeiten und sich mit Hilfe einer Zusatzqualifikation neue Berufsfelder erschließen möchten oder „nur einfach“ ihren Horizont erweitern wollen, ist das Studium vielleicht von Interesse. Es werden sowohl pädagogische Grundlagen der Umweltbildung als auch fachwissenschaftliches Ba-

siswissen vermittelt. Zu den Inhaltsschwerpunkten gehören: der pädagogisch, methodisch, didaktische Bereich; Umweltfragen in der Soziokultur, der Ökologie und der Medizin sowie Wissenswertes über die Ressourcen der Erde.

Besonders zu loben ist, daß dieses Aufbaustudium auch einen praxisbezogenen Baustein beinhaltet. Der gelernte Stoff soll nämlich studienbegleitend in Projektarbeit umgesetzt werden. Die Studiendauer beträgt drei Semester. Zugangsvoraussetzungen sind ein Hochschul- oder Fachhochschulabschluß. Es ist aber auch möglich nach einem Eignungsgespräch in der Studienberatung eine qualifizierende Berufstätigkeit anerkennen zu lassen.

Kosten: Pro Semester sind 850 DM + Studentenschaftsbetrag zu entrichten. Studienbeginn ist der 20. Oktober 2000. Bewerbungsschluß ist der 15. September.

Infos: Universität Rostock, Dezernat Studium und Lehre, wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium, Schwaansche Straße 5, 18055 Rostock, Tel: 031 / 498 - 12 60, Internet: <http://uni-rostock.de/studium.htm> (C.F.)

## Moin, wir sind die Neuen!

Ab dieser Ö-Punkte-Ausgabe werden wir Euch künftig über die Geschehnisse, Literatur etc. rund um die Umweltbildung auf dem Laufenden halten. Wir, das sind Julia Berndt, Birthe Hesebeck, Daniel Rumpold und Claudia Fermor.

Zu uns: Julia war mal bei Robin Wood und danach in mehreren Umwelt- und politischen Gruppen, in denen wir uns mit Anti-AKW-Arbeit, Bildungs- und Sozialabbau und Globalisierung beschäftigten. Im Moment teamt sie Seminare zu ökologischen Themen.

Claudia hat eine zeitlang in der Umweltprojektwerkstatt in Hamburg mitgemischt, sowie beim BUND Kinder- und Jugendgruppen geleitet. Im Moment beschäftigt sie sich intensiver mit der Waldkindergarten-Idee. Julia und Claudia kommen aus Hamburg und studieren Pädagogik im Endstadium. Birthe, 29 Jahre, studierte Biologie in Göttingen. 1998 bis 2000 leitete sie den Rudi Rotbein Club im Naturschutzbund NABU, einen bundesweiten Umweltclub für Kinder. 1998 gründete sie zusammen mit 6 Kollegen das Unternehmen „Arillus – Umweltbildung, Beratung, Naturerlebnis – GmbH“, in dem sie heute als Geschäftsführerin tätig ist.

„Hallo ich bin der dritte Mitarbeiter der Umweltbildungsredaktion. Mein Name ist Daniel Rumpold und ich studiere Geographie in Halle/Saale. Ich finde den Umweltbildungsbereich unheimlich spannend und freue mich darauf Euch bald einen ersten Artikel liefern zu können.“

## Aufruf

Wenn Ihr Ideen, Vorschläge oder vielleicht auch inspirierende Artikel oder Themen zum Veröffentlichen habt, scheut Euch nicht. Mailt uns, schreibt uns oder ruft an. Julia sucht insbesondere Infos zu emanzipatorischer Umweltbildung; zu antiautoritären Ansätzen und zu der Richtung „ökologisches Lernen“. Für jeden Hinweis bin ich dankbar!

Julia, Birthe, Daniel und Claudia

## FÖJ auch international

In Schleswig-Holstein werden Kontakte zu den baltischen, aber auch anderen Ländern aufgebaut. Mit Dänemark besteht bereits eine Kooperation. Falls Ihr Interesse an einem FÖJ im Ausland habt, meldet Euch beim Jugendpfarramt der nordelbischen evangelisch-lutherischen Kirche, FÖJ-Betreuungsstelle, Hinrich Goos, Koppelsberg 1, 24306 Plön, Tel. 04522/507-180, [oekojahr@koppelsberg.de](mailto:oekojahr@koppelsberg.de), [www.koppelsberg.de](http://www.koppelsberg.de)

Quelle: Akademie Infobrief Februar 2000 (J.B.)

## Quellen

AKADEMIE infobrief, 12. Ausgabe, Februar 2000: Mitteilungen der Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein

Rundbrief Ökopädagogik, Ökoprotjekt MobilSpiel e. V., 8. Jahrgang, Juli 2000

Institut für Ökologie, Reader Umweltbildung; Bezug: MAUS-Materialversand, Postfach 18 18, 36228 Bad Hersfeld, Fax: 066 21/2170, Bezugspreis DM. 12,- plus Porto (J.B.)

# Umweltbildung im Internet

In der Juliaausgabe des Rundbriefs Ökopädagogik, Ökoprotjekt MobilSpiel e. V. befindet sich eine Kurzübersicht über Internetadressen, die für den Umweltbildungsbereich von Interesse sind. Hier eine kommentierte Auswahl:

### [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)

Website des ANU-Netzwerks. Hier können Informationen über 538 Einrichtungen der außerschulischen Umweltbildung abgerufen werden. Dazu gibt es einen Veranstaltungskalender, eine Materialienübersicht, eine ReferentInnenbörse und viele Links. Sinnvoll ist die nach Bundesländern sortierte Übersicht über die verschiedenen Umweltzentren.

### [www.oekopaedNews.de](http://www.oekopaedNews.de)

Unter dieser Adresse findet sich die kostenlose Internetversion der ÖkopädNews, des Infodienstes des ANU-Netzwerks. Sehr agendafreundlich, bezüglich der EXPO 2000 wird angemerkt, daß der Umweltaspekt zu sehr in den Hintergrund tritt.

### [www.Umweltschulen.de](http://www.Umweltschulen.de)

Adresse des Umweltbüro Nord e. V. Der Rahmen sind die Agenda 21 sowie Umweltmanagement/Öko-Audit. Darüber hinaus gibt es sehr detaillierte Tips, wie Schulen (und auch andere Einrichtungen) Energie und Wasser sparen, Müll vermeiden und das Schulgelände umgestalten können. Zudem wird über laufende Projekte berichtet.

### [www.umwelterziehung.de](http://www.umwelterziehung.de)

Website der DGU (Dt. Gesellschaft für Umwelterziehung), einem Verein überwiegend getragen von UmweltpädagogInnen, mit dem Ziel, eigene Ideen marktorientiert zu entwickeln und umzusetzen. Dienstleister für Bildungs- und Umweltministerien von Bund und Ländern. Projekte z. B.: Umweltschule, Energiesparen an Schulen. Über diese Projekte sind unter der og. Adresse Informationen zu erhalten.

### [www.umwelt-deutschland.de](http://www.umwelt-deutschland.de)

Hierbei handelt es sich um eine „multimediale Reise durch unsere Umwelt“. Sie wurde im Auftrag des Umweltbundesamtes für die EXPO 2000 zusammengestellt. Hier kann mensch zum Beispiel lernen, daß die Globalisierung dazu führen kann, daß ein weltweiter Umweltstandard eingeführt wird und daß globales Wirtschaftswachstum häufig mit der Anwendung moderner emissionsarmer Technologien einhergeht. Ein besonderes extremes Beispiel für den ungebrochenen Glauben an Wachstum und technische Lösungen.

## Umweltschutz von unten

Unter diesen Adressen finden sich Informationen über basisorientierte Prozesse in Umweltschutz und -bildung:

### <http://go.to/umwelt>

Die Website der „Umweltschutz von unten“ – Bewegung. Hier findet sich neben aktuellen Diskussionspunkten, Aktionen und Terminen die Rubrik: „Mit Vorträgen ein Stück Welt verändern“. Es geht darum, daß endlich öffentlich wird, was abläuft. Über die Lübecker Jugendumweltprojektwerkstatt können ReferentInnen zu verschiedenen Themen vermittelt werden. Beispiele sind: Kritik an Agenda 21 und EXPO 2000, runden Tischen und Umweltpolitik, Perspektiven zu emanzipatorischem Umweltschutz und emanzipatorischer Umweltbildung sowie für eine herrschaftsfreie Gesellschaft, Ansätze für eine konkrete Umweltschutzarbeit.

Kontakt: Referentenvermittlung c/o Umweltwerkstatt, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck

### [www.projektwerkstätten.de](http://www.projektwerkstätten.de)

Auf dieser Website stellen sich die verschiedenen Projektwerkstätten vor – allerdings ist Vieles schrecklich veraltet. Zudem gibt es einen Link zur Materialauswahl Umweltschutz (MAUS).



Der Infodienst für  
Umweltakteurinnen

Herbst 2000

● Kurz  
notiert

55

**Kaum zu glauben:**

In der eher durch Vereine und Ehrenamt geprägten Umweltbildungsszene tummelt sich inzwischen auch ein junges Unternehmen, das sich Umweltbildung und Naturerlebnis auf die Fahne geschrieben hat. Fortbildungen, Klassenfahrten, Kinderfreizeiten, Agenda-Projekte, Erlebnispfad- und Geländegestaltung sind nur eine Auswahl der Themen, denen sich Arillus – Gesellschaft für Umweltbildung, Beratung, Naturerlebnis mbH – stellt. Si-

cherlich kein leichtes Unterfangen. So steckt das interdisziplinäre, siebenköpfige Arillus-Team besonders viel Zeit in die Entwicklung neuer Methoden und innovativer Ansätze. „Nur dadurch bleiben wir Hip und bringen auch die Umweltbildung voran“, so Birthe Hesebeck von Arillus.

Nähere Infos und aktuelle Veranstaltungshinweise unter [www.umweltbildung.com](http://www.umweltbildung.com) oder bei Arillus GmbH, Im Beeke 17, 37075 Göttingen. (B.H.)

# Seminarreihe: Umwelterziehung im Kindergarten

Ein Blick in das Veranstaltungsprogramm der Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg lohnt sich. Diese bietet nämlich neben interessanten und kostengünstigen Seminaren zu Umweltthemen auch einige spannende Tagesseminare im Bereich der Umwelterziehung im Grund- und Vorschulbereich an. Insbesondere für die praktische Umwelterziehung im Kindergarten werden Bildungsangebote gemacht. So findet beispielsweise eine Veranstaltungsreihe von Tagesseminaren „Umwelterziehung im Kindergarten“ statt. Bestimmte Themengebiete so z.B. Jahreszeiten, Na-

turelemente, Boden etc. werden praxisbezogen bearbeitet und naturwissenschaftlich und pädagogisch untermauert, so daß diese dann später leicht mit Kindern umgesetzt werden können. Zudem ist die Teilnahme dieser Seminarreihe für ErzieherInnen und Kinder- und JugendgruppenleiterInnen kostenfrei.

Infos: Akademie für Natur- und Umweltschutz beim Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg, Postfach 103439, 70029 Stuttgart. Tel: 0711/126-2818/15/16, <http://www.uvm.baden-wuerttemberg.de/> [akademie.poststelle@uvm.bwl.de](mailto:akademie.poststelle@uvm.bwl.de) (C.F.)

## Ö-termine

September in Wetzlar  
**Umwelterziehung International: Workshop mit Joseph Cornell**  
Der amerikanische Naturerlebnispädagoge Joseph Cornell (Bücher: „Mit Kindern die Natur erleben“ und „Mit Freude die Natur erleben“) kommt nach Deutschland. Cornells Naturerlebnisspiele haben auch Teile der Umwelterziehung beeinflusst. Cornell ermöglicht nach seinem Prinzip, dem „flow learning“, einen spielerischen ganzheitlichen Zugang zur Natur. Genauer Termin und Kosten standen bei Redaktionsschluß noch nicht fest. Infos: Naturschutzzentrum Hessen, Akademie für Natur- und Umweltschutz, Friedensstraße 38, 35578 Wetzlar, Tel: 06441/9248-55/O, [info@nzh-akademie.de](mailto:info@nzh-akademie.de)

21. September bei Bad Segeberg  
**Wald und Kreativität**  
Auf dem Seminar soll gezeigt werden, wie sich Umwelt- und Naturschutz am Beispiel des Lebensraumes Wald auf kreative künstlerisch – ästhetische Weise Kindern und Jugendlichen näher bringen läßt. Ihr werdet auf einer Wanderung in die Formen- und Farbenvielfalt der Wunderwelt Wald hineinschlüpfen und verschiedene künstlerische Möglichkeiten zur Gestaltung mit Waldmaterialien (Malen mit Erdfarben, Webbilder ...) kennenlernen.  
Kosten: 70 DM + Verpflegungskosten (erm. 35 DM) Ort: ErlebnisWald, Trappenkamp Daldorf. Anmeldung: Akademie für Natur und Umwelt Carlsstraße 169, 24537 Neumünster, Tel: 04321/9071-0, [anmeldung@umweltakademie.netzservice.de](mailto:anmeldung@umweltakademie.netzservice.de)

29.9. bis 1.10.2000 in Lüneburg  
**Earth Education Workshop mit Steve Van Matre**  
In diesem Workshop wird Steve Van Matre, der Begründer von „Earth Education“ in die Thematik am Beispiel des Programms „Erdhüter“ einführen. Auf diesem Seminar werdet ihr sowohl die grundlegenden Elemente des „earth education“- Ansatzes kennenlernen und am eigenen Leibe erfahren, als auch lernen eigene Programme nach diesen Prinzipien zu kreieren. Soviel sei gesagt: Bei „Earth education“ handelt es sich um einen ganzheitlichen Bildungsprozeß, mit dem Menschen geholfen werden soll umweltfreundlicher zu leben. Auf Basis dieses Ansatzes wurden zielgruppenspezifisch insbesondere für Kinder und Jugendliche spannende zielgerichtete Umweltbildungsprogramme mit Fantasie – Elementen, wie z.B. der „Erdhüter“ entwickelt, die sowohl in der Schule als auch im außerschulischen Bereich umsetzbar sein sollen. In vielen Umweltzentren wird dieser bereits 26jährige Ansatz angewandt (Mehr dazu in den nächsten Ö-Punkten).  
Kosten: 165 DM. (zzgl. Verpflegung und Übernachtung). Ermäßigung bitte erfragen. Anmeldung/Infos: The Institute For Earth Education Deutschland e.V., Postfach 1827, 21308 Lüneburg, Tel/Fax.: 04131-390903, [lee-d@lueneburg.de](mailto:lee-d@lueneburg.de), <http://www.uni-lueneburg.de/fb4/institut/ukomm/lee-d>

5. Oktober bei Stuttgart  
**Umwelterziehung im Kindergarten „Handwerken in der Naturwerkstatt“**  
Auf diesem Seminar wird sowohl die Bedeutung des Spiels in der freien Natur für die gesunde Entwicklung von Kindern beleuchtet als auch praktisch mit Naturmaterialien herumgewerkelt. Schon mal? was von Naturfernhören aus Holunderzweigen gehört...? Nebenbei erfahrt Ihr Wissenswertes über die Bedeutung der verwendeten Pflanzen und deren Stellung im Naturhaushalt.  
Kosten: Teilnahme kostenfrei. Anmeldung (schriftlich): Akademie für Natur- und Umweltschutz beim Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg, Postfach 103439, 70029 Stuttgart. Infos: 0711/126-2818/15/16



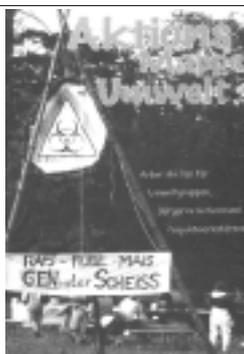
Ö-Verteiler  
"Umweltbildung"  
• Leider keiner.

**Der Tip:**

Aktionsmappe Umwelt - "die" Arbeitshilfe für Bürgerinitiativen, Umweltgruppen und alle, die konkret für den Umweltschutz eintreten wollen. Viele Seiten voller wertvoller Tipps, angefangen von der richtigen Rechtsform einer Gruppe über Aktionsformen und -recht bis zu Finanzen, Gestaltung eigener Zeitungen und die Pressearbeit. Im Anhang finden sich (kommunal)politische Forderungskataloge.  
280 S., im farbigen Otharner ... für 20 DM (plus Porto)

**Bestelladressen:**

Materialauswahl Umweltschutz, Postfach 1818, 36228 Bad Hersfeld  
Büchertisch "Landfriedensbruch", Ludwlgstr. 11, 35447 Reiskirchen



**Weitere Adressen, die von Nutzen sein können:**

**[www.umweltbibliotheken.de](http://www.umweltbibliotheken.de)**

Eine gute Übersicht über Umweltbibliotheken von Initiativen, Projektwerkstätten etc., zusammengestellt von der Grünen Liga.

**[www.umwelt.org](http://www.umwelt.org)**

Ein Computervernetzungsprojekt im Umweltbereich, weitere Themen: Frieden, Soziales und Menschenrechte. Das Netzwerk wurde aufgebaut vom Verein Mensch Umwelt Technik e. V.

**[www.projekte.org/eeen/](http://www.projekte.org/eeen/)**

Englischsprachige Seite. Vierteljährlich wird hier ein European-Environmental-Education-Newsletter, nur online, von einem Hamburger TU-Prof. herausgegeben. Etwas EU und agenda-lastig, aber ganz interessant, um einen Überblick zu bekommen, womit sich die akademischen Köpfe umweltbildungstechnisch weltweit beschäftigen.

**[www.eelink.net](http://www.eelink.net)**

Umweltbildung in den USA, auf den ersten Blick sehr auf Schulen bezogen.

**[www.gn.apc.org](http://www.gn.apc.org)**

Adresse der englischen Initiative Green Net. Hier sind englische Umweltprojekte und -firmen vernetzt.

**[www.nadir.org](http://www.nadir.org)**

Eine Suchmaschine für linke Politik und soziale Bewegungen.



**Lesetipp:**

J. Horsfall  
Mit Kindern die Natur erspielen (1999, Verlag an der Ruhr in Mülheim, 179 S., 24,80 DM)  
Ein Buch voller Spielideen – einfach nacheinander

der aufgeschrieben, ganz ähnlich dem Werk, daß bei der Wahl des Buchtitels Pate stand. Es ist daher ein Nachschlagewerk, kein Methodenbuch der Umweltbildung.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

56

Herbst 2000

• Kurz notiert



Themenredaktion "Umwelt & Entwicklung"

Umwelt- und Nord-Süd-Nachrichten (uns)  
Norbert Suchanek  
Siemensstr. 13  
84513 Töging am Inn  
n.suchanek@amanzonas.com  
comlink.apc.org

Ö-Verteiler "Umwelt & Entwicklung"

• Leider keiner.

## BAYER zu peruanischen Pestizid-Toten

Im Oktober letzten Jahres starben 24 peruanische Kinder an einer Pestizid-Vergiftung. Es gibt viele Hinweise darauf, dass das BAYER-Ackergift Methyl Parathion, Produktname FOLIDOL, der Auslöser war. Deshalb schrieb eine Mitarbeiterin der INFORMATIONSTELLE PERU einen Brief an das Chemie-Unternehmen. Darin forderte sie den Konzern auf, die betroffenen Familien zu entschädigen und den Verkauf von FOLIDOL in Peru einzustellen. In dem knappen Antwortschreiben lehnte der Chemie-Multi jede Verantwortung für das Unglück ab. Er verwies darauf, dass das zuständige Gesundheitsministerium mit Ethyl Parathion ein Pestizid als Vergiftungsursache ermittelt habe, das BAYER schon lange nicht mehr verkaufe. Hinweise auf FOLIDOL bezeichnete der Öffentlichkeitsarbeiter Dr. Jürgen Fröhling als reine Medien-Spekulation. Dies lässt sich jedoch nicht überprüfen. Vor Ort haben nämlich bisher weder die Opfer-AnwältInnen noch die VertreterInnen unabhängiger Initiativen die Ergebnisse der Ermittlungen zu Gesicht bekommen.

## Philippinen: Pestizide zerstören 700 Leben

Edward Rama, der auf einer Bananen-Plantage in der Nähe des philippinischen Dorfes Kamukhaan regelmäßig den Wirkstoff Bitertanol, enthalten z.B. in BAYERS BAYCOR, versprüht, leidet unter zahlreichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Er klagt ständig über Müdigkeit, Magenschmerzen, Hautjucken und Fieber. Ähnliche Symptome ruft Fenamiphos, der Wirkstoff von BAYERS NEMACUR hervor. Die Pestizid-Ausbringungen auf dem Bananen-Anbaugelände haben das Leben von 700 Menschen zerstört, so die Autoren der im Global Pesticide Campaigner erschienenen Reportage über das Dorf. Die Spritz-Einsätze, das verseuchte Wasser, die verunreinigten Lebensmittel und die mangelhaften Arbeitsschutz-Vorkehrungen haben unter anderem dazu geführt, dass Kinder mit Missbildungen auf die Welt kommen, Menschen an Krebs oder Durchfall-Attacken sterben und Fischer durch vergiftete Flüsse ihrer Lebensgrundlage beraubt worden sind.

## Gewalt gegen Minderheiten

„Gewalt gegen Minderheiten ist ein brennendes Problem überall in der Welt“, stellte jüngst ein Report der Vereinten Nationen fest. Der UN-Bericht prangert 10 Länder an, wo Minderheiten unter schlimmer Diskriminierung zu leiden haben: Indien, Israel, Nigeria, Russland, Spanien, Sri Lanka, Türkei, Uganda, Großbritannien und die USA.

## 5 Millionen Bürgerkriegsflüchtlinge

Während der vergangenen zehn Jahre wurden rund 5 Millionen Menschen durch sogenannte Bürgerkriege aus ihrem Land vertrieben, berichtet das United Nations Development Programme (UNDP). Oft ist der Kampf um Bodenschätze – wie Diamanten, Erdöl, Metalle – Ursache dieser Kriege, die durch den Verkauf dieser Bodenschätze an die Industrienationen wiederum am „Leben“ erhalten werden.



## Gifte gegen Drogen schaden Wäldern

Die Kampf gegen den Drogenanbau in Bolivien mit sowohl biologischen als auch chemischen Pflanzengiften sei ein Fehler und führe lediglich zur weiteren Zerstörung der Umwelt sowie zu Gesundheitsschäden bei der ländlichen Bevölkerung in den Andenstaaten, sagt Ricardo Vargas von der Nichtregierungsorganisation Andean Action. In Kolumbien habe das massive – von den USA finanzierte – Versprühen von starken Herbiziden aus der Luft nicht zu einem Rückgang des Koka-Anbaus geführt, sondern lediglich zu

## Konzerne sollten zahlen

Nach Ansicht des UN-Generalsekretärs, Kofi Annan, sollten Unternehmen und Konzerne für ihre Umweltsünden zur Kasse gebeten werden. Kofi Annan sagt, die meisten multinationalen Konzerne verdienen ihr Geld mit der Verschmutzung der Welt. Annan: „Sie häufen große Mengen an Geld und Reichtümern an, aber sie verschmutzen ebenso Flüsse und töten die Fische.“ Jedes Unternehmen müsste deshalb auch die Umweltkosten, die die Produktion verursacht, bezahlen. Der UN-Chef warnt: „Wenn wir weiter die Ressourcen der Erde so ausbeuten wie wir es jetzt tun, werden wir unseren Kindern keine gesunde Erde mehr hinterlassen können.“ Ob die rotgrüne Bundesregierung zugehört hat?

katastrophalen Schäden an den Regenwäldern in der Region. Als ökologisch besonders gefährlich habe sich überdies das großflächige Versprühen des Anti-Koka-Pilzes *Fusarium oxysporum*. Pech für die Bauern und Regenwaldvölker der Region: Der außer Rand und Band geratene Pilz zerstört auch Regenwaldpflanzen sowie die Yucca- und Erbsen-Felder der Kleinbauern.

„Die Welt hat genug für die Bedürfnisse eines jeden, aber nicht für die Gier eines Einzelnen.“

## Die Globalisierung von Armut

Das späte 20. Jahrhundert werde in die Geschichte eingehen, als eine Periode der globalen Verarmung. Seit den 1990ern habe sich diese Verarmung bis in alle Hauptregionen der Welt ausgebreitet inklusive Nordamerika, Westeuropa und den Staaten des ehemaligen Ostblocks sowie den sogenannten NIC-Staaten (Newly Industrialised Countries) Süd- und Ostasiens, stellte Michel Chossudovsky, Professor für Ökonomie an der University

of Ottawa in Kanada schon 1997 fest. Eine privilegierte Minderheit habe sich in den vergangenen Jahrzehnten extrem auf Kosten der Mehrheit der Menschen in der Welt bereichert. „Die Zahl der Milliardäre hat sich allein in den USA von 13 im Jahr 1982 auf 149 im Jahr 1996 erhöht“, sagt der Wirtschaftsforscher. Der derzeit etwa 450 Mitglieder zählende „Globale Milliardärsclub“ vereinige mehr Geldmittel als 56 Prozent der Weltbevölkerung.

## Weltbank finanziert Öl-Pipeline in Westafrika

Mit rund 700 Millionen Mark will die Weltbank weiterhin eine ökologisch bedenkliche 1100 km lange Öl-Pipeline vom Tschad durch Kamerun an die Atlantikküste finanzieren. Die zur Ausbeutung der Erdölquellen des Tschad notwendige Pipeline bedroht nicht nur ökologisch wertvolle Wald und Steppengebiete, sondern auch letzte Lebensräume von Pygmäen. Das gesamte Erdölprojekt soll während der geplanten 25 Jahre dauernden Ausbeutung den beteiligten Konzer-

nen – ExxonMobil aus den USA mit 40 Prozent Beteiligung, Petronas Malaysia mit 35 Prozent und Chevron USA mit 25 Prozent – Gewinne in Höhe von 16 bis 35 Milliarden Mark beschern. Die Regierung des Tschad – Eigentümerin der Erdölquellen – soll lediglich rund 2 Milliarden Mark davon kriegen – plus die möglichen Umweltschäden. Das nennt man heutzutage eine gerechte Gewinnverteilung zwischen Nord und Süd, oder?

Dank an die VOICE für den Comic.





### 13 Millionen sterben an vermeidbaren Seuchen

Dieses Jahr werden 13 Millionen Menschen an vermeidbaren Seuchen sterben, sagt der World Disasters Report 2000 des Internationalen Roten Kreuz. Im vergangenen Jahr starben 80.000 Menschen durch „natürliche“ Katastrophen wie Überschwemmungen und Erdbeben, aber erheblich mehr Menschen wurden Opfer von Seuchen. Die meisten dieser Toten hätten aber leicht und mit wenig Geld verhindert werden können, stellt der Report fest. Doch leider geben die meisten Regierungen der Entwicklungshilfenländer das Geld an der falschen Stelle aus. „Von den weltweiten Hilfsgeldern in Höhe von insgesamt 52 Milliarden US-Dollar, fließt lediglich eine halbe Milliarde Dollar in den Gesundheitssektor der Entwicklungsländer.“

### Ölunfälle in Afrika und Südamerika

Ölunfälle und kein Ende. Während in Südafrika Anfang Juli Tausende von Pinguinen unter einer Ölpest vor Nelsons Mandelas – inzwischen als internationales Naturschutzgebiet erklärten – ehemaligen Gefängnisinsel Robben Island zu leiden hatten, flossen wenig später Tausende von Litern Öl in einen der größten Flüsse Südbrasilien, den Rio Iguassu. Ob die weiblichen oder männlichen Autofahrer daran denken, wenn sie den Fuß auf's Gaspedal ihres Twingos, Lupos oder xy-Caprios drücken?



### USA: Paradies für Aktionäre – Armenhaus für Kinder

Die USA sind unbestritten das Paradies für clevere Aktienspekulanten. Millionen von Kindern hingegen bietet das Land der unbegrenzten (Anlage-)Möglichkeiten lediglich ein bitteres Dasein unter der Armutsgrenze. Jedes Fünfte Kind (22,4 Prozent) lebt im reichsten Land der Welt heute in Armut, berichtet UNICEF in seinem Jahresbericht über die Situation der Kinder weltweit. Während Nordamerika zu den Schlußlichtern zählt, sind die skandinavischen Länder das positive Gegenstück: In Schweden leben nur 2,6 Prozent und in Dänemark nur 5,1 Prozent der Kinder in Armut. Ähnlich gut geht es den Kindern nur noch in Finnland, Island und Norwegen. Grund sind die hohen Investitionen, die die skandinavischen Länder in die Fürsorge ihrer Bevölkerung stecken. Dänemark gibt beispielsweise pro Kopf rund 640 Mark und Norwegen 600 Mark aus, während die USA knausern und lediglich 64 Mark übrig haben.

### UN: 60 Millionen Asiaten von Dürre bedroht

Eine ernste Trockenheit bedroht über 60 Millionen Menschen in Afghanistan, Tadschikistan, Pakistan, Indien und Iran, warnte die UN vergangene Juli. Wenn nicht schnell Finanzhilfe geleistet werde, könnte es zu einer Naturkatastrophe einer großen menschlichen Tragödie führen.

### Anti-Genfood-Kampagne in den USA

Auch in den USA findet GEN-Food nicht nur Freunde. Eine Koalition von amerikanischen Verbraucher- und Umweltschutzorganisationen hat nun die Campbell Soup Company und Kelloggs (die guten Cornflakes!) aufgefordert, alle genetisch manipulierten Zutaten aus ihren Produkten zu nehmen.

### Shrimps und Sklavenarbeit

Jährlich exportiert Indien für rund 400 Millionen Mark Garnelen nach Europa. Was die vermeintlichen europäischen Feinschmecker nicht wissen: Die indische Meeresfrüchte-Industrie läßt bis zu 100.000 Mädchen und Frauen unter sklavischen Bedingungen für sich schufte, sagt die Internationale Arbeits-Organisation (ILO). Ein Glück, daß wir nicht täglich die „Krabben“ pulen müssen, die wir essen.

### Liberalisierung führt zu Umweltverschmutzung

Die seit den 1980ern auf vollen Touren laufende Liberalisierung in Lateinamerika hat die industrielle Verschmutzung der Umwelt verschlimmert. Dies zeigt eine nun veröffentlichte Studie der Economic Commission for Latin America and the Caribbean (ECLAC).

### Zahl der ärmsten Länder steigt

Die Zahl der nach UN-Maßstäben ärmsten Länder der Welt nimmt weiter zu, trotz (oder wegen?) Millionen von Entwicklungshilfekrediten. Derzeit zählen 33 Länder in Afrika, 9 in Asien, 5 im Pazifikraum und ein Land in der Karibik zu den sogenannten Least Developed Countries (LDCs). Daten der UN zufolge sollen nun in diesem Jahr die afrikanischen Staaten Senegal, Kongo und Ghana hinzukommen. Seit die UN 1971 diese extrem „unterentwickelten“ Länder erstmals registriert habe, nimmt ihre Anzahl jährlich im Schnitt um 1 zu, meldet die Third World News Agency.



4

**Ö-punkte**  
Der Infodienst für Umweltakteurinnen

Herbst 2000

● Kurz notiert

57



**Ö-Verteiler**  
"Umwelt & Entwicklung"

• Leider keiner.

## Neuer (Un-)Heilsbringer Internet?

Was haben „Rotgrün“, CSU und die G8-Staaten gemein? Sie setzen neuerdings alle auf Internetinitiativen, um die bundesdeutsche Wirtschaft, die bayerischen Schüler oder die Entwicklungsländer für den Weltmarkt fit zu machen. Wahrscheinlich haben sie alle entweder noch nicht den relativ neuen „Bericht an den Club of Rome“ über die Gefahren des Internet gelesen, oder sie haben nicht das Wohl der Allgemeinheit im Auge.

„Es gibt Indizien dafür, daß sich im neuen Wirtschaftssystem der Reichtum auf noch weniger Köpfe verteilt, Grundrechte wie das auf Privatsphäre verschwinden und eine Spirale aus Gewalt und Unterdrückung die Sicherheit und grundlegende Freiheitsrechte untergräbt“, heißt es in

dem bei DVA veröffentlichten Bericht. Die Forscher sind besorgt darüber, daß die multinationalen Konzerne und die Betreiber der Server allmählich die Kontrolle des Datenverkehrs und damit des World Wide Web übernehmen.

### Internet löst Problem, das es nicht gibt

„Im Netz – die hypnotisierte Gesellschaft“ heißt der neue „Bericht an den Club of Rome“, in dem mehrere renommierte Wissenschaftler ihre Bedenken zum weltweiten Trend hin zum Internet-Netzwerken äußern. „Es gibt Stimmen, die besagen, Surfen im Internet sei die Lösung eines nicht-existenten Pro-

blems“, schreiben die Forscher und warnen: „Alles in allem aber wird die strukturelle Arbeitslosigkeit zunehmen, und der mit Hilfe der neuen technischen Anwendungen geschaffene Wohlstand wird sich nicht in einer verbesserten Arbeitsmarktsituation widerspiegeln. Passen wir nicht auf, „werden wir eine Gesellschaft schaffen, die trennt zwischen denen, die haben, und denen, die nicht haben.“

### Zum Text links

Alles in allem „Im Netz – die hypnotisierte Gesellschaft“ ist ein empfehlenswertes Buch: DVA, Stuttgart ISBN 3-421-05307-3.





Der Infodienst für UmweltafekturInnen

# 58

Herbst 2000

● Kurznotiert



**Themenredaktion "Verkehr"**

Umkehr e.V.  
Exerzierstr. 20,  
13357 Berlin-Wedding  
Tel. 030/4927473,  
Fax 4927972  
info@umkehr.de

## Neuer InformationsDienst Verkehr IDV erschienen

Die neuste Ausgabe des IDV (N. 63) mit den Themen: Boom beim Grünen Pfeil, Mit Auto-Aktien Umweltschutz finanzieren?, Ist CO<sub>2</sub>-Emissionshandel o.k.?, Bus contra Bahn u.v.a.m. ist erschienen und gegen Einsendung von 9 DM in Briefmarken erhältlich bei UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin, Tel: 030/492 7-473, Fax:-972, email:info@umkehr.de

## Kampfhunde und Kampfautos

Der Beitrag wirft die Frage auf, wie es mit Gefahren und ihrer Wahrnehmung ist. Da gibt es z.B. das häufige Gespann Kampfauto und Kampfherrchen. Das hat deutlich mehr Menschen auf dem Gewissen als Kampfhund und Herrchen, steht allerdings nicht so sehr im öffentlichen Interesse. Kein Politiker käme z.B. auf die Idee, nach dem objektiven Bedarf des Autohalters an einem solchen PS-starken und schnellbeschleunigenden Boli-

den zu fragen. Dabei liegt die Frage doch auf der Hand: Wozu benötigt ein Verkehrsteilnehmer in der derzeitigen Verkehrssituation ein Fahrzeug mit solchen technischen Möglichkeiten? Auf jeden Fall nicht, um einfach von A nach B zu gelangen.

Offensichtlich strahlen „Sport“autos auf gewisse labile Charaktere eine starke Anziehungskraft aus. So lange diese Personen ihre Neigung zum Rasen, Drängeln und Nötigen zu Hause beim Spielen am Computer ausleben, ist das ihre Privatsache. Fahren sie mit geminderter Ich-Stärke ihr Kampfauto auf öffentlichem Straßenland Gassi, dann betrifft das uns alle. Bei Kampfhunden wird argumentiert, dass nicht sie, sondern ihr Herrchen das Problem seien. Mal abgesehen davon, dass man Kraftfahrzeuge nicht einschläfern kann, dürfte das auch für Kampfautos zutreffen, denn technisch gesehen ist es kein Problem, auch Autos mit Rallyestreifen zivilisiert zu bewegen.

werden. Wenn sie dann noch belegen können, warum sie solch ein Geschoss gebrauchen und warum ein Pkw nicht ausreicht, dann sollen sie es in Gottes Namen fahren. Vergleicht man Ausmaß und zeitlichen Umfang der beiden Problemfelder „Kampfhunde“ und „Kampfautos“, dann ahnt man, hinter welchem die stärkeren Interessen stehen. Und man erkennt, dass Kampfhunde ein actionistisches Betätigungsfeld für Politiker sind, damit sie nicht an das größere Problem im öffentlichen Raum heran müssen. Denn sonst würden sie das eine tun und das andere nicht lassen. Für viele Verantwortliche sind Kampfautos sicherlich auch ein persönliches Problem.

Stefan Lieb, UMKEHR e.V., Berlin



Kampfautofahrer sollten, wie die Hundehalter, entsprechenden Prüfungen unterzogen



## Inline – outlaw

# Inline-skates auf die Straße?

Die bündnisgrüne Bundestagsfraktion hatte Anfang Juli zu einer Anhörung nach Berlin eingeladen, um Fachleute aus unterschiedlicher Beschäftigung mit dem Freizeit- und Verkehrsmittel Inline-Skates über dessen zukünftige Behandlung zu befragen. Massiven Anstoß zu einer solch überfälligen Beschäftigung mit dem Thema auf Bundestagebene war u.a. die regelmäßig stattfindenden Skater-Demos in Berlin, die sogenannten Blade nights mit bis zu 30.000 Teilnehmern.

Einig war man sich unter allen 12 Anzuhörenden, daß man die boomende Verwendung dieses Sportgerätes aus gesundheitlichen Gründen fördern müsse und Möglichkeiten für die Sportausübung auszuweiten sind (z.B. Sperrung von Straßen am Wochenende). Zwar war die Anhörung vom sportpolitischen Sprecher der Grünen, MdB Winfried Herrmann initiiert, doch sie wurde im wesentlichen eine Auseinandersetzung um die Behandlung von Skates im Straßenverkehr. Der Hamburger Sportwissenschaftler Volker Nagel, der sich mit Inline-Skaten an der Uni Hamburg eingehend beschäftigt, trat erst einmal der teilweise vorhandenen Meinung entgegen, Skaten sei nur ein Modetrend und in wenigen Jahren wieder out, so dass eine Veränderung der Straßenverkehrsordnung StVO nicht nötig sei. Anhand von verschiedenen Kriterien zur Beurteilung von modischen Sportarten vertrat er die These, dass sich Skaten in der Ausübung in größerem Umfang halten und nicht wie das Skateboard-Fahren eine zu vernachlässigende Randscheinung bleiben werde. Die Kernfrage der Anhörung war somit, ob erwachsene Skater, die die Rollen dazu benutzen, um von A nach B zu kommen (auch als Sportausübung), weiterhin als „besonde-

re Fortbewegungsmittel“ nach § 24 der StVO (wie Roller) eingestuft werden sollen und damit den Gehweg nutzen müssen oder ob Radwege und Straßen benutzt werden können.

Zu sehr positiven Ergebnissen kam ein Feldversuch in Frankfurt/M., in dem zwei Jahre lang die Straßen von vier Tempo-30-Zonen für Skater tagsüber geöffnet wurden. Es kam zu keinem Unfall zwischen Autos und Inlinern – nahezu 100% der Skatern nutzen die Fahrbahnen. Eine spürbare Förderung der Skater wurde allerdings auch nicht erreicht – der Anteil am Verkehrsaufkommen blieb bei einem Prozent. Der Leiter der Frankfurter Straßenverkehrsbehörde, Ulrich Schöffler, resümierte, dass sie nach den Erfahrungen des Versuches doch zu Beginn mutiger sein und gleich das gesamte Tempo-30-Netz in Frankfurt freigeben hätten können. Die Bundesanstalt für Straßenwesen (BaSt) gab eine Untersuchung in Auftrag, die Unfälle analysieren und die Rolle von Skatern im Straßenverkehr ermitteln und Mitte 2001 abgeschlossen sein soll.

Bei der zentralen Frage nach der Freigabe von Radwegen gab es breite Zustimmung der anwesenden Verbände (VCD, ADFC mit Einschränkung bei zu

schmalen Radwegen, FUSS e.V.), nur der ADAC lehnte ab. Die Straßen-Freigabe wurde unterschiedlich für sinnvoll gehalten: ADFC im Prinzip ja, VCD auf Tempo-30-Straßen und an Sonntagen auf allen Straßen als Berliner Modellversuch, FUSS e.V. auf Tempo-30-Straßen und auf Radstreifen auf Hauptverkehrsstraßen, die einladenen Grünen auf allen verkehrsberuhigten Straßen (Tempo 30-, Spiel- und Fahrradstraßen). Wiederum ablehnende Haltung dazu vom ADAC. Als Haupt-Bedenkenträgerin trat die Vertreterin des Bundesverkehrsministeriums, Frau Leue, auf. Bei Gleichstellung der Skater mit dem Fahrrad oder dem Auto müssten (technische) Zulassungsbedingungen eingeführt werden, die Probleme beginnen mit der nicht vorhandenen Beleuchtung und den Bremsen. Der FUSS e.V.-Vertreter sah für die Lösung der Unfall-Probleme zwischen Fußgänger, Radfahrern, Skatern und Autos den zentralen Ansatzpunkt in einer deutlichen Senkung der gefahrenen Geschwindigkeiten in unseren Städten. Mit generell Tempo 30 auch auf bewohnten Hauptverkehrsstraßen würden die Geschwindigkeitsunterschiede abnehmen und Gefährdungen reduziert.

Den Reader zur Anhörung gibt es beim MdB-Büro Winfried Herrmann (Bü 90/Die Grünen im Bt), Pl. der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030/2277-1950, Fax:-6399, winfried.herrmann@bundestag.de.

## Zur Terminliste

UMKEHR e.V. und FUSS e.V. bieten gemeinsam mit dem InformationsDienstVerkehr IDV den umfangreichsten Terminservice zum Themenbereich „Verkehr, Umwelt und Bürgerbeteiligung“ im deutschsprachigen Raum an.

Der IDV erscheint allerdings nur vier Mal im Jahr (jeweils im März, Juni, September und Dezember). Wer aktuellere Informationen benötigt, kann unseren Service Veranstaltungs-Termine im Internet unter [www.umkehr.de](http://www.umkehr.de) (Rubrik Angebote) in Anspruch nehmen. Alle 6 Wochen werden diese Seiten aktualisiert.

## Protest gegen den alltäglichen Autowahn am Freitag, 22. September ab 17.00 Uhr

Die Stadt Stuttgart hat es abgelehnt, sich an dem von der EU ins Leben gerufenen „autofreien Tag“ zu beteiligen. Deshalb wollen wir mit einer Demo um den City Ring und verschiedenen Events dafür sorgen, dass er in Stuttgart nicht vergessen wird. Wir laden alle ein, die unsere Strassen nicht nur den Autos überlassen wollen, sich zu beteiligen. Angesagt sind Inline Skates, Fahrräder, Kichboards, Musikinstrumente, Strassentheater, Ballspiele, Gaukler, Roll-Hockey und alles was Euch sonst noch so einfällt. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Weitere Infos, sowie Treffpunkt beim BUND Kreisverband Stuttgart, Clarissa Seitz, Tel.: 07 11 / 84 25 59 oder im Umweltzentrum, Hanno Boeck (hanno@gmx.de), Tel.: 07 11 / 6 19 70 – 41, <http://www.int21.de/bundstuttgart/>

### Lesetipp:

AG Alternative Wirtschaftspolitik Memorandum 99 (1999, PapyRossa in Köln, 289 S., 29,80 DM) Der Titel verspricht viel, das Buch hält es nicht. Die Schrift könnte ein internes Papier aus rot-grünen Kreisen sein, das sich vorsichtig kritisch äußert und Korrekturen anmahnt. Von „alter-

nativer“ Wirtschaftspolitik ist gar nichts zu lesen. Ganz im Gegenteil: Marktwirtschaft, Globalisierung der Ökonomie sowie die Machtverhältnisse zuungunsten der Menschen sind als Fixum angenommen. Die Vorschläge sind ein verbessertes Regelungsprogramm nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten, mehr nicht.

## Ö-terminale

11.-12.9.00 – Fachtagung – Camp Reinehlen.  
**Professionelle Öffentlichkeitsarbeit für Non-profit-Ziele**  
Veranstalter: Camp Reinehlen, Tel. 05198/98 90 70

12.-15.9.00 – Internationale Fachmesse – Berlin.  
**InnoTrans 2000**  
Veranstalter: Messe Berlin GmbH, Tel. 030/3038-0

14.-15.9.00 – Seminar – Rheine.  
**Stadibus-Systeme**  
Veranstalter: Stadibus Rheine, Tel. 05971/45211

16.9.00 – Veranstaltung.  
**Internationaler Tag für den Schutz der Ozonschicht**

18.-19.9.00 – Tagung – Iserlohn.  
**Europäische Perspektiven für eine dauerhafte umweltgerechte Verkehrspolitik**  
Veranstalter: Ev. Akademie Iserlohn, Tel. 02371/3520

22.9.00 – Europaweiter Autofreier Tag – bundesweit.  
**In die Stadt – ohne mein Auto**  
Veranstalter: Klima-Bündnis, Tel. 069/70790083

25.-26.9.00 – – Mannheim.  
**Lärmkongress 2000**  
Veranstalter: Landesanstalt f. Umweltschutz Baden-Württemberg, Tel. 0721-983-2260

4.-6.10.00 – – Hamburg.  
**Deutscher Straßen – und Verkehrskongress**  
Veranstalter: FGSV, Tel. 0221/9 35 83-0

5.-6.10.00 – Exkursion mit Bahn und Rad – Neumünster – Rendsburg.  
**Ökologische Aspekte von alten Verkehrswegen**  
Auf den Spuren des historischen Ochsenweges  
Veranstalter: Regionale Arbeits-, Beschäftigungs- ..., Tel. 04331/12 65 10

7.10.00  
**Aktionstag**  
für umweltfreundliche grenzüberschreitende Verkehrspolitik in den Alpen  
Veranstalter: ITE c/o Alpeninitiative, Tel. 041/870 97 81

17.-18.10.00 – Seminar – Arnstadt.  
**Stadibus – mobil sein in Klein- und Mittelstädten**  
Veranstalter: Einkaufs- u. Wirtschaftsgesellschaft f. Verkehrs..., Tel. 0221/951449-13

23.-25.10.00 – Seminar – Berlin.  
**Die Zukunft des Öffentlichen Personennahverkehrs**  
Finanzierung – Wettbewerb – Organisation  
Veranstalter: Deutsches Institut für Urbanistik, Ernst-Reuter-Haus, Tel. 030/39001-258

7.-10.11.00 – Internationale Fachmesse – Leipzig.  
**Verkehr und Logistik 2000**  
Veranstalter: Leipziger Messe GmbH, Tel. 0341/678-8156

14.11.00 – Veranstaltung – Umweltakademie Neumünster.  
**Gästemobilität von morgen – umweltverträglicher als heute? Mit neuen Angeboten mehr Zugkraft entwickeln**  
Veranstalter: Ökopartner Beratung + Bildung, Tel. 0431/97 94 02-0

22.-26.11.00 – Tagung – Horb am Neckar.  
**18. Horber Schienen-Tage**  
Die Bahn im neuen Jahrtausend – Perspektiven f. ein bewährtes System  
Veranstalter: Tagungsbüro Horber Schienen-Tage, Pro Bahn Verlag, Tel. 089/53 34 71

## Ö-Punkte

### Der Infodienst für UmweltschützerInnen

Institut für Ökologie (gemeinnütziger Verein)  
Servicestelle für Bis und Umweldgruppen  
V.i.S.d.P. der Rubriken: ThemenredakteurInnen (\* Beitrag und V.i.S.d.P. einer anderen Redaktion)  
Sonstige Seiten: Jörg Bergstedt

### Redaktionen:

Ö-Punkte  
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen  
06401/90328-3, Fax -5, 0171/8348430  
oe-punkte@gmx.de

**Abfall:** Irene Maria Sturm  
Augustinstr. 2, 92421 Schwandorf  
09431/42-348 (-954)

**Anti-Atom:** Bernd Hanewald  
Hermann-Levi-Str. 9, 35392 Geilßen  
0641/29125 (auch Fax)

**Chemie&Industrie:** Coord.gg. BAYER-Gef.  
Postfach 150418, 40081 Düsseldorf  
0211/3339-11, Fax -40

**Energie/wende:** Hartmut Groth  
c/o Umschalten, Nernstweg 32, 22765 Hamburg  
040/394078 (auch Fax)

**Freiräume:** Red. "Ö-Punkte"  
Brunnenstr. 183, 10119 Berlin

**Gentechnik:** Thomas Schmidt  
Umweltwerkstatt, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck, Tel. 0451/7070646 (auch Fax)

**Landschaft/Naturschutz:** Jörn Hartje  
Steinfeld 61, 23858 Feldhorst  
04333/792259 (Fax 04531/7116)

**Lokale Ökonomie:** Nicht besetzt!

**Ökol. Landbau:** Johannes Richter  
Umweltwerkstatt, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck, Tel. 0451/7070646 (auch Fax)

**Politik von unten (pvu):** Jörg Bergstedt  
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen  
06401/90328-3 (Fax -5), 0171/8348430

**Tierschutz:** RAGE, c/o Umweltzentrum (ra)  
August-Bebel-Str. 16-18, 33602 Bielefeld

**Über den Tellerrand:** Red. Tellerrand, c/o JUMP  
Postfach 306137, 20327 Hamburg

**Umweltbildung:** Julia Berndt  
Falkenried 40c, 20251 Hamburg

**Umweltrecht:** Nicht besetzt!

**Umwelt&Entwicklung (uns):** Norbert Suchanek  
Siemensstr. 13, 84513 Töging am Inn

**VerbraucherInnenpolitik:** Nicht besetzt!

**Verkehr:** Umkehr e.V.  
Exerzierstr. 20, 13357 Berlin-Wedding  
030/4927-473 (Fax -972)

**Wasser:** Nicht besetzt!

**Widerstand/Direkte Aktion:** Red. Direkte Aktion  
c/o ASTA, Katharinenstr. 1, 38106 Braunschweig

**Expo/Weltwirtschaft/Neoliberalismus(ww):**  
Büro für mentale Randalte, Postfach 100136,  
45601 Recklinghausen

(Diese Redaktion wird geteilt – gesucht sind neue BetreuerInnen zu "Weltwirtschaft")

**Endredaktion (red)** war diesmal in Saasen  
Druckerei: Gießen-Druck

**Auflage Heft 3/2000: 16.000**  
Diese Auflage erreicht ca. 14.000 Basis-Umweltgruppen, Umweltzentren und -einrichtungen, Umweltbeauftragte und -beraterInnen, Rest an Presse, Büchertische und AbonnentInnen.

### Konto

"Förderverein/Ö-Punkte", Nr. 92882004  
bei der Volksbank Gießen (BLZ 51390000),  
Spenden sind steuerlich absetzbar.

## Ö-Punkte verteilen!

Welche weiteren Umweltverbände, Infodienste usw. verteilen diese Zeitung regelmäßig an BasisakteurInnen?

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst 2000

● Kurznotiert

59



Ö-Verteiler "Verkehr"

• Leider keiner.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

60

Herbst 2000

● Kurz notiert

# amnesty neoliberal!

Ihr Thema sind die Menschenrechte. Sie kritisieren Regierungen unabhängig von der Regierungsform – und versuchen, sich der direkten Beeinflussung durch Staaten zu entziehen. Doch beim Neoliberalismus mischen sie jetzt kräftig mit. Mehr Handelsfreiheit soll auch mit Freiheit für Menschen bringen. Sagen sie jedenfalls: Die MacherInnen von amnesty international.

Deutlich wird der neue Politikstil von ai an mehreren Stellen. Auf der Expo 2000 steht ai ausgerechnet in der Halle 7, wo die GenKontrollCard und das „Be-

gierungen. Die Ausschnitte auf dieser Seite stammen aus der Zeitung. Nicht nur Henkel macht die Vorschläge, ai ist selbst kreativ dabei mit dem Vorschlag,

Zum Glück werden gerade durch die Globalisierung die Länder, in denen das vorkommen kann, immer weniger. Aber Sie haben schon ein rechtliches Dilemma genannt. Aber wie soll es Kinder dazu ausbauen?

Sportens Idee: Sicherheitskräfte, die von einem multinationalen Konzern eingesetzt werden, erhalten vorher eine Schulung, in der die Achtung der Menschenrechte gelehrt und trainiert wird. Das habe ich für absolut vernünftig.

## WIRTSCHAFT UND MENSCHENRECHTE EXPO2000 HANNOVER



Zur Frage der Wirtschaftsordnung stimmt ai nicht Stellung. Ich glaube, dass es sinnvoll wäre, marktwirtschaftliche Systeme zu fördern, um den Menschenrechten zu dienen.

### INTERVIEW MIT HANS-OLAF HENKEL (BDI) MULTIS ALS »TROJANISCHE PFERDE«

SEIT JAHREN BEGLEITET ER DEN – ALTEN WIE NEUEN – BUNDESKANZLER AUF WICHTIGEN AUSLANDSREISEN. HANS-OLAF HENKEL (BDI) IST NICHT NUR PRÄSIDENT DES BUNDESVERBANDES DER DEUTSCHEN INDUSTRIE (BDI), SONDERN AUCH MITGLIED VON AMNESTY INTERNATIONAL. IM GESPRÄCH MIT DEM ai-JOURNAL BESCHREIBT ER SEINE MOTIVATION ZUM MENSCHENRECHTSENGAGEMENT SOWIE SEINE POSITION ZUM VERHÄLTNISS VON WIRTSCHAFT UND MENSCHENRECHTEN.

Organisation wie Amnesty international deshalb verehrt außer an Regierungen auch an Konzernkongressen heranzutreten?

Warum nicht? Doch erst einmal ist die Unterstützung in Ihrer Frage falsch. Die Globalisierung kann allen Menschen helfen. Sie führt auch dazu, dass gerade die Menschenrechte einen Segenszug um die Welt feiern. Wir sind alle noch nicht zufrieden, aber es ist ganz offensichtlich, dass die Globalisierung nicht nur Einfluss auf die Wirtschaft hat. Von daher macht es keinen Sinn, sie zu verteufeln.

-Meine Überzeugung und Erfahrung ist, dass die multinationalen Unternehmen in menschenrechtsverletzenden Staaten in etwa wie trojanische Pferde sind, die nach Demokratie und Menschenrechte transportieren.

Das heißt aber umgekehrt auch, dass multinationale Konzerne die Menschenrechte nicht länger ignorieren können, selbst wenn sie das wollen.

Das ist auch wieder so ein Vorurteil. Meine Überzeugung und Erfahrung ist, dass die multinationalen Unternehmen in menschenrechtsverletzenden Staaten so etwas wie trojanische Pferde sind, die auch Demokratie und Menschenrechte transportieren. Eigentlich kann man gar nicht genug globale Unternehmen haben.

stellen“ von Kindern per Computer beworben werden. Auf Anfrage schwiegen die AllertInnen am Stand der Organisation: „Wir sind unpolitisch!“. Das aber stimmt wohl kaum, wenn mensch sich genauen Positionen anschaut. Titel des ai-Beitrag auf der Expo: „Investition in die Zukunft“. Gemeint: Menschenrechte. Neoliberalismus auf ai-Art. Nicht mehr die Menschen selbst sind der Grund, nein: Menschenrechte sind wichtig für den Profit.

Im „ai-Journal“ 6/2000 dann wird die Organisation noch deutlicher. Zu Wort kommt der Meinungsführer des Neoliberalismus in Deutschland, BDI-Chef Hans-Olaf Henkel. In einem Kasten wird er vorgestellt – alles nur positiv. Er ist ai-Mitglied, war 1992 Ökomanager des Jahres (von WWF und capital) und spendet seine Honorare aus Fernsehauftritten an amnesty international. Das Geld hat sich gelohnt. Henkel darf auf fast vier Seiten die globale Wirtschaft als Fortschritt für die Menschenrechte loben. Kein Wort von den Millionen Toten und den Milliarden, denen Land, Grundbedürfnisse, Freiheiten usw. verweigert werden – durch weltweit agierende Konzerne, durch die rücksichtslose Profitgier im freien Markt und durch die korrupten Be-

paramilitärische Milizen der Konzerne in Menschenrechtsfragen auszubilden. Auf die Idee, das solche Gewaltausübung gänzlich zu verbannen sei, kommt amnesty wohl gar nicht mehr.

Insofern steht ai vor dem großen Sieg: Wenn demnächst alle Erdteile unter den Konzernen und Institutionen des Marktes verwertet sind, dürften auch die Menschenrechte verwirklicht sein. Oder ai kapiert spätestens dann, daß sie irgendwas nicht richtig durchschaut haben.

## Umwelterklärungen und -berichte im Internet

Unter [www.umwelt-hessen.de](http://www.umwelt-hessen.de) finden sich die Umweltberichte hessischer Unternehmen seit kurzem im Internet. Somit besteht die Möglichkeit, sich über die Belastungswerte direkt zu informieren.

Quelle: KGV-Rundbrief 2/2000

## Genehmigungsbescheide gesucht!

Die Koordinationsstelle Genehmigungsverfahren (KGV) beim Öko-Institut in Darmstadt wertet immissionschutzrechtliche Genehmigungsbescheide aus, vor allem hinsichtlich der Luftreinhaltung. Damit das auch klappt, sind die Mitwirkenden auf Hilfe derer angewiesen, die Genehmigungsbescheide haben oder bekommen können, sei es aufgrund der Beteiligung am Verfahren oder eines Antrag nach dem Umweltinformationsgesetz.

Kontakt: KGV, Elisabethenstr. 55-57, 64283 Darmstadt, 06151/8191-16, Fax -33, [KGV@oeko.de](mailto:KGV@oeko.de).

### Lesetipp:

B. Weber  
Nachhaltige Entwicklung und Weltwirtschaftsordnung (1998, Leske+Budrich in Leverkusen, 232 S.)

Schwach und überflüssig: Mal wieder ein Buch, in dem über die vielen Probleme der Entwicklung hin zu einer globalisierten Ökonomie lamentiert wird. Bei den Vor-

schlägen für Gegenmaßnahmen bleibt es beim Appell an die Vernunft der Mächtigen – das hat noch nie geklappt. Selbst im (kurzen) Kapitel „Unterstützung durch Bürgeraktionen“ geht es vor allem darum, wie die Mächtigen die BürgerInnen dazu bekommen können, selbst umweltgerecht zu handeln. Appelle, Leitbilder und schöne Sprüche können Herrschaft nicht in Frage stellen.

## Geldanlagen mit Zukunft

Ökologie und Ökonomie lassen sich verbinden mit:

- ▣ Steuersparmöglichkeiten
- ▣ Aktien
- ▣ Fonds
- ▣ Unternehmensbeteiligungen
- ▣ Versicherungen

Gérard Jänichen  
Ökologische Vermögensberatung  
Mengenicher Straße 31  
50767 Köln  
Tel: 0221 / 534 75 06  
Fax: 0221 / 534 75 08  
E-mail: [G.Jaenichen@t-online.de](mailto:G.Jaenichen@t-online.de)



### Themenredaktion "Wirtschaft"

Nicht besetzt.

Wer hat Interesse, über alternative Ökonomieansätze vierteljährlich zu berichten?

Die Texte dieser Seite stammen von der Internetseite [www.tauschring-archiv.de](http://www.tauschring-archiv.de)

Passend zum Thema:

### Reader "Ökonomie von unten"

Ca. 70 S., A4, 12 DM bei der MaterialAuswahl Umweltschutz, Postfach 1818, 36228 Bad Hersfeld, [www.maus-versand.de](http://www.maus-versand.de).



## Der Ast, auf dem man produziert

Umweltschutz, Ressourcen-Effizienz, Nachhaltigkeit – „der Mittelstand gewinnt“, wenn die Unternehmen sich an diese Leitlinien halten. Das jedenfalls verspricht das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (WI). Gerade eine konsequente Umsetzung der öko-effizienten Produktion und nicht der Verzicht darauf werde den kleinen und mittleren Unternehmen Wettbewerbsvorteile verschaffen, argumentiert der Öko-Think-Tank – und

hat deswegen in Zusammenarbeit mit der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei zu einer großen Mittelstandskonferenz nach Wuppertal eingeladen. Dort soll gezeigt werden, wie die modernen Leitbilder der effizienten Nutzung von Rohstoffen und Natur die Unternehmen „fit für die Zukunft“ machen können.

Der vergangenes Jahr gegründete Club, der bei der Konferenz in Wuppertal erstmals einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden soll, versteht sich als Gesprächsforum für mittelständische Unter-

nehmen. Eine „dreifache Gewinnstrategie“ wird verfolgt: die Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung verbessern, die Ressourcen schonen und soziales und ethisches Verhalten fördern. Liedtke: „Die Unternehmer im Club nehmen das Heft selber in die Hand. Sie fühlen sich mit ihren Problemen alleine gelassen.“

Auch die öffentliche Kommunikation der Unternehmen, die Öko-Effizienz bereits als Leitbild haben, funktioniere oft nicht. „Die Verbraucher honorieren unsere Anstrengungen nicht angemessen“, beklagt Fordemann. „Wir brauchen ein geeignetes Medium, unsere Arbeit dem Endverbraucher zu vermitteln“. Der Club will in allen Problembereichen Hilfestellung geben. Erstes konkretes Instrument ist der „Unternehmenskalender 2001“, den das Wuppertal Institut in Zusammenarbeit mit der UN-Umweltbehörde Unep entwickelt hat. Dieser Kalender soll Unternehmen helfen, einen Umweltmanagementplan zu erstellen.

Der Kongress „Der Mittelstand gewinnt“ findet am 14. und 15. September in Wuppertal statt. Informationen unter Tel. 0202/2492-244, [www.wupperinst.org/mittelstand](http://www.wupperinst.org/mittelstand)

**el-punkte**  
Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

Herbst 2000

● Kurz  
notiert



## Berichte aus lokaler Ökonomie Food-Coops & Co

### Jahrestreffen der Food-Coops

Das Jahrestreffen der BAG findet dieses Jahr in Düsseldorf statt, und zwar vom 6.-8. Oktober. Themen werden sein: Resonanz und Kritik an unserem Food-Coop Handbuch, in welche Richtung soll/wird sich die BAG weiterentwickeln? Ist die Food-Koop noch zeitgemäß, oder sind die kommenden Bio-Discounter das endgültige Aus für die kleinen Koops? Freitagabend stellt sich die Naturstrom AG vor.

### Neues Laden-/Koop-Modell

In Düsseldorf wird versucht, ein neues Laden- bzw. Koop-Modell zu entwickeln: ein öffentlicher Laden mit Verkauf an Laufkundschaft, Verkauf an Mitglieder zu günstigeren Preisen. Mitglieder, die mitarbeiten, zahlen einen geringeren Monatsbeitrag. Koops können noch günstiger einkaufen: bei Bezug von ganzen Gebinden und Abrechnung über ein Mitglied.

### Treffen von Koops

Die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften trafen sich Anfang Mai in Bremen. Das Thema lautete „zwischen konkreter Utopie und Pragmatismus – welche Modelle kooperativer Produktion und Vermarktung ökologischer Lebensmittel sind zukunftsfähig?“. Die „europäische Kooperative“ Longo Mai wurde vorgestellt, es ging um Entwicklungstendenzen in der Ökovermarktung und Mitwirkende vom Oecotop Bremen und von der Wendland Kooperative Hannover stellten ihre „Service-Koops“ vor. Ein Referent berichtete über die Neue Agrarreform der FoodFirst Informations-&Aktions-Netzwerk (FIAN).

### Probleme in Braunschweig

Nach Problemen mit dem Ladiendienst (zuwenig Freiwillige) und schlechten baulichen Verhältnissen fasste die Verbraucher-Erzeuger-Genossenschaft Kernbeißer aus Braunschweig den Entschluss, den älteren ihrer beiden Läden aufzugeben.

### EVG Bremen

Die Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft Bremen überlegt, die Rechtsform zu ändern. Die Prüfung des Genossenschaftsverbandes alle 2 Jahre ist fast doppelt so teuer geworden. In Frage kommt dabei vor allem der Verein.

### Food Koop Maiskolben

Seit der Neugründung des Mitgliederladens „Oecotop“ ist die Zahl der Mitglieder der Food-Koop Maiskolben (10 Min Fußweg) von 130 auf 70 Mitglieder gesunken.

### Bericht vom letzten Food-Koop-Jahrestreffen

Auf dem letzten Jahrestreffen der BAG in Dresden ging es vor allem um das Handbuch – letzte Entscheidungen wurden getroffen. Der Vorstand wurde, auch mangels Alternativen, in seinem Amt bestätigt. Da am Samstag zugleich das jährliche Treffen der sächsischen Koops stattfand, ergab sich die Gelegenheit zu gegenseitigem Austausch. Für die sächsischen VGs war Thema vor allem die stärkere Kooperation: gemeinsame Faltblätter, Einkaufstaschen, Infostände, Einstieg der VGs ins Internet, die Teilnahme an Veranstaltungen und Tagungen wurden unter anderem durch Fördergelder ermöglicht. Beim Besuch der Verbrauchergemeinschaft Dresden-Omsewitz lernten wir auch das Umland von Dresden kennen. Der Samstag klang mit einem Liedermacher-Konzert aus.

### Firmen für Nachhaltigkeit

BERLIN dpa Auf Initiative des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) haben 18 deutsche Unternehmen in Berlin das Forum Nachhaltige Entwicklung gegründet. Dazu gehören unter anderem die Allianz, Bosch, Daimler-Chrysler, die Deutsche Bank, RWE, Siemens und VW. Der Zusammenschluss versteht sich nach Angaben vom Donnerstag als „Think-Tank“ der deutschen Wirtschaft. Im Dialog mit der Politik sollen praktische Lösungskonzepte an der Schnittstelle von Ökologie und Ökonomie unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Fragen erarbeitet werden. Das im Juli gegründete Forum will zudem die Diskussion über nachhaltige Entwicklung in Verbänden und Unternehmen vorantreiben. Über den Kreis der Gründungsmitglieder hinaus sollen weitere Unternehmen gewonnen werden.

Aus der Taz vom  
18.8.2000



Ö-Verteiler  
"Wirtschaft"

- koop-telegramm
- TAK AÖ (Rundbrief)
- cash coop (interner Rundbrief)
- TauschringArchiv (interner Verteiler)

### Lesetipp:

R. Douthwaite/H. Dieffenbacher  
Jenseits der Globalisierung  
(1998, M. Grünwald in Mainz, 390 S.)  
Ein Sammelsurium von Ideen – anregend in kleinster Schrift, d.h. äußerst kompakt. Die Spanne reicht von Tauschringen über ökologische Landwirt-

schaft zu Ökobanken. Was fehlt, ist ein theoretischer Entwurf und eine Vision von Widerstand. Denn nur für sich werden die vielen kleinen Ansätze nur ein Tropfen auf den heißen Stein bedeuten, während die Globalisierung die Welt neu ordnet, um sie im Großen auszubeuten. Daher ist das Buch eine Fundgrube, aber kein politisches Buch.

Quelle der  
Berichte aus  
Koops

koop telegramm  
August 2000,  
S. 1+2



Mehr "Ö"s in dieser  
(um)Welt!

Wir brauchen 20x 1000 DM oder  
40x500 DM zum Überleben!!!

# Infodienste, Zeitungen und Ö-Punkte-Verteiler:

## Abfall:

Is Bessere Müllkonzept  
Infos und Texte rund um Abfallvermeidung  
und -politik.  
Feldstr. 6, 82282 Unterschweinsbach  
Müll-Magazin (Rhombos)  
Kurfürstenstr. 17, 10785 Berlin

## Anti-Atom:

anti atom aktuell (5 DM, Abo 60 DM, 12x)  
Vernetzungszeitung der unabhängigen Anti-Atom-Bewegung mit Berichten, Infos und Terminen. Einladung zu Konferenzen.  
Helgenstockstr. 15, 35394 Gießen  
Atom-Pressespiegel  
Am Lindenplatz 28, 47820 Krefeld  
Forum des IPPNW  
Körtestr. 10, 10967 Berlin  
Rundbrief X-tausendmal quer überall  
Artilleriestr. 56, 27283 Verden  
THTR-Rundbrief (BI Hamm)  
Postfach 1242, 59002 Hamm

## Chemie & Industrie:

Stichwort Bayer (60 DM/Jahr, 4x)  
Informationen zur Chemieindustrie, hrsg. von der Coordination gegen Bayer-Gefahren.  
Postfach 150418, 40081 Düsseldorf

## Energiewende:

Energie-Depesche (4,50 DM, 24 DM/Jahr, 4x)  
Grabenstr. 17, 53619 Rheinbreitbach  
Neue Energie (BWE)  
Herrensteichstr. 1, 49074 Osnabrück  
Solarthemen (204 DM/Jahr, 24 Hefte)  
Bülltestr. 85, 32545 Bad Oeynhausen  
Solarbrief (20 DM/Jahr)  
SFV, Herzogstr. 6, 52070 Aachen  
Solarzeitalter (9 DM/Stück)  
Kaiser-Friedrichstr. 11, 53113 Bonn

## Genetechnik:

Gen-ethischer Informationsdienst  
Brunnenstr. 4, 10119 Berlin

## Jugend und Umweltschutz

Lupe (Rundbrief des Deutschen Jugendbund für  
Naturbeobachtung), c/o DJN  
Nachrichten aus dem DJN und zu Aktionen.  
Justus-Strandes-Weg 14, 22337 Hamburg

## Landschaft:

Naturschutz und Landschaftsplanung  
Postfach 700561, 70574 Stuttgart  
Natur und Landschaft (118 DM/Jahr, 11x)  
Postfach 400263, 50832 Köln  
Steinbeißer (IG Gesteinsabbau)  
Prof.-Virchowstr. 8, 82820 Aue  
Wattenmeer international  
WWF, 60591 Frankfurt

## Ökologischer Landbau:

Ökologie & Landbau (SÖL)  
Weinstr. Süd 51, 67098 Bad Dürkheim  
Unabhängige Bauernstimme (5 DM, 60 DM/Jahr, 1x)  
ABL, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

## Politik von unten:

KGV-Rundbrief (Öko-Institut)  
Bunsenstr. 14, 64293 Darmstadt  
mitarbeiten (Stiftung Mitarbeit)  
und Rundbrief Bürgerbeteiligung  
Bornheimer Str. 37, 53111 Bonn  
Schwarzer Faden (8 DM, 30 DM/Jahr, 4x)  
Postfach 1159, 71117 Grafenau  
Zeitschrift für direkte Demokratie  
Marcusallee 29, 28359 Bremen

## Tierschutz/Tierrechte:

Brennpunkte  
Promenadeplatz 12, 80333 München  
Du und das Tier (DTSB)  
Baumschulallee 15, 53115 Bonn  
Tierbefreiung aktuell (25 DM/Jahr, mind. 4x)  
Schmilinkstr. 7, 2009 Hamburg  
Voice (3 DM, 20 DM/Jahr, 4x)  
Hermannstr. 39, 63069 Offenbach

## Über den Tellerrand:

Antifa-Infoblatt, L. Meyer (5 DM, Abo 30 DM)  
Gneisenastr. 2a, 10961 Berlin  
Antifaschistische Nachrichten (26x, Abo 78 DM)  
GNV, Postfach 260226, 50515 Köln  
blick nach rechts (14tägig, 125,-/Jahr, erm. 64,-)  
Pressehaus 1/216, Heußallee 2-10, 53113 Bonn  
Der rechte Rand (3 DM, Abo 20 DM/Jahr)  
Postfach 1324, 30013 Hannover  
Forschungsjournal Neue Soziale  
Bewegungen  
Postfach 1546, 65173 Wiesbaden  
Friedensforum (Friedenskooperative)  
Römerstr. 88, 53111 Bonn  
Gegenwind (Schleswig-Holstein)  
Schwefelstr. 6, 24118 Kiel

Graswurzelrevolution (Schnupperabo 10 DM)  
Breul 43, 48143 Münster  
Interim, Bezug nur über Dealer und Infoläden  
Kampagne aktuell (Rüstungsexporte)  
Bismarckring 3, 65185 Wiesbaden  
Kinderrechtliche News, c/o K.R.A.T.Z.A.  
Dunckerstr. 11, 10437 Berlin  
Konkret (gibts am Kiosk)  
Ruhstraße 111, 22761 Hamburg

## Umwelt allgemein:

Der Rabe Ralf (kostenlos, 40 DM/Jahr)  
Grüne Liga, Prenzlauer Allee 230,  
10405 Berlin  
Kritische Ökologie  
Langgasse 24 HH, 65183 Wiesbaden  
Naturschutzblätter (9,80 DM, hrsg. VBN)  
Postfach 191933, 14008 Berlin  
Öko-Mitteilungen (Öko-Institut)  
Postfach 6226, 79038 Freiburg  
Perspektiven radikaler, emanzipatorischer  
Umweltschutzarbeit (40 DM/Jahr, 4-8x)  
Einschl. Ö-Punkte, zusätzlich Termine, Texte  
und Infos zu Perspektiven radikaler Umweltarbeit,  
alternativem Lebens usw.  
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen  
Politische Ökologie und punktum  
Waltherstr. 29, 80337 München  
http://www.oekom.de  
Rathaus und Umwelt (100 DM/Jahr, 6 Ex.)  
U.A.N., Arnswaldstr. 28, 30159 Hannover  
Umwelt kommunale ökologische Briefe  
(298 DM/Jahr, erm. 149 DM, 14tägig)  
Kaiser-Friedrich-Str. 90, 10585 Berlin  
Umweltnachrichten (5 DM)  
Schwere-Reiter-Str. 35/1b, 80797 München

## Umweltbildung:

Biologie in der Schule  
Postfach 269, 10107 Berlin  
DGU Nachrichten  
Ulmenstr. 10, 22299 Hamburg  
NUAncen (Zeitschrift der NUA)  
Siemensstr. 5, 45659 Recklinghausen  
Ökopädnews (Beilage zu punctum)  
c/o ökom, Waltherstr. 29, 80337 München  
Rundbrief Ökopädagogik  
Welserstr. 15, 81373 München  
Unterricht Biologie  
Postfach 10 01 50, 30917 Seelze  
Rundbrief der Initiative Psychologie im Umweltschutz  
(2x/Jahr), c/o Geschäftsstelle  
Humboldt-Uni, Inst. für Psychologie, C 107,  
Oranienburgerstr. 18, 10178 Berlin  
Umweltberatung aktuell (BUND)  
Dunantstr. 16, 79110 Freiburg

## Umwelt & Entwicklung:

alaska Zeitung zum Internationalismus  
Bernhardtstr. 12, 28203 Bremen  
BUKO-Agrar-Info  
BUKO Agrar, Nernstweg 32, 22765 Hamburg  
Germanwatch  
Berliner Platz 23, 53111 Bonn  
Informationsdienst Weltwirtschaft&Entwicklung  
WEED, Berliner Platz 1, 53111 Bonn  
iz3w-Blätter (8 DM, 60 DM/Jahr, 8x)  
Postfach 5328, 79020 Freiburg  
Relaciones (VEN)  
Bahnhofstr. 16, 49406 Barnstorf  
Rundbrief "eine Welt"  
Mittelfstr. 4, 34474 Wethen

## Umweltrecht:

Recht der Natur (Schnellbrief), Schleusenstr. 18,  
60327 Frankfurt  
Zeitschrift für Umweltrecht, Contrescarpe 18,  
28203 Bremen

## Verbands-Infodienste:

Alligator (Grüne Liga)  
Friedrichstr. 165, 10117 Berlin  
BUNDmagazin  
Im Rheingarten 7, 53225 Bonn  
Deutschland-Rundbrief (DNR)  
Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
EU-Rundschreiben (DNR)  
Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Hochschul-Umwelt-Info (5 DM)  
Zeitung für alle Mitglieder, d.h. studentische  
Umweltgruppen und FördererInnen. Infos zur  
Hochschul-Umweltarbeit.  
BSÖ, c/o ASTA Uni Münster  
Schloßplatz 1, 48149 Münster  
Naturschutz heute  
Postfach 301054, 53190 Bonn

## VerbraucherInnenpolitik:

Verbraucher konkret  
(Mitgliedszeitung)  
Verbr.-Initiative, Breite  
Str. 51, 53111 Bonn

## Verkehr:

Informationsdienst Verkehr (Umkehr e.V.)  
Exerzierstr. 20, 13357 Berlin  
radWELT (ADFC)  
Postfach 107747, 28077 Bremen

## Wasser:

Wasser-Rundbrief (AK Wasser des BBU)  
Rennerstr. 10, 79106 Freiburg  
Waterkant (AKN)  
Kreuzstr. 61, 28203 Bremen

## Widerstand:

Die Rote Hilfe (3,50 DM, 20 DM/4 Ausgaben)  
Postfach 6444, 24125 Kiel

## Wirtschaft:

bankspiegel (GLS Gemeinschaftsbank)  
Postfach 100829, 44708 Bochum  
Contraste  
Postfach 104520, 69035 Heidelberg  
koop telegramm (15 DM/Jahr, Beitrag: 60 DM)  
Mittellungsblatt der Bundesarbeitsgemein-  
schaft Lebensmittelkooperativen mit vielen  
Infos für Food-Coops.  
Im Mailand 131, 44797 Bochum  
Ökologisches Wirtschaften  
Waltherstr. 29/III Rgb., 80337 München

## Ö-Punkte in Rundschreiben

Anti-Expo-Netzwerk (10-30 DM/Jahr)  
Vernetzung zwischen Anti-Expo-Gruppen, Ter-  
mine, Berichte, Infos zur Expo.  
Büro für mentale Randle, Postfach 100136,  
45601 Recklinghausen  
Rundbriefe von ...  
BUND Thüringen, Niedersachsen und Nord-  
rhein-Westfalen, BUND-Jugend, fzs: Freier Zu-  
sammenschluß der StudentInnenschaften,  
Grün-alternatives Jugendbündnis (GAJB),  
Grüne Liga Sachsen und Thüringen, JANUN:  
Jugendumweltnetzwerk Niedersachsen,  
JungdemokratInnen/Junge Linke Nordrhein-  
Westfalen, Mehr Demokratie, Länderrundbrief,  
NABU Saarland, Naturschutzjugend Baden-  
Württemberg, Theorie-Arbeitskreis Alternative  
Ökonomie.  
Verteilung über die Themenredaktionen der Ö-  
Punkte und über die Ö-Depots (siehe Rücksei-  
te). Abonnements, Zeitschriftenhandel in  
Hannover, Berlin, Mittel- und Ostessen.



Der Infodienst für  
UmweltakteurInnen

Herbst 2000

● Anhang,  
Verteiler

63

## Erläuterung

Ö-Punkte liegen  
regelmäßig bei.

Ö-Punkte liegen  
unregelmäßig bei,  
d.h. der/die Bezie-  
herin erhält nicht alle  
Ö-Punkte.

VORAUSSICHTLICH

Die nächsten  
Ö-Punkte  
Winter 2000:

## Termine:

• Redaktionsschluß:  
27.10.2000.  
• Endredaktion:  
29.10. – 12.11.  
• Erscheinen:  
ca. 16.11.00.  
Die Redaktionstreffen  
und -arbeit sind offen  
für alle Interessierten!

## Schwerpunkt:

Schwerpunkt-  
Redaktion: Ö-Punkte,  
Ludwigstr. 11, 35447  
Reiskirchen-Saasen

Thematische Texte  
bitte direkt an die zu-  
ständigen Themenre-  
daktionen schicken.  
Allgemeine Artikel  
und Beiträge, Kleinan-  
zeigen und Anzeigen-  
aufträge an die  
Redaktionsadresse.

## Und weiter ...:

Redaktionsschluß der  
Ausgabe "Frühjahr"  
ist voraussichtlich  
der 1. Februar 2001.  
Für das  
Schwerpunktthema  
sind Vorschläge  
erwünscht.

Neu!!!

## CD „Umweltschutz von unten“

Ab sofort erhältlich: Die CD mit allen Positionspapieren zum „Umweltschutz von unten“ und den bisherigen Ausgaben der „Ö-Punkte“ (erste Ausgaben nur unvollständig, da leider nicht vollständig erhalten). Als Textdateien und PDF. Mit dem aktuellen Acrobat Reader zur komfortablen Suche und Archivierung.  
Gegen 10 DM bei der Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.

Die nächsten Ö-Punkte kommen ...  
bestimmt! Aber ...

Um langfristig überleben zu können, brauchen wir finanzielle Unterstützung – in Form von Förder-Abos, Spenden und einer Grundfinanzierung

**20 x 1000 DM**

(oder 40 x 500 DM oder ...)

Welche Gruppe, Organisation, Einzelperson, Firma, ASTA u.ä. würde für 2000 eine solche Grundfinanzierung übernehmen???